39. Jahrgang 1991 / 4. Heft / Oktober ISSN 0042-5702 B 2176 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

AUS DEM INHALT

ANNETTE MESSEMER
André François-Poncet und Deutschland

KLAUS FISCHER
Die Emigration von Wissenschaftlern nach 1933

CHRISTOPH BOYER
Deutschland und die Tschechoslowakei vor 1933

BRUNO DE WEVER
Flämische „Rebellen" an der Ostfront

GORDON A. CRAIG
Die Chequers-Affäre von 1990

DOKUMENTATION

Richard Löwenthal: Die deutsche Emigration

General Trettner und die Atom-Minen
(Reiner Pommerin)

R. OLDENBOURG VERLAG, MÜNCHEN

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben
von KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

in Verbindung mit
Theodor Eschenburg, Walter Bußmann,
Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter

Redaktion:
Ludolf Herbst, Hellmuth Auerbach, Norbert Frei, Hans Woller
Chefredakteur: Hermann Graml
Stellvertreter: Klaus-Dietmar Henke

Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46b, 8000 München 19, Tel. 12 68 80, FAX 123 17 27

39. Jahrgang | Heft 4 | Oktober 1991

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Annette Messemer — André François-Poncet und Deutschland. Die Jahre zwischen den Kriegen 505

Klaus Fischer — Die Emigration von Wissenschaftlern nach 1933: Möglichkeiten und Grenzen einer Bilanzierung . . 535

Christoph Boyer — Das deutsche Reich und die Tschechoslowakei im Zeichen der Weltwirtschaftskrise 551

Bruno De Wever — „Rebellen" an der Ostfront. Die flämischen Freiwilligen der Legion „Flandern" und der Waffen-SS 589

MISZELLE

Gordon A. Craig — Die Chequers-Affäre von 1990. Beobachtungen zum Thema Presse und internationale Beziehungen 611

DOKUMENTATION

Richard Löwenthal — Konflikte, Bündnisse und Resultate der deutschen politischen Emigration 625

Reiner Pommerin — General Trettner und die Atom-Minen. Zur Geschichte nuklearer Waffen in Deutschland 637

NOTIZ

Die Wiener Library in London 655

ABSTRACTS 656

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ANNETTE MESSEMER

ANDRÉ FRANÇOIS-PONCET UND DEUTSCHLAND DIE JAHRE ZWISCHEN DEN KRIEGEN

Der von September 1931 bis Oktober 1938 amtierende Botschafter Frankreichs in Berlin, André François-Poncet, war nicht nur einer der wenigen Verfechter einer entschlossenen Politik gegenüber Deutschland, sondern neben General de Gaulle auch der einzige, der über ein schlüssiges Konzept für den Umgang mit Deutschland verfügte – zumindest wenn man der Bewertung von Maurice Vaïsse folgt[1]. Diese Einschätzung ist allerdings nur eine von mehreren in der Debatte über die angemessene französische Reaktion auf die nationalsozialistische Herausforderung, die im Hinblick auf die Person François-Poncets nur zwei Fragestellungen kennt: War er ein „leading advocate of appeasement" bzw. „ardent sponsor" einer deutsch-französischen Annäherung[2], oder kann man ihn als einen „von Hitler gehaßten Germanophilen"[3] bezeichnen?

François-Poncet war der am längsten auf einem Posten amtierende Botschafter Frankreichs in den dreißiger Jahren, und er gilt in dieser Dezennie als graue Eminenz im Quai d'Orsay. Im Hinblick auf die hervorgehobene Stellung des Deutschlandkenners im Diplomatischen Corps der Zwischenkriegszeit wie auch im Hinblick auf seine einflußreichen Positionen in der Anfangsphase der Bundesrepublik, erst als Berater der französischen Regierung im Jahr 1948, dann als Hoher Kommissar (1949 bis 1952) und zuletzt als Botschafter (1953 bis 1955) überrascht es, daß bislang eine umfassende quellengesättigte Studie zur ersten Mission dieses Grandsei-

[1] Vgl. Maurice Vaïsse, Against Appeasement: French Advocates of Firmness 1933–1938, in: Wolfgang Mommsen/Lothar Kettenacker (Hrsg.), The Fascist Challenge and the Policy of Appeasement, London 1983, S. 227–235, S. 231.

[2] Anthony P. Adamthwaite, Bonnet, Daladier and french appeasement, april–september 1938, in: International Relations 3 (1967), Nr. 3, S. 226–241, S. 233; Franklin L. Ford, Three Observers in Berlin: Rumold, Dodd, and François-Poncet, in: Gordon A. Craig/Felix Gilbert (Hrsg.), The diplomats 1919–1939, Princeton 1953, S. 469.

[3] „J. G.", Un germanophile détesté par Hitler, in: Le Monde vom 10./11. Mai 1987, S. 2. Der Artikel war eine Antwort auf die Beschuldigung des ehemals im US-Justizministerium für NS-Kriegsverbrechen zuständigen Sonderstaatsanwalts, John Loftus, François-Poncet sei in seinen Funktionen als Vorsitzender der „Commission permanente" (1949 bis 1955) sowie als Präsident des Internationalen Roten Kreuzes (1955–1967) in die Flucht Klaus Barbies nach Bolivien involviert gewesen (John Loftus, Es wird nicht angenommen, daß deutsche Stellen etwas gegen ihn unternehmen, in: Stern vom 7. Mai 1987, S. 42; M. John Loftus. Un spécialiste de la recherche sur les anciens nazis, in: Le Monde, ebenda).

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gneurs der französischen Diplomatie fehlt[4]. Der vorliegende Beitrag ist der erste Versuch, auf der Grundlage französischer Archivalien die deutschlandpolitische Haltung François-Poncets zwischen 1914 und 1938 zu skizzieren[5].

I.

Die frühe Festlegung François-Poncets auf Deutschland war eine typische Wahl der Elterngeneration nach 1870, wie André François-Poncet in einem Interview erklärte: „Mein Vater entschied, mich eine Sprache lernen zu lassen. Zwanzig Jahre früher hätte er mich nach England geschickt. Aber der Krieg von 1870 hatte sein Augenmerk auf Deutschland gerichtet"[6]. 1887 geboren, schloß er nach erfolgreichem Baccalauréat 1906 als Bester die Philosophieklasse des renommierten Pariser Lycée Henri IV ab, dessen Vorbereitungsklassen für die Aufnahmeprüfungen der „Grandes Ecoles" zwischen 1883 und 1918 eine ganze Reihe der späteren Führungspersönlichkeiten der Dritten Republik absolvierte[7]. 1906 nahm er das Studium der Germanistik an der Ecole Supérieure auf, das er im darauffolgenden Jahr an

---

[4] Das ältere deutsche Schrifttum bietet nur Ansatzpunkte. Siehe Max Braubach, Die Berichte des französischen Botschafters François-Poncet über die Vorgänge in Deutschland vom Juli 1932 bis Juli 1933, in: Festschrift für Leo Brandt, hrsg. von J. Meixner und G. Kegel, Köln 1968, S. 443–646; Oswald Hauser, Der Botschafter François-Poncet und Deutschland, in: Lebendige Romania. Festschrift für Hans-Wilhelm Klein, hrsg. von A. Barrera-Vidal u. a., Göppingen 1976, S. 125–142. Im amerikanischen Schrifttum liegt eine Studie von Roselyn Solo (André François-Poncet – Ambassador of France, Ph. D., Michigan State University 1978) vor. Die zwischen 1971 und 1978 entstandene Arbeit ist auf die Jahre 1931 bis 1936 beschränkt und verwertet nur bruchstückhaft die Literatur.

[5] Für die Skizze wurde erstmals der in den Archives Nationales deponierte Nachlaß (Inventarnummer 462 AP) und der im Quai d'Orsay befindliche Schriftverkehr ausgewertet. Bei den Quellenrecherchen zeigte sich, daß eine Arbeit über den Botschafter das Handikap von immensen Lücken in den Beständen des französischen Außenministeriums überwinden muß. So finden sich in der Série Y International 1928–1940 keine Dokumente zur Münchner Konferenz. Die Auswertung der deutschen Presse liegt nur bis Juli 1935 vor. Die Série Europe 1930–1940. Sous-Série Allemagne enthält keine Dokumente zur Rheinlandbesetzung. Der Großteil der Analysen zur deutschen Innenpolitik stammt nicht aus der Feder von François-Poncet, sondern von Diplomaten aus den Vertretungen Frankreichs in Drittländern. Außerdem ist es sehr verwunderlich, daß das im Findbuch ausgewiesene Dossier zu den bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich für den Zeitraum 1936–1938 derzeit „nicht auffindbar" ist. Auch ist der Teilbestand des Nachlasses von Alexis Léger zur französischen Politik gegenüber Deutschland in den Jahren 1932 bis 1938 gesperrt. Ein Vergleich der zugänglichen Archivalien mit der Auswahl der Documents Diplomatiques Français 1932–1939 zeigt, daß die wichtigsten Schriftstücke der 23 Dossiers zur deutschen Innenpolitik dort gedruckt vorliegen.

[6] Interview mit Jean Palaiseul, Les hommes extraordinaires sont bien ordinaires, in: Noir et Blanc vom 20. April 1949, S. 243. Der Artikel findet sich im Nachlaß, Karton 24. Der Nachlaß wird im folgenden zitiert mit der Inventarnummer (462 AP) und dem entsprechenden Karton.

[7] Darunter z. B. Léon Blum, Jean Isaac, Gérome Carpocino, Marcel Déat, Max Bonnefous, Jean Mistler, Pierre Gaxotte und Jean Prévost.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Universitäten von Berlin und München fortsetzte. Dort nutzte er die Zeit in erster Linie für die Ausarbeitung seiner Thèse über Johann Wolfgang Goethes „Wahlverwandtschaften", die er 1909 einreichte[8]. François-Poncet absolvierte diese „Kaderschmiede" der französischen Intellektuellen zusammen mit dem späteren Außenminister Yvon Delbos, dem zukünftigen Spitzendiplomaten René Massigli und mit Emile Mireaux, mit dem er 1922 die Redaktion des Informationsdienstes der französischen Stahlindustriellen übernahm. 1924 wurden neun „Normaliens" in das französische Parlament gewählt, darunter Léon Blum, Edouard Herriot, Yvon Delbos und eben André François-Poncet, dessen Aufstieg zu einem Grandseigneur der französischen Diplomatie eine Karriere *par excellence* in der III. Republik war[9].

Nach kurzer Tätigkeit im Schul- und Universitätsdienst, nämlich am Lycée von Montpellier (1910/1911), als Stipendiat an der Fondation Thiers (1911/1912) und als Lehrbeauftragter an der Ecole Polytechnique wurde er publizistisch tätig[10]. Als 1913 in Frankreich eine Debatte über die Frage der Verlängerung des Wehrdienstes entbrannte, nahm François-Poncet mit dem kleinen Bändchen „Ce que pense la jeunesse allemande" entschieden Stellung. Er plädierte für die Annahme des gerade von linkspazifistischen Kreisen angegriffenen Regierungsprojekts. Ihm ging es prinzipiell um eine Reform des *esprit public* im Sinne einer Steigerung der materiellen und moralischen Wehrhaftigkeit gegenüber dem deutschen Reich. In seinen Augen war Deutschland eine auf dem Herrschaftsbündnis von Aristokratie und Bürgertum aufgebaute Militärmaschine, die mit der Formierung der Massen in Schule, Kirche, Universität, Industrie und Armee auf eine deutsche Hegemonie in Europa zusteuere[11].

---

[8] Der Nachlaß gibt nur spärliche Hinweise zu diesem Ausbildungsabschnitt. Aus den Eintragungen des Studienbuchs ist ersichtlich, daß François-Poncet ab November 1907 als Student an der Philosophischen Fakultät der Berliner Universität eingeschrieben war. Er hörte bei E. Schmidt die Vorlesungen „Goethe und Schiller" sowie „Deutsche Dramatiker des 19. Jahrhunderts", bei R. M. Meyer „Lessings Leben und Werke" und bei Roethe „Götter, Geister und Helden der Germanen". Im Mai 1908 wechselte er an die Königlich Bayerische Ludwig-Maximilians-Universität in München, wo er bei Borinski die Vorlesungen „Schillers Meisterdramen", „Schillers philosophische Schriften", „Goethe in der Zeit der Reife" und „Geschichte der Philosophie im 19. Jahrhundert" hörte. Siehe hierzu auch die Habilitationsschrift, die 1910 unter dem Titel „Les affinités électives de Goethe. Essai de commentaire critique" bei dem Pariser Verleger Félix Alcan erschienen ist.

[9] Zu dem Aufstieg einer ganzen Generation von Intellektuellen in die höchsten Etagen der französischen Politik und Wirtschaft siehe die Monographie von Jean-François Sirinelli, Génération intellectuelle. Khâgneux et Normaliens dans l'entre-deux-guerres, Paris 1988.

[10] An erster Stelle sind hier die Mitarbeit an der Zeitschrift der gemäßigten Rechten „L'Opinion" und der Tageszeitung „Le Temps" zu nennen. François-Poncet war darüber hinaus als Redaktionssekretär maßgeblich an der Gründung der ab Januar 1914 monatlich erscheinenden Zeitung „Revue Politique Internationale" beteiligt, vgl. 462 AP, Karton 4.

[11] Vgl. Gilbert Ziebura, Die deutsche Frage in der öffentlichen Meinung Frankreichs von 1911–1914, Berlin 1955, S. 184. Jean-Marie Mayeur geht mit Bezug auf die Untersuchung von Philippe Beneton, La génération de 1912–1914, image mythe et réalité (in: Revue français des sciences politiques 21 (1971), S. 981–1009) noch weiter: „André François-Poncet assure que les jeunes gens reviennent de leur voyage à l'étranger avec une disposition belliqueuse"; vgl. Jean-Marie Mayeur, La Vie politique sous la Troisième République 1870–1940, Paris 1984, S. 220.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Durch das Studium der Geistesgeschichte des späten 18. Jahrhunderts geprägt, hielt François-Poncet Deutschland zunächst für einen „Gedankenstaat"[12]. Er huldigte, dem einschlägigen Distichon Goethes und Schillers „Das deutsche Reich" folgend, der Vorstellung, daß das politische Deutschland dort beginne, wo das gelehrte Deutschland aufhöre; eine Einschätzung, die die Forderung implizierte, politisches und kulturelles Deutschland seien zu trennen. Als Zeitgenosse des deutschen Kaiserreiches sah er anders als die Weimarer Zeugen des literarischen Weltbürgertums die deutsche Nation aber nicht nur als Kulturnation, sondern gerade auch als staatlich-politische Einheit. Auf die häufig wiederholte Frage „Deutschland? Aber wo liegt es?" hatte man im Frankreich des späten 18. Jahrhunderts keine Antwort zu geben gewußt. Deshalb erfand man für die Beschreibung der Kleinstaaterei und territorialen Zerstückelung des alten Reiches den Begriff der „Deutschländer": *Les Allemagnes.* Diese Wortschöpfung variierte François-Poncet 1914 zu *Les deux Allemagnes*[13], um seinerseits das Auseinanderklaffen von Kulturnation und Militärmaschine zu betonen: „Nicht ich bin es (...), der diesen Einspruch des geistigen Deutschland außer acht läßt, es ist Deutschland, das ihn nicht beachtet, das ist das Wichtige für uns."[14] Gerade aufgrund der Trennung von Macht und Geist warnte er vor der „deutschen Gefahr"[15]. Das Deutschlandbild des späteren Spitzendiplomaten festigte sich somit schon lange vor der ersten Mission im Nachbarland, nämlich durch die Aufenthalte im wilhelminischen Deutschland und besonders durch die Erfahrungen des Ersten Weltkriegs. Sowohl nach der deutschen Niederlage von 1918 als auch nach der totalen Katastrophe von 1945 verkündete er warnend, daß man mit den 70 bzw. 60 Millionen Deutschen leben müsse: „Millionen Deutsche, an Disziplin und fleißige Arbeit gewöhnt und in ihrer Masse leicht zu entflammen, sind unsere Nachbarn."[16]

Dem kulturellen Erbe verhaftet, zog er 1914, ohne Deutschland zu hassen, in den Krieg. François-Poncet fand bis Frühjahr 1916 Verwendung als Leutnant im Nordwesten von Paris und im Departement Meuse, bevor er geheimdienstliche Aufgaben in der Schweiz übernahm. Der Quai d'Orsay hatte nach der Stabilisierung der deutsch-französischen Front beschlossen, eine unabhängige Informationsstelle zu errichten, welche die inneren Vorgänge in Deutschland beobachten sollte[17]. Philippe

---

[12] Georg Wilhelm Hegel, Die Verfassung Deutschlands (1802), in: Politische Schriften, hrsg. von Hans Blumenberg/Jürgen Habermas u. a., Frankfurt am Main 1966, S. 23–139, S. 62.

[13] Er verwendete den Begriff erstmals als Titel eines Artikels in der „Revue Politique Internationale". Das Manuskript befindet sich im Nachlaß.

[14] André François-Poncet, Le rapprochement franco-allemand, in: Correspondance 21 (1914), Nr. 3, S. 196–201, S. 196.

[15] Ebenda.

[16] André François-Poncet, Souvenirs d'une ambassade à Berlin. Septembre 1931–Octobre 1938, Paris 1946, S. 15 f. Dt. Erstausgabe: Als Botschafter in Berlin 1931–1938, Mainz 1948, S. 16. Vgl. auch die handschriftlichen Notizen für einen Vortragszyklus 1919, in 462 AP, Karton 4.

[17] Vgl. den siebenseitigen Aufsatz im Nachlaß (462 AP, Karton 3), der Aufschluß über die Zusammensetzung, die Arbeitsweise sowie die Aufgaben und Ziele der Mission gibt. Insgesamt dazu auch Ministère des Affaires Etrangères (im folgenden zitiert M. A. E.), Série Z Europe 1918–1929. Sous-

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Berthelot, der Generalsekretär des Außenministeriums, beauftragte René Massigli, eine solche Stelle in der Schweiz aufzubauen[18]. Die Stelle hatte ihren Sitz in Bern und sollte unabhängig von der französischen Botschaft die deutschsprachige Presse in Deutschland, Österreich-Ungarn und in der Schweiz auswerten sowie mit Diplomaten aus verbündeten bzw. neutralen Ländern und Korrespondenten der ausländischen Presse Kontakte aufnehmen. Eine weitere Zielgruppe waren Personen aus Feindländern, wie z. B. politische Flüchtlinge und Systemkritiker. Die dabei erworbene Fähigkeit, Informationen und Daten aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zu sammeln und auszuwerten, wurde die Grundlage von François-Poncets weiterem beruflichen Werdegang nach dem Krieg. Insbesondere die Wirtschaft schien ihm die ausschlaggebende Determinante für die Ambitionen einzelner Staaten in der Nachkriegsordnung zu sein: „Ich wurde mir darüber klar, daß ich und meinesgleichen zu philosophieren vorhatten, ohne je mit den wichtigsten Realitäten des Lebens in Berührung gekommen zu sein (...). Das scheint mir eine der Schwächen Frankreichs zu sein, die durch die Geschehnisse aufgedeckt wurde: diese Kluft, die sich hier zwischen den Intellektuellen und den Produzierenden aufgetan hatte. Ich war selbst ein Beispiel dafür. Ich wünschte leidenschaftlich, meinen Teil dazu beizutragen, um diese Kluft zu überwinden."[19]

Unter der Protektion von Robert Pinot, dem einflußreichen Generalsekretär des schwerindustriellen Arbeitgeberverbandes („Comité de Forges"), war François-Poncet bis 1924 für die französische Hochfinanz und Stahlindustrie tätig. Er hatte die Aufgabe, einen täglichen Informationsdienst aufzubauen, der sowohl über die Entwicklung der Wirtschaft, der Industrie und der Technologie als auch über bedeutsame internationale Ereignisse berichten sollte. Die tiefschärfenden Analysen machten das „Bulletin quotidien" zu einem der meistgelesenen Dienste in Paris[20]. In dieser Zeit gewannen auch die von François-Poncet in mehreren Publikationen dargelegten wirtschaftspolitischen Leitvorstellungen an Kontur. Seinem Mentor Pinot folgend, wandte er sich gegen zu große Zugeständnisse an die Gewerkschaften, die auf Kosten der Produktionsleistung gingen. Sein wirtschaftspolitisches Credo waren die Prinzipien freier Markt und Privatbesitz sowie die Gegnerschaft zu jeglicher Art von staatlicher Intervention[21].

---

série Allemagne, Vol. 6 (= Corps diplomatique français. Mission de Haguenin janvier 1919–février 1924), S. 11 f. Im Bestand des Quai d'Orsay befindet sich kein Dokument, das Rückschlüsse auf eine Mitarbeit von François-Poncet zuließe. Das ist insofern erstaunlich, als der Band 6 ansonsten sehr ausführlich den Schriftverkehr und die Aufzeichnungen der Mission dokumentiert.

18 Ministère des Affaires Etrangères (Hrsg.), Les Affaires Etrangères et le corps diplomatique français, 2 Bde, 2. Bd. (1870–1980), Paris 1984, S. 353 f. und Peter Krüger, Deutschland und die Reparationen 1918–1919, Stuttgart 1973, S. 134–137.

19 Vgl. André François-Poncet, La Vie et l'Oeuvre de Robert Pinot, Paris 1927, S. 268.

20 Vgl. Jean-Noël Jeanneney, François de Wendel en Republique. L'argent et le pouvoir 1914–1940, Paris 1976, S. 178 ff.

21 Vgl. André François-Poncet/Emile Mireaux, La France et les huit heures, Paris 1922, und ders., Une nouvelle formule. Le contrôle syndical, Paris 1922.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1924 bezog er auch parteipolitisch Stellung. Er kandidierte bei den Parlamentswahlen für die seit 1901 bestehende „Alliance républicaine démocratique" und wurde sogleich (und erneut 1928) als Abgeordneter des siebten Pariser Arrondissement in die Nationalversammlung gewählt. Seine Partei trat für die Außenpolitik Poincarés, die Beibehaltung der laizistischen Schulgesetze und die Respektierung des Privateigentums ein; ferner bekämpfte sie die Kapitalsteuer, eine Ausweitung der Einkommenssteuer und das Streikrecht für Beamte[22]. Als Sammelbecken herausragender politischer Persönlichkeiten wie z. B. Louis Barthou, Raymond Poincaré, Joseph Caillaux, Pierre-Etienne Flandin und André Maginot stand die Gruppierung, der François-Poncet angehörte, in der Zwischenkriegszeit im Zentrum des politischen Lebens. Hans Manfred Bock verweist in seiner Analyse einer programmatischen Schrift François-Poncets mit dem Titel „Réflexions d'un republicain moderne" aus dem Jahr 1925 zu Recht darauf, daß sich in diesen Jahren seine politischen Vorstellungen in ähnlicher Weise festigten, wie sich in der Vorkriegszeit zentrale Elemente seines Deutschlandbildes herausgebildet hatten[23]. Die Doktrin des „modernen Republikaners" zeichnete sich nach Bock durch drei Leitvorstellungen aus: Der Staat sollte ein nichtinterventionistischer, aber in seinen Ordnungsfunktionen starker Staat sein, der die allgemeinen Spielregeln und Richtlinien vorgibt, ohne die private Initiative in Wirtschaft und Gesellschaft einzuschränken. Gleichzeitig sollte der Staat jedoch seine Ordnungsfunktionen mit Autorität wahrnehmen und es vermeiden, zum Instrument gesellschaftlicher Interessengruppen oder zum Spielball der öffentlichen Bürokratie zu werden. Bock faßt die verfassungspolitischen Vorstellungen François-Poncets unter der Bezeichnung „liberaler Staatsautoritarismus"[24] zusammen. Zweitens propagierte François-Poncet die Idee eines republikanischen Elitismus. Für ihn bestand in der repräsentativen Demokratie wie in allen anderen Staatsformen die Notwendigkeit der Herausbildung verantwortlicher Eliten; er stand somit der Massendemokratie nicht ohne Skepsis gegenüber: „Ich schwärme nicht für die Demokratie wie für ein Idol. Ich mache keinen Kotau vor dem allgemeinen Wahlrecht."[25] Die Legitimation der modernen Demokratie lag aus seiner Sicht vor allem in der Gewährleistung einer breiten und sozial gerechten Elitenrekrutierung. Wichtigste Aufgabe dieser Bildungs- und Leistungselite sei es, die Massen zu lenken: „Man muß diese Menge betreuen, sie führen, aufklären. Wenn nicht, dann ist sie eine blinde und launenhafte Macht, von gemeinen Trieben bewegt und fähig, alles zu zerstören."[26] In der hohen Qualität der Eliten erblickte er die einzige Garantie für die Größe einer Nation. Konsequenterweise stand die Nation auch im

[22] Vgl. G. Lapelle, L'Alliance démocratique, Paris 1935, S. 19 und Michel Soulé, Le Cartel des Gauches et la crise présidentielle, Paris 1974, S. 122 f.

[23] Hans-Manfred Bock, Zur Perzeption der frühen Bundesrepublik in der französischen Diplomatie: Die Bonner Monatsberichte des Hochkommissars André François-Poncet 1949–1955, in: Francia (1987), S. 579–658, S. 589.

[24] Ebenda.

[25] André François-Poncet, Réflexions d'un républicain moderne, Paris 1925, S. 47.

[26] Ebenda, S. 48.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mittelpunkt der dritten Leitidee. Nach Bock vertrat François-Poncet einen republikanischen Patriotismus, der auf der Annahme beruhte, daß die Nation in einer weitgehend säkularisierten Welt das einzige Mittel sei, alle Klassen, Religionen und individuellen Unterschiede zu verklammern. Für François-Poncet war der Nationalismus die beherrschende kollektive Leidenschaft der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Bock folgert daraus, daß François-Poncet zwar, den Blick auf seine politische Entwicklung zurückwerfend, erkannt habe, daß er als reiner Intellektueller ohne die Schule des „Realismus" der Kriegs- und Nachkriegszeit möglicherweise auch Sozialist hätte werden können. Er sei jedoch ein Mann des *ordre établi* geworden, „ein Liberal-Konservativer, dessen politische Karriere seit Kriegsende in enger Abstimmung mit den Interessen der französischen Großindustrie verlief"[27].

II.

Seit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages wurde François-Poncet von der französischen Regierung immer wieder zu Verhandlungen über das „deutsche Problem" hinzugezogen. Hatte er während der Zeremonie im Spiegelsaal des Versailler Schlosses nur eine Statistenrolle als Dolmetscher für die deutschen Bevollmächtigten gespielt, dessen Dienste angesichts des kurzen und auf Reden ganz verzichtenden Procedere erst gar nicht in Anspruch genommen wurden, sollte sein Sachverstand in den folgenden Jahren bei verschiedenen Gelegenheiten Verwendung finden: 1919 als Mitglied der französischen Delegation in der Interalliierten Wirtschaftskommission, 1922 in der französischen Delegation bei der Konferenz von Genua und 1923 als Pressechef von Generalstabschef Degoutte während der Ruhrbesetzung.

Der „leoninische Vertrag"[28], wie François-Poncet das Versailler Dokument später bezeichnete, gehörte seiner Meinung nach zu den „Kompromißfrieden, in denen sich die Widersprüche zwischen den Siegern abspiegeln und die in sich Keime der Auflösung bergen"[29]. Im Hinblick auf die französische Politik stellte er fest, daß Frankreich selbst die Schuld an den überzogenen deutschen Revisionsforderungen der Zwischenkriegszeit zu tragen habe, weil es den Haß nicht richtig eingeschätzt habe, der von deutscher Seite dem „diktierten Vertrag" entgegengebracht worden sei. Er warf der französischen Regierung vor, hartnäckig auf der Erfüllung der alliierten Forderungen bestanden und gleichzeitig auf eine Verständigung mit dem Reich gehofft zu haben, ohne recht zu begreifen, daß das Reich zu einer Annäherung nur unter der Voraussetzung bereit war, daß Frankreich auf einen Teil seiner Rechtsansprüche verzichtete. „Leoninisch" war der Vertrag für François-Poncet also deshalb, weil er nur für Deutschland von Nutzen war, dem er als Instrument seiner Revisionspolitik diente.

---

[27] Bock, Perzeption, S. 590.

[28] André François-Poncet, Von Versailles bis Potsdam. Frankreich und das deutsche Problem der Gegenwart 1919–1945, Mainz/Berlin 1949, S. 19.

[29] Ebenda, S. 6.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

François-Poncet trat zunächst auf der Linie Poincarés für einen harten Kurs gegenüber Deutschland ein. Dem Versuch von Ministerpräsident Briand, der auf der einen Seite die französisch-englische Allianz in einem multilateralen wechselseitigen Garantievertrag der Grenzen gefestigt sehen wollte – sozusagen der erste Entwurf der späteren Locarno-Politik – und auf der anderen Seite die Frage der Reparationszahlungen an die interalliierten Schuldenzahlungen koppeln wollte, stand er ablehnend gegenüber. Nachdem das Kabinett unter Lloyd George zögerte, einem entsprechenden Garantievertrag zuzustimmen, beschränkten sich die englisch-französischen Verhandlungen in erster Linie auf die Reparationsfragen. Auf der Konferenz von Cannes im Januar 1922 stellten sich der Präsident der Republik Millerand und einige Minister, darunter auch Kriegsminister Barthou, gegen Briand. Sie alle sprachen sich gegen Konzessionen in der Reparationsfrage aus und nutzten deshalb die Zugeständnisse Briands, die dieser im Hinblick auf einen Garantievertrag vorgeschlagen hatte, als Mittel zur innenpolitischen Desavouierung des Ministerpräsidenten. Briand trat daraufhin zurück, nicht ohne noch seine Zustimmung zu einer Reparationskonferenz in Genua gegeben zu haben, an der auch die Sowjetunion und Deutschland teilnehmen sollten. Seine Stelle nahmen Poincaré sowie Barthou in der Funktion eines stellvertretenden Präsidenten des Ministerrats ein. François-Poncet schrieb über den Wechsel im Kabinett: „Die Regierungsübernahme durch Poincaré zeigte, daß Frankreich genug hatte von diesem Feilschen, diesem Durcheinander, diesen sich hinziehenden Verwicklungen, von denen es nichts verstand."[30]

Noch im Februar scheiterte der Versuch, einen Garantievertrag abzuschließen, an überzogenen Forderungen Poincarés und am britischen Desinteresse. An der Konferenz von Genua vom 10. April bis 19. Mai nahm Poincaré nicht teil, sondern er entsandte als seinen Vertreter Louis Barthou, einen ehemaligen Studienkameraden François-Poncets. Dieser wurde von Barthou in die französische Delegation berufen, in der er auf persönlichen Wunsch Poincarés die französische Position formulierte[31]. Die Konferenz scheiterte am Fernbleiben der Vereinigten Staaten, den französisch-englischen Gegensätzen sowie schließlich an der deutsch-sowjetischen Annäherung. François-Poncet brachte die französische Reserve gegenüber den britischen Vorstellungen mit satter Ironie zum Ausdruck: „Es geht darum, Rußland zu retten, schön! Aber es geht auch darum, die Bolschewisten zu retten!"[32] Nachdem auch auf Nachfolgekonferenzen keine Lösung in den Fragen der Reparations- und interalliierten Schuldenzahlungen gefunden werden konnte, entschloß sich das Kabinett Poincaré zur Besetzung des Ruhrgebietes. Dem Stab des Befehlshabers der französischen

---

30 André François-Poncet, La France et le problème des réparations, Paris 1922, S. 19.

31 Vgl. die von François-Poncet unter dem Pseudonym Celtus verfaßte Studie „La France à Gênes. Un programme français de reconstruction économique de l'Europe", in: 462 AP, Karton 5 sowie den Artikel von André François-Poncet, Poincaré tel que je l'ai vu, in: Le Figaro Littéraire vom 26. Juni 1948, S. 1.

32 Zitiert nach Renata Bournazel, Rapallo – ein französisches Trauma, Köln 1976, S. 104. Renata Bournazel verweist darauf, daß sich Francois-Poncet schon als Herausgeber des „Bulletin quotidien" kritisch zu dem britischen Plan für den Wiederaufbau Europas geäußert hat.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Truppen, General Degoutte, zugeteilt, um „über die Beziehungen der französischen Behörden zur Presse zu wachen, insbesondere zur ausländischen"[33], unterstützte François-Poncet auch jetzt die Politik des Ministerpräsidenten. Er befürwortete die französischen Pläne zur Bildung einer rheinischen und pfälzischen Republik und wertete die Anordnung der Beendigung des passiven Widerstandes durch Reichskanzler Gustav Stresemann am 26. September 1923 als Sieg auf der ganzen Linie. Auch die Unterzeichnung des Dawes-Planes bestätigte François-Poncet in seiner Einschätzung, daß es sich bei der militärischen Intervention um einen Erfolg handelte, wenn er auch kritisch vermerkte, daß der Dawes-Plan die Forderung Poincarés nach Koppelung der deutschen Reparationszahlungen mit den französischen Schuldenzahlungen nicht berücksichtigt habe[34].

Unter dem „Cartel des gauches" (Linkskartell) wie auch unter der „Union Nationale" wurde François-Poncet nicht mit Regierungsaufgaben betraut. Er fand erst wieder in der neuen Regierung Poincaré (November 1928 bis Juli 1929) als Unterstaatssekretär für den Bereich „Enseignement technique et Beaux-Arts" Verwendung. Diesen Posten behielt er in der Regierung Briand (Juli bis November 1929). Während dieser Zeit näherte sich André François-Poncet der Politik Briands an, ohne jedoch dessen Völkerbundspolitik zuzustimmen. Er war vielmehr einer der schärfsten Kritiker des Schiedsgerichtssystems, das Edouard Herriot im September 1924 im Rahmen der Studien über die im Versailler Vertrag vorgesehene allgemeine Abrüstung dem Forum des Völkerbunds vorgestellt hatte[35]. Nachdem das Vorhaben im Herbst 1924 an britischen Einwänden gescheitert und damit die Möglichkeit einer allgemeinen Vereinbarung verschlossen war, blieb in seinen Augen einzig der Weg über regionale Pakte[36]. Briand schlug diesen ein und erreichte die Unterzeichnung der Verträge von Locarno. François-Poncet befürwortete das Vertragswerk, da durch die englisch-französisch-italienische Garantie die allgemeinen Bedingungen der Völkerbundssatzung zumindest für die Westgrenze mit Substanz versehen worden waren. Außerdem stellte der Vertrag kein „Diktat", sondern „ein frei und kontradiktorisch verhandeltes Abkommen"[37] dar. Er tat sich aber auch weiterhin als Verfechter einer strikten Ausführung des Versailler Vertrages hervor, indem er sich gegen die sofortige Räumung des Rheinlands aussprach. Seines Erachtens sollte man die Weimarer Republik beobachten und erst einmal sehen, wie sich Deutschland als Mitglied des Völkerbundes verhalten werde.

Mit dieser Interpretation unterschied er sehr genau zwischen den Interessen der einzelnen Staaten. Er stellte deutlich heraus, daß für Deutschland der Vertrag von Locarno der Anfang vom Ende des Versailler Vertrages war. Diese Haltung sollte sich in der Atmosphäre der Entspannung, welche die zweite Hälfte der zwanziger

[33] François-Poncet, Versailles bis Potsdam, S. 85; vgl. auch 462 AP, Karton 5.
[34] Ebenda, S. 97 ff.
[35] Vgl. Journal Officiel vom 28. Januar 1925, S. 352.
[36] François-Poncet, Versailles bis Potsdam, S. 105.
[37] Ebenda, S. 110.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahre kennzeichnete, nur unmerklich ändern. Für den Briand-Kellogg-Pakt hatte er deshalb nur ein vernichtendes Urteil übrig. Der Pakt biete „in keiner Hinsicht das von Frankreich gewünschte Sicherheitssystem, das Locarno weiterentwickelt und einen wirklichen Fortschritt hergestellt hätte"[38]. Diese Bewertung spiegelte die Haltung François-Poncets am Dekadenwechsel zu den dreißiger Jahren wider. Die acht Monate, die er von September 1930 bis April 1931 als stellvertretender Leiter der französischen Delegation und somit wichtigster Berater Aristide Briands in der „Commission d'études pour l'Union Européenne" beim Völkerbund tätig war, waren ausschließlich Wirtschaftsfragen gewidmet. Generalsekretär Avenol und René Massigli hatten um die Entsendung des Wirtschaftsspezialisten gebeten[39].

Mit dem kollektiven Sicherheitssystem des Völkerbunds und der „Mystik der französisch-deutschen Annäherung"[40] hatte François-Poncet damals wenig im Sinn. Er nahm an den informellen Begegnungsaktivitäten des „Mayrisch-Komitee", das sich um eine Verständigung der beiden „Erbfeinde" bemühte, zwar teil[41], suchte aber in erster Linie in offiziellen Initiativen einen interessengebundenen Ausgleich mit Deutschland. Dies zeigte sich insbesondere, als François-Poncet im November 1930 das Amt des Unterstaatssekretärs für Wirtschaftsfragen in der Regierung Tardieu übernahm. Tardieu zählte wie François-Poncet zur gemäßigten Rechten und hatte wie dieser die Ecole Normale Supérieure absolviert[42]. Tardieu und Francois-Poncet wird aus diesen Gründen ein gutes persönliches Verhältnis zugeschrieben, tatsächlich hatte François-Poncet in der Entourage von Tardieu eine einflußreiche Position inne[43].

François-Poncet behielt dieses Amt, als im Januar 1931 Pierre Laval an die Spitze des Ministerrats trat. Die folgenden Monate waren ausschlaggebend für seinen Wechsel in den diplomatischen Dienst. Hatte er sich in der Regierung Tardieu vornehmlich mit Wirtschaftsfragen von innenpolitischer Tragweite befaßt, trat er nun als Schlüsselfigur zwischen Ministerpräsident Laval und Außenminister Briand erneut bei der Lösung wirtschaftspolitischer Fragen auf dem internationalen Parkett in Erscheinung. François-Poncet war der „Philippe Berthelot" im Amt des Ministerpräsidenten. Laval, begierig, die Nachfolge des langjährigen Außenministers Briand anzutreten, ergriff zunehmend die außenpolitische Federführung, als sich das Scheitern von Briands Europäischer Union abzeichnete und der französischen Regierung der deutsch-österreichische Plan einer Zollunion bekannt geworden war. Letzterer

[38] Ebenda, S. 121.

[39] Vgl. Genèvieve Tabouis, André François-Poncet: second délégué de la France à la Commission d'études pour l'Union Européenne à Génève, in: Excelsior vom 21. Mai 1931, S. 1 und S. 3; La mission de M. François-Poncet à la conférence de Genève, in: Le Petit Parisien vom 19. April 1931, S. 1 sowie den Briefwechsel zwischen Joseph Avenol und René Massigli vom Juli 1931, in: 462 AP, Karton 13.

[40] Raymond Poidevin/Jacques Bariéty, Frankreich und Deutschland. Die Geschichte ihrer Beziehungen 1815–1975, München 1982, S. 359.

[41] Vgl. Fernand L'Huillier, Dialogues franco-allemands 1925–1933, Straßbourg 1971.

[42] Vgl. Mayeur, La vie politique, S. 291 f.

[43] Nach Solo, Ambassador, S. 59 ff., ist die Stelle damals von Tardieu extra für André François-Poncet geschaffen worden.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rief in Frankreich ernste Befürchtungen hervor, und die Vereitelung des Plans war für Paris von vitalem Interesse[44].

Die französische Regierung stellte als Alternative zu einer deutsch-österreichischen Zollunion einen europäischen Wiederaufbauplan vor. Die geistige Urheberschaft daran wird François-Poncet zugeschrieben. Auf die deutsch-französischen Beziehungen abzielend, sah der französische Gegenvorschlag eine auf den Bedarf zugeschnittene Regulierung und Kontingentierung der europäischen Produktion durch Kartelle vor. Bereits existierende internationale Vereinbarungen sollten ausgebaut, gemeinsame Großprojekte in Mittel- und Südosteuropa sowie außerhalb Europas in Angriff genommen und internationale Absprachen der Eisenbahn-, Schiffahrts- und Fluggesellschaften getroffen werden. Es ist unverkennbar, daß über internationale Kartelle und die damit einhergehende Aufhebung der Zollschranken der Status quo in wirtschaftlichen und politischen Fragen festgeschrieben werden sollte[45]. Ulrich Nocken stellte deshalb zutreffend fest, daß François-Poncet versucht habe, „diesen eindeutig protektionistischen Plan unter einem Mantel der Liberalität zu verbergen mit dem Argument, daß nach der erfolgten Kartellisierung die Zölle wegfallen könnten und somit ein erster Schritt zu einer Zollunion getan wäre"[46]. François-Poncet leitete im Auftrag Lavals und Briands die Verhandlungen über die französische Initiative und stellte den Plan am 5. Juni 1931 in der Abgeordnetenkammer vor[47]. Besonders aufschlußreich für seine diplomatische Rolle ist ein Gespräch mit dem deutschen Botschafter in Paris, von Hoesch, vom 2. Mai. In diesem Gespräch, das François-Poncet im Auftrag von Laval und Briand führte, warnte er vor einer deutschen Ablehnung des französischen Vorschlags, weil dies die Teilung Europas in zwei Lager nach sich ziehen würde. Er forderte die Aufschiebung der deutsch-österreichischen Zollunion, da man zunächst den Erfolg der im französischen Plan vorgesehenen Maßnahmen abwarten sollte. Das Gespräch führte letztlich dazu, daß sich die französische Regierung nach der deutschen Ablehnung des Plans für schärfere Maßnahmen entschied[48].

---

[44] Vgl. Jean-Baptiste Duroselle, La Décadence. 1932–1939, Politique étrangère de la France. Paris 1979, S. 143 und Edward W. Bennett, Germany and the Diplomacy of the Financial Crisis 1931, Cambridge, Mass. 1962, S. 58–62.

[45] Vgl. Bennett, Financial Crisis 1931, S. 92–96 und David E. Kaiser, Economic Diplomacy and the Origins of the Second World War. Germany, Britain, France and Eastern Europe, 1930–1939, Princeton 1980, S. 35.

[46] Ulrich Nocken, Das internationale Stahlkartell und die deutsch-französischen Beziehungen 1924–1932, in: Konstellationen der internationalen Politik 1924–1932. Politische und wirtschaftliche Faktoren in den Beziehungen zwischen Westeuropa und den Vereinigten Staaten. Referate und Diskussionsbeiträge eines Dortmunder Symposiums 18.–21. September 1981, Bochum 1983, S. 165–202, S. 195 f.

[47] Vgl. Bennett, Financial Crisis 1931, S. 93 ff. sowie das Telegramm von Hoesch's vom 27. Juni 1931, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amts (im folgenden zitiert als PA/AA), Botschaft Paris: Politische Akten von 1918 bis Kriegsende 1939, 609 a II 2 adh. 2, Reparationsfrage (Vorschlag Hoovers; Kredithilfe für Deutschland), Bd. 1 (Juni–Juli 1931).

[48] Auszüge des Gesprächs sind sehr ausführlich wiedergegeben bei Bennett, Financial Crisis 1931, S. 95–99.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aus diesen Monaten datiert auch eine mehrseitige programmatische Aufzeichnung über die Ziele, die die französische Politik Deutschland gegenüber verfolgen sollte. Darin sind alle Elemente enthalten, die François-Poncet bis zum Scheitern eines isolierten wirtschaftspolitischen Vorgehens Ende 1931 verfocht: die Forderung eines „politischen Moratoriums", das Deutschland zum Verzicht auf eine einseitige Änderung des Status quo und zur Anerkennung der Prinzipien der Kollektiven Sicherheit im Rahmen des Völkerbundes verpflichten sollte; die Aufforderung an Deutschland, geschlossene Verträge zu respektieren; die Zusicherung einer verstärkten wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit, die auch auf der Ebene der Interessengruppen vorangetrieben werden sollte[49].

Dank seiner Vertrauensstellung bei Laval und als Vorsitzender des Nationalen Wirtschaftsrates war François-Poncet auch in die Verhandlungen über das Hoover-Moratorium involviert, so bei den Konferenzen von Paris und London im Juli 1931. Mit der Vorlage seines europäischen Wiederaufbauplans vom Frühjahr desselben Jahres wurde er gleichsam zum Urheber des im September 1932 zwischen der Regierung Laval und der Reichsregierung vereinbarten Wirtschaftsausschusses, der das Forum für eine „gemeinsame wirtschaftspolitische Aussprache" werden sollte[50]. Die Vorstellungen von François-Poncet im Jahr 1931 zeigen zweierlei: Zum einen hatte er Anfang 1931 im wesentlichen noch dieselbe wirtschaftspolitische Haltung gegenüber Deutschland wie in den zwanziger Jahren. Mit seinem Wiederaufbauplan griff er Gedanken aus dem Umfeld des „Comité de Forges" auf, das Anfang der zwanziger Jahre für ein System montanindustrieller Absprachen zwischen französischen und deutschen Unternehmen eingetreten war[51]. Zum anderen war sein Vorhaben, über eine Annäherung in den Wirtschaftsbeziehungen zu einer Verbesse-

---

[49] Der wirtschaftspolitische Abschnitt der Aufzeichnung ist überschrieben mit „Des apaisements politiques doivent accompagner l'action de secours international". Das Manuskript findet sich in: 462 AP, Karton 13.

[50] Vgl. die Aufzeichnung des deutschen Botschafters in Paris von Hoesch vom 31. Juli 1931, in: PA/AA, Botschaft Paris: Politische Akten von 1918 bis Kriegsausbruch 1939, 563 c I Fr 3 adh. 1, Beziehungen zu Deutschland, Bd. 21. Darin nennt Botschafter von Hoesch nach einem Gespräch mit François-Poncet fünf Bereiche, auf die sich die Tätigkeit des Rats nach Ansicht des französischen Diplomaten konzentrieren solle: „Erörterung über einen eventuellen Ausbau des deutsch-französischen Handelsvertrages (. . .) Förderung privatwirtschaftlicher Verständigungen mit dem Ziel der schrittweisen Überflüssigmachung des Zollschutzes in der allgemeinen Richtung auf eine Zollunion hin, (. . .) industrielle Verflechtungen im Wege des Austausches von Beteiligungen, (. . .) Stützung notleidender, aber gesunder deutscher Unternehmungen durch Kapitalzuschuß französischer Unternehmungen der gleichen Branche, (. . .) entsprechende Transaktionen (. . .) auf dem Gebiete des Bankwesens." Die Initiative, in die François-Poncet seinen besonderen Ehrgeiz gesetzt hatte, sollte bereits im Januar 1932 an den heftigen tagespolitischen Kontroversen um die Abrüstungsfrage scheitern. Vgl. dazu: Geoffrey Warner, Pierre Laval and the eclipse of France, New York 1968, S. 42 f.

[51] Vgl. Poidevin/Bariéty, Frankreich und Deutschland, S. 140–144; Harry Graf Kessler, Tagebücher 1918–1937, hrsg. von Wolfgang Pfeiffer-Belli, Frankfurt am Main 1961, S. 653. Zu den Konstanten in den französischen Konzepten der Zwischenkriegszeit siehe auch Nocken, Das internationale Stahlkartell, S. 200 f.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rung der politischen Beziehungen zu gelangen, ein erster Ansatz für eine offensive und mittelfristig angelegte Diplomatie gegenüber Deutschland, einen „effort méthodique de collaboration", wie er auf seiner Antrittspressekonferenz in Berlin forderte[52].

III.

Die Bestrebungen der französischen Regierung, eine neue Strategie in den Wirtschafts- und Finanzbeziehungen zu Deutschland im Zuge des Hoover-Moratoriums zu finden, schlossen auch personelle Veränderungen in der Berliner Botschaft ein. Edward E. Bennett überzeugt mit seiner Erklärung, daß die Ernennung von André François-Poncet zum Botschafter in Berlin insbesondere auf dessen federführende Beteiligung bei der Ausarbeitung des europäischen Wiederaufbauplans zurückzuführen ist: „What a better time for a new departure than at this point, when the customs union had proved the futility of Briand's pan-European ideas?"[53] Als „einer der besten Wirtschafts- und Finanzsachverständigen Frankreichs" war François-Poncet Reichskanzler Brüning schon auf der Pariser Konferenz vom Juli 1931 als Kandidat für den Botschaftsposten vorgestellt worden. Brüning stand dem neuen Diplomatentypus, wie François-Poncet ihn verkörperte, aber ablehnend gegenüber: „Ich versuchte vorsichtig de Margerie noch zu halten (. . .). Vielleicht würde in einem Zeitalter, in dem, wie ich erhoffe, menschliche Beziehungen zwischen den verantwortlichen Politikern die Regel sein würden, es an sich gut sein, wenn der normale Verkehr durch die Diplomaten der alten Schule liefe."[54] Dessen ungeachtet forcierte Laval aber die Versetzung seines außenpolitischen Beraters auf einen der wichtigsten Auslandsposten. Auch das Bedürfnis nach besseren Informationen über die internen Vorgänge in Deutschland dürfte bei der Ablösung des seit neun Jahren in Berlin akkreditierten Botschafters Pierre de Margerie eine ausschlaggebende Rolle gespielt haben. Dieser erschien in diesen Monaten des Umbruchs als zu alt und zu sehr in der Routine seiner Botschaftertätigkeit verhaftet[55].

---

[52] Das Manuskript der Ansprache findet sich in: 462 AP, Karton 14.

[53] Bennett, Financial Crisis 1931, S. 94. François-Poncets Hinweise bestätigen diese Bewertung; vgl. Souvenirs, S. 17 und S. 23. Es finden sich sowohl in den zugänglichen Archivbeständen des Quai d'Orsay als auch im Nachlaß weder Hinweise über die Umstände der Ernennung im August 1931 noch zur Ablösung im Oktober 1938. Die Dokumentation über das diplomatische Corps Frankreichs in Deutschland setzt erst nach dem Weggang François-Poncets ein. Die zuständige Archivarin, Marie Hamon, erklärt diese Lücke dahingehend, daß die entsprechenden Bestände vor dem Einmarsch der deutschen Truppen in Paris im Mai 1940 vernichtet wurden. Soweit Archivalien aus der Botschaft in Berlin nach Frankreich zurückgeführt wurden und durch die Aktenbereinigung 1940 nicht zerstört wurden, liegen diese heute im Archiv des Quai d'Orsay in Nantes. Einzig die dort befindlichen Archivalien vermögen eventuell zusätzliche Erkenntnisse über die Ablösung François-Poncets zu geben.

[54] Heinrich Brüning, Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1970, S. 342.

[55] Vgl. Armand Bérard, Au Temps du danger allemand, Paris 1976, S. 96.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Ernennung von François-Poncet erwies sich auch innenpolitisch als schwierig. Das großbürgerliche Gehabe, die intellektuelle Arroganz und die Neigung zu beißendem Spott hatten dem 44jährigen seit seinem Eintritt in das parlamentarische Leben manche Feinde geschaffen. Unsicher über die Chancen einer Ministerkarriere, kam ihm das Angebot des Botschafterpostens gelegen. Nach dem Zeugnis eines Sohnes, des ehemaligen französischen Außenministers Jean François-Poncet, habe sein Vater das politische Parkett mit dessen „Vulgarität, Brutalität und Preisgabe an die öffentliche Kritik" nicht ungern verlassen. Der permanente Zwang zur mündlichen Improvisation im Palais Bourbon, dem Sitz der Nationalversammlung, habe seinem Vater widerstrebt. Auch seine pessimistische Grundhaltung und der daraus resultierende Mangel an Entschlußkraft hätten bei dem Entschluß zu einem Laufbahnwechsel eine Rolle gespielt[56]. François-Poncet ließ sich im August 1931 gegen den Willen Briands zunächst für sechs Monate als Botschafter in Berlin akkreditieren, bevor er im März 1932 in den diplomatischen Dienst eintrat und seinen Sitz in der Abgeordnetenkammer aufgab[57]. Die Einschätzung von Maurice Vaïsse, François-Poncet habe die Aussicht auf „eine brillante politische Karriere" in der Hoffnung aufgegeben, auf dem Berliner Posten die deutsch-französische Annäherung zu realisieren[58], ist sicherlich eine nachträgliche Idealisierung, zumal sie auch den Ehrgeiz des diplomatischen Seiteneinsteigers unterschätzt.

Das Début François-Poncets im diplomatischen Dienst ist exemplarisch für die Anpassung der Arbeitsweise des Quai d'Orsay an die neuartigen Herausforderungen, die durch jenes Ensemble technischer, sozioökonomischer und politischer Veränderungen bedingt waren, die Gordon A. Craig und A. L. George als „diplomatische Revolution" bezeichnet haben[59]. Die Veränderungen im Quai d'Orsay in den dreißiger Jahren bestanden in der Suche nach neuen Methoden (z. B. Ausbau der Pressearbeit und Propaganda, Verbesserung der Kommunikation zwischen der Zentrale und den Außenposten, Ausbau des Chiffrierwesens und Verwendung neuer Kommunikationsmittel) sowie dem Versuch einer Reorganisation (z. B. Aufbau neuer Abteilungen, zunehmende Verwendung von Experten, die aus den Ministerien direkt auf die Außenposten beordert wurden[60]. Zwischen 1930 und 1940 wurde so eine systematische Presseauswertung etabliert, woran insbesondere André François-Poncet in Berlin und René Massigli in Rom beteiligt waren. François-Poncet

[56] Gespräch mit Jean François-Poncet am 6. September 1989 in Palais Luxembourg in Paris.

[57] In einem Telegramm vom 3. August 1931 berichtete Botschafter von Hoesch nach Berlin, daß sich Briand mit seinem Plan einer „endgültigen Entsendung" nicht gegen Laval hatte durchsetzen können; in: PA/AA, Botschaft Paris, 563 c Fr 3 adh. 1, Reparationsfrage Bd. 68.

[58] Maurice Vaïsse, Sécurité d'abord. La politique française en matière de désarmement. 9 décembre 1930–17 avril 1936, Paris 1984, S. 80.

[59] Gordon A. Craig/Alexander L. George, Zwischen Krieg und Frieden. Konfliktlösung in Geschichte und Gegenwart, München 1984, S. 8 ff. und S. 85 ff. François-Poncet selbst geht auf die Veränderungen ein in der Rede „Der Beruf des Diplomaten", in: André François-Poncet, Politische Reden und Aufsätze, Mainz/Berlin 1947, S. 48–65.

[60] Vgl. hierzu Maurice Vaïsse, L'adaptation du Quai d'Orsay aux nouvelles conditions diplomatiques (1919–1939), in: Revue d'Histoire moderne et contemporaine 32 (1985), S. 142–162.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

trat seinen neuen Posten mit dem Vorsatz an, eine bessere und kontinuierliche Information der Regierung über die Vorgänge im Nachbarland sicherzustellen. Wie die Zeitungskorrespondenten und die Vertreter der Agenturen wollte er Paris ständig auf dem laufenden halten. Er führte die „télegrammes de presse téléphonés" ein, die nach der ersten Morgenbesprechung nach Paris durchgegeben wurden. Seine legendär gewordenen und einzigartigen Monatsberichte unterschieden seine Berichterstattung vom gewöhnlichen Schriftverkehr zwischen den Auslandsvertretungen und dem Quai d'Orsay[61]. Die immer wieder herausgestellte literarische Versiertheit sowie die zahlreichen Publikationen des Botschafters dürfen jedoch nicht den Eindruck erwecken, François-Poncet stehe in der französischen Tradition des „Diplomate écrivain"[62]. Es ist vielmehr der Bewertung von Hans-Manfred Bock zuzustimmen, daß „François-Poncet ein ‚homme de lettres' war, ein Liebhaber des Wortes, dem es lebenslang eine lustvolle Gewohnheit war, sich als Journalist oder Diplomat zu artikulieren"[63]. Seine enorme Produktion – insgesamt liegen in den Archiven des Quai d'Orsay 40 Dossiers mit Presseanalysen von der Berliner Mission vor, die täglichen Telegramme und Depeschen nicht berücksichtigt – verursachten bei dem einzigen für Deutschland zuständigen Beamten in der Direction d'Europe „gemischte Gefühle" („sentiments mitigés")[64]. René Girault fragt deshalb zu Recht, welche der Berichte tatsächlich von den jeweiligen Außenministern in Paris gelesen wurden.

François-Poncet verfügte in Berlin über einen qualifizierten Mitarbeiterstab, der auch eine geheimdienstliche Abteilung, das sogenannte „deuxième bureau", einschloß[65]. Allerdings wurde die Botschaft während der nationalsozialistischen Herrschaft in puncto geheimdienstlicher Aktivitäten eher Objekt als handelndes Subjekt. So hatte Hitler nachweislich Kenntnis vom Inhalt der von François-Poncet nach Paris gesandten Berichte[66].

---

[61] Bock, Perzeption, S. 581. Quellenrecherchen im Quai d'Orsay belegen, daß außer François-Poncet kein französischer Botschafter in Berlin oder später in Bonn Monatsberichte geschrieben hat.

[62] In den dreißiger Jahren waren unter den großen Schriftstellern Frankreichs folgende Angehörige des Quai d'Orsay: Alexis Léger, der unter dem Pseudonym Saint-John Perse 1960 den Nobelpreis für Literatur gewann, sowie Paul Claudel, Jean Giraudoux und Paul Morand.

[63] Bock, Perzeption, S. 580.

[64] Duroselle zählt z. B. für die eineinhalb Monate vom 1. Januar bis 15. Februar 1935 401 Telegramme, was einen Durchschnitt von 10 pro Tag machte, sowie insgesamt 190 Depeschen, die teilweise einen Umfang bis zu dreißig Seiten erreichten. Jean-Baptiste Duroselle, Les milieux gouvernementaux français en face du problème allemand en 1936, in: La France et l'Allemagne 1932–1936. Communications présentées au Colloque franco-allemand tenu à Paris du 10 au 12 mars 1977, Paris 1980, S. 373–396, S. 390 f.

[65] Ebenda, S. 383–387 und Paul Stehlin, Auftrag in Berlin, Berlin 1965, S. 24 f.

[66] Neben den Kenntnissen über den Inhalt der Berichte führten aber auch die Veränderungen in der deutschen Frankreichpolitik nach der Besetzung ganz Frankreichs und wahrscheinlich geheimdienstliche Tätigkeiten François-Poncets zu seiner Inhaftierung durch die Nationalsozialisten. François-Poncet kannte aus seiner Zeit in Bern sehr gut Allan Dulles, der seit November 1942 offiziell als Beauftragter Roosevelts für Europa und inoffiziell als Resident des OSS in Bern tätig war; vgl. den undatierten Brief von Dulles (wohl vom August 1931, A. M.) in: 462 AP, Karton 14 sowie Allan

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mit der Wiederbelebung der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen hatte der Botschafter keinen Erfolg. Das isolierte wirtschaftspolitische Vorgehen habe, so seine Einschätzung, spätestens zum Jahreswechsel 1931/32 in eine Sackgasse geführt[67]. François-Poncet griff deshalb einen alten Vorschlag auf, finanzielle Zugeständnisse an politische Zusicherungen zu binden. Warum sollte man nicht die Reparationsforderungen aufgeben, um damit eine fünf- bis sechsjährige deutsche Garantie der Integrität des polnischen Korridors oder vergleichbare politische Zusicherungen zu erreichen[68]? Doch die halbherzige Linie der französischen Regierung verbot die Realisierung solcher Vorstellungen. Der Vorstoß des Botschafters ist aber ein erstes Beispiel für seine hartnäckigen Versuche in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre, von Berlin aus die eigene Regierung für eine vertragsrechtliche Einbindung des deutschen Revisionismus zu gewinnen.

Um die Erfolgsaussichten seines zweiten unmittelbaren Auftrags, eine nachhaltige Information der französischen Regierung über die Vorgänge in Deutschland sicherzustellen, war es besser bestellt. Trotz des erheblichen Mißtrauens, das ihm anfänglich in Berlin entgegenschlug, avancierte er bald zu einem der bestinformiertesten Diplomaten. Nach Reichskanzler Brüning war er „der einzige, der durch Schleicher oder seine bis in das Haus des Reichspräsidenten reichenden Verbindungen richtig informiert war"[69]. Die Tatsache, daß er ein feinmaschiges Informationsnetz aufzubauen verstand, darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß François-Poncet wegen seiner Sympathien für die Nationalkonservativen die Möglichkeit, daß es zu einer Hitler-Regierung kommen könne, falsch einschätzte. Erst Mitte Januar 1933 begann er mit einer „Machtergreifung" der Nationalsozialisten zu rechnen. Ebensowenig wie Schleicher selbst hatte er die Gefahren ernst genommen, die mit den Umtrieben von Papens verbunden waren[70]. Aus persönlicher Sympathie für die nationalkonservativen Kreise und nach seiner Erfahrung der Instabilität der Weimarer Regierungen setzte er bis 1934 auf die Restauration der Hohenzollernmonarchie. Er schloß den Sturz der Hitler-Regierung auch wegen der prekären wirt-

---

Dulles, Germany's underground, New York 1946; allgemein auch dazu Paul Paillole, Services spéciaux 1935–1945, Paris 1975. François-Poncet ist von einem von Klaus Barbie angeführten Kommando am 27. August 1943 im Auftrag der SS festgenommen worden. Für die Verwicklung in geheimdienstliche Operationen spricht die Tatsache, daß François-Poncet zusammen mit Albert Lebrun festgenommen worden ist, dem von John Loftus Kontakte zu zwei antikommunistischen französischen Geheimdiensten „Technica" und „Intermarium" nachgesagt werden (siehe Anm. 3).

67 Vgl. François-Poncet, Souvenirs, S. 23 und S. 29.

68 Vgl. Rumbold an Simon, Telegramm vom 8. Januar 1932, in: Documents on British Foreign Policy (im folgenden zitiert DBFP), 2nd series, Vol. III, London 1948, Dok. 10, S. 12 f.; Rumbold an Sargent, Brief vom 4. Mai 1932, in: Ebenda, Dok. 108, S. 135 f.; Kaiser, Economic Diplomacy, S. 104.

69 Brüning, Memoiren 1918–1934, S. 588.

70 Vgl. die Telegramme an Paul-Boncour vom 6. und 7. Januar 1933, in: Documents Diplomatiques Français 1932–1939 (im folgenden zitiert DDF), 1re série, t. II, Dok. 170 und Dok. 174, S. 368 f. und S. 373–376 sowie die Telegramme vom 26. Januar und 1. Februar, in: Ebenda, Dok. 241 und Dok. 253, S. 530 f. und S. 545–553.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schaftlichen Lage nicht aus[71]. Auf dem Weg Deutschlands in die Barbarei war für ihn der 30. Juni 1934 eine wichtigere Zäsur als der 30. Januar 1933.

Außenpolitisch war kein Thema von so großer Brisanz wie die Abrüstungsfrage. Die Vorgänge in Deutschland fanden gerade im Hinblick auf die Abrüstungsgespräche Aufmerksamkeit in Paris. In Frankreich glaubte man das eigene Sicherheitsbedürfnis nur dann befriedigen zu können, wenn die militärische Abrüstung Deutschlands dauerhaft festgeschrieben und um ein Sanktionssystem ergänzt war. Auf der seit Februar 1932 tagenden Abrüstungskonferenz des Völkerbundes legte sich Frankreich im Gegensatz zu Großbritannien und den Vereinigten Staaten auf eine reaktive und somit erfolglose Politik fest. Inbegriff dieser Politik war die seit 1924 propagierte Trias „Sécurité, Désarmement, Assistance mutuelle"[72]. François-Poncet verfolgte demgegenüber eine nuancierte Politik der Festigkeit *(fermeté);* darin erblickte er die einzige Möglichkeit, auf die bedingungslose Revisionspolitik Deutschlands Einfluß nehmen und die Aufkündigung der deutschen Mitarbeit, das heißt die generelle Ablehnung der Politik der kollektiven Sicherheit, verhindern zu können[73]. Er plädierte sowohl für die Aufnahme bilateraler Kontakte als auch für den Rekurs auf das kollektive Sicherheitssystem. Nach dem letztlichen Scheitern des gewaltsamen Vorgehens an der Ruhr von 1924 bezog er den Gedanken an einen Präventivkrieg allerdings nicht mehr ernsthaft in seine Überlegungen ein. Er führte vier Gründe an, weshalb man diese Variable im diplomatischen Kalkül nicht länger in Betracht ziehen sollte: die Schwäche der demokratischen Institutionen, der vorherrschende Pazifismus, die Isolierung Frankreichs nach einem solchen Entschluß sowie das Fehlen der nötigen wirtschaftlichen und finanziellen Mittel[74].

François-Poncet war ein Vertreter der klassischen Machtpolitik. Er betrachtete das Genfer System nur als zusätzliches diplomatisches Instrumentarium, um Deutschland einzubinden und England in den Fällen auf eine gemeinsame Position festzulegen, in denen Frankreich nicht in der Lage war, als alleinige Garantiemacht aufzutreten. Aufgrund der französisch-englischen Differenzen in den zwanziger Jahren war er von der Notwendigkeit einer deutsch-französischen Verständigung überzeugt. Letztlich machte François-Poncet mit der zweigleisigen Vorgehensweise Konzessionen an die Politik der prinzipiellen Ausrichtung Frankreichs auf die kollektive Sicherheit, wie sie seit 1924 verfolgt wurde.

Er war sowohl vor als auch nach der „Machtergreifung" überzeugt, daß das Ziel

---

[71] Vgl. die Depesche vom 7. März 1933, in: DDF, 1re série, t. II, Dok. 378, S. 744–751. In der Abrüstungsfrage setzte der Botschafter deshalb auf eine konziliante Haltung der deutschen Regierung; Depesche vom 9. Mai 1933, in: Ebenda, Dok. 105, S. 189 ff.

[72] Zur französischen Position vgl. Duroselle, La Décadence, S. 36–40; François-Poncet, Versailles bis Potsdam, S. 163 und Edouard Herriot, Jadis, 2. Bd.: D'une guerre à l'autre 1914–1936, Paris 1952, S. 314.

[73] Vgl. die vertrauliche Aufzeichnung für Herriot vom 25. August 1932, in: DDF, 1re série, Dok. 125, S. 221–224.

[74] Vgl. Vaïsse, Against Appeasement, S. 228.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

deutscher Politik eine begrenzte und kontrollierte Aufrüstung war[75]. Wenn er das deutsche Verhalten auch als äußerst variabel einschätzte, war er doch von dem Friedenswillen der jeweiligen deutschen Regierung und auch des nationalsozialistischen Reichskanzlers überzeugt: „Wenn Herr Hitler schwört, daß er nichts so sehr wünscht wie Frieden, so kann man annehmen, daß er nicht lügt."[76] Exemplarisch für seine Lagebeurteilung ist eine vertrauliche Aufzeichnung, die er im August 1932 Ministerpräsident Herriot zukommen ließ. François-Poncet trat darin nach einer dialektischen Erörterung der Vor- und Nachteile sehr geschickt für die Aufnahme von vertraulichen Gesprächen mit Deutschland ein: Zwar könne man mit dem Hinweis auf die generelle Bedeutung der Abrüstungsfrage erneut auf dem Forum der Abrüstungskonferenz eine Lösung suchen. Auch könne man auf die juristisch unzulässige Forderung nach einseitiger Aufgabe der Versailler Bestimmungen durch Deutschland mit scharfen Protesten reagieren. Angesichts der ernstzunehmenden Gefahr eines Rückzugs Deutschlands von der Abrüstungskonferenz müsse man allerdings eine prinzipielle Antwort auf die anstehenden Fragen suchen: „Es könnte eine Übereinkunft erreicht werden, bei der wir neue Garantien gewinnen würden, ohne irgend etwas zu verlieren, das in den Augen der Deutschen, der meisten Neutralen und gewisser früherer Verbündeter von uns schon als Kompromiß angesehen würde. In der Annahme, eine solche Übereinkunft würde zustandekommen, wäre es zweifellos vergeblich zu hoffen, Deutschland würde die Liste seiner Forderungen aufheben. Aber wenn sie, zum Beispiel, für eine Periode von zehn oder zwanzig Jahren abgeschlossen würde, so wären wir in einer guten Position, uns zu widersetzen, wenn das Arrangement vor Ablauf der Frist in Frage gestellt würde."[77]

Herriot lehnte den Vorschlag ab. Zwar schätzte er die Analyse von François-Poncet als „sehr intelligent" ein[78], er weigerte sich jedoch wegen des Anwachsens der paramilitärischen Verbände in Deutschland, seine bisherige Position aufzugeben[79]. Der Verlauf der Ereignisse sollte dem Botschafter Recht geben. Nach dem Entschluß Deutschlands vom 16. September 1932, an der Genfer Konferenz vorläufig nicht mehr mitzuarbeiten, konzedierten die Vertreter der fünf Mächte am 11. Dezember in Genf Deutschland die Gleichberechtigung. In den folgenden

---

[75] Vgl. François-Poncet an Herriot, Depesche vom 28. Juli 1932, in: DDF, 1re série, t. I, Dok. 77, S. 133 ff.

[76] François-Poncet an Paul-Boncour, Depesche vom 9. Mai 1933, in: DDF, 1re série, t. III, Dok. 259, S. 458–463, S. 459.

[77] François-Poncet an Herriot, Aufzeichnung vom 25. August 1932, in: DDF, 1re série, t. 1, Dok. 125, S. 221–224, S. 224.

[78] Herriot hatte auf der Note vermerkt: „Ich zeige diese Note Boncour [J. Paul-Boncour, damals Kriegsminister]. Er neigt wie ich dazu, sie für sehr intelligent zu halten. Aber man muß sich auf der Position der Nicht-Wiederaufrüstung Deutschlands halten. Das ist auch die Meinung des Ministerrats vom 1. August." Ebenda, S. 224.

[79] Vgl. Herriot an Rom, Brüssel, London, Prag, Berlin, Telegramm vom 25. August 1932, in: DDF, 1re série, t. I, Dok. 120, S. 211 f. François-Poncet versuchte dennoch mit einer weiteren Aufzeichnung für Herriot vom 1. September, die er als Antwortentwurf an die deutsche Regierung verstand, auf den Entscheidungsprozeß im Quai d'Orsay Einfluß zu nehmen; vgl. Ebenda, Dok. 137, S. 250–253.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Monaten waren in allen Schlüsselmomenten der Abrüstungskonferenz, nach der Machtergreifung Hitlers, nach dem Austritt Deutschlands aus der Konferenz am 14. Oktober 1933 und nach dem Austritt aus dem Völkerbund fünf Tage später, Kassandrarufe aus Berlin zu hören: Frankreich solle sich nicht länger der Schaffung eines Sanktionssystems verweigern und sich auf Verhandlungen einlassen, selbst wenn diese zunächst in gewisser Weise einen Erfolg für Hitler darstellen würden[80]. Das Agieren des Botschafters war immer komplex und nicht selten widersprüchlich. Er ging sehr vorsichtig vor, da er wußte, daß Außenminister Paul-Boncour Verhandlungen ablehnend gegenüberstand und die Verfechter einer Verständigungspolitik in der Minderheit waren[81]. François-Poncet mußte auch vermeiden, sich selbst durch ein vorschnelles eindeutiges Plädoyer für bilaterale Verhandlungen ins Abseits zu manövrieren[82]. Daß Vorsichtsmaßnahmen berechtigt waren, zeigte insbesondere die Paralleldiplomatie, die Daladier ab 1933 an François-Poncet vorbei führte, indem er Fernand de Brinon als eigenen Emissär zu Hitler entsandte[83]. Erst am 9. Dezember 1933 überschritt François-Poncet mit einem eindeutigen Telegramm gewissermaßen den Rubikon. Er nannte vier Pfänder, die der französischen Diplomatie genügen sollten, um direkten Verhandlungen mit Deutschland zuzustimmen: das Übergewicht Frankreichs an Offensivwaffen, vertraglich gesicherte Kontrollmechanismen, die deutsch-polnische Annäherung und der Vorsprung Frankreichs in der Rüstung[84].

Die unter starker Beteiligung der Öffentlichkeit geführte Debatte über die angemessene Deutschlandpolitik Frankreichs wurde durch ein französisches Aide-mémoire vom 1. Januar 1934 vorläufig beendet. Die französische Regierung gab auch weiterhin der Politik der kollektiven Sicherheit den Vorzug vor einer Politik, die auf den Abschluß eines bilateralen Vertrages zielte. Erst nach der Amtsübernahme von Außenminister Barthou am 9. Februar 1934, der eher der klassischen Allianzpolitik anhing, wurde der gordische Knoten durchschlagen.

---

[80] Vgl. François-Poncet an Paul-Boncour, Depeschen vom 30. März und 26. Oktober 1933, in: DDF, 1re série, t. III, Dok. 70, S. 118–124 und t. IV, Dok. 366, S. 649–654.

[81] Zu diesen zählten neben Kriegsminister Daladier die Interessenvertreter der Mineralöl- und Stahlindustrie, der Generalstab sowie Teile des Parti radical. Vgl. Vaïsse, Sécurité d'abord, S. 496 ff. Joseph Paul-Boncour wurde im Dezember 1932 Außenminister.

[82] Nach Armand Bérard habe François-Poncet dem Ruf eines Advokaten der deutsch-französischen Verständigung und dem Vorwurf zu großer diplomatischer Selbständigkeit Rechnung tragen müssen, was im November 1933 in dem Vorwurf der französischen Presse gipfelte, der Botschafter habe als sein eigener Chef die Verhandlungen mit dem Führer eröffnet. Vgl. Bérard, Au temps du danger allemand, S. 213 f.

[83] Vgl. hierzu Vaïsse, Sécurité d'abord, S. 440 ff.

[84] François-Poncet an Paul-Boncour, Telegramm vom 9. Dezember 1933, in: DDF, 1re série, t. IV, Dok. 101, S. 194 f.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

IV.

Nach dem Krieg stufte François-Poncet das Jahr 1934 aus einer ganzen Reihe von Schlüsselereignissen als „Schicksalsjahr"[85] ein. Aber keines der politischen Ereignisse dieses Jahres hatte im Hinblick auf die Berichterstattung des Botschafters über die Außenpolitik Deutschlands so einschneidende Folgen wie die Note vom 17. April 1934. Mit der Weigerung Deutschlands vom 19. Januar, nicht in den Völkerbund zurückzukehren, war die seit 1924 verfolgte französische Position gänzlich in Frage gestellt. Der Vermittlungsversuch Englands, der seinen Niederschlag in dem MacDonald-Plan vom 16. März 1933 fand, wurde auch von François-Poncet begrüßt. Der Missionschef lag in diesen Wochen auf einer Linie mit den anderen Botschaftern der Westmächte, die alle für die Annahme des Plans plädierten[86]. Alles hing also von der französischen Regierung ab. Nach fast zweimonatigem internen Ringen sprach sich Außenminister Barthou in der Kabinettssitzung vom 10. April zugunsten eines Abkommens mit Deutschland aus. Ohne den Beteuerungen Hitlers zu trauen, sah er in einem Abkommen die einzige Möglichkeit, die fortgeschrittene deutsche Aufrüstung einer vertragsrechtlichen Kontrolle zu unterwerfen. Er kündigte eine neue Note an.

Außenminister Barthou stand an der Spitze der Befürworter einer vertragsrechtlichen Vereinbarung, während François-Poncet im Hintergrund die Fäden zog. Er hatte mit dem Außenminister einen Tag vor der Kabinettssitzung eine lange Unterredung geführt, die ausschlaggebend für die Festlegung Barthous war. Man habe nach mehrmonatigem „Palaver" nun den toten Punkt erreicht: „Ein Abkommen, auch wenn es schwach ist, wäre dem Fehlen jeglicher Vereinbarung und jeglicher Sanktion vorzuziehen."[87] In einem (bei ihm) seltenen Anfall an Entschlossenheit suchte der Botschafter nach dem Gespräch mit Barthou Ministerpräsident Doumergue und Staatsminister Tardieu auf, die allerdings unbeirrbar daran festhielten, daß eine Vereinbarung keinerlei Garantie für Frankreich bedeute, worauf der Botschafter unverrichteter Dinge und desillusioniert nach Berlin zurückfuhr. Die Entscheidung über die Ablehnung einer Vereinbarung fiel am Vortag der Ministerbesprechung vom 17. April. Angesichts der Überzahl seiner Gegner beugte sich Außenminister Barthou nolens volens dem Willen von Ministerpräsident Doumergue. Er fügte in den Morgenstunden des 17. April lediglich einige Modifikationen an die letztlich von Doumergue vorgelegte Note an[88]. Das Schlußdokument zementierte

---

[85] François-Poncet, Souvenirs, S. 158.

[86] Vgl. die Tagebucheintragungen des amerikanischen Botschafters Dodd vom 2. und 3. März, in: William E. Dodd/Martha Dodd (Hrsg.), Ambassador Dodd's Diary 1933–1938, New York 1941, S. 96. Insbesondere dem belgischen Gesandten in Berlin, Graf Kerchove de Dentergham, hatte sich François-Poncet mehrmals anvertraut. So auch kurz vor seiner Fahrt nach Paris: „Ich habe noch so viel schreiben können, man hörte nicht auf mich, man wollte mich nicht verstehen." Zitiert nach Vaïsse, La sécurité d'abord, S. 564.

[87] François-Poncet, Souvenirs, S. 175.

[88] Die Note ist gedruckt in: DDF, 1re série, t. IV, Dok. 104, S. 270 ff.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Intransigenz der französischen Regierung in der Abrüstungsfrage. François-Poncet äußerte seine Mißbilligung sehr diskret, wie er es immer tat, wenn er auf verlorenem Terrain kämpfte, d. h. er raffte sich nicht zu einer expliziten Ablehnung in einer nachdrücklichen Depesche auf, sondern gab nur die öffentliche Meinung in Deutschland etwas tendenziös wieder. In diesem Fall stellte er die scharfen Angriffe der deutschen Presse gegen die französische Entscheidung heraus[89]. In den Erinnerungen ist seine kompromißlose Kritik nachzulesen, die in der Anklage gipfelte: „Doch wenn es so den Schlußpunkt setzte, mußte es [Frankreich] sich sagen, daß eher Frankreich als Hitler – obwohl dieser Genf mit lautem Türzuschlagen verlassen hatte – der Vorwurf gemacht werden könne, die Arbeiten der Konferenz zum Scheitern gebracht zu haben."[90] Für die außenpolitische Strategie Frankreichs hatte die Entscheidung vom 17. April die von Barthou forcierte Rückkehr zur kontinentalen Gleichgewichtspolitik zur Folge.

Das Jahr 1934 brachte die Wende in der diplomatischen Tätigkeit François-Poncets. Bis dahin hatte der Botschafter versucht, durch eine offensive Linie nicht nur den Status quo zu erhalten, sondern der französischen Diplomatie auch neuen Handlungsspielraum zu eröffnen. Im Gegensatz zu den wechselnden Regierungen in Paris plädierte er frühzeitig für eine Änderung der französischen Deutschlandpolitik. Seiner Meinung nach sollte Frankreich eine Annäherung an Deutschland wagen, solange es als Gendarm Europas hierzu noch in der Lage war. Auch personell liegt die Zäsur im Jahre 1934. Der Einfluß François-Poncets in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre beruhte entscheidend darauf, daß der Botschafter Männer wie Paul-Boncour, Laval, Flandin oder Barthou noch aus seinem innenpolitischen Jahrzehnt nicht nur persönlich kannte, sondern mit diesen auch in der Regierungsverantwortung gestanden hatte. Ohne die jahrelange Bekanntschaft mit Barthou seit Anfang der zwanziger Jahre hätte François-Poncet nicht den Part eines Motors in der Abrüstungsfrage übernehmen können. Demgegenüber beschränkte sich die Zusammenarbeit mit den Ministerpräsidenten der Volksfront und den folgenden Regierungen der gemäßigten Rechten auf reine Geschäftsbeziehungen. Einem Mann wie Daladier, der 1933 eine Paralleldiplomatie an François-Poncet vorbei geführt hatte, sollte der Botschafter zukünftig mißtrauisch gegenüberstehen. Schon im April 1934, und nicht erst nach der Remilitarisierung des Rheinlandes, bestand für François-Poncet keine Basis mehr für eine offensive Diplomatie gegenüber Deutschland. Die Besetzung des Rheinlandes zementierte dagegen den militärischen Handlungsspielraum, was die Auflösung des diplomatischen Bündnissystems in Osteuropa erst zur Folge hatte.

---

[89] Vgl. die Telegramme vom 19. und 20. April 1934, in: DDF, 1re série, t. IV, Dok. 114 und 117, S. 296 und S. 304.

[90] François-Poncet, Souvenirs, S. 178 f.; dt. Ausgabe, S. 183.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

V.

François-Poncet sah die Kampagne, die Hitler 1935 gegen den Vertrag von Locarno entfesselte, im wesentlichen in der geopolitischen Lage Deutschlands und dem Willen der nationalsozialistischen Führung begründet, Deutschland zu einem Bollwerk gegen den Kommunismus zu machen[91]. In seinen Augen mußte die von Deutschland provozierte völkerrechtliche Debatte über die Vereinbarkeit des von Frankreich und der Sowjetunion am 2. Mai 1935 abgeschlossenen Beistandspaktes mit dem Vertragswerk von Locarno ins Leere laufen, da erneut die intransigenten Positionen in der Frage der kollektiven Sicherheit aufeinander prallten. François-Poncet sah im November 1935 zwei Entwicklungen voraus: Sollte es das „Dritte Reich" aufgrund ungünstiger internationaler Konstellationen für ratsamer halten, die Koppelung des Locarno-Vertrages mit dem französisch-sowjetischen Pakt aufzuheben, so wäre der Locarnofrage die Brisanz genommen. Sollte sich die nationalsozialistische Führung jedoch gezwungen sehen, den Locarno-Vertrag zu kündigen, so habe dies entweder zur Konsequenz, daß Deutschland Frankreich vor ein militärisches *fait accompli* stellen werde in der Hoffnung, daß Frankreich auf die Besetzung der Garnisonen nicht reagieren werde, oder Deutschland entschließe sich, die Frage friedlich zu regeln[92].

Der Botschafter war bis zur „date fatigue"[93] hin- und hergerissen zwischen den beiden extremen Handlungsoptionen der deutschen Regierung, wenn er auch zu einer optimistischen Einschätzung tendierte[94]. Jean-Baptiste Duroselle sieht in seiner Berichterstattung in diesen Monaten denn auch ein Beispiel für den häufigen Meinungswechsel und die Widersprüchlichkeit der Position des Botschafters[95]. Die Indizien, die François-Poncet nach der Ratifizierung des französisch-sowjetischen Vertrages (den Hitler als Begründung für den Einmarsch im Rheinland zu benutzen gedachte) zusammentrug, wiesen zwar auf eine unmittelbar bevorstehende Entscheidung der deutschen Reichsregierung hin. Die Berichte enthielten aber bis zum Vorabend des deutschen Einmarschs keine eindeutige Prognose, wann, wie und mit welcher Begründung Hitler die Rheinlandfrage beantworten würde: „Ganz Berlin versucht sie vorherzusehen und zu raten, um was es sich handelt."[96]

Am Samstag, dem 7. März, von Außenminister von Neurath vor vollendete Tatsachen gestellt, blieb ihm nur der diplomatische Protest. In den Beratungen der französischen Regierung über die nach dem deutschen Gewaltakt zu treffenden Maßnahmen drängte er nicht nur darauf, sehr bestimmt aufzutreten, sondern aus seiner

---

91 Vgl. exemplarisch die Depesche vom 26. November 1935, in: DDF, 1re série, t. XIII, Dok. 293, S. 423–428.

92 François-Poncet an Laval, Depesche vom 26. November 1935, in: Ebenda.

93 Maurice Gustave Gamelin, Servir, 3 Bde, 2. Bd.: Le prologue du drame (1930–août 1939), Paris [1946], S. 193.

94 Die Widersprüchlichkeit der Berichterstattung tritt insbesondere in dem Telegramm vom 14. Januar 1936 zu Tage, in: DDF, 2ème série, t. I, Dok. 49, S. 71–76.

95 Duroselle, Les milieux, S. 382 f.

96 François-Poncet an Flandin, Telegramm vom 6. März, in: DDF, 2ème série, t. I, Dok. 291, S. 402.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Erfahrung mit dem schleppenden Konsultationsprozeß in der Abrüstungsfrage von 1934 auch auf eine schnelle Entscheidung. Er schlug zwar nicht explizit einen militärischen Gegenschlag vor, er war allerdings in der unmittelbaren Aufregung nach der Remilitarisierung des Rheinlands ein Befürworter einer solchen Lösung[97]. Da der verbalen Verurteilung der deutschen Revisionspolitik durch Ministerpräsident Sarraut aber keine konkreten Maßnahmen folgten, schloß er schon am 9. März ein isoliertes militärisches Vorgehen Frankreichs aus. Ausschlaggebend für seine Haltung waren nicht nur die innenpolitischen Grabenkämpfe zwischen der pazifistischen Linken und Befürwortern eines militärischen Gegenschlags um Laval, zu der auch die Wirtschaftskreise um de Wendel und Schneider zählten[98]. Auch die Weigerung Englands, sich an einem militärischen Gegenschlag zu beteiligen, spielte eine Rolle. Hatte François-Poncet schon spätestens 1934 einen Präventivkrieg für nicht realisierbar gehalten, so schloß er ab 1936, und das ist von großer Bedeutung für das Wirken des Botschafters im Vorfeld der Münchner Konferenz, auch militärische Gegenmaßnahmen auf die deutsche Gewaltpolitik aus.

An den Verhandlungen der Signatarmächte des Locarno-Vertrags und des Völkerbundes, die der Rheinlandbesetzung folgten, war der Botschafter nicht beteiligt. Von seinem Beobachterposten in Berlin aus drängte er allerdings auf effektive Gegenmaßnahmen. Der Botschafter plädierte für den Austritt Frankreichs aus dem Völkerbund. Seiner Meinung nach sollte man auf den Ruinen des Genfer Systems zur Allianzpolitik zurückkehren und die Beziehungen zu Rußland, der „Petite Entente" und Italien intensivieren. Der Plan einer bündnispolitischen Einkreisung Deutschlands war nichts anderes als eine Variante der schon im Rahmen der Abrüstungsgespräche 1934 propagierten Vorstellungen[99].

In einer Unterredung im Quai d'Orsay vom 3. April, zu der, einmalig in der damaligen Zeit, Ministerpräsident Sarraut und Außenminister Flandin auch die Botschafter in London, Rom, Brüssel und Berlin eingeladen hatten, wurde die französische Antwort auf den deutschen „Friedensplan" festgelegt. François-Poncet plädierte hier für eine beschleunigte Aufrüstung und formulierte am Ende der Sitzung den Imperativ für die zukünftige Linie der französischen Außenpolitik: „Man muß der Naivität der Völker Opfer bringen, aber man muß gleichzeitig aufrüsten."[100] Wirtschaftssanktionen, die er vorübergehend im Hinblick auf entsprechende Präferenzen im Quai d'Orsay befürwortet hatte, stand er nun sehr skeptisch gegenüber. Er sah in Sanktionen einen zusätzlichen Anlaß für Hitler, Gewaltmaßnahmen zu ergreifen; auch hätte der Reichskanzler die verhängten Sanktionen zur Mobilisierung des deutschen Volkes nutzen können.

---

[97] Vgl. François-Poncet an Flandin, Telegramm vom 9. März 1936, in: Ebenda, Dok. 337, S. 449.

[98] Die französische Politik in diesen Tagen war ganz entscheidend von der Tatsache bestimmt, daß für den 26. April und 3. Mai 1935 Parlamentswahlen festgesetzt waren, in deren Vorfeld sich der Front Populaire formierte. Vgl. Jacques Chastenet, Déclin et chute, Paris 1962, S. 134–138.

[99] François-Poncet an Flandin, Depesche vom 9. März 1936, in: DDF, 2ème série, t. I, Dok. 350, S. 461–467.

[100] Das Protokoll der Besprechung ist gedruckt in: DDF, 2ème série, t. II, Dok. 17, S. 40.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Rheinlandbesetzung hatte dem Botschafter die Gefährlichkeit der auf Hegemonie ausgerichteten Expansionspolitik Hitlers vor Augen geführt, die auf einen erneuten Krieg hinauslaufen konnte. Die Schlüsselfrage hierbei war in seinen Augen die Reaktion der Westmächte auf Hitlers Absichten in Mittel- und Südosteuropa. Er stellte schon im März 1936 die entscheidende Frage: „Welches sind nun die Mittel, die Europa anwenden könnte, um Hitler im Zaum zu halten und seinen Appetit zu zügeln und ihn an seiner Absicht zu hindern, die deutsche Hegemonie über Mitteleuropa zu errichten?"[101]

VI.

Die Reaktion François-Poncets auf die deutschen Ansprüche in Mittel- und Südosteuropa im Jahr 1938 beruhte auf der Überzeugung, daß die hegemonialen Forderungen Hitlers in der Tradition der Politik des Kaiserreiches stünden. Der Botschafter erklärte die expansionistischen Absichten nicht mit dem rassenideologischen Dogma Hitlers, sondern stellte diese in die Kontinuität des wilhelminischen Deutschland: „Das Dritte Reich ist fest entschlossen, höher und weiter zu gehen als das Europa Wilhelms II."[102] Wie der überwiegende Teil der französischen Politiker war er davon überzeugt, daß man mit Deutschland wegen interner, und zwar insbesondere wirtschaftlicher Schwierigkeiten zu einer Einigung bei der Aufteilung der Interessensphären in Osteuropa gelangen könnte: „Die blendende Fassade, die das Dritte Reich vor den Augen des Auslandes aufzurichten pflegt, verbirgt in Wirklichkeit viele heimliche Schwachpunkte ... Hitlerdeutschland versteht es nicht, wie das wilhelminische Deutschland, in seiner Phantasie und seiner Begehrlichkeit Maß zu halten; nur die grandiosen Projekte, die Träume von europäischer Hegemonie und Weltherrschaft begeistern die Massen. In Wirklichkeit wird sein Verhalten viel mehr von den anderen Mächten abhängen als von ihm selbst."[103]

Noch unter Außenminister Flandin trat er deshalb für eine *Détente* mit Deutschland ein. Direktkontakte mit Deutschland oder die Einkreisung des Reichs, Ansätze, die er schon 1931 bzw. 1934 und Anfang 1936 favorisiert hatte, hielt er Anfang 1938 angesichts der geänderten Mächteverhältnisse für unpraktikabel. Er sah die einzige Chance für eine Regelung in der Aufnahme von deutsch-französischen Verhandlungen im Rahmen einer „conversation générale". Ziel eines solchen weiter gehenden Verhandlungskonzeptes war eine umfassende Regelung der Fragen betreffend den

[101] François-Poncet an Flandin, Depesche vom 9. März 1936, in: DDF, 2ème série, t. I, Dok. 350, S. 463.

[102] Ebenda.

[103] François-Poncet an Delbos, Depesche vom 6. Januar 1938, in: DDF, 2ème série, t. VII, Dok. 413, S. 840–848.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

polnischen Korridor, Österreich, die Tschechoslowakei und die Organisation der Donauländer sowie die Propaganda des „Germanismus"[104].

Im konkreten Fall der französischen Politik gegenüber der Tschechoslowakei setzte sich die Position François-Poncets gegen die Verfechter eines Revisionismus, das heißt der spätestens Anfang 1938 zunehmenden Bereitschaft, die seit 1919 betriebenen Garantie- und Bündnisverträge und somit die Verpflichtungen gegenüber den osteuropäischen Verbündeten aufzugeben, durch. Innenpolitisch war mit der Bildung der Regierung Daladier am 10. April die Volksfront zwar endgültig gescheitert, doch hatte sich die Spaltung der politischen Elite seit der Rheinlandbesetzung auf die Außenpolitik verlagert und sich von einer bislang vorwiegend parteipolitischen Blockbildung zu einer parteiübergreifenden Zersplitterung gewandelt. Mit dem Gespann Daladier–Bonnet sollten sich bei der Zuspitzung der Sudetenkrise zwei unterschiedliche, wenn nicht sogar gegenläufige außenpolitische Ansätze gegenüberstehen[105] – mit einem zwischen beiden Polen lavierenden Botschafter in Berlin.

Für François-Poncet war die Entscheidung über die Aufrechterhaltung oder Aufgabe der Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei und somit die Frage des militärischen Beistandes zunächst nicht relevant. Er hielt auch jetzt eine friedliche Regelung für möglich. In mehreren Telegrammen und Depeschen stellte er ab März 1938 das Ringen der Verfechter eines gemäßigten Kurses mit den Befürwortern eines radikalen Kurses innerhalb der deutschen Führung dar. Die Befürworter eines radikalen Kurses plädierten in seinen Augen für die Anbindung des Sudetenlandes an Deutschland, während die Verfechter eines gemäßigten Kurses für eine staatsrechtliche Lösung des Problems in Form eines Bundesstaates nach Schweizer Vorbild einträten. François-Poncet zählte zu letzteren die Reichswehr, die Spitze der Wilhelmstraße sowie irrtümlicherweise den „Führer" selbst. Im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung stellte er fest, daß die deutschen Entscheidungen von dem tatsächlichen Kräfteverhältnis zwischen den europäischen Mächten abhingen[106]. Mit dieser Analyse prägte François-Poncet entscheidend das Bild, das sich führende Beamte in der Zentrale sowie der Außenminister selbst von den deutschen Absichten machten[107]. Bis zur Zuspitzung der Sudetenfrage am 20. Mai 1938 stand das Abwä-

[104] Vgl. die fünfseitige undatierte Aufzeichnung über ein Gespräch mit Außenminister Flandin, die wohl zur Jahreswende 1937/38 entstanden ist, in: 462 AP, Karton 14/2.

[105] Vgl. Jean Daridan, La Descente vers Munich, in: Munich 1938. Mythes et réalités. Communications présentées au cours du colloque „Munich 1938" [...] organisé par l'Institut national d'études slaves et le laboratoire de slavistique avec la collaboration de l'université de Panthéon-Sorbonne du 16 au 19 novembre 1978 à Paris, in: Revue des Etudes Slaves 53 (1979), Nr. 1/2, S. 225–230, S. 227.

[106] Vgl. das Telegramm an Paul-Boncour vom 23. März 1938, in: DDF, 2ème série, t. IX, Dok. 25, S. 46 ff., die Depesche an Bonnet vom 28. April 1938, in: Ebenda, Dok. 254, S. 543–552 sowie das Telegramm vom 9. Juni 1938, in: Ebenda, Dok. 534, S. 1048 ff.

[107] Die entsprechenden Passagen wurden wortwörtlich in die zwei Noten der Direction politique d'Europe vom 11. und 25. April über die Entwicklung der „Sudetenfrage" übernommen. Vgl. M. A. E., Papiers 1940. Papiers Georges Bonnet, Vol. 13 (=Tchécoslovaquie, Dossier géneral, 17 mars–29 juin 1938), S. 49 und S. 90.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen zwischen einer föderativen Lösung und einem militärischen Eingreifen im Mittelpunkt der Berichterstattung. Erst nach der „Wochenendkrise" wuchs seine Furcht vor einem Kriegsausbruch[108]. Das Agieren François-Poncets in diesen Monaten läßt sich am treffendsten als „vigilante activité"[109] beschreiben, die der Zentrale in Paris einen detaillierten Gesamtüberblick ermöglichte.

Mittels einer tendenziösen Berichterstattung über die militärischen Vorbereitungen in Deutschland trat er für eine strikte Beachtung der eingegangenen Verpflichtungen und konsequenterweise auch für eine verstärkte Aufrüstung Frankreichs ein. In einer sehr ausführlichen und detaillierten Bilanz vom 18. August warnte er Paris, daß Deutschland nun zu einer beschleunigten Mobilmachung übergegangen sei[110]. In der französischen Regierung nahm neben Paul-Boncour[111] insbesondere Regierungschef Daladier die Warnungen aus Berlin ernst. François-Poncets Telegramm war neben dem vernichtenden Urteil von Generalstabschef General Vuillemin über die Widerstandskräfte der französischen Luftwaffe bei einem Angriff Deutschlands[112] ausschlaggebend für den Entschluß Daladiers vom 21. August 1938, die 40 Stunden-Woche in Frankreich durchzusetzen, die insbesondere der Kriegsindustrie Produktionssteigerungen ermöglichen sollte[113]. François-Poncet plädierte dafür, die öffentliche Meinung in Frankreich für den Fall eines militärischen Konfliktes vorzubereiten. Für ihn liefen alle Informationen darauf hinaus, daß Hitler in den Tagen nach dem Nürnberger Parteitag das Datum für den „Tag X"[114] festsetzen würde. Nach seinen Informationen war ein militärischer Eingriff für den 25. oder 27. September geplant[115]. Bonnet hat die Warnungen aus Berlin regelmäßig in seinen

---

[108] Bezeichnend hierfür ist ein Telegramm vom 22. Mai, in dem François-Poncet über die angebliche Evakuierung der Angehörigen der englischen Botschaft berichtet und für entsprechende Vorsichtsmaßnahmen seitens der französischen Regierung plädiert: François-Poncet an Bonnet, in: DDF, 2ème série, t. IX, Dok. 411, S. 838. In Wirklichkeit handelte es sich lediglich um die Reservierung eines Zuges für mehrere Familien, die in den Urlaub aufbrachen; vgl. Henri Noguères, Munich ou la drôle de paix, Paris 1964, S. 65 f.

[109] Duroselle, La Décadence, S. 340. Zu der positiven Würdigung der Berichterstattung François-Poncets in diesen Monaten vgl. auch Anthony Adamthwaite, France and the Coming of the Second World War. 1936–1939, London 1977, S. 195.

[110] François-Poncet an Bonnet, Depesche vom 18. August 1938, in: DDF, 2ème série, t. X, Dok. 412, S. 724–733.

[111] Vgl. Joseph Paul-Boncour, Entre deux guerres. Souvenirs de la 3e République, 3 Bde, 3. Bd.: Sur les chemins de la défaite 1935–1940, Paris 1946, S. 261 f.

[112] Der General war vom 17. bis 20. August in Deutschland auf Erkundungsreise. Vgl. die Aufzeichnungen im Daladier-Nachlaß, in: Archives Nationales, Papiers Daladier, 2 DA 1, Dr 4, sdr a 1(=Récits de la Conférence) sowie das Telegramm François-Poncets vom 21. August 1938, in: DDF, 2ème série, t. X, Dok. 429, S. 762.

[113] Ebenda, 2 DA 1, Dr 4 (=Actions diverses). Zu der Entscheidung Daladiers siehe auch Geneviève Vallette/Jacques Bouillon, Munich 1938, Paris 1964, S. 95 sowie Edouard Daladier, Discours prononcé à la radio le 21 août 1938, in: ders., Défense du pays, Paris 1939, S. 19–27.

[114] François-Poncet an Bonnet, Depesche vom 6. September 1938, in: DDF, 2ème série, t. XI, Dok. 22, S. 33.

[115] François-Poncet an Bonnet, Telegramm vom 13. September 1938, in: Ebenda, Dok. 116, S. 189.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tagesnotizen vermerkt, die aber nur den Charakter einer Empfangsbestätigung hatten[116]. In der tagtäglichen Erwartung des Kriegsausbruchs absorbierten in erster Linie die deutschen Reaktionen auf die Vermittlungsbemühungen von Premierminister Chamberlain in Berchtesgaden am 15. September und in Bad Godesberg am 22./23. September die Aufmerksamkeit des Botschafters. Er hielt die kurzatmigen englischen Vermittlungsvorschläge für ungeeignet, um die sich seit drei Jahren zuspitzende Kriegsgefahr zu bannen. Die Vorschläge der Westmächte müßten vielmehr auf Gegenleistungen im Rahmen einer auf mehrere Jahre hin konzipierten Vereinbarung zwischen den westlichen Demokratien auf der einen Seite und den „autoritären" Staaten auf der anderen Seite abzielen[117].

Der Botschafter ergriff jedoch erst am 26. September die Flucht nach vorne und machte einen eigenen Vorschlag. Um das „Schlimmste" zu verhüten, schlug er „eine bislang noch unerprobte Lösung" vor, nämlich die sofortige Besetzung des Sudetenlandes durch eine internationale Streitmacht, die Ablösung des tschechischen Präsidenten Benesch, Direktverhandlungen mit Deutschland und die Übernahme der Garantien durch Frankreich und Großbritannien. Für den Fall der Ablehnung des Vorschlags durch Hitler sollten Frankreich und Großbritannien der deutschen Regierung den Krieg erklären[118]. Dieser sehr spät erfolgte persönliche Vorstoß François-Poncets rekurrierte nicht nur auf die schon Anfang des Monats formulierte Idee der Schaffung eines Modus vivendi, sondern auch auf Vorstöße, die er selbst im Sommer unternommen hatte. Er hatte am 8. Juni während eines Aufenthalts in Paris den dortigen britischen Botschafter Sir Eric Phipps über seine Absicht informiert, in einer persönlichen Initiative dem „Führer" Direktverhandlungen zwischen Frankreich, Großbritannien und Deutschland vorzuschlagen, die auf die Neutralisierung der Tschechoslowakei und die Übernahme der Garantie durch die drei Mächte abzielen sollten[119]. Da Sir Phipps persönliche Beziehungen zu Außenminister Bonnet unterhielt, darf man annehmen, daß François-Poncet über die *englisch connection* auf den Minister Einfluß nehmen wollte. Der Botschafter suchte also auch jetzt einen Ausweg über die klassische Allianzpolitik. Mit dem Gedanken, eine internationale Truppe zum Einsatz zu bringen, zollte er in erster Linie Pariser Plänen Tribut, die eine internationale Kommission vorsahen. Da François-Poncet auch die Annullierung des tschechisch-russischen Paktes[120] und des französisch-russischen

[116] M. A. E., Papiers 1940. Papiers Georges Bonnet, Vol. 12 (= Tchécoslovaquie 1–30 septembre 1938. Dossier du ministre sur le conflit tchèque). Vgl. insbesondere die Eintragungen zwischen dem 15. und 22. September.

[117] François-Poncet an Bonnet, Telegramm vom 20. September 1938, in: Ebenda, Dok. 237, S. 368.

[118] François-Poncet an Bonnet, Telegramm vom 27. September 1938, in: Ebenda, Dok. 385, S. 589.

[119] Vgl. die editorische Anmerkung zu dem Telegramm François-Poncets vom 23. Juni, in: DDF, 2ème série, t. X, Dok. 79, S. 142 ff., S. 144. Dort wird darauf hingewiesen, daß sich der Vorstoß des Botschafters in den französischen Dokumenten nicht belegen läßt und auf ein Telegramm von Sir Eric Phipps an Viscount Halifax verwiesen; in: DBFP, Third Series, Vol. 1, Dok. 381, S. 452.

[120] Nach dem Abschluß des französisch-russichen Beistandspaktes hatte die tschechische Regierung am 16. Mai einen ähnlichen Vertrag mit der Sowjetunion abgeschlossen. In einem Zusatzprotokoll

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Beistandspaktes befürwortete, liegt die Vermutung nahe, daß François-Poncet wie schon 1936 ein „neues Locarno" anstrebte.

Der Vorschlag zeigt, daß François-Poncet zwar auf der Linie Daladiers lag, aber einen zwischen der Position des Regierungschefs und des Außenministers liegenden Kompromiß suchte. Im Gegensatz zur Politik Bonnets bedeutete für François-Poncet die Internationalisierung des Sudetenproblems gerade das Mittel, um Frankreich zumindest noch einen gewissen Handlungsspielraum und somit Einfluß in Osteuropa zu garantieren. Susan Bindolf Butterworth verweist zu Recht darauf, daß auch Daladier während der Krise immer für ein internationales Procedere eingetreten sei, weil dieses für ihn einen Kontrollmechanismus gegenüber Deutschland bedeutet habe[121]. Bonnet hingegen war bereit, eine Lösung „à tout prix"[122] zu akzeptieren. Die Abstimmung zwischen dem Botschafter und dem Minister glich in diesen Tagen dem Dialog von Taubstummen.

Was die schließlich am 28. September in München vereinbarte Regelung betrifft, war der Botschafter kein Rebell. Er wurde vielmehr für den Quai d'Orsay propagandistisch tätig und entwarf einen Sieben-Punkte-Plan, wie man das Abkommen in der französischen Öffentlichkeit besser „verkaufen" könne. Der für die Haltung François-Poncets wichtigste Punkt war die Feststellung, daß das „Dritte Reich" seine Forderungen nicht diktiert, sondern sich einer internationalen Autorität unterworfen habe. François-Poncet sah darin den Beweis, daß die ideologischen Antagonismen nicht unweigerlich zum Krieg führen müßten[123]. Er war erfüllt von dem „esprit de Munich"[124], überzeugt von dem guten Willen Deutschlands und davon, daß der europäische Frieden durch neue Verhandlungen zwischen den großen Mächten gewährleistet werden könnte: „Die Münchner Konferenz erlaubt den Schluß, es gebe noch Spielraum für ein europäisches Konzept, das selbst fähig wäre, den Frieden aufrecht zu erhalten"[125].

So gehörte der Botschafter zweifelsohne zu den Politikern, die sich im Oktober 1938 gefragt haben, ob man sich überhaupt auf eine Option gegen das Dritte Reich festlegen müsse oder ob nicht vielleicht noch ein Einvernehmen mit dem gefährlichen Nachbarn im Osten möglich sei. Die Münchner Konferenz bedeutete also nicht nur einen Zeitgewinn für die Aufrüstung der Westmächte, wie der Botschafter

---

wurde allerdings festgelegt, daß die Beistandsverpflichtungen nur in Kraft treten sollten, wenn Frankreich einem der Länder zur Hilfe kommen würde.

[121] Susan Bindolf Butterworth, Daladier and the Munich Crisis. A Reappraisal, in: Contemporary History 9 (1974), Nr. 3, S. 191–216, S. 270 f. Es finden sich weder in der Literatur noch in den Quellen Hinweise, ob Daladiers Ansatz auf die entsprechenden Vorstellungen François-Poncets zurückzuführen ist oder umgekehrt.

[122] Vgl. die Aufzeichnung des Ministers nach der Sitzung des Kabinetts am Vormittag des 27. September, in: M. A. E., Papiers 1940. Papiers Bonnet, Vol. 12 (= Tchécoslovaquie 1–30 septembre 1938. Dossier du ministre sur le conflit tchèque), S. 154.

[123] François-Poncet an Bonnet, Telegramm vom 30. September 1938, in: DDF, 2ème série, t. XI, Dok. 485, S. 721 f.

[124] Vallette/Bouillon, Munich 1938, S. 192.

[125] Depesche vom 30. September 1938, in: DDF, 2ème série, t. XI, Dok. 485, S. 722.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

das Konferenzergebnis aus der Retrospektive beurteilte, sie war der Auftakt für die Neugestaltung der Beziehungen Frankreichs zu den Achsenmächten. Die restlichen Tage seiner Berliner Mission nutzte der Botschafter für einen letzten Versuch zu einer deutsch-französischen Annäherung im Rahmen eines „besseren Ersatz[es] für den in Rauch aufgegangenen Locarno-Rhein-Pakt"[126]. Die Absicht, Großbritannien und Italien einzubeziehen, war nichts anderes als der Versuch, die alte Idee eines Westpakts zu beleben.

Die Neuorientierung ging einher mit dem umfassendsten diplomatischen Revirement der dreißiger Jahre, in dessen Rahmen auch die Opponenten der Politik Bonnets im Quai d'Orsay unmittelbar nach der Münchner Konferenz strafversetzt wurden[127]. Die Vermutung, auch François-Poncet sei als „Mann Daladiers" aus den Tagen vor und während der Konferenz ein Opfer der Mißgunst Bonnets geworden, ist nicht haltbar. In diesem Fall wäre dem Berliner Botschafter sicherlich nicht die nach Berlin und London wichtigste Botschaft, nämlich das Palais Farnèse in Rom, anvertraut worden. Auch der Hinweis von Jean François-Poncet, Bonnet sei in der Nachkriegszeit von Zeit zu Zeit Gast im Hause seines Vaters gewesen[128], läuft einer solchen Vermutung entgegen. Auf der anderen Seite sind aber auch die Behauptungen François-Poncets, er habe der halluzinierenden Atmosphäre des Nationalsozialismus entfliehen wollen, keine Hoffnungen mehr auf eine friedliche Regelung zwischen dem „Dritten Reich" und Frankreich gehabt und deshalb den Wechsel „selbst gesucht und gewünscht"[129], irreführend. Die wenigen zu dem Wechsel vorliegenden Indizien sprechen eher dafür, daß François-Poncet seine diplomatische Mission in Berlin mit der Anbahnung der deutsch-französichen Gespräche abschließen und die deutsch-französische Verständigung mit einem Neuanfang in der Politik gegenüber Italien abstützen und zugleich krönen wollte. Die vielzitierte Äußerung François-Poncets, daß Mussolini den „Schlüssel zur Zukunft"[130] habe, gibt sicherlich seine damalige Überzeugung wieder, daß man den Einfluß Mussolinis auf die deutsche Politik instrumentalisieren müsse[131]. Es wäre auch politisch naiv, zu glauben, daß François-Poncet in einem Anflug von Idealismus nach Rom strebte[132].

Es ist naheliegend, daß einem so zielstrebig auf eine deutsch-französische Ver-

---

[126] Aufzeichnung von Staatssekretär von Weizsäcker vom 13. Oktober 1938, in: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945 (im folgenden zitiert ADAP), Serie D, Bd. IV, Dok. 338, S. 382.

[127] Georges Bonnet besetzte insgesamt sieben Botschafterposten neu. In der Zentrale wurden die beiden schärfsten Kritiker des Münchner Abkommens, der Direktor der Politischen Abteilung, René Massigli, nach Ankara und der bisherige Leiter der Presseabteilung im Quai d'Orsay, Pierre Comert, in die Unterabteilung für Amerika berufen. Vgl. die editorische Bemerkung Nr. 2 zu der Depesche François-Poncets vom 18. Oktober 1938, in: DDF, 2ème série, t. XII, Dok. 161, S. 270; Duroselle, La Décadence, S. 56 f. und S. 369.

[128] Gespräch mit Jean François-Poncet am 6. September 1989 im Palais Luxembourg in Paris.

[129] François-Poncet, Achtzehn Monate bei Mussolini, in: Politische Reden und Aufsätze, S. 50 f.

[130] François-Poncet, Souvenirs, S. 340.

[131] François-Poncet an Bonnet, Depesche vom 4. Oktober 1938, in: DDF, 2ème série, t. XII, Dok. 19, S. 36.

[132] So die Darstellung bei François-Poncet, in: Politische Reden und Aufsätze, S. 47–91.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ständigung hinarbeitenden und noch dazu so eitlen Diplomaten wie François-Poncet nicht daran gelegen war, am Vorabend einer deutsch-französischen Annäherung Berlin zu verlassen. Der deutsche Botschafter in Rom, von Mackensen, berichtete nach Berlin, François-Poncet habe erst neun Monate später den Posten in Rom antreten wollen[133]. Bonnet dürfte aus zwei Gründen den Wechsel herbeigeführt haben: Zum einen war der Botschafter zu eigenständig, und zum anderen wollte er sich die Federn, die bei einem Zustandekommen einer deutsch-französischen Erklärung abfielen, selbst an den Hut stecken.

Im Gegensatz zu Sir Nevile Henderson, der seinen Memoiren den Titel „Fehlschlag einer Mission"[134] gegeben hat, waren für François-Poncet seine Berliner Jahre nicht mehr als „unangenehme Erinnerungen"[135]. Er trat seinen Posten in Rom in der (wie sich zeigte: vergeblichen) Hoffnung an, Hitler über Mussolini in der Frage der Neuauflage eines Viermächtesystems beeinflussen zu können. Deshalb hätte er wohl von einem „Fehlschlag" seiner diplomatischen Tätigkeit allenfalls im Hinblick auf seine Mission in Rom gesprochen.

Der offensiv und mittelfristig angelegte Ansatz von François-Poncet für eine deutsch-französische Verständigung wäre modellhaft für eine Regelung am Anfang der dreißiger Jahre gewesen. Auch muß man seine Konsequenz würdigen, und zwar gerade angesichts des Konglomerats ideenloser Ansätze der französischen Außenpolitik in den dreißiger Jahren. Das entzieht François-Poncet aber nicht der Kritik, wie sie von René Girault formuliert wird, der keine Unterschiede zwischen „Münchnern" und Verfechtern einer „realistischen" oder „kalkulierten Verständigungspolitik" zuläßt: „Die Befürworter eines ‚neuen Locarno' (. . .) die so den Frieden zu retten glaubten, hatten den Unterschied zwischen dem Charakter des traditionellen kaiserlichen Deutschland und Nazi-Deutschland nicht erkannt."[136]

---

[133] Telegramm vom 22. November, in: ADAP, Serie D, Bd. IV, Dok. 360, S. 402.

[134] Sir Nevile Henderson, Failure of a Mission. Berlin 1937–1939, London 1940.

[135] François-Poncet, in: Politische Reden und Aufsätze, S. 49.

[136] René Girault, En guise de conclusion: Quelques réalités a propos de quelques mythes, in: Munich 1938, S. 213.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

KLAUS FISCHER

DIE EMIGRATION VON WISSENSCHAFTLERN NACH 1933

Möglichkeiten und Grenzen einer Bilanzierung

Es gibt traditionsreiche Irrtümer, die sich so nahtlos in die politisch-kulturelle Landschaft einfügen, daß man sie erfinden würde, wenn es sie nicht bereits gäbe. Wer heute den historischen Ursachen der vermuteten Defizite von Forschung und Kultur in der Bundesrepublik Deutschland nachgeht, stößt bald auf jenen Faktor, der scheinbar alles erklärt, nämlich den „Emigrationsverlust" nach 1933, oder besser: dessen Langzeitfolgen. In seinen „Fragen an die Exilforschung heute" resümiert Sven Papcke, daß nach der neueren Diskussion „der erzwungene Exodus (...) offenbar eine Superspezies [betraf], deren Vertreibung man nachträglich bedauert als eine Minderung der Chancen des eigenen Landes im internationalen Leistungswettbewerb, was mehr über das eigene Selbstbewußtsein verrät als über Umstände und Folgen jener ‚rude expérience' (...) des Exils"[1].

Die vier Physik-Nobelpreise der letzten Jahre scheinen diese Sichtweise nicht zu widerlegen. Schließlich erhielt Ernst Ruska den Preis für Arbeiten aus den dreißiger Jahren (Elektronenmikroskop), Johannes Bednorz (Hochtemperatur-Supraleitung) und Gerd Binnig (Raster-Tunnel-Mikroskop) erzielten ihre entscheidenden Ergebnisse nicht in Deutschland, sondern in Schweizerischen IBM-Labors. Bleibt also nur Klaus von Klitzing (Quanten-Halleffekt) vom Stuttgarter Max-Planck-Institut für Festkörperphysik. Ob nationale Zurechnungen wissenschaftlicher Leistungen im Zeitalter einer länderübergreifenden Organisation von „Big Science" noch Sinn ergeben oder ob Ruskas späte Ehrung gar als Argument für die ungebrochene Leistungsfähigkeit der Wissenschaften im NS-Staat und damit für eine Gegenposition zu der von Papcke ironisch beschriebenen Stimmungslage des aktuellen „Diskurses" verwertbar sind, sind Fragen, die sich erst auf den zweiten Blick stellen.

Emigrationsverlust – wer danach fragt und sich die neuere Literatur betrachtet, trifft unweigerlich auf eine „magische" Zahl: 39 Prozent! Seitdem Christian von Ferber sie vor 34 Jahren in die Welt gesetzt hat[2], erwies sie sich als äußerst robust gegenüber allen Anfeindungen. Durch die Jahre scheint sie gar tatsachenresistent

---

[1] Sven Papcke, Fragen an die Exilforschung heute, in: Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch, Bd. 6, S. 14.

[2] Christian von Ferber, Die Entwicklung des Lehrkörpers der deutschen Universitäten und Hochschulen 1864–1954, Göttingen 1956, S. 143 ff. und S. 195.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geworden zu sein: Gleich einer Wand aus Beton stellt sie sich jedem Versuch einer kritischen Neubewertung der Wissenschaftsemigration als scheinbar empirisch gesicherte Tatsache in den Weg. Auch im Forschungsplan für den Schwerpunkt „Wissenschaftsemigration", den die DFG 1988 eingerichtet hat, wird sie ohne wesentliche Kritik zitiert. Nicht verwunderlich, denn sie erklärt vieles; auch die Bedeutung der Emigrationsforschung.

Daß der aktuelle „Diskurs" die einschränkenden Bemerkungen des Erfinders ignoriert, charakterisiert ersteren als „die Kunst, über die Fragen der Saison in den Begriffen der Saison zu reden"[3] – eine Kunst, die den Reiz des gelehrten Salons, nicht aber den Kern der Wissenschaft ausmacht. Vor jeder weiteren Bewertung ist daher nachzufragen, was die Quelle besagt. Von Ferber setzte den Begriff Emigrationsverlust mit Bedacht – wenn auch nicht konsequent – in Anführungszeichen. Denn was er berechnet hat, ist kein Verlust, sondern eine Differenz: die Differenz nämlich zwischen dem Hochschul-Lehrpersonal des Jahres 1931 und dem von 1938. Das Ergebnis dieser Gegenüberstellung besagt zunächst nur, daß 39 Prozent des Lehrpersonals von 1931 im Jahre 1938 nicht mehr im Amt waren. Diese Art der Berechnung von „Emigrationsverlusten" führt zu absonderlichen Konsequenzen. Nicht weniger als 79 Prozent der 60–69jährigen Dozenten und apl. Professoren, aber nur 21 Prozent der 20–29jährigen Ordinarien wären danach emigriert. Bei der Lektüre der Erläuterungen des Autors wird der Grund für diese seltsamen Unterschiede jedoch bald klar: der sogenannte Emigrationsverlust schließt über die tatsächlich emigrierten Wissenschaftler hinaus noch weitere Gruppen ein: 1) die auf regulärem Weg aus Altersgründen oder aus Gründen des üblichen Karriereverlaufs Ausgeschiedenen, 2) die Verstorbenen, 3) die aus eigenem Antrieb und aus vielfältigen anderen Gründen Ausgeschiedenen sowie 4) die Entlassenen, jedoch nicht Emigrierten.

Genaue Zahlen sind für keine dieser Gruppen leicht zugänglich. Man kann jedoch den Versuch machen, zumindest den Umfang der regulär Ausgeschiedenen und der Entlassenen (aber nicht Emigrierten) in ihrer Größenordnung zu bestimmen. Geht man von einer durchschnittlichen Lehrtätigkeit von 35 Jahren und einer gleichmäßigen Altersverteilung aus, dann folgt daraus, daß in den sieben Jahren zwischen 1931 und 1938 ein Fünftel des Lehrpersonals erneuert werden mußte. Aufgrund der kontinuierlichen Expansion des Hochschulwesens zwischen 1880 und 1930 war die Altersverteilung allerdings zugunsten der jüngeren Hochschullehrer verzerrt. Die tatsächliche Zahl der natürlichen Abgänge wird deshalb geringer ausgefallen sein. Es werden keine 20 Prozent, sondern – grob geschätzt – vielleicht 12 bis 15 Prozent gewesen sein, die regulär ausschieden. Bereits diese Korrektur vermindert den Ferberschen „Emigrationsverlust" auf ca. 24–27 Prozent.

Doch das ist nicht alles. Zu berücksichtigen ist auch, daß Ferbers aggregierte Zahl von 39 Prozent sehr heterogene Gruppen mit unterschiedlichen Karrieremustern einschließt. Die Gruppe der Ordinarien beispielsweise hatte nach von Ferber mit

[3] Dieter E. Zimmer, in: Die Zeit vom 30. 6. 1989.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

28 Prozent einen sehr viel geringeren „Verlust" als die Gruppe der Nichtordinarien (apl. Professoren, Privatdozenten und Dozenten) mit 37 Prozent. Auf insgesamt 39 Prozent kommt von Ferber nur, indem er die Zahlen für diese beiden Gruppen noch mit denen für die Lektoren, die Honorarprofessoren und Gastdozenten sowie die Lehrbeauftragten und Lehrer kombiniert. Hier nämlich tauchen nicht weniger als 53,9 Prozent nicht mehr in den Registern von 1938 auf. Allerdings weiß niemand, wie hoch die natürliche Fluktuation bei dieser letzten Kategorie (oder auch bei den Privatdozenten) ausfällt. Etwas unseriös erscheint, daß auch der „Verlust" an Emeriti mit in die Gesamtzahl aufgenommen ist. Er beträgt nicht weniger als 58 Prozent. Angesichts der Altersstruktur dieser Gruppe wäre auch unter normalen Bedingungen eine hohe Verlustrate zu erwarten gewesen.

Bei Berücksichtigung dieser Umstände konvergiert unsere Schätzung in der Tendenz zu den korrigierten Zahlen des amerikanischen Soziologen Edward Y. Hartshorne aus dem Jahr 1938, in denen von 20 Prozent Entlassungen ausgegangen wird. In Hartshornes ursprünglicher Statistik von 1936 – das heißt in seiner veröffentlichten Monographie – waren es nur 14–15 Prozent[4]. Diese Zahl war das Resultat einer kombinierten Analyse der Vorlesungsverzeichnisse deutscher Hochschulen und der Unterlagen des Academic Assistance Council in London. Wohlgemerkt, dies sind Zahlen zu den Entlassungen, nicht zur Emigration[5]. Wenn man die Ergebnisse von Eike Wolgast oder Emil J. Gumbel zur Universität Heidelberg oder die von Hans Joachim Dahms zur Universität Göttingen[6] hochrechnet, so haben von den Entlassenen nur etwa 60 bis 65 Prozent Deutschland auch verlassen.

Was also bleibt von der gleich einem Fetisch gehüteten Emigrationsquote von 39 Prozent? Vereinfacht gesagt: weniger als die Hälfte, wenn man den Anteil der tatsächlich emigrierten Hochschullehrer meint.

Diese Feststellung könnte nun folgende Reaktion provozieren: Wenn nicht 39 Prozent, sondern „nur" 14 bis maximal 17 Prozent der deutschen Hochschulleh-

---

[4] Vgl. Edward Y. Hartshorne, Jr., The German Universities and National Socialism, London 1937, S. 92 ff.

[5] Es bedarf des Zusatzes, daß sich aus den anderen in der Literatur zu findenden Zahlen zu Entlassung und Emigration keine Anhaltspunkte für wesentlich abweichende Schätzungen ergeben. Vgl. Helge Pross, Die deutsche akademische Emigration nach den Vereinigten Staaten 1933–1941, Berlin 1955; Peter Kröner, Vor fünfzig Jahren. Die Emigration deutschsprachiger Wissenschaftler 1933–1939, Münster 1983, S. 13; Nachdruck der AAC-Liste einschließlich Ergänzungen in: Herbert A. Strauss/Tilman Buddensieg/Kurt Düwell (Hrsg.), Emigration. Deutsche Wissenschaftler nach 1933. Entlassung und Vertreibung. List of Displaced German Scholars 1936. Supplementary List 1937. The Emergency Committee in Aid of Displaced German Scholars, Report 1941, TU Berlin 1987; Horst Möller, Wissenschaft in der Emigration – Quantitative und geographische Aspekte, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 7 (1984), S. 2; ders., Exodus der Kultur. Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler in der Emigration nach 1933, München 1984, S. 40; Emil J. Gumbel, Die Gleichschaltung der deutschen Hochschulen, in: ders. (Hrsg.), Freie Wissenschaft. Ein Sammelbuch aus der deutschen Emigration, Strasbourg 1938, S. 9 und S. 15; Werner Röder/Herbert A. Strauss (Hrsg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, 3 Bde. in vier Teilen, München 1980 ff.

[6] Vgl. Anm. 5, 7 und 8.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rer emigriert sind, dann kann wohl kaum von einem unverkraftbaren Aderlaß oder gar einer Selbstenthauptung der deutschen Wissenschaft gesprochen werden. So schlimm, wie befürchtet, war es also offenbar doch nicht. Leider entfiele mit diesem Argument, wenn es denn richtig sein sollte, die so scharfsinnig lokalisierte Ursache für die wahrgenommenen Schwächen der heutigen deutschen Forschung im internationalen Vergleich. Man stünde vor dem Problem, die Ursachenforschung wieder aufzunehmen und womöglich auf Unangenehmeres zu stoßen als den bedauerlichen und allseits beklagten Verlust eines Teils der deutschen wissenschaftlichen Elite.

Enthalten die angeführten Zahlen aber bereits die ganze Wahrheit über die Emigration deutscher Naturwissenschaftler nach 1933? Der Umgang mit Zahlen ist mitunter Glücksache – vor allem dann, wenn es sich um summarische Ziffern wie diese handelt, in denen völlig inkommensurable Teilmengen zu einem Kofferbegriff wie „Emigrationsverlust" aggregiert sind. Sind in dem bisher benutzten personenbezogenen Schätzverfahren überhaupt die Grundregeln der Bilanzierung beachtet? Wäre diese Frage zu verneinen, so müßte das Problem des deutschen Emigrationsverlustes nach 1933 nämlich vollkommen neu aufgerollt werden. So sind zum Beispiel alle in der Literatur dokumentierten Vergleichsmethoden nur an Personen orientiert. Aber ist dies ein zuverlässiger Maßstab?

Eines scheint auf den ersten Blick klar: Wer eine Gewinn-Verlust-Bilanz erstellen will, braucht vor allem ein praktikables Verfahren zur Bewertung der zu bilanzierenden Größen. Ein Unternehmen – um ein einfaches Beispiel zu geben – kann nicht einfach die Zahl seiner Gebäude, Grundstücke, Fahrzeuge und Maschinen als Aktiva einsetzen und sie der Zahl der aufgenommenen Kredite gegenüberstellen. Auch die Zahl der Institute, Professoren und Publikationen oder der Etat für „F & E" ist bekanntlich nicht unbedingt ein guter Maßstab für den erreichten wissenschaftlichen Standard eines Landes. Wichtiger als die Summierung aller „Input"-Faktoren ist das Verhältnis zwischen „Input" und „Output", zwischen Aufwand und Ertrag. Hier kommt es nicht nur auf eine optimale Allokation der Inputfaktoren, sondern auch auf eine effiziente Forschungsstruktur bei der Produktion von Ergebnissen an.

Ähnlich ist es im Falle des Emigrationsverlustes. Kaum jemand wird behaupten wollen, daß es keinen Unterschied macht, ob der Verlust in diesem oder jenem Fach, diesem oder jenem Spezialgebiet, dieser oder jener Institution, dieser oder jener Prestigegruppe im sozialen System der Wissenschaft entsteht. Ob ein Verlust von 14 bis 17 Prozent des Lehrpersonals als noch verkraftbar oder bereits als katastrophal gewertet werden muß, hängt entscheidend von der Verteilung der Summe auf Teilgruppen ab. Zu fragen wäre also, ob der summarisch geschätzte Verlust die verschiedenen Einheiten des Wissenschaftssystems gleich belastet hat.

Die Verteilung auf Institutionen ergibt ein differenziertes Bild. Bereits auf den ersten Blick fällt auf, daß die Hochschulen des Deutschen Reiches sehr unterschiedlich betroffen waren. Heidelberg (mit Berlin und Frankfurt in der Gruppe der stark in Mitleidenschaft gezogenen Hochschulen) hatte 56 (nach Dorothee Mußgnug

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

58)[7] Entlassungen bei einem aktiven Lehrpersonal von insgesamt 201 Personen zu verkraften. Dies sind 28 bis 29 Prozent. Emigriert sind davon 34 Personen, also 17 Prozent. Göttingen[8] lag mit 21 Prozent Entlassungen (49 von 233 Hochschullehrern) und 13,3 Prozent 31 Emigranten im Mittelfeld, während Universitäten wie Tübingen, Rostock, Erlangen, Bonn, München, Jena, Greifswald, Königsberg oder Halle teilweise sehr viel weniger betroffen waren. Technische Hochschulen und Handelshochschulen hatten generell weniger Entlassungen als Universitäten.

Hier soll nicht näher auf die fachspezifische Verteilung des Emigrationsverlustes eingegangen werden, die ebenfalls sehr ungleichmäßig ausfällt. Auch hier könnte man nachfragen, ob es zulässig oder sinnvoll ist, einen personellen Verlust von 50 Prozent in der Soziologie mit einem von 10 Prozent in der Physik (diese Zahlen sind fiktiv) zu einem durchschnittlichen „Emigrationsverlust" von 30 Prozent (bei gleicher Größe der beiden zugrundeliegenden Teilgruppen) zu aggregieren. Auch im umgekehrten Fall betrüge der durchschnittliche Verlust 30 Prozent, doch hätte er dieselben Folgen? Das Verfahren der Summierung heterogener Gruppen wurde in allen bisherigen Schätzungen des deutschen Emigrationsverlustes angewandt. Wer Wirkungsforschung und nicht Personalstatistik betreiben will, sollte die bisher diskutierten und dokumentierten Zahlen einer der vielen Datenbanken überlassen und sie damit der verdienten „Endlagerung" auf der Ruhestätte so vieler harter, aber uninteressanter „Fakten" zuführen. Nicht die Frage der Berechenbarkeit eines durchschnittlichen globalen Emigrationsverlustes, sondern die Situation einer einzelnen Disziplin nach 1933 soll deshalb im folgenden in differenzierter Weise behandelt werden. Aufgrund umfangreicher statistischer Erhebungen können etwa für das Gebiet der Physik heute sehr viel genauere Aussagen als bisher getroffen werden. Darüber hinaus läßt sich zeigen, daß die üblichen Verlustangaben irreführend sind. Sie sagen nur wenig darüber aus, welchen Einfluß die Entlassungen auf die qualitative und quantitative Entwicklung eines Faches hatten.

Auch bei einer fachspezifischen Betrachtungsweise lautet die Eingangsfrage, wieviele Physiker entlassen wurden und wieviele davon aus Deutschland emigriert sind. Eine scheinbar simple Frage, doch bereits hier beginnen die Probleme. Was ist ein Physiker? Ist die Abgrenzung der lehrbefugten Physiker noch leidlich trennscharf, so begibt man sich bei Berücksichtigung anderer Gruppen bereits – begrifflich gesehen – in trübe Gewässer. Andererseits muß man diese Gruppen hinzuziehen, wenn man die Fragestellung mit der Entwicklung der Physik als kognitives Unternehmen verbindet. Man darf das Netz aber auch nicht so weit spannen, daß bereits der Besitz eines Physikdiploms oder gar das Ablegen einer Nebenfachprüfung in Physik für eine Berücksichtigung qualifizieren. Ein gewisser Beitrag zur Entwicklung der Disziplin sollte

[7] Vgl. Eike Wolgast, Die Universität Heidelberg 1386–1986, Berlin 1986, S. 142ff.; Dorothee Mußgnug, Die vertriebenen Heidelberger Dozenten. Zur Geschichte der Ruprecht-Karls-Universität nach 1933, Heidelberg 1988.

[8] Vgl. Hans-Joachim Dahms, Verluste durch Emigration. Die Auswirkungen der nationalsozialistischen „Säuberungen" an der Universität Göttingen. Eine Fallstudie, in: Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch, Bd. 4, München 1986, S. 163.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

also hinzukommen. Wie dieser zu bestimmen ist, als Veröffentlichung, als Zitation oder als Lehrtätigkeit, ist eine zweite Frage, die noch zu klären sein wird.

Beschränkt man sich auf Hochschullehrer für Physik, so ist dies eine einfache Definition; nach ihr sind 15,5 Prozent dieser Gruppe – 50 von 322 Lehrenden – emigriert. Angehörige der Kaiser-Wilhelm-Institute[9] sind dabei nur insoweit berücksichtigt, als sie zugleich lehrbefugt waren. Die Verteilung der Emigranten auf Universitäten ist sehr ungleichgewichtig. 40 Prozent kamen von nur zwei Hochschulen, obwohl an ihnen nur 20 Prozent der lehrbefugten Physiker insgesamt tätig waren. Es sind dies Göttingen und die Universität Berlin. Von insgesamt 36 universitätsähnlichen Institutionen in Deutschland sind nur 15 betroffen, in der Regel die größeren – mit Ausnahme von Jena[10].

Will man alle Wissenschaftler berücksichtigen, die einen Beitrag zur Entwicklung des Fachs geleistet haben, so gibt es dazu mehrere Möglichkeiten. Als einfachste Operationalisierung bietet sich eine Auswertung der führenden physikalischen Fachzeitschriften nach Autoren an. Abgrenzungskriterium für die Gruppe der „Physiker" ist dabei die Veröffentlichung zumindest eines Artikels in den ausgewählten Fachzeitschriften innerhalb des Auswertungszeitraums. Das Ergebnis lautet, daß von 1882 Wissenschaftlern mit deutscher oder österreichischer Adresse, die in den Jahren zwischen 1925 und 1933 in den berücksichtigten Periodika publiziert haben, 179 emigriert sind. Dies entspricht einer Quote von 9,5 Prozent[11]. Es ist klar, daß dies keine völlig saubere Schätzung sein kann. Da jede Zeitschrift einen anderen Emigrantenanteil hat, wird jede Änderung in der Stichprobe der auszuwertenden Fachzeitschriften die Relationen zumindest geringfügig verschieben.

Andere Lösungen dieser rein personenbezogenen Art sind vorstellbar; sie sollen hier aber nicht näher dargestellt werden. Grundsätzlich läßt sich gegen sie einwenden, daß sie über die *Qualität* des Verlustes bzw. des Gewinns der Emigrations- oder Immigrationsländer wenig aussagen. Wenn Albert Einstein ebenso wie Anonymus Hans Müller die Summe der Emigranten um 1 erhöht, kann man nicht unbedingt erwarten, daß die Endsumme ein zuverlässiger Indikator für die tatsächliche Schädigung der Physik in Deutschland ist. Sie wäre es nur dann, wenn Begabungen, Leistungen und Arbeitsschwerpunkte bei Emigranten und Nichtemigranten statistisch gleich verteilt wären.

---

[9] Zu den Entlassungen und Emigrationen von Angehörigen der KW-Institute siehe Helmuth Albrecht/Armin Hermann, Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Dritten Reich (1933–1945), in: Rudolf Vierhaus/Bernhard vom Brocke (Hrsg.), Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft, Stuttgart 1990, S. 361 ff.

[10] Vgl. Klaus Fischer, Der quantitative Beitrag der nach 1933 emigrierten Naturwissenschaftler zur deutschsprachigen physikalischen Forschung, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 11 (1988), S. 83–104.

[11] Eine etwas geringere Quote wurde aus einem kleineren Sample errechnet, in: Klaus Fischer, The Operationalization of Scientific Emigration Loss 1933–1945. A Methodological Study on the Measurement of a Qualitative Phenomenon, in: Historical Social Research 13 (1988), S. 99–121.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Eine solche Annahme ist in der Statistik nicht unüblich. Gewöhnlich wird sie stillschweigend dann eingeführt, wenn genauere Informationen fehlen. Doch mit dieser Annahme ginge man im vorliegenden Fall gänzlich fehl. Dies läßt sich anhand einer etwas anderen Operationalisierung des „Emigrationsverlustes" zeigen. Man könnte fragen, wie sich der Ausfall der Emigranten auf verschiedene Teilgebiete der Physik ausgewirkt hat. Bekanntlich gibt es hier jeweils außergewöhnlich dynamische und zukunftsträchtige, aber auch außergewöhnlich langweilige oder stagnierende Gebiete. Ein hoher Emigrationsverlust in einem der ruhenden Felder wäre vermutlich weniger folgenreich für die gesamte Disziplin als ein kleinerer Verlust in einem ihrer „hot spots". Umgekehrt wäre ein hoher Verlust in einem der Brennpunkt-Gebiete für die Disziplin auch dann noch katastrophal, wenn die „Nebenschauplätze" kaum betroffen wären.

Diese Idee erscheint interessant, stößt jedoch auf Probleme der Operationalisierung. Vor allem kann man sich hierbei nicht mehr an Personen orientieren. Physiker pflegen sich nicht unbedingt in nur einem Untergebiet zu bewegen; ihre Zuordnung wird daher oft scheitern. Wie soll man personelle Verluste feststellen, wenn die an der Entwicklung eines Gebiets Beteiligten sich diesem in gänzlich unterschiedlichem Umfang widmen? Orientiert an der reinen Zahl von Personen, zählte der Weggang einer zentralen Figur ebensoviel wie der einer peripheren, gemessen am Verlust für das Fach dagegen aber ganz und gar nicht. Zur Umgehung dieses Problems erscheint es vorteilhaft, einen anderen Weg als den über fragwürdige statistische Gleichverteilungsannahmen einzuschlagen. Eine einfache Lösung ist der Rückgriff auf die Anteile an der von Emigranten bzw. Nichtemigranten verfaßten Forschungsliteratur eines Gebiets. Hierbei zeigt sich ein hochinteressantes Phänomen: Die späteren Emigranten schienen die aktuellen Brennpunkte der Disziplin als Arbeitsgebiete zu bevorzugen. Die Spannweite ihrer empirisch ermittelten Anteile an der deutschsprachigen Literatur reicht von knapp 30 Prozent im Fall der Quantentheorie bis hinunter zu gerade 4 Prozent in der Akustik[12]. Dazwischen liegen die übrigen Teilgebiete der Disziplin. Eine Berücksichtigung der von Ausländern in deutschen Zeitschriften veröffentlichten Arbeiten würde den Emigrantenanteil an den Publikationen deutscher Physiker auf dem zuerst genannten Gebiet um weitere 10 bis 15 Prozent erhöhen.

Dieses Ergebnis soll hier nur genannt und nicht im einzelnen interpretiert werden. Es zeigt eines in aller Deutlichkeit: Der tatsächliche Schaden an der physikalischen Forschung in Deutschland war sehr viel höher, als nach dem rein personellen Verlust zu vermuten wäre. Die ursprüngliche Vermutung scheint, wenngleich in differenzierter Weise, bestätigt. Der tagespolitisch engagierte Ursachenforscher kann sich bestätigt fühlen. Die Gründe des heutigen Kreativitätsdefizits brauchen nicht den Mängeln heutiger Forschungsstrukturen zugeschrieben werden, sondern sind den

[12] Vgl. Fischer, Beitrag. Ohne den Einschluß von Eugen Wigner und Wolfgang Pauli, über deren Emigrantenstatus man debattieren kann, läge der „Emigrantenanteil" in der Quantentheorie vor 1933 bei 25 Prozent.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sünden der Vergangenheit, für die man keine Verantwortung trägt, anzulasten. Oder etwa nicht?

Mißtrauen ist gerechtfertigt. Auch die Resultate der Analyse der Literatur sind keine abschließende Bewertung des Emigrationsverlustes, sondern nur ein Zwischenergebnis. Gegen die benutzte literaturbezogene Definition läßt sich nämlich ein ähnlicher Einwand vorbringen wie gegen die personenbezogene. Sie gibt den vier Mitteilungen Erwin Schrödingers an die Annalen der Physik von 1926 „Quantisierung als Eigenwertproblem (1 bis 4)" (mit denen dieser die Wellenmechanik begründete) dasselbe Gewicht wie der gleichen Zahl von Aufsätzen, die irgendein Physiker aus dem dritten Glied glücklich irgendwo plazieren konnte. Wie bei der personenbezogenen Auswertung wäre dies nur dann unproblematisch, wenn Qualität nicht mit Emigranten- bzw. Nichtemigrantenstatus zusammenhinge – wenn also eine Zufallsverteilung vorläge. Doch gerade das ist nicht der Fall!

Um dies zu belegen, soll eine dritte Operationalisierung von „Emigrationsverlust" versucht werden, die die qualitativen Aspekte stärker berücksichtigt. Auch hier gibt es verschiedene Möglichkeiten – von den nachträglichen Bewertungen der Wissenschaftshistoriker oder der ehemals Beteiligten bis zur Zitationsanalyse. Bei aller berechtigten Kritik gegen die Möglichkeiten der letzteren, die Qualität von Arbeiten objektiv, zeitlos zu bewerten, hat sie einen unbestreitbaren Vorteil: Es tauchen keine durch spezifische Perspektiven bedingten Widersprüche zwischen verschiedenen Bewertungen auf. Und zeitlose Urteile fallen ohnehin nicht in die Klasse von Ergebnissen, für die die Zitationsanalyse gedacht ist. In dieser Hinsicht beugt sie sich der überlegenen Vernunft der Wissenschaftstheoretiker.

Die Zitationsanalyse bewertet also nicht, sondern verwendet die in Form von Zitationen innerhalb der Quellenliteratur geäußerten Primärwertungen und Anerkennungen ihrerseits als Material für die weitere Analyse. Der von ihr zugrundegelegte Wissenschaftsbegriff ist daher ebenso wie die Abgrenzung des untersuchten Gebiets nicht von außen herangetragen, sondern durch die Selbstwahrnehmung der Disziplin, genauer: der aggregierten Summe ihrer Mitglieder, konstituiert. Somit ist er von den Einflüssen des „Zeitgeistes" weniger abhängig als eine normative Betrachtungsweise, die oft von den gerade gültigen Moden der Interpretation geprägt ist.

Dem Kritiker der auf Zitationsauswertung beruhenden Analyseformen sei zugestanden, daß für ihre Anwendung im vorliegenden Fall eher die Mängel der rein qualitativen Bewertung als die vermuteten Vorteile der Zitationsanalyse entscheidend waren. Umso überraschender waren allerdings Umfang und Qualität der Ergebnisse[13]. Aber vielleicht ist dies ein Zufall, der nicht verallgemeinerbar und auf die Gegenwart übertragbar ist. Vielleicht liegt die Ursache des Erfolgs in der einfachen Tatsache begründet, daß es in der untersuchten Periode noch keinen Citation

[13] Eine Anwendung der Cozitationsanalyse auf die Entwicklung der Kernphysik zwischen 1921 und 1947 und zur Herausarbeitung der Position deutschsprachiger Emigranten findet man in: Klaus Fischer, Changing Landscapes of Nuclear Physics, Ms., Berlin 1990 (unveröffentlicht).

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Index gab und die Datenbasis daher als relativ verzerrungsarm angesehen werden kann. Man war noch unbefangener, solange der SCI noch nicht zum Faktor der persönlichen Karriereplanung und zum Instrument der Arbeitsplatzbewertung seitens der Universitätsbürokratie avanciert war.

Hier soll nur ein Ergebnis der einfachsten Form dieser Methode genannt werden. Durch simple Zitationszählungen und anschließende Gruppierung der Daten erhält man das erstaunliche Ergebnis, daß Emigranten unter den meistzitierten Kernphysikern mehr als dreimal so stark vertreten waren als statistisch zu erwarten. Von insgesamt 2861 Autoren zwischen 1921 und 1947 (weltweit) finden wir 118 deutschsprachige Emigranten. Das sind 4,1 Prozent. Bei den Meistzitierten stellen sie aber 14,3 Prozent. Dieser Zusammenhang bleibt auch bei Änderung der Kategoriengrenzen erhalten. Berücksichtigt man nur deutschsprachige Autoren vor 1933, dann findet man auch einen der Gründe für den scheinbaren Widerspruch zwischen der relativ geringen Emigrationsquote von 9,5 Prozent und den katastrophalen Folgen dieser Emigration für viele Gebiete der in Deutschland betriebenen Physik. Von den 26 deutschen Atomphysikern, die vor 1933 weltweit am häufigsten zitiert wurden, sind nämlich nicht zwei oder drei – wie statistisch zu erwarten –, sondern 13, also nicht weniger als 50 Prozent emigriert oder aus Gründen des Arbeitsmarktes ausgewandert. Es gingen also vor allem die Meinungsführer, soziologisch gesehen die „Stammeshäuptlinge". Dies potenzierte gewissermaßen den rein zahlenmäßigen Verlust. Von Ferber hat also wiederum Unrecht: Der Verlust, so definiert, betrug nicht 39 Prozent, sondern 50 Prozent[14]. Somit scheint die Frage entschieden. Es sieht so aus, als hätten in der Tat diejenigen Recht, die die Wissenschaftsemigration als „a kind of lost treasure" (Ruth Gay) bewerten oder sie als „Hitler's gift to the world", als „Selbstenthauptung der deutschen Wissenschaft", als unwiederbringlichen und immer noch nachwirkenden Verlust für Deutschland bedauern.

Doch der Schein kann bekanntlich trügen. Klare, in Zahlen ausdrückbare Fakten können ihre Bedeutung verändern, sie können von „Zeugen der Verteidigung" in solche der „Anklage" mutieren, wenn man die Perspektive wechselt. Im folgenden sollen deshalb keine weiteren Zahlen genannt, sondern einige Fragen der Bilanzierung unter gewandeltem Bezugsrahmen und verändertem Blickwinkel näher beleuchtet werden.

Zunächst wäre zu fragen, ob man von den genannten Prozentzahlen ohne weiteres auf einen entsprechenden Schaden für die Physik in Deutschland nach 1933 schließen kann. Gewichtige Gründe lassen vermuten, daß man dies nicht kann. Eine Analyse des Rückgangs der Publikationenziffern in deutschen Fachzeitschriften ergibt, daß nur ein Viertel davon durch den direkten Ausfall der Emigranten als Autoren verursacht war. Hier läßt sich ein allgemeinerer negativer Einfluß der nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik ausmachen, der auch die Arbeit der in Deutschland verbliebenen Physiker beeinträchtigte. Auch Ausländer veröffentlichten jetzt sehr viel weniger als zuvor in deutschen Zeitschriften. Die Zahl der deutschen

[14] Hierzu Fischer, Operationalization.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Physiker, die in einer der zentralen deutschen Fachzeitschriften publizierten, sank von 1933 auf 1940 um 70 Prozent. Dies übertrifft den Anteil der ausgefallenen Emigranten um ein Mehrfaches[15].

In einer Verlustbilanz wäre auch zu berücksichtigen, daß die deutschen Hochschulen bereits vor 1933 mehr hochqualifizierte Physiker hervorbrachten, als sie hinterher beschäftigen konnten. Viele gingen deshalb bereits vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten ins Ausland. Hinzu kam die chronische Geldknappheit der deutschen Institute, von der vor allem die experimentelle Physik behindert war (teure Geräte oder Materialien konnten nicht gekauft werden). Das erste Zyklotron beispielsweise konnte im Deutschen Reich erst Ende 1943 – und da auch nur versuchsweise – den Betrieb aufnehmen (am Heidelberger Kaiser-Wilhelm-Institut für medizinische Forschung bei dem Kernphysiker und späteren Nobelpreisträger Walther Bothe). Damit war den deutschen Physikern das damals wichtigste experimentelle Hilfsmittel des Fachs praktisch vorenthalten. Der Anteil deutschsprachiger Artikel zur Kernphysik sank dementsprechend nach deutschen Literaturberichten zwischen 1931 und 1939 kontinuierlich von 45 Prozent auf 14 Prozent (1933: 36 Prozent; 1935: 28,4 Prozent; 1937: 22,3 Prozent). Parallel dazu stieg der Anteil allein der amerikanischen Physical Review bis 1939 auf über 50 Prozent. Dies, wie erwähnt, nicht etwa nach Science Abstracts, sondern nach in Deutschland erschienenen Literaturberichten, denen man für die fragliche Zeit kaum einen proamerikanischen „bias" unterstellen wird.

Zieht man alle Faktoren in Betracht, so übertreibt man nicht, wenn man vermutet, daß erst die erzwungene Emigration vielen jungen Physikern die Forscherkarriere ermöglicht hat, die ihnen selbst in einem demokratischen Deutschland vermutlich verwehrt geblieben wäre. Erst durch die Emigration konnten sie die Entwicklung der Disziplin in der beobachteten Weise mitgestalten. Dies gilt – und das mag erstaunen – auch für die Physik im nationalsozialistischen Deutschland! Der internationale Kommunikationszusammenhang der Physik war zwar nach 1933 behindert, blieb aber zumindest bis 1939 noch funktionsfähig. Der Rückfluß von Fakten, Theorien und Methoden begann in Übereinstimmung mit dieser Beobachtung nicht erst nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, sondern nicht lange nach dem Umsturz in Deutschland. Das heißt, die Ideen deutscher Emigranten wurden von der hiesigen Physik rezipiert und weiterentwickelt – vielleicht mit der Ausnahme Einsteins, der für einige NS-Ideologen unter den Physikern geradezu als Symbol „jüdischer", das heißt abstrakter, unanschaulicher mathematischer Physik fungierte. Innerhalb der deutschen „scientific community" der Physiker galten die Vorstellungen der „Deutschen Physik", die sich gegen Relativitäts- und Quantentheorie wandten, allerdings von Anfang an als abwegig. So erschienen auch nach 1933 noch Arbeiten zur Relativitätstheorie in Deutschland; Einsteins Publikationen wurden weiterhin von den „Physikalischen Berichten" angezeigt und referiert. Viele Emigranten publizierten weiter in deutschen Fachzeitschriften (etwa der schon erwähnte Erwin Schrödinger

[15] Fischer, Beitrag.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und Viktor Weisskopf – einer der jungen aufstrebenden Kernphysiker, später als „Orakel von Los Alamos" bekannt – in „Die Naturwissenschaften" 1935), blieben Mitglieder der Deutschen Physikalischen Gesellschaft und pflegten ihre alten Kontakte. Andere, wie Gerhard Herzberg, einer der führenden Vertreter der Molekularspektroskopie, veröffentlichten bis zum Krieg ihre Bücher zuerst in Deutschland und übersetzten sie erst danach ins Englische. Dies könnte man dahingehend interpretieren, daß die wissenschaftliche Gemeinschaft versuchte, ihre Normen und Binnenstandards gegen das Eindringen politischer Steuerungsversuche zu schützen. Wie weit dieser Versuch gelang, ist hier nicht zu erörtern. Dennoch: Die skizzierten paradoxen Effekte der Emigration strafen jede Bilanzierung Lügen, die auf einfacher Subtraktion oder Addition von Forschungspersonal oder Forschungsleistung beruht. Es müssen synergetische Effekte und Interaktionswirkungen in Rechnung gestellt werden, die in simplen Bilanzierungen kaum zu erfassen sind.

Es erscheint plausibel, daß paradoxe Effekte dieser Art vor allem in Forschungsfeldern zu finden sein werden, die bereits vor 1933 international strukturiert und nach 1933 in Deutschland nicht politisch unterdrückt wurden. Beides trifft – mit gewissen Einschränkungen – auf die Physik zu. Eine Untersuchung zentraler Teilgebiete der Physik (wie der Quantentheorie und der Kernphysik) zeigt, daß die wissenschaftliche Sozialisation des Nachwuchses in den meisten Fällen Auslandsaufenthalte einschloß. Kaum einer der bekannten Quantentheoretiker und Kernphysiker, der nicht in zumindest drei der herausragenden europäischen Zentren studiert hätte, in Rom (Enrico Fermi), Kopenhagen (Niels Bohr), Cambridge (Ernest Rutherford), Leiden (Paul Ehrenfest), Leipzig (Werner Heisenberg), Zürich (Wolfgang Pauli), München (Arnold Sommerfeld), Göttingen (Max Born, James Franck) oder Berlin (Lise Meitner, Erwin Schrödinger). Das soziale Netzwerk der strategisch wichtigsten Gebiete der Physik war also (nach damaligem Verständnis) international strukturiert und schloß zunehmend auch amerikanische Zentren wie Berkeley, Chicago oder die Columbia University in New York ein. Stipendien der Rockefeller Foundation und anderer Stiftungen sorgten für die Zirkulation der jungen europäischen und amerikanischen Nachwuchswissenschaftler durch die Schaltstellen und Knotenpunkte jenes Netzwerks[16].

Weiter wäre zu fragen, ob sich Verluste und Gewinne symmetrisch verhalten. Dies wäre dann der Fall, wenn der Gewinn des Immigrationslandes automatisch einen entsprechenden Verlust des Emigrationslandes bedeutet, und umgekehrt. Eine solche Vermutung ist mit guten Gründen zu bezweifeln. Zwar weiß niemand, wie sich die finanziell, politisch und teilweise auch ideologisch eingeschnürte Physik in einem Deutschland ohne Wissenschaftsemigration entwickelt hätte. Sicher ist jedoch, daß den hiesigen Machthabern dieses Problem nicht besonders am Herzen lag – zumindest nicht vor der Kriegswende Ende 1942. Die Studentenzahlen in Physik sanken zwischen 1932 und 1939 um über 75 Prozent (von rund 2230 auf gut 500), in Mathematik um über 95 Prozent (von rund 4160 auf 186), in der Chemie

[16] Fischer, Changing Landscapes.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

immerhin um gut ein Drittel (von rund 4000 auf 2500)[17]. Wie die Denkschrift des Physikers Max Wien zur Lage der experimentellen Physik aus dem Jahre 1934 nachweist, blieben Lehrstühle und Institutsdirektorenstellen jahrelang unbesetzt. Das Heisenberg-Geiger-Wien-Memorandum an den Reichsminister für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung von 1936 beklagt die grassierende Verachtung der theoretischen Physik, die durch „äussere Umstände" (sprich politische Rahmenbedingungen) gefördert werde und die Studenten vom Studium der Physik abhalte. Die Physik in Deutschland befinde sich – so das Memorandum damals – zur Zeit in einer schweren Krise[18]. Ob der Verbleib der Emigranten an dieser Entwicklung viel geändert hätte, ist nicht mit Sicherheit zu entscheiden, aber mit guten Gründen zu bezweifeln.

Der Nachweis, daß Emigranten eine hervorragende Rolle beim Ausbau der Führungsposition amerikanischer Physik spielten, läßt deshalb nicht den Schluß zu, daß diese Physiker auch im Kontext deutscher Institutionen dieselbe Leistung erbracht hätten und daher für die Physik in Deutschland „verloren" waren. Das genaue Gegenteil könnte der Fall sein. Der Gewinn der amerikanischen Physik war nach dieser Hypothese ungleich größer als der Verlust der deutschen. Mehr noch: Der sogenannte Emigrationsverlust Deutschlands war in Wirklichkeit ein Gewinn für die Physik als kognitives Unternehmen – und nach dem Scheitern der „Deutschen Physik" mithin auch für die deutsche Physik. Natürlich sind die nationalen Zuschreibungen hier nur analytisch durchzuführen. Das soziale Netzwerk der Physik war noch immer international, doch es hatte seinen Schwerpunkt verlagert und Struktur wie Richtung seiner Informationsströme verändert. In beidem war Deutschland nach 1933 nicht mehr Zentrum, sondern Peripherie, nicht mehr Nettogläubiger, sondern Nettoschuldner.

Umgekehrt läßt sich allerdings auch zeigen, daß weltbekannte Physiker nach einem Wechsel des Forschungsmilieus einen Leistungsknick erleiden konnten. Otto Stern, der Hamburger Molekularstrahlforscher und Entdecker der „Quantisierung des Raumes" (1922), Lise Meitner, die bekannte Kernphysikerin am Berliner Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie, Max Born, der zusammen mit Werner Heisenberg und Pascual Jordan 1926 die neue Quantentheorie formulierte, der schon mehrfach erwähnte Erfinder der Wellenmechanik, Erwin Schrödinger, aber auch Albert Einstein hatten ihre fruchtbarsten Arbeitsphasen, *ehe* sie Deutschland verließen. Auch in diesem Falle geht eine lineare Gewinn- und Verlustrechnung fehl. Im Extrem könnte man sogar Fälle konstruieren, in denen die Emigration hochgeachteter Forscher mit

[17] Zahlen nach Walter Hirsch, The Autonomy of Science in Totalitarian Societies: The Case of Nazi Germany, in: Karin D. Knorr/Hermann Strasser/Hans Georg Zilian (Hrsg.), Determinants and Controls of Scientific Development, Dordrecht 1975, S. 359.

[18] Vgl. Dieter Hoffmann, Die Physikdenkschriften von 1934/36 und zur Situation der Physik im faschistischen Deutschland, Akademie der Wissenschaften der DDR, Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft, Kolloquien Heft 68: Wissenschaft und Staat. Vorgelegt auf dem XVIII. Internationalen Kongreß für Geschichte der Wissenschaften vom 1.–9. August 1989 in Hamburg und München.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

großer Vergangenheit als Verlust nicht des Ursprungs-, sondern des Aufnahmelandes zu bewerten wäre. Wissenschaftshistoriker konnten nämlich zeigen, daß Koryphäen gegenwärtiger Wissenschaft in ihrer späteren Karriere nicht selten zu Dogmatikern werden, die die Entwicklung und Durchsetzung besserer Theorien eher behindern als befördern.

Emigrationsverluste und -gewinne verhalten sich also weder symmetrisch, noch können sie linear kombiniert werden. Die Immigranten stoßen im Aufnahmeland in der Regel auf etablierte Spezialgebiete mit ihren Labors, technischen Einrichtungen, Institutionen, kulturellen Codes und informellen Sozialsystemen. Insbesondere die apparative Ausstattung der Institute, die Verfügbarkeit von Einrichtungen sowie die Kooperationsbereitschaft der Kollegen scheint für die Entwicklung und Akkulturation der emigrierten Physiker – und damit auch für den „Gewinn" des Aufnahmelandes – von besonderer Bedeutung gewesen zu sein. Behauptungen, die die veränderten Randbedingungen wissenschaftlicher Arbeit nicht in Rechnung stellen, fallen in die Kategorie der in der Sozialwissenschaft wohlbekannten „kontextualen Fehlschlüsse".

Durch seine Kontakte mit Kollegen oder Studenten beeinflußt der Immigrant nicht nur diese, sondern indirekt auch jene, die nicht mit ihm persönlich in Verbindung stehen. Das gleiche gilt mit umgekehrtem Vorzeichen für ihn selbst. Da das komplexe Gefüge von direkten und indirekten Kontakten und Beeinflussungen von den Immigranten in seiner Gesamtheit verändert wird, wären die Folgen ihrer Einbettung in den neuen Kontext nur unter einer Bedingung zu messen: Man müßte über eine Art tertium comparationis verfügen, also über eine zuverlässige Entwicklungsprognose des „ungestörten" Systems. Fragen dieser Art sind in der Regel nicht überprüfbar, Antworten daher meist spekulativ. Als historischer Prozeß sichtbar ist nur die tatsächliche Rezeptions-, Wirkungs- und Interaktionsgeschichte des Emigrierten in diesem speziellen Kontext mit all seinen Besonderheiten[19].

Wie sieht die Gewinn- und Verlustbilanz vom Standpunkt des Immigranten aus? Was bedeutete der Wechsel des Milieus für die eigene Arbeit? Für die emigrierten Physiker hatte die in den zwanziger Jahren einsetzende Aufholjagd der Amerikaner in der Physik relativ günstige Aufnahmebedingungen geschaffen. Die internationale Struktur des Fachs hatte zur Folge, daß Physiker beispielsweise den Verlust ihrer persönlichen Bibliothek eher verschmerzen konnten als Geisteswissenschaftler. Auch die fachliche Einpassung in eine neue Institution fiel ihnen im allgemeinen leichter. Die wirklich wichtigen Veröffentlichungen und Fachzeitschriften waren in jedem größeren physikalischen Institut, zumindest in den Vereinigten Staaten und in England, greifbar.

Andererseits heißt dies noch nicht, daß emigrierte Physiker an ihrem neuen Arbeitsplatz bruchlos dort weitermachen konnten, wo sie kurz zuvor in Deutsch-

[19] Hierzu Klaus Fischer, Vom Wissenschaftstransfer zur Kontextanalyse – oder: Wie schreibt man die Geschichte der Wissenschaftsemigration?, in: Rainer Erb/Michael Schmidt (Hrsg.), Antisemitismus und jüdische Geschichte. Studien zu Ehren von Herbert A. Strauss, Berlin 1987.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

land aufgehört hatten. Trotz Internationalisierung gab es natürlich lokale Schwerpunkte und institutionelle Besonderheiten. Ihnen konnten sich selbst höchstqualifizierte Neuankömmlinge nicht ohne Risiko entziehen, solange sie nicht festangestellt waren. Dennoch wäre es falsch, Interessenverschiebungen nach der Emigration unbesehen als Reaktionen auf ein neues Forschungsmilieu zu interpretieren. Dies wäre ein logischer Fehlschluß. Wandlungen der Forschungsschwerpunkte gab es natürlich auch bei Nichtemigranten – und es hätte sie zweifellos auch bei jenen tatsächlich emigrierten Wissenschaftlern gegeben, wären sie nicht zur Auswanderung gezwungen worden.

Ein Ursache-Wirkungs-Verhältnis ist dabei kaum jemals nachweisbar. Die selektive Ausnutzung lokaler Forschungschancen, also des verfügbaren Ensembles an Hardware und kollegialer Kompetenz, war bei Emigranten wie Nichtemigranten eher formgebend als richtungsbestimmend. Eine Umpolung der Forschungsinteressen von neueingestellten Immigranten wäre ohnehin nicht im Interesse der physikalischen Institute gewesen. Man wußte meist, was man suchte, und war darauf aus, von vornherein nur solche Physiker anzustellen, deren Spezialisierung in die Aufgabenstruktur des Instituts paßte. Natürlich gab es hier Fehleinschätzungen. Doch der Effekt war in diesen Fällen durchaus nicht immer eine Wandlung der einen oder der anderen Seite. Schrödinger ist durch Oxford ebensowenig verändert worden wie Oxford durch Schrödinger[20]. Beide Seiten sahen ihren Irrtum ein: Der Abschied erfolgte gewissermaßen einvernehmlich, wenn auch zu Lasten Schrödingers. 1936 ging er enttäuscht nach Graz, bis er zwei Jahre später das Land wiederum in ungeplanter Flucht verlassen mußte und schließlich in Dublin eine Stelle fand, die auf ihn zugeschnitten war. Andere Fälle verliefen weniger dramatisch, jedoch in ihrer Struktur ähnlich. Die Vermutung, daß die wissenschaftliche Entwicklung dieses oder jenes Physikers Folge des neuen Arbeitskontextes war, ist deshalb entweder trivial oder falsch. Trivial, weil die Umgebung natürlich Anstöße vermittelt; falsch, weil sie die individuellen Problemlösungen und Entwicklungen, die durch diese Anstöße ausgelöst werden, nicht inhaltlich vorherbestimmt.

Sicherlich gab es hier große individuelle Unterschiede. In den Interviews mit Emigranten, die im Rahmen des Archive for History of Quantum Physics und späterer Projekte vom American Institute of Physics durchgeführt wurden, wird dies sehr klar. Es gab Physiker wie Peter Debye (vor seiner Emigration 1940 Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physik in Berlin), Rudolf Peierls (Kernphysiker und Mitarbeiter am britischen Bombenprojekt) oder der schon genannte Viktor Weisskopf, die nach eigener Einschätzung bei der Wahl von Forschungsthemen sehr empfänglich für äußere Anstöße waren. Andere, wie Wolfgang Pauli (Entdecker des Neutrinos und aufgrund seiner scharfen Kritik an seinen Fachkollegen als „Gewissen der Physik" bekannt), Lothar Nordheim (Festkörper- und Hochenergiephysiker

[20] Paul K. Hoch/Edward J. Yoxen, Schrödinger at Oxford: A hypothetical national cultural synthesis that failed, in: Annals of Science 44 (1987), S. 593 ff.; Walter Moore, Schrödinger. Life and Thought, Cambridge 1989.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

aus der Göttinger Schule, der später am Manhattan Project mitwirkte), Walter Heitler (der zusammen mit Fritz London die Quantentheorie auf die Chemie anwandte und später in die Hochenergiephysik ging) oder die bereits erwähnten Physiker Otto Stern und Erwin Schrödinger folgten eher einem langfristig angelegten eigenen Forschungsplan und suchten oder formten ihre Umgebung danach[21]. Ein direkter Einfluß der Emigration auf die verfolgte Strategie oder auch nur auf die behandelten Probleme ist aufgrund der hochgradigen Vernetzung der Disziplin weder im einen noch im anderen Fall nachweisbar.

Als Fazit sollte man vielleicht folgendes festhalten: Die Bilanzierung der Wissenschaftsemigration ist ein äußerst vielschichtiges und komplexes Problem, selbst wenn es um so einfache Fragen wie personelle Verluste geht. Will man gar Fragen der inhaltlichen Entwicklung von Spezialgebieten damit verbinden, dann sind die kausalen Strukturen nicht mehr in Einzelkomponenten auflösbar. Es dominieren Interaktionseffekte, Synergismen und Nichtlinearitäten. Kein methodisches Instrument existiert bislang, das dieses Geflecht von Beziehungen in zurechenbare Faktoren zerlegen könnte.

Nebenbei bemerkt: Diese Unbestimmtheit von Verlusten und Gewinnen gilt auch für den mehr erzwungenen als freiwilligen Export wissenschaftlicher Intelligenz unmittelbar nach 1945 in die Siegerländer des Zweiten Weltkrieges und für den vielfach beklagten „brain-drain" in den Jahrzehnten danach. Ein Spitzenforscher, dem im Ausland bessere Arbeitsbedingungen als hierzulande angeboten werden, sollte diese Chance im Interesse seines Faches nutzen und sie nicht aus falschverstandenem Patriotismus ausschlagen. Falschverstanden deshalb, weil er durch die Ergebnisse seiner Arbeit und durch seine Rückwirkung im Ergebnis auch die Entwicklung des Faches in seinem Heimatland befördert. Die „unsichtbare Hand" des Marktes bewirkt also auch im Wissenschaftssystem eine optimale Allokation von Ressourcen. Sie kann dies allerdings nur dann, wenn die durch Kartellbildungen, Forschungsoligopole und quasi-monopolistische Entscheidungsstrukturen gefährdete Funktionsfähigkeit dieses Marktes durch geeignete gesetzliche Rahmenbedingungen abgesichert wird. Versuche direkter „Forschungssteuerung", sprich dirigistische und formalistische, nicht durch profunde Kenntnisse der Funktionsweise von Wissenschaft getrübte Maßnahmen aus dem Werkzeugkasten des Bürokraten wirken hier kontraproduktiv. Solche Versuche bewirken bei den Betroffenen am Ende keine Spitzenleistungen, sondern nur die Umlenkung von Zeit und Energie auf die kunstvolle Formulierung stromlinienförmiger Forschungsanträge und Zwischenberichte, also auf die Konstruktion einer politisch opportunen Selbstdarstellung – abgesichert durch eine subtile Art der Selbstzensur.

[21] Vgl. die am American Institute of Physics im Rahmen des „Archive for History of Quantum Physics" und anderer Projekte durchgeführten Interviews mit den Betreffenden (Manuskripte am American Institute of Physics; Mikrofilme des „Archive for History of Quantum Physics" auch am Deutschen Museum München).

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

CHRISTOPH BOYER

DAS DEUTSCHE REICH UND DIE TSCHECHOSLOWAKEI IM ZEICHEN DER WELTWIRTSCHAFTSKRISE

I.

Im Zeichen aufgeputschter nationaler Leidenschaften begannen am 23. September 1930, als die Nationalsozialisten im Reich gerade einen überwältigenden Wahlerfolg errungen hatten, vor zwei Prager Kinos Demonstrationen gegen die Vorführung deutscher Filme. Eine Folge dieser Kampagne, die in den nächsten Tagen mit der Stürmung und Besetzung weiterer Kinos ihre Fortsetzung fand und als „Prager Tonfilm-Krawall" in die Geschichte eingegangen ist, war eine lautstarke Boykottbewegung, die die „Unterdrückung der deutschen Minderheit in der ČSR" als Vorwand für eine Mobilisierung des deutschen Verbrauchers gegen Waren aus dem Nachbarland sowie für eine – in der Wirtschaftskrise ausgesprochen gelegen kommende – Stornierung von Bestellungen bei tschechoslowakischen Geschäftspartnern nutzte[1]. Mit diesem Wirtschaftskampf in mancher Hinsicht vergleichbar ist der seit etwa Mitte der zwanziger Jahre durch publizistische Kampagnen gegen den „Vormarsch des Tschechentums" im Reich, mit Gerichtsverfahren und dem Aufruf zur Kaufverweigerung geführte Feldzug der deutschen Schuhwirtschaft gegen den tschechoslowakischen „Schuhkönig" Tomáš Bat'a. In beiden Fällen wurde ein als politisch deklarierter, eigentlich aber ökonomisch motivierter Boykott, ein Appell, den Kauf bestimmter Waren einzustellen bzw. Geschäftsbeziehungen zu verweigern oder rückgängig zu machen[2], gegen die Konkurrenz aus dem Nachbarland in Szene gesetzt.

Soweit die Forschung sich der Prager Krawalle angenommen hat[3], hat sie den Boykott in erster Linie im Kontext der bilateralen politischen Beziehungen, insbesondere als Folgeerscheinung der hinter der „glatten diplomatischen Fassade"[4] ver-

---

[1] Vgl. Jaworski, Rudolf, Vorposten oder Minderheit, Stuttgart 1977, S. 152 ff.; Brügel, Johann Wolfgang, Tschechen und Deutsche, Bd. 1: 1918–1938, München 1967, S. 219 f.; Campbell, F. Gregory, Confrontation in Central Europe, Chicago/London 1975, S. 217 ff.

[2] Zum Begriff des Boykotts vgl. Boelcke, Willi A., Artikel „Wirtschaftskriege", in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, Bd. 9, Stuttgart 1982, S. 119–130, bes. S. 125; Michels, Roberto, Il Boicottaggio, Turin 1934, S. 12 ff. Zur Klassifizierung der verschiedenen Arten des Boykotts vgl. Michels, Boicottaggio, S. 19 ff., 37 ff.

[3] Wie Anm. 1.

[4] Jaworski, Vorposten, passim, bes. S. 12.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

borgenen, zumindest untergründig jedoch immer virulenten Minderheitenproblematik thematisiert. Hier werden die Schwerpunkte anders gesetzt: Da nicht nur die Intensität der mobilisierten Leidenschaften und die Disziplin bzw. Solidarität der Boykottanten, sondern ebensosehr „objektive" ökonomische Gesichtspunkte wie der Charakter der boykottierten Waren, die Möglichkeit ihrer Substitution, die Dringlichkeit der Nachfrage, die Durchschlagskraft von Retorsionsdrohungen und deren potentielle Konsequenzen für ein meist vergleichsweise breites Spektrum ökonomischer Interessen den Verlauf eines Wirtschaftskampfes charakterisieren und über seinen Erfolg entscheiden[5], ist die Analyse der eingangs skizzierten Fälle geeignet, das gesamte Geflecht der Abhängigkeiten zwischen dem Reich und der Tschechoslowakei auf dem Gebiet des Handels und der Wirtschaft ebenso wie die krisenhaften Störungen dieses Beziehungsgefüges Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre zu beleuchten. Daß allerdings auch diese wirtschaftsgeschichtliche Perspektive des „politischen Faktors" keineswegs entraten kann, wird im folgenden unmittelbar deutlich.

Zunächst einmal sticht in diesem Zusammenhang ins Auge, daß aufsehenerregende Fälle des Boykotts tschechoslowakischer Importe im Reich nicht vor Ende der zwanziger Jahre zu verzeichnen waren. Nun hatte dies sicherlich auch damit zu tun, daß im ersten Nachkriegsjahrzehnt die Intensität „des ‚Volkstumskampfs' in der Tschechoslowakei" mit der etwa in Polen nicht zu vergleichen war und die offizielle Außenpolitik des Reichs sich bei der Unterstützung der deutschen Minderheit in der ČSR merklich zurückhielt; zusätzlich wirkte dämpfend, daß seit dem Herbst 1926 die Deutschen im Zeichen einer „aktivistischen", d. h. prinzipiell staatsloyalen und kooperativen Haltung in Prag an der Regierung beteiligt waren. Eine wesentliche Rolle spielte daneben aber auch, daß ein außerordentlich engmaschiges Netz wirtschaftlicher Verflechtungen zwischen beiden Ländern existierte, welches – und dies galt für beide Seiten – nicht ohne erhebliche Risiken zu zerreißen war. Die propagandistische Instrumentalisierung des „Volkstumskampfes" „griff" bezeichnenderweise erst, als im Vorfeld bzw. im Verlauf der Weltwirtschaftskrise die bilateralen ökonomischen Beziehungen mehr und mehr mit Problemen überfrachtet wurden. Die Ausschaltung von Konkurrenz mittels Boykott war die extremste Erscheinungsform einer augenfälligen Zerrüttung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern; sie ist zu verorten im Rahmen des allgemeinen, krisenbedingten Niedergangs des Freihandels. Die von den Regierungen Müller und Brüning initiierte zollpolitische Aufrüstung führte zum Zerfall des erst in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre entstandenen, vergleichsweise liberalen Handelsvertragssystems der Weimarer Republik. Daß gegenüber der Tschechoslowakei solche Abschottungstendenzen politisch bemäntelt werden konnten, ist ein Indikator für die zur selben Zeit sich radikalisierende nationalitätenpolitische Auseinandersetzung[6].

---

[5] Michels, Boicottaggio, S. 47 ff.

[6] Vgl. zum Hintergrund Gessner, Dieter, Agrarprotektionismus und Welthandelskrise 1929/32, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 26 (1978), S. 161–187.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nun war der Niedergang des Freihandels natürlich eine die Zeit der Weltwirtschaftskrise allgemein prägende Erscheinung; die beiden Boykottfälle verweisen darüber hinaus auf Spezifika der Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Reich, einem hochentwickelten Industriestaat, und der Tschechoslowakei, einem Agrar-Industriestaat von mittlerem Entwicklungsniveau: Nicht zufällig am schwersten betroffen waren im Anschluß an die Prager Krawalle bestimmte Agrarprodukte bzw. solche der Nahrungsmittelindustrie, die in der Ausfuhr der ČSR nach Deutschland eine prominente Stellung einnahmen. Hier hatte der in der Krise sich verschärfende deutsche Agrarprotektionismus bereits vor dem Herbst 1930 eine Auseinandersetzung ausgelöst. Ebensowenig zufällig war, daß, im Fall Bat'a, gerade die Massenkonsumgüterproduktion von vergleichsweise niedrigem technologischem Niveau, die einen wesentlichen Anteil an den Exporten ins Reich ausmachte, in Mitleidenschaft gezogen wurde. Daß trotz allem der Boykott sich auf einige wenige Branchen beschränkte und überdies einen nur mäßigen – zum großen Teil ohnehin dem allgemeinen, krisenbedingten Nachfragerückgang zuzurechnenden – Erfolg hatte, ist ein Indiz dafür, daß gegenläufige Kräfte auf eine Dämpfung des Konflikts hinwirkten; wiederum nicht zufällig handelte es sich hierbei auf deutscher Seite um die Interessen der „modernen" Industrien, insbesondere der Elektrotechnik, des Maschinenbaus und der Chemie. Dieser Umstand erklärt sich daraus, daß, angesichts des generellen Modernitätsgefälles zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei, gerade diese Branchen hohe Einsätze beim südöstlichen Nachbarn zu verteidigen hatten. Im Tonfilm-Boykott entfaltete das Bewußtsein des bestehenden, empfindlichen Gleichgewichts allerdings stärkere Wirkmacht als gegenüber Bat'a, der seinerseits nicht zögerte, gegen die deutsche Konkurrenz rigoros in die Offensive zu gehen. Zu einer Eindämmung des Konflikts trug – ein weiteres Spezifikum der deutsch-tschechoslowakischen Wirtschaftsbeziehungen – auch sein minderheitenpolitisches Ingrediens bei: Lieferte dieses einerseits die rhetorischen Waffen im Wirtschaftskampf, so verhinderte andererseits – wenn auch nicht gegenüber dem tschechischen Unternehmer Bat'a, so doch im Fall des Tonfilm-Boykotts – die Rücksichtnahme der offiziellen Politik des Reiches und der Spitzen der Verbände auf die mit der reichsdeutschen Wirtschaft durch Handel und Finanzen eng verflochtene Wirtschaft der deutschen Volksgruppe in der ČSR eine Eskalation. Spiegelbildlich hierzu war es das in den industriellen Kreisen der ČSR, nicht zuletzt in der exportorientierten Wirtschaft der deutschen Minderheit, lebendige Bewußtsein von der Symbiose mit dem Reich, das einen Gegenboykott im Zaum zu halten wußte.

Boten in der Weimarer Zeit sowohl die Wirtschaft als auch die Politik durchaus Anlaß für Konflikte zwischen den Nachbarn, so war, verglichen mit der Zeit nach 1933, das bilaterale Verhältnis auf beiden Seiten also doch durch eine vergleichsweise Mäßigung gekennzeichnet: Wenn die deutsche Wirtschaft auch Kapital aus der „asymmetrischen Verflechtung" und den hieraus erwachsenden Druckmitteln zu schlagen suchte, so war sie doch nicht an einer Unterjochung des Nachbarn und einer Vernichtung seiner wirtschaftlichen Existenz interessiert, ebensowenig wie der „Volkstumskampf" auf eine Destabilisierung der ČSR mittels der „fünften Kolonne"

Jahrgang 39 (1991), Heft,4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der deutschen Minderheit abzielte. Erst mit der Machtergreifung änderte sich dies: Weit rigoroser als vor 1933 stellte das Reich die Wirtschaftsbeziehungen zur ČSR unter den Imperativ seiner eigenen, durch die Autarkiepolitik definierten Bedürfnisse. Die überproportional hohe Arbeitslosigkeit der deutschen Volksgruppe, Folge der Abdrosselung des bilateralen Handels, betrachtete das nationalsozialistische Regime als quantité négligeable, bzw. sogar als einen günstigen Umstand, der einer politischen Indienstnahme des „Sudetenproblems" Vorschub leistete. Angesichts der geänderten Großwetterlage wandelten sich nach 1933 auch Charakter und Stellenwert des Wirtschaftskampfs: Der genuin politische Beweggrund, den Kontrahenten durch den Einsatz ökonomischer Waffen politisch zu schwächen, trat nun in den Vordergrund. Der „Anschluß", der die ČSR territorial weitgehend einsäumte, erweiterte noch einmal die Handhaben des Reichs, handelspolitischen Druck auf den Nachbarn auszuüben; „München" bedeutete dann den Zugriff mit dem Mittel direkter, brachialer Gewalt. Begann damit auch eine qualitativ neue Phase der Beziehungen, so hatte sich der Übergang von einer friedlich-kooperativen zu einer Konfliktbeziehung doch bereits in den letzten Weimarer Jahren in der mangelnden Bereitschaft des Reiches zur handelspolitischen Zusammenarbeit und einer gewissen Rigorosität bei der Durchsetzung der eigenen Interessen angedeutet.

Die vorliegende Untersuchung, die einen Knotenpunkt der ökonomischen Verflechtungen zwischen dem Reich und der Ersten Tschechoslowakischen Republik thematisiert, ist die Pilotstudie zu einem vom Institut für Zeitgeschichte ins Auge gefaßten umfangreichen Forschungsprojekt zum Thema der deutsch-tschechoslowakischen Wirtschaftsbeziehungen in der Zwischenkriegszeit. Für dieses Vorhaben hat die demokratische Revolution im Nachbarland äußerst günstige Voraussetzungen geschaffen: Nachdem im Zuge der politischen Umwälzungen der letzten Jahre die Archive der ČSFR für ausländische Benutzer geöffnet worden sind, konnten – abgesehen von den deutschen Ministerialakten im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn und im Bundesarchiv, Abteilung Koblenz bzw. Potsdam – auch die einschlägigen Materialien aus Prager Archiven, in erster Linie die Akten der handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes der ČSR im Archiv des Prager Außenministeriums ausgewertet werden; ergänzend herangezogen wurden die Bestände des Staatlichen Zentralarchivs in Prag. Diese Materialgrundlage gewährleistet die bei der Analyse zwischenstaatlicher Beziehungen unerläßliche Doppelperspektive.

II.

Daß bis in die späten zwanziger Jahre im Reich Boykottbestrebungen gegen tschechoslowakische Waren nur in Ausnahmefällen zu verzeichnen waren, ebenso wie auf der anderen Seite die gegen die reichs- wie die sudetendeutsche Wirtschaft in der ČSR gerichteten nationalpolitischen Abwehrmaßnahmen einen bescheidenen Rahmen nicht überschritten, hing wesentlich mit der engen ökonomischen Verflech-

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tung beider Länder zusammen. War aufgrund des Größenunterschieds der beiden Volkswirtschaften die Tschechoslowakei auch stärker auf das Reich angewiesen als umgekehrt, so hätte eine Drosselung des Handels doch auch deutsche Interessen empfindlich beeinträchtigt, wie die folgende Skizze der Abhängigkeitsbeziehungen zeigt.

Generell war die tschechoslowakische Volkswirtschaft stark exportorientiert: Die ČSR erbte ein Viertel der Bevölkerung der Donaumonarchie, jedoch an die 80 Prozent, in einigen Branchen wie der Textilproduktion sogar bis zu 90 Prozent ihres Industriepotentials[7]; Folge der beschränkten Aufnahmefähigkeit des Binnenmarkts war daß, im Durchschnitt aller Branchen nach 1918 30–40 Prozent der Industrieproduktion – in der Metallindustrie über 50, in der Textil- und der Glasindustrie deutlich über 70 Prozent – ausgeführt werden mußten[8]. Weniger der Umstand, daß kleine Volkswirtschaften generell eine vergleichsweise hohe Exportquote aufweisen, sondern die aus der Aufteilung des Habsburgerreiches nach politischen Gesichtspunkten resultierenden Disproportionen waren die Ursache dafür, daß die ČSR sich mit ihrer industriellen Produktion, die vor 1918 zu 60 Prozent innerhalb der Monarchie abgesetzt worden war, zum großen Teil auf den Export verwiesen sah[9].

Was die qualitative Zusammensetzung der tschechoslowakischen Exporte ins Reich in den zwanziger Jahren anlangt, so waren hier insbesondere agrarische Produkte bzw. solche der Agrarindustrie (Malz, Hopfen, Bier) von Bedeutung; wichtige Posten der Ausfuhrstatistik stellten auch Industrierohstoffe und Zwischenprodukte wie Holz, Kohle und Eisen, Mineralien, Steine und Erden dar. Der tschechoslowakische Fertigwarenexport ins Nachbarland stieg angesichts der Paralyse der deutschen Industrie während der Ruhrbesetzung kurzzeitig zwar steil an, nach der Konsolidierung der deutschen Wirtschaft in der Folge der Währungsstabilisierung machten Fertigwaren aber schon 1926 nur mehr 20 Prozent der Gesamtausfuhr der ČSR ins Reich aus; das Schwergewicht lag hier bei einfachen Massengütern wie Textilien und Schuhen[10].

Schuf die tschechoslowakische Exportstruktur, die das Entwicklungsgefälle zwischen beiden Ländern spiegelte, Abhängigkeiten in bestimmten Wirtschaftssektoren, so war auch auf der Importseite die ČSR auf Deutschland angewiesen; umgekehrt machte dieser Umstand die Tschechoslowakei für die deutsche Wirtschaft zu einem interessanten Markt. Erreichte die ČSR als Industrieland in weiten Bereichen der Konsum- und Investitionsgüterproduktion auch einen beachtlichen Grad der Selbstversorgung[11], so bezog sie als Land von mittlerem technischem Entwicklungsniveau

---

[7] Olšovsky, Rudolf, Světový obchod a Československo, 1918–1938, Prag 1961, S. 127. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn (künftig PA)-IIb, Wirtschaft 6, Tschechoslowakei, Bd. 1, Bericht der Gesandtschaft Prag vom 7. Januar 1927.

[8] Teichova, Alice, Wirtschaftsgeschichte der Tschechoslowakei, Wien 1988, S. 23; Olšovsky, Světovy obchod, S. 119, S. 124 und S. 127.

[9] PA-IIb, Wirtschaft 6, Tschechoslowakei, Bd. 1, Bericht der Gesandtschaft Prag vom 7. Januar 1927.

[10] Ebenda.

[11] Ebenda.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fortgeschrittene oder Spitzenprodukte etwa des Apparatebaus, der Elektrotechnik oder der Chemie doch meist aus dem Ausland, in erster Linie aus dem Reich. Die wesentliche Bedeutung des tschechoslowakischen Marktes für die deutsche Industrie lag deshalb auch in erster Linie auf dem Gebiet der Spezialmaschinen aller Art. Mitte der zwanziger Jahre nahm der deutsche Maschinenbau mit annähernd 50 Prozent aller Einfuhren eine unangefochtene Spitzenstellung auf dem tschechoslowakischen Markt ein; wurden Maschinen durchaus auch in die umgekehrte Richtung exportiert, so war die Handelsbilanz der ČSR hier doch deutlich passiv. Ähnlich stark war die Stellung der chemischen und der pharmazeutischen Industrie, denn 75 Prozent aller Chemikalien, Farben und Arzneimittel wurden aus dem Reich eingeführt. Daß sich, wie Karl Janovsky, der Sekretär des Deutschen Hauptverbandes der Industrie in der ČSR, 1929 feststellte, eine Abschnürung der Einfuhren aus Deutschland lähmend auf die gesamte tschechoslowakische Wirtschaft auswirken würde[12], war bereits Anfang der Dekade schlaglichtartig deutlich geworden, als die Frage der Teilnahme der ČSR an den gegen Deutschland gerichteten Sanktionen aufgeworfen wurde und die Industrie eindringlich vor einer Unterbindung der Handelsbeziehungen gewarnt hatte: Sowohl seine geographische Nähe als auch die Qualität seiner Produkte machten das Reich unentbehrlich; als Ersatz für deutsche Importe kam der Westen kaum in Betracht[13].

Im Ergebnis läßt sich festhalten, daß die Handelsbeziehungen zwischen dem Reich und der ČSR – im Gegensatz etwa zu denen beider Staaten mit den Ländern des europäischen Südostens – die für die ökonomische Verflechtung zwischen industriell entwickelten Ländern charakteristischen Züge aufwiesen, denn der Warenaustausch umfaßte, vernachlässigt man die qualitativen Details der Zusammensetzung, in beiden Richtungen neben Rohstoffen auch Halbfertig- bzw. Fertigwaren. Die kardinale Bedeutung Deutschlands für die ČSR wird darin deutlich, daß zwischen 1919 und 1926 die tschechoslowakischen Importe aus dem Reich, gemessen am Wert, im Schnitt 27,5 Prozent aller Einfuhren der ČSR betrugen. Die Exporte nach Deutschland machten, ebenfalls gemessen am Wert, im selben Zeitraum im Durchschnitt 18,3 Prozent ihrer Ausfuhr aus[14]. Trotz einer latent deutschfeindlichen Stimmung stand das Reich dem Wert wie auch der Menge nach zwischen 1920 und 1926 in der Liste der Außenhandelspartner der Tschechoslowakei im allgemeinen an der

[12] PA-IIb, Wirtschaft 1, Tschechoslowakei, Bd. 3, Bericht der Gesandtschaft Prag vom 28. Februar 1927. Bundesarchiv, Abteilung Potsdam (künftig BA-P), Reichswirtschaftsministerium (künftig RMWi) 2896, Gesandtschaft Prag an Auswärtiges Amt am 28. Februar 1929. Stellungnahme Janovskys, wiedergegeben in der Deutschen Tageszeitung vom 7. Dezember 1930.

[13] Státní Ústřední Archiv (Staatliches Zentralarchiv der ČSFR, Prag, künftig SÚA), Ústrední svaz československého průmyslu (Zentralverband der tschechoslowakischen Industrie, künftig USČP), krabice (Archivkarton, künftig kr.) 5, Stellungnahme des Zentralverbands der tschechoslowakischen Industrie, undatiert (etwa 1921). Ebenda, Stellungnahme des Deutschen Hauptverbands der Industrie vom 2. Mai 1921. Im Detail demonstriert am Beispiel einzelner Firmen und deren Abhängigkeit von deutschen Lieferungen. Vgl. etwa SÚA, USČP, kr. 5, Stellungnahme der Bleistiftfabrik Koh-i-noor vom 30. April 1921.

[14] PA-IIb, Wirtschaft 6, Tschechoslowakei, Bd. 1, Bericht der Gesandtschaft Prag vom 7. Januar 1927.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Spitze, aber auch umgekehrt war für wichtige Branchen der deutschen Wirtschaft der Export in die Tschechoslowakei eine keineswegs zu vernachlässigende Größe. Eine von der offiziellen tschechoslowakischen Außenpolitik angestrebte, ihrer Staatsräson entsprechende Umpolung des Handels auf die politischen Freunde der ČSR im Westen, die Siegerstaaten des Ersten Weltkriegs, zeitigte wenig Wirkung, während alle Bemühungen, die Wirtschaftsbeziehungen zum vormaligen Zentrum der Habsburger Monarchie, Wien, zu lockern, nur einer engeren Bindung an Deutschland Vorschub leisteten[15]. Die „Westorientierung" konnte, wie die deutsche Gesandtschaft bereits 1927 konstatierte, „aus sachlichen Gründen" als gescheitert gelten[16].

Praktische Zwänge verwiesen die Tschechoslowakei also auf die Zusammenarbeit mit dem Reich. Schon 1919 war, einem Bericht des Deutschen Konsulats in Prag zufolge, in den interessierten Kreisen die Einsicht Allgemeingut, es sei unzweckmäßig, den Handelsbeziehungen zu Deutschland Hindernisse in den Weg zu legen[17]; gewichtige Pressestimmen wie das Industrieblatt Narodní Listy bekundeten im Frühjahr 1920 ein dringendes Bedürfnis nach der Regelung der anstehenden handelspolitischen Fragen[18]. Folgerichtig war das provisorische Handelsabkommen mit Deutschland vom 29. Juni 1920 das erste, das die junge Republik abschloß[19]. Behielt die ČSR nach dem Abbau der kriegswirtschaftlichen Kontrollen Anfang der zwanziger Jahre ein Ein- und Ausfuhrkontrollsystem und, parallel dazu, die Kontingentierung für bestimmte Waren auch noch bei, so galt für das Reich doch prinzipiell die 1920 vereinbarte Meistbegünstigung[20]; nach der Wiedererlangung der außenhandelspolitischen Souveränität im Jahr 1925 war das Pendant hierzu auf deutscher Seite das Streben nach einer möglichst freizügigen und elastischen Regelung der Handelsbeziehungen, wie sie der von der Notwendigkeit des Exports industrieller Güter dominierten deutschen Außenhandelsstruktur am ehesten entsprach[21].

Nun waren die Handelsbeziehungen auch vor der Weltwirtschaftskrise keineswegs konfliktfrei, wie die zahlreichen Fälle demonstrieren, in denen beide Seiten den Kontrahenten durch die Aufrichtung von Einfuhrhindernissen unter Druck zu setzen und damit seinerseits zur Beseitigung solcher Barrieren zu bewegen such-

---

15 Ebenda. Vgl. auch PA-IIb, Wirtschaft 1, Tschechoslowakei, Bd. 3, Bericht der Gesandtschaft Prag vom 28. Februar 1927. Ein Gesamtbild der Verflechtungen bereits in PA-IIb, Handel 13, Tschechoslowakei, Bd. 4, Presseinterview mit Handelsminister Šuster, Text mitgeteilt von der Gesandtschaft Prag an Auswärtiges Amt am 24. Februar 1921.

16 PA-IIb, Wirtschaft 1, Tschechoslowakei, Bd. 3, Bericht der Gesandtschaft Prag vom 26. Februar 1927.

17 BA-P, RMWi 2885, Bericht des Konsulats Prag vom 5. August 1919, und Bericht des Bevollmächtigten Vertreters des Deutschen Reiches vom 18. September 1919.

18 Národní Listy vom 21. Mai 1920.

19 Wirtschaftsabkommen zwischen der Deutschen Regierung und der Tschechoslowakischen Regierung vom 29. Juni 1920, RGBl. II, S. 2240–2278. In Kraft gesetzt mit Gesetz vom 22. Dezember 1920, RGBl. II, S. 2227 f.

20 PA-IIb, Wirtschaft 6, Tschechoslowakei, Bd. 1, Bericht der Gesandtschaft Prag vom 7. Januar 1927.

21 Vgl. zum Hintergrund Gessner, Agrarprotektionismus, S. 162 ff.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten[22]. Über das Instrumentarium der Zollpolitik bzw. der Kontingentierung hinaus wurden in solchen Fällen allem Anschein nach aber keine schärferen, insbesondere keine politischen Waffen eingesetzt. Manche Konflikte wurden auch dadurch bereinigt, daß man die Materie an die betroffenen Unternehmen bzw. Branchenverbände beider Länder delegierte, die – ein die Außenwirtschaftsbeziehungen in der Zwischenkriegszeit allgemein mehr und mehr prägender Sachverhalt – ihre Interessen auf quasi privatem Wege austarierten[23]. Politische, in erster Linie minderheitenpolitische Konflikte, die es, entgegen dem oberflächlichen Anschein korrekter bis freundlicher Beziehungen wohl gab[24], entfalteten, abgesehen von isolierten Einzelfällen, in den zwanziger Jahren zuwenig Durchschlagskraft, um die Handelsbeziehungen zu beeinträchtigen. Daß die Handelskammer Essen 1920 ein Auskunftsersuchen des tschechoslowakischen Konsulats zu Importfragen mit der Begründung zurückwies, das Schreiben sei zu einem Zeitpunkt eingetroffen, „in dem unsere Stammesgenossen, die durch den sogenannten Friedensvertrag von Versailles der Hoheit Ihres Staates unterstellt wurden, unter Duldung Ihrer Regierung den schwersten Ausschreitungen in Prag, Brünn und anderen Orten ausgesetzt waren", war eine Ausnahme; der Preußische Minister für Handel und Gewerbe wies denn auch im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt die Kammer zurecht, in einer Zeit, in der die Auslandsvertretungen des Reichs in der ČSR den Absatz deutscher Waren intensiv zu fördern suchten, sei ihre Reaktion unverantwortlich[25]. Ähnliches galt für die Gegenseite, obwohl der junge Nationalstaat Tschechoslowakei die enge Außenhandelsbindung an das Reich und die starke Position des reichsdeutschen Kapitals innerhalb der eigenen Grenzen prinzipiell als unvereinbar mit seiner „slawischen Identität" und als potentielle Gefährdung seiner politischen Autonomie betrachtete und unter denselben Vorzeichen auch die gewichtige wirtschaftliche Position der deutschen Minderheit zu schmälern gewillt war. Die in den zwanziger Jahren wellenweise immer wieder sich belebenden, gegen den Einfluß der Deutschen zielenden Pressepolemiken[26] und gewisse Bestrebungen, sie in der Wirtschaft

[22] So nahm – nur zum Beispiel – das Reich 1922 ein Einfuhrverbot der ČSR für Druckfarben zum Anlaß, seinerseits die tschechoslowakische Fensterglasproduktion vom deutschen Markt auszusperren. Vgl. Archiv federalního ministerstva zahraničních věcí (Archiv des Außenministeriums der ČSFR, künftig AFMZV), sekce (Abteilung) IV, kr. 549, Verbalnote des Auswärtigen Amtes vom 16. Februar 1922.

[23] Ein Beispiel ist das Abkommen zwischen dem deutschen und dem tschechoslowakischen graphischen bzw. papierverarbeitenden Gewerbe vom 13. November 1920, in dem eine tschechoslowakische Einfuhrsperre für einschlägige Erzeugnisse teilweise wieder aufgehoben wurde. Vgl. BA-P, RMWi 1658, Vermerk vom 22. November 1920.

[24] Vgl. Jaworski, Vorposten, passim, bes. S. 12.

[25] PA-IIb, Handel 11, Tschechoslowakei, Bd. 1, Handelskammer Essen an Konsulat Köln am 7. Dezember 1920; Mitteilung des Preußischen Ministers für Handel und Gewerbe an Auswärtiges Amt am 8. Februar 1921.

[26] Vgl. etwa BA-P, RMWi 2893, Bericht der Gesandtschaft Prag vom 10. Juni 1925. Eine Kampagne führten 1927 die Národní Listy (vom 16. September 1927), der Venkov (vom 2. August 1927) und

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zu diskriminieren[27], die etwa 1928 die Vossische Zeitung zu einem harschen Kommentar gegen den „geistigen und moralischen Schutzzoll" und gegen die Mobilisierung politischer Voreingenommenheit veranlaßten[28], entfalteten, insgesamt gesehen, doch zu wenig Wirkung. Sie wurden zudem durch den moderierenden Einfluß der Industrie gedämpft, die im Grundsatz zwar auch für „Nationalisierung" plädierte, schon aus Furcht vor Vergeltung deren Forcierung jedoch ablehnte[29].

III.

Daß der auf die Tonfilmkrawalle folgende Boykott in erster Linie landwirtschaftliche Güter und die Nahrungsmittelindustrie (Hopfen, Malz und Bier) traf, hatte seinen Grund darin, daß der krisenbedingte Agrarprotektionismus des Reichs die Handelsbeziehungen auf diesem Sektor bereits seit einiger Zeit in Mitleidenschaft gezogen hatte:

Der Anteil des Pilsner am deutschen Bierverbrauch war zwar nur gering, denn von den 1929 konsumierten ca. 58 Millionen Hektolitern stammten nur weniger als 200000 aus der Tschechoslowakei[30]; der Import-Exportsaldo war zudem auf diesem Gebiet für das Reich positiv. Zu denken gab aber immerhin, daß die Einfuhren von 1924 bis 1930 von ca. 144000 auf 200000 Hektoliter gestiegen waren[31]. Zudem hatten alte Feindschaften in der Branche den Boden für eine Auseinandersetzung bereitet: Schon vor dem Krieg war in der Frage, ob „Pilsner" als Marke für die in Pilsen gebrauten Biere zu reservieren sei oder als Typenbezeichnung auch von deutschen Brauhäusern geführt werden dürfe, durch die Instanzen ein Rechtsstreit ausgefochten worden, den die böhmischen Brauereien vor dem Reichsgericht letztlich verloren hatten[32]. Daß eine von der deutschen Brauindustrie in der Fach- wie in der Tagespresse lancierte gehässige Propaganda dem Pilsner seine Herkunft aus dem Land, das mit dem „Erbfeind Frankreich" im Bund stehe, vorrechnete, war bis 1928 schon mehrmals Gegenstand von Beschwerden der tschechoslowakischen Gesandt-

das České Slovo (vom 6. und 29. August 1927). Zur Neuauflage 1928 vgl. PA, Gesandtschaft Prag AIII/8, Bd. 2, Berichte der Gesandtschaft Prag vom 26. Oktober 1928. BA-P, RMWi 2896, Bericht der Gesandtschaft Prag vom 23. Oktober 1928.

27 Inwieweit es solche Tendenzen gab, ist bislang nur wenig erforscht. Die Frage nach Umfang, Motiven und Auswirkungen des „Wirtschaftskampfs" soll in dem vom Institut für Zeitgeschichte ins Auge gefaßten Projekt genauer untersucht werden.

28 Vossische Zeitung vom 28. Oktober 1928.

29 Berliner Tageblatt vom 24. Oktober 1928. Vossische Zeitung vom 25. Oktober 1928.

30 AFMZV, sekce 4, kr. 551, Gesandtschaft Berlin an Außenministerium Prag, 17. Oktober 1930, errechnet auf der Grundlage der amtlichen Statistik.

31 Allgemeine Hotel-Rundschau vom 4. Oktober 1930.

32 Urteil des 2. Zivilsenats des Reichsgerichts vom 24. Januar 1913, das das Urteil des Kgl. Preußischen Oberlandesgerichts Köln vom 20. Juni 1912 bestätigte; eine Abschrift des Urteils wurde dem Verfasser von der Bitburger Brauerei zur Verfügung gestellt. Vgl. zu den Argumenten im Detail auch Bremer Nachrichten vom 11. Oktober 1930.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schaft beim Auswärtigen Amt gewesen[33]. Reagierte die Pilsener Brauwirtschaft, eine ausgesprochene Exportindustrie, zwar auch höchst empfindlich auf den Rückgang der Ausfuhr nach Deutschland[34], so waren angesichts des deutschen Positivsaldos im Bierhandel Retorsionsmaßnahmen doch eine so reale Gefahr, daß das Auswärtige Amt dem Deutschen Brauerbund Mäßigung nahegelegt und die ČSR ihrer Mißbilligung solcher Tiraden versichert hatte[35]. Ebenso zurückhaltend, allerdings mit wenig Erfolg, agierte das Auswärtige Amt in der Frage der Malz- und Hopfenimporte. Im Vorfeld der 1929 anvisierten Wiederaufnahme der seit längerer Zeit stockenden Zolltarifverhandlungen mit der ČSR war für das Auswärtige Amt der Gesichtspunkt beherrschend, Zugeständnisse der Reichsregierung in der für die Tschechoslowakei eminent wichtigen Frage der Agrarimporte herbeizuführen, um die Gefährdung einer kurz zuvor erreichten Vereinbarung über Arbeitsmarktfragen zu verhindern[36]. Das Reichslandwirtschaftsministerium hingegen verweigerte Konzessionen und tendierte in der Frage der Wiederaufnahme der Verhandlungen zu einer dilatorischen Haltung[37]. Als im Dezember 1929 eine Zolltarifnovelle, die auch Zollerhöhungen für Malz vorsah, dem Reichsrat vorgelegt wurde und der tschechoslowakische Gesandte Chvalkovský die Anregung ins Spiel brachte, die Frage mittels des eingespielten Mechanismus von Verhandlungen zwischen den betroffenen Wirtschaftszweigen zu regeln[38], vertrat der Handelspolitische Ausschuß, ein interministerielles Gremium, in dem auch das Reichslandwirtschaftsministerium vertreten war[39], die Auffassung, solche Verhandlungen sollten erst nach Verabschiedung der Vorlage im Reichstag begonnen werden. Chvalkovský hingegen lehnte es aus begreiflichen Gründen ab, vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden[40]. Wie heikel die Agrarzollfrage zu diesem Zeitpunkt bereits geworden war, zeigte auch die heftige Reaktion der ihrerseits von den Agrariern dominierten tschechoslowakischen Politik. Der „Venkov", das Organ der einflußreichen Agrarpartei, die auch den Ministerpräsidenten stellte, interpretierte die deutsche Haltung als ausdrücklich und

[33] Z. B. 1924, vgl. zu diesem Vorgang BA-P, RMWi 2891, Auswärtiges Amt an den Deutschen Brauerbund, 20. Mai 1924. Ebenda, BA-P, Verbalnote der Gesandtschaft Berlin vom 5. Juni 1928.

[34] So etwa 1924. Vgl. BA-P, RMWi 2890, Gesandtschaft Prag an Auswärtiges Amt, 30. Januar 1924.

[35] Wie Anmerkung 33. 1928 erinnerte die Gesandtschaft das Auswärtige Amt an sein in der Verbalnote vom 21. August 1926 gegebenes Versprechen, die Propaganda nach Möglichkeit zu unterbinden.

[36] Darlegung des Sachstandes in PA-II, Handel 13, Tschechoslowakei, Bd. 12, Auswärtiges Amt, Aktenvermerk Windel vom 7. Juni 1929.

[37] PA-II, Handel 13, Tschechoslowakei, Bd. 12, Auswärtiges Amt an den Staatssekretär in der Reichskanzlei, 20. Juni 1929; Auswärtiges Amt, Aufzeichnung Windel für den Staatssekretär vom 2. Juli 1929.

[38] Bericht des Auswärtigen Amtes an Reichsfinanzministerium, Reichswirtschaftsministerium und Reichslandwirtschaftsministerium über die mündlich vorgebrachte Anregung des Gesandten vom 4. Dezember 1929, in: Ebenda.

[39] Vgl. zum handelspolitischen Ausschuß allgemein Höpfner, Hans-Paul, Deutsche Südosteuropapolitik in der Weimarer Republik, Frankfurt a. M./Bern 1983, S. 99f.

[40] PA-II, Handel 13, Tschechoslowakei, Bd. 12, Auswärtiges Amt, Aktenvermerk Windel vom 10. Dezember 1929.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zielbewußt feindselige Politik und plädierte für massive Vergeltung nach dem Vorbild Dänemarks, das zur selben Zeit Boykottmaßnahmen gegen den deutschen landwirtschaftlichen Protektionismus erwog[41].

Diese scharfen Töne aus der Ecke der Agrarier konterkarierten jedoch mäßigende Stimmen der Industrie. Als der Vertreter der Malzproduzenten in der Sitzung des Zentralverbands der tschechoslowakischen Industrie, des „Svaz"[42], am 9. Dezember 1929 forderte, gegen Deutschland mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln den Wirtschaftskrieg zu eröffnen, wurde der Antrag auf die lange Bank geschoben[43]. Insbesondere die Vertreter der überwiegend exportorientierten sudetendeutschen Wirtschaft befürworteten bezeichnenderweise Zurückhaltung. Für den seit 1928 in den „Svaz" inkorporierten Deutschen Hauptverband der Industrie war die Überlegung entscheidend, man könne sich über alle Bedenken gegen wirtschaftliche Kampfmaßnahmen hinwegsetzen, „wenn die Aussicht vorhanden wäre, daß unsere Volkswirtschaft mit Beziehung auf die reichsdeutschen Beziehungen die stärkere ist. In diesem Fall müßte dann der schwächere Teil nachgeben. Wenn aber wir die schwächere Position innehaben – wie dies tatsächlich der Fall ist –, so käme die Ergreifung von Retorsionsmaßnahmen einer törichten Handlungsweise gleich, gegen die wir uns mit aller Macht stellen müssen." Die Ausfuhr der deutschen Wirtschaft in der ČSR sei im Fall einer Abdrosselung der Wirtschaftsbeziehungen „auf das Schwerste in Gegenwart und Zukunft" gefährdet, denn Deutschland riskiere in einem Wirtschaftskrieg ein Zwanzigstel, die ČSR ein Viertel ihrer Interessen; die ČSR habe das Ausbleiben der Zufuhr von deutschen Rohstoffen, nicht substituierbaren Halbfertig- und Fertigwaren und eine Blockierung der Transitwege des tschechoslowakischen Exports über Hamburg und Bremen zu gewärtigen. Gerade den deutschen Unternehmern in der Tschechoslowakei sei an einem guten Verhältnis mit dem Reich so viel gelegen, daß man hier „die Tschechen wohl auf keinen Fall unter sich allein lassen" dürfe[44].

Wenn die Malzproduzenten beider Länder Anfang Februar 1930 auch Verhandlungen aufnahmen[45], so drohte in den folgenden Monaten der Konflikt doch zu eskalieren. Im Frühjahr faßte das tschechoslowakische Landwirtschaftsministerium einen Gesetzentwurf ins Auge, demzufolge alle staatlichen Einrichtungen gehalten

---

41 Venkov vom 19. Dezember 1929. BA-P, RMWi 2898, Gesandtschaft Prag an Auswärtiges Amt am 20. Dezember 1929.

42 Ústřední svaz československého průmyslu, Zentralverband der tschechoslowakischen Industrie.

43 BA-P, RMWi 2898, Gesandtschaft Prag an Auswärtiges Amt am 20. Dezember 1929. PA-II, Handel 13, Tschechoslowakei, Bd. 12, Auszugsweiser Bericht des Deutschen Hauptverbands der Industrie über die Sitzung des handelspolitischen Komitees des Zentralverbands der tschechoslowakischen Industrie am 9. Dezember 1929, übermittelt von der Gesandtschaft Prag an Auswärtiges Amt am 16. Januar 1930.

44 PA-II, ebenda, Stellungnahme des Deutschen Hauptverbands der Industrie, undat., am 16. Januar 1930 von der Gesandtschaft Prag dem Auswärtigen Amt übermittelt. Vgl. auch den in der vorhergehenden Anmerkung zitierten Bericht.

45 Vgl. die beiden Vermerke des Auswärtigen Amtes über die Zusammensetzung der Delegationen, in: Ebenda (beide undat.).

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sein sollten, ihren Bedarf an Nahrungsmitteln ausschließlich mit inländischen Agrarprodukten zu decken, was der Verband Deutscher Malzfabriken mit dem Verdikt der „Rücksichtslosigkeit" und der „engherzigste(n) nationale(n) Wirtschaftspolitik" quittierte[46]. Ein von den reichsdeutschen, vor allem den bayerischen Hopfenproduzenten geforderter Prohibitivzoll, gekoppelt mit einem 90-prozentigen Verwendungszwang für inländischen Hopfen, löste im böhmischen, zu etwa 70 Prozent von deutschen Landwirten betriebenen Hopfenbau so große Unruhe aus, daß eine am 17. September in der Deutschen Gesandtschaft in Prag vorsprechende Abordnung einen Boykott deutscher Landmaschinen, Chemikalien und Düngemittel ernsthaft in Aussicht stellte. Für den Export des Reiches in die ČSR, so der an die Adresse des Auswärtigen Amtes gerichtete warnende Hinweis der Gesandtschaft, sei „die Anhänglichkeit der Sudetendeutschen an das Reich nicht die letzte Ursache (. . .) Alle Fürsorge, die wir den Sudetendeutschen auf politischem und kulturellem Gebiet – Minderheitenfragen, Schulbeihilfen – angedeihen lassen, verlieren in den Augen dieser Deutschen sehr an Wert, wenn sie sich durch gleichzeitig gegen sie gerichtete wirtschaftliche Maßnahmen des Reichs in ihrer Existenz bedroht sehen."[47] Auch die Vorstellungen des Auswärtigen Amtes über die minderheitenpolitischen Folgen dieses Schrittes konnten die Notverordnung vom 1. Dezember 1930, die, über eine Zollerhöhung hinaus, den Verwendungszwang für inländischen Hopfen verfügte, allerdings nicht verhindern[48].

Der nach dem „Tonfilm-Krawall" im Herbst 1930 einsetzende, an diese konfliktgeladene Vorgeschichte anknüpfende Boykott bediente sich bereitwillig der Argumente aus dem Arsenal des Volkstumskampfes. In der Fachpresse des Hotel- und Gaststättenwesens prangerte die Brauwirtschaft nun die „kulturelle Unterdrückung" der deutschen Minderheit an[49]; man habe „hohe Beträge" aus dem „blutarmen Deutschland" ins Ausland wandern lassen, „nur um den Fimmel für ‚ausländische' Erzeugnisse zu befriedigen", noch dazu „Erzeugnisse eines Auslandes, das Deutschland und sein Volk fanatisch bis zum Wahnsinn haßt"[50]. Zu diesem auf dem Vertriebsweg ausgeübten Druck kam die direkte Einflußnahme auf die Verbraucher

[46] PA-IIb, Handel 11, Tschechoslowakei, Bd. 3, Bund Deutscher Malzfabriken an das Auswärtige Amt am 5. März 1930. Eine ähnliche Anordnung hatte das Verteidigungsministerium erlassen. Vgl. ebenda, Gesandtschaft Prag an Auswärtiges Amt am 28. März 1930.

[47] BA-P, Reichsfinanzministerium (künftig RMFin) 8753, Eingabe der Deutschen Sektion des Hopfenbauverbandes im „Svaz" an den Gesandten Koch vom 16. September 1930. Vgl. Landeskulturrat für Böhmen/Deutsche Sektion an Deutsche Gesandtschaft am 17. September 1930 und Gesandtschaft Prag an Auswärtiges Amt am 17. September 1930, in: Ebenda.

[48] Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930, Teil 8/IV: Förderung der Verwendung von inländischem Hopfen, RGBl. I, S. 517ff., bes. S. 602. PA-II, Handel 13, Tschechoslowakei, Bd. 13, Auswärtiges Amt an Reichslandwirtschaftsministerium am 29. Dezember 1930, mit einer „Aufzeichnung" der Tschechoslowakischen Gesandtschaft Berlin über die Auswirkungen der Notverordnung auf den Hopfenbau der ČSR in der Anlage.

[49] Z. B. in der Allgemeinen Hotel-Rundschau vom 4. Oktober 1930.

[50] Der Landgasthof vom 30. September 1930.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mittels Annoncen[51] und Artikeln in der Presse: Die Bayerische Umschau vom 11. Oktober etwa appellierte unter dem Titel „Hinaus mit dem tschechischen Bier" an das Publikum, Gaststätten, in denen Pilsner ausgeschenkt werde, zu meiden[52]. Ein markantes Beispiel für die von den Fachverbänden in diesem „Bierkrieg" ins Spiel gebrachten chauvinistischen Gehässigkeiten allgemeiner Art war ein in den Bremer Nachrichten vom 12. Oktober 1930 von den Brauereien lancierter Artikel, der sich über die „tschechische Weltsprache" mokierte, die zu lernen man gezwungen sei, wolle man auf der Fahrt von Deutschland nach Österreich via Prag die Orientierung nicht verlieren[53]. Vor allem im sächsischen und schlesischen Grenzgebiet unterstützten Sudetendeutsche Volkstumsvereine wie der Sudetendeutsche Heimatbund und die Vereinigung heimattreuer Sudetendeutscher durch die Verteilung von Flugblättern die als „Hilfe für das bedrängte Auslandsdeutschtum" stilisierte Aktion[54]. Der Widerhall solcher Aufrufe ist schwer zu präzisieren, zumal der krisenbedingte Rückgang des Bierkonsums die Wirkung, sollte es sie denn gegeben haben, offenkundig überlagerte[55]. Vergleichsweise erfolgreich dürften die Appelle der Brauereien an Wirte und Getränkegroßhändler[56] dort gewesen sein, wo Magistrate Pächter von Gaststätten in kommunalem Besitz zum Boykott nötigten[57]. Insgesamt ist aber ein zurückhaltendes Urteil angebracht: Konnte man auch auf einen gewissen Konformitätsdruck in der Öffentlichkeit bauen[58], so fand, der Einschätzung der Berliner Gesandtschaft zufolge, der Bierboykott aufs Ganze gesehen doch nur bei einigen extremen Nationalisten Anklang[59].

Wenn auch verschiedene Zweige der Exportwirtschaft wie die Perlmutter- oder die Gablonzer Industrie von boykottbedingten Verlusten berichteten[60], so waren neben Bier doch – keineswegs zufällig – in erster Linie Textilwaren, Hopfen und Malz vom Wirtschaftskampf betroffen. So verweigerten etwa in einer Reihe von

---

51 AFMZV, sekce IV, kr. 551, Konsulat Magdeburg an Generalkonsulat Berlin am 23. Oktober 1930, Übersendung zweier Inserate der Vereinigung der Brauereien, Magdeburg.

52 Mitteilung der Pilsner Urquell-Vertriebsgesellschaft an die Gesandtschaft Berlin am 24. Oktober 1930, in: Ebenda; Bayerische Umschau vom 11. Oktober 1930.

53 Bremer Nachrichten vom 12. Oktober 1930. Zu den Initiatoren dieses Artikels vgl. AFMZV, sekce IV, kr. 551, Konsulat Bremen an Außenministerium Prag am 15. Oktober 1930.

54 AFMZV, sekce IV, kr. 551, Generalkonsulat Dresden an Außenministerium Prag am 17. November 1930; Konsulat Breslau an dasselbe am 28. November, 4. und 19. Dezember 1930, in: Ebenda.

55 So etwa die Beobachtung des Konsulat Königsberg vor dem Hintergrund der im äußersten Osten des Reiches ganz besonders schwierigen Wirtschaftslage. Vgl. Bericht des Konsulats Königsberg an Generalkonsulat Berlin am 21. Oktober 1930, in: Ebenda.

56 Solche stellte z. B. das Stuttgarter Konsulat der ČSR fest. Vgl. Konsulat Stuttgart an Handelskammer Stuttgart am 29. Oktober 1930, in: Ebenda.

57 Mitteilung der Pilsner Urquell-Vertriebsgesellschaft an Gesandtschaft Berlin über einige Boykottfälle in Ratskellern am 24. Oktober 1930, in: Ebenda.

58 So die vom Schutzverband der böhmischen Bierbrauer mitgeteilte Beobachtung an Außenministerium Prag am 25. Oktober 1930, in: Ebenda.

59 Gesandtschaft Berlin an Außenministerium Prag am 17. Oktober 1930, in: Ebenda.

60 Dresdner Anzeiger vom 25. November 1930. AFMZV, sekce IV, kr. 551, Generalkonsulat Berlin an Außenministerium Prag am 15. Oktober 1930.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Fällen Kunden tschechoslowakischer Textilfirmen die Annahme von Bestellungen[61], während in Malz und Hopfen im Oktober anscheinend jegliches Geschäft unterbunden war[62]. Insgesamt gesehen war die Bandbreite der betroffenen Waren jedoch auffallend gering; der Rückgang des Handels war zudem in vielen Fällen krisenbedingt. Eine Reihe von Konsulaten meldete das Ausbleiben jeglicher Boykottappelle oder aber ihre Beschränkung auf das Pilsner[63]. Das Bremer Konsulat konstatierte zwar eine auffällige Zurückhaltung der Exporthäuser am Ort, wertete diese aber als allgemeine, nicht nur die Ausfuhren der ČSR in Mitleidenschaft ziehende Krisenerscheinung[64].

Von Bedeutung erwies sich in diesem Zusammenhang, daß die besonnene Reaktion der Kammern und der Spitzenverbände der Wirtschaft im Reich die Wogen der chauvinistischen Erregung dämpfte. Man habe sich zwar, so die Handelskammer Stuttgart in einem besänftigenden Schreiben an das Stuttgarter Konsulat der ČSR vom 24. Oktober, teilweise „mehr von gefühlsmäßigen Einstellungen als von rein sachlichen wirtschaftlichen Erwägungen leiten" lassen, „die inzwischen erfolgten Aufklärungen und beruhigenden Einwirkungen von maßgeblicher Seite" hätten aber die „zutage getretenen bedauerlichen Gegensätzlichkeiten doch wieder so gut wie ausgeräumt"[65]. Der Deutsche Industrie- und Handelstag disqualifizierte die Boykottaufrufe als schädlich für einzelne Firmen wie auch für die Gesamtwirtschaft und lokalisierte sie von vornherein in „der Wirtschaft ferner stehenden Kreisen"[66]. Ein der Montanindustrie nahestehendes Presseorgan griff den Vorwurf der „kulturellen Unterdrückung" zwar auf, schlug aber sogleich versöhnliche Töne an und plädierte für eine Trennung von „Wirtschaft" und „Politik" – eine Stimmlage, auf die auch die Berliner Gesandtschaft mit dem Hinweis, beide Länder seien „durch ihre geographische Lage auf ewige Zeiten aufeinander angewiesen", einging[67]. Mehrmals im Laufe des Herbstes erteilte der Reichsverband der deutschen Industrie (RdI), nachdem Prag sich offiziell von den Ausschreitungen distanziert habe, einer Störung der Wirtschaftsbeziehungen durch Kampfmaßnahmen eine Absage[68].

---

[61] Bericht des Vertreters NN an seine Firma in Prag am 1. Oktober 1930, in: AFMZV, ebenda. BA-P, RMWi 2900, Der sudetendeutsche Abgeordnete Peters an Stolper am 9. Oktober 1930, mit einer Auflistung einschlägiger Fälle in der Anlage.

[62] AFMZV, ebenda, Verband der Malzindustrie im Zentralverband der tschechoslowakischen Industrie an Außenministerium Prag am 7. Oktober 1930.

[63] Konsulat Stettin an Generalkonsulat Berlin am 17. Oktober 1930; Konsulat Königsberg an Generalkonsulat Berlin am 21. Oktober 1930; Konsulat Bremen an Außenministerium Prag am 14. November 1930, in: Ebenda.

[64] Konsulat Bremen an Außenministerium Prag am 15. Oktober 1930, in: Ebenda.

[65] Handelskammer Stuttgart an Konsulat Stuttgart am 24. Oktober 1930, in: Ebenda.

[66] BA-P, RMWi 2900, Deutscher Industrie- und Handelstag an die Mitglieder am 1. Dezember 1930.

[67] Schriftleitung des Anzeigers für Berg-, Hütten- und Maschinenwesen an die Gesandtschaft Berlin am 4. November 1930 sowie Antwortschreiben der Gesandtschaft vom 12. November 1930, in: AFMZV, sekce IV, kr. 551.

[68] BA-P, RMWi 2900, Reichsverband der deutschen Industrie an die Fachgruppen und „landschaftlichen Verbände" am 20. November und 18. Dezember 1930. Ähnlich auch der Tenor der Verlautba-

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Was auf tschechoslowakischer Seite während der Vorgeschichte des Boykotts bereits deutlich geworden war, wiederholte sich hier spiegelbildlich: Maßgebliche Kreise der deutschen Industrie waren nicht bereit, durch die Unterstützung partikularer Interessen der Landwirtschaft bzw. der Nahrungsmittelindustrie ihre eigenen Einsätze im ČSR-Geschäft zu gefährden. Der RdI befürwortete zu jener Zeit noch generell eine Politik der Exportförderung[69]; sein Einschwenken auf die Linie des Agrarprotektionismus datiert erst nach 1930[70]. Wie sehr dem industriellen Spitzenverband am Ausbau der Beziehungen insbesondere zur ČSR gelegen war, verdeutlichte seine Mitte 1928 formulierte, nach wie vor gültige Position, derzufolge bei einer vertraglichen Neuregelung der Handelsbeziehungen die Gegenseite zwar ihre „überzogenen" Forderungen auf dem Gebiet des Agrar- und des Textilhandels zurückschrauben müsse, ansonsten aber eine Liberalisierung des Warenverkehrs generell zu befürworten sei; den in den vergangenen Jahren zunehmend schärferen Konkurrenzkampf der europäischen Industrien, zu einem guten Teil Folge der neuen Grenzziehungen in Europa, erachtete man als bedauerlich[71]. Diese Position repräsentierte speziell die Interessen der Chemie, der Elektrotechnik und des Maschinenbaus, Branchen von generell hoher Ausfuhrabhängigkeit[72], die, wie eingangs ausgeführt, auch im tschechoslowakischen Exportgeschäft besonders hohe Einsätze stehen hatten. Nicht von ungefähr konnte deshalb Mitte Oktober die Gesandtschaft der ČSR beim „Svaz" anregen, man solle im RdI die Aufmerksamkeit auf den Schaden lenken, der gerade diesen Branchen im Falle von Retorsionsmaßnahmen drohe[73]. Ebensowenig zufällig war, daß die Prager Gesandtschaft auf – sich später nicht bewahrheitende – Gerüchte über einen Gegenboykott deutscher Arzneimittel hin der deutschen Industrie empfahl, man solle „im eigenen Wirkungsbereich mit allen Mitteln verhindern (. . .) daß aus dem Filmstreit ein wenn auch nur kleiner Wirtschaftskrieg wird"[74].

Über die Handelsbeziehungen hinaus erwies sich hier ein weiterer Umstand als maßgeblich: Anfang der dreißiger Jahre waren Zweigbetriebe von 22 reichsdeutschen Unternehmen in allen Branchen der Wirtschaft des Nachbarlandes ausgewiesen; hinzu kamen Kapitalbeteiligungen an nationaltschechischen Firmen. Zwar existierten keine gesetzlichen Hindernisse für reichsdeutsche Investitionen, die nationalwirtschaftlichen Tendenzen in der ČSR machten eine Tarnung aber häufig

---

rungen regionaler Industrieverbände, insbesondere in den Grenzgebieten. Vgl. etwa die Stellungnahme in der „Schlesischen Industrie" 1/1931, dem Organ des Bundes Schlesischer Industrieller.

69 Vgl. zum Hintergrund Bellers, Jürgen, Außenwirtschaftspolitik und politisches System der Weimarer Republik, Münster 1988, S. 212 ff.

70 Ebenda, S. 209 ff.

71 BA-P, RMWi 2895/2, Text der Rede, die der Geschäftsführer des Reichsverbands der deutschen Industrie, Herle, auf der Tagung des Zentralverbands der tschechoslowakischen Industrie am 18. Juni 1928 in Prag zu halten beabsichtigte (Manuskript, datiert 13. Juni 1928).

72 Schröter, Verena, Die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt 1929 bis 1933, Frankfurt a. M. 1984, S. 67 ff., bes. S. 72.

73 AFMZV, sekce IV, kr. 551, Gesandtschaft Berlin an Außenministerium Prag am 17. Oktober 1930.

74 BA-P, RWMi 2900, Gesandtschaft Prag an Auswärtiges Amt am 24. Oktober 1930.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ratsam, so daß das Engagement deutscher Unternehmen wohl noch um einiges höher anzusetzen sein dürfte[75]. Angesichts von Investitionen des Reichs in beträchtlichem Umfang hatte die Prager Gesandtschaft bereits einige Jahre früher darauf aufmerksam gemacht, daß jede Beeinträchtigung der tschechoslowakischen Wirtschaft „gleichzeitig auch die Schwächung einer beachtlichen wirtschaftlichen Auslandsposition Deutschlands nach sich ziehen" müsse[76]. Außer den reichsdeutschen Firmentöchtern und den Beteiligungen an nationaltschechischen Unternehmen war damit auch die mit der reichsdeutschen eng verflochtene Wirtschaft der deutschen Volksgruppe[77] gemeint. Im Gegensatz zu nationalistischen Scharfmachern wie der Vereinigung heimattreuer Sudetendeutscher, die den Boykott als Hilfsaktion für die deutsche Minderheit hinzustellen suchten[78], kritisierte der RdI denn auch die schädlichen Auswirkungen eines Wirtschaftskampfes gerade auf die deutsche Minderheit, wie sie auch die Presse des sächsischen Grenzlandes mehrfach erörterte[79]. Daß der Boykott tatsächlich in erster Linie die deutsche Wirtschaft in der ČSR in Mitleidenschaft zu ziehen geeignet war, zeigten die Klagen etwa des Allgemeinen Deutschen Textilverbands Reichenberg und des Verbands der (deutschen) mährischen Wollindustriellen[80]. Eine Untergrabung der ökonomischen Fundamente der deutschen Volksgruppe lief den Exportinteressen des Reichs auch deshalb zuwider, weil – wie die Prager Gesandtschaft schon 1927 in einem von Untertönen der Arroganz nicht freien Bericht formuliert hatte – „die in der Tschechoslowakei wohnenden Deutschen als das kulturell höchststehende Bevölkerungselement dieses Landes, zur Zeit noch immer die kaufkräftigste und gleichzeitig kaufwilligste Abnehmerschaft für reichsdeutsche Erzeugnisse" darstellten[81]. So versäumte es etwa das in deutschem Besitz befindliche Bürgerliche Bräuhaus in Pilsen nicht, im Oktober 1930 darauf hinzuweisen, man kaufe in großem Umfang in Deutschland ein und habe unlängst

[75] PA-IIb, Wirtschaft 6, Tschechoslowakei, Bd. 1, Bericht der Gesandtschaft Prag vom 7. Januar 1927. PA, Gesandtschaft Prag I/4 a, Bd. 2, Gesandtschaft Prag, Bericht über Wirtschaft und Finanzen der Tschechoslowakei seit 1928 vom 27. Oktober 1931. Diese Angaben zunächst unter Vorbehalt; die von der Forschung bislang wohl eher unterschätzten deutschen Kapitalbeteiligungen in der ČSR sind ein wichtiger Gegenstand des geplanten Forschungsprojekts.

[76] PA-IIb, Wirtschaft 6, Tschechoslowakei, Bd. 1, Bericht der Gesandtschaft Prag vom 27. Januar 1927.

[77] Auch das von der Forschung bislang kaum erörterte Problem dieser Verflechtungen soll im Rahmen des Projekts genauer untersucht werden.

[78] AFMZV, sekce IV, kr. 551, Konsulat Breslau an Außenministerium Prag am 28. November 1930, mit Abschrift des von der Vereinigung verteilten Flugblatts, undat.

[79] BA-P, RMWi 2900, Reichsverband der deutschen Industrie an die Fachgruppen und „landschaftlichen Verbände" am 20. November 1930; Leipziger Abendpost vom 24. November 1930; Dresdner Anzeiger vom 25. November 1930.

[80] AFMZV, sekce IV, kr. 551, Allgemeiner Deutscher Textilverband, Reichenberg an Außenministerium Prag am 4. November 1930; BA-P, RMWi 2900, Verein der Wollindustriellen Mährens an Konsulat Brünn am 8. Oktober 1930.

[81] PA-IIb, Wirtschaft 6, Tschechoslowakei, Bd. 1, Bericht der Gesandtschaft Prag vom 21. Januar 1927.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine komplette Faßfabrik dort bestellt[82]. Die über die negativen wirtschaftlichen Folgen eines Boykotts hinausgehenden volkstumspolitischen Schäden deuteten die Brünner Wollindustriellen an: Sie zählten zu den Honoratioren der deutschen Gesellschaft in der Stadt und trugen wesentlich zur Erhaltung des Deutschtums bei[83]. Daß, wie auf Flugblättern in Breslau behauptet worden war, „tschechische Hetzvereine" am Umsatz des Pilsner beteiligt und deutsche Arbeiter und Angestellte in Pilsen aus nationalpolitischen Gründen entlassen worden seien[84], war nach dem Bekunden des Verwaltungsrats des Bürgerlichen Bräuhauses die schiere Unwahrheit; richtig sei vielmehr, daß die deutsche Sprache sowohl in den Verwaltungsratssitzungen als auch in der Generalversammlung weiter zugelassen sei und ansonsten gerade die deutschen Verwaltungsratsmitglieder im kulturellen Leben der Stadt eine herausragende Rolle spielten[85]. Eine im März 1931 einstimmig gebilligte Erklärung der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft in der Tschechoslowakei, die noch einmal eindringlich warnte, der Boykott treffe nur zu oft die Landsleute in der ČSR[86], fiel im Auswärtigen Amt auf fruchtbaren Boden: Ein an das Reichswirtschafts- und das Reichslandwirtschaftsministerium gerichtetes Memorandum vom 16. Oktober verurteilte den Wirtschaftskampf als eine gegen das nationale Interesse verstoßende Maßnahme; die Verbände sollten deshalb aufgefordert werden, ihre Mitglieder vor „Übereilung" zu warnen[87].

Standen in der Wirtschaft die Zeichen also bald auf Mäßigung, so war in der Politik das Bild weniger eindeutig, wie das zwiespältige Agieren des Auswärtigen Amtes zeigt. Schien sich auch hier zunächst eine Versöhnung anzudeuten, als Beneš am 29. September in Genf in einer Unterredung mit Reichsaußenminister Curtius die Krawalle als Widerspruch zu seiner Politik der Verständigung mit den Deutschen verurteilte und im gleichen Atemzug die Fortsetzung der Handelsvertragsverhandlungen anbot[88], so besagte eine in scharfem Ton gehaltene Erklärung Curtius' vor dem Auswärtigen Ausschuß des Reichsrats Ende Oktober, Deutschland erwarte, daß die „Würde deutscher Kultur" nicht weiterhin verkannt werde. Nun war die Wahrung dieser „Würde" wohl kaum eine Herzensangelegenheit Curtius'; das zugrundeliegende Motiv dürfte vielmehr gewesen sein, daß gerade einer zunehmenden antitschechischen Radikalisierung der reichsdeutschen Innenpolitik der

[82] BA-P, RMWi 2900, Aufklärungsschreiben des Bürgerlichen Bräuhauses in Pilsen vom Oktober 1930 (ohne Tag).

[83] Konsulat Brünn an Auswärtiges Amt am 10. Oktober 1930, in: Ebenda.

[84] AFMZV, sekce IV, kr. 551, Konsulat Breslau an Außenministerium Prag am 19. Dezember 1930.

[85] BA-P, RMWi 2900, Die deutschen Mitbesitzer des Bürgerlichen Bräuhauses Pilsen an Kommerzienrat Stein, Berlin am 26. September 1930.

[86] BA-P, RMWi 2900, Erklärung, undatiert, von der Gesandtschaft Prag am 6. März 1931 ans Auswärtige Amt übersandt.

[87] Auswärtiges Amt an Reichswirtschafts- bzw. Reichslandwirtschaftsministerium am 16. Oktober 1930, in: Ebenda.

[88] PA-II, Handel 13, Tschechoslowakei, Bd. 13, Telegramm Curtius' an die Reichskanzlei vom 29. September 1930, mit Bericht über die Unterredung.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wind aus den Segeln genommen werden sollte[89]. Beneš's Organ, die „Prager Presse", konnte allerdings mit dem berechtigten Vorwurf kontern, Curtius mache aus den Demonstrationen einer kleinen Minderheit die Sache der gesamten tschechoslowakischen Nation und deren grundsätzlicher Einstellung zur deutschen Kultur[90]. Auf derselben kritischen Linie interpretierte die Berliner Gesandtschaft Curtius' Stellungnahme als sozusagen amtliche Unterstützung derjenigen Kreise im Reich, die zum Kulturkampf gegen die ČSR hetzten und damit, zumindest mittelbar, auch den Wirtschaftsboykott billigten[91]. Knapp eine Woche später wies Beneš ein weiteres Mal Curtius' Version, die für die Aktion einer Minderheit von Extremisten die ganze Nation haftbar machte, entschieden zurück[92].

Drohte der Konflikt an diesem Punkt noch einmal zu eskalieren, so bewirkten doch letztlich die Reaktionen in der ČSR eine Mäßigung. Sogar die im Oktober und November von den tschechoslowakischen Glas- und Textilproduzenten an das Prager Außenministerium gerichteten Aufforderungen, dem Boykott entgegenzutreten, gingen über die Anregung diplomatischer Aktivitäten nicht hinaus[93]. Hauptsorge der Prager Handelskammer wie auch der diplomatischen und konsularischen Vertretungen in Deutschland waren die aufmerksame Beobachtung und Registrierung aller mit dem Boykott zusammenhängenden Vorgänge und das Bemühen, mäßigend auf die Presseberichterstattung über die Prager Krawalle einzuwirken[94]. Daß, wie einige Verbände anregten, Deutschland auf die Verwundbarkeit hingewiesen werden sollte, die aus dem hohen Positivsaldo seiner Handelsbilanz mit der ČSR herrührte, hielt sich noch im defensiven Rahmen und kann höchstens als allererste Stufe der Vorbereitung eines Gegenboykotts aufgefaßt werden[95]. So warb die Berliner Gesandtschaft bei den interessierten Kreisen im Reich um Einsicht in die Tatsache der engen Verflechtung und warnte, aus der Zerreißung der Fäden drohten

---

[89] Wiedergegeben im Berliner Tagblatt vom 31. Oktober 1930. Zu Curtius' Motiven vgl. Jaworski, Vorposten, S. 156.

[90] Prager Presse vom 31. Oktober 1930. Im Einklang mit Curtius' Auffassungen waren auch gewichtige deutsche Pressestimmen: Der Vossischen Zeitung zufolge spielten „extreme Elemente" in der ČSR eine große Rolle; vgl. Vossische Zeitung vom 1. November 1930.

[91] AFMZV, sekce IV, kr. 551, Gesandtschaft Berlin an Außenministerium Prag am 31. Oktober 1930.

[92] Wiedergabe der Erklärung Beneš's vom 5. November 1930 in der Prager Presse vom 6. November 1930.

[93] AFMZV, sekce IV, kr. 551, Verband der Tschechoslowakischen Textilindustriellen an Außenministerium Prag am 11. Oktober 1930 sowie Schutzverband der Böhmischen Bierbrauer an dasselbe am 25. Oktober 1930, in: Ebenda.

[94] Rundschreiben der Gesandtschaft Berlin an die Konsulate mit Aufforderung zur Beobachtung und Berichterstattung am 8. Oktober 1930; Handelsinstitut der Handels- und Gewerbekammer Prag an Außenministerium Prag am 12. November 1930; Entwurf eines Antwortschreibens des Außenministeriums Prag an dasselbe am 18. November 1930, in: Ebenda.

[95] Sektion Glasindustrie im Zentralverband der tschechoslowakischen Industrie an Außenministerium Prag am 7. Oktober 1930, in: Ebenda. Eindeutig nicht mehr als ein Ansuchen um Unterstützung bei der Aufklärung der deutschen Öffentlichkeit war die Bitte des sudetendeutschen Abgeordneten Peters an Stolper, den Herausgeber des „Deutschen Volkswirt". Vgl. BA-P, RMWi 2900, Peters an Stolper am 9. Oktober 1930.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der deutschen Wirtschaft Nachteile zu entstehen[96]. Auch auf tschechoslowakischer Seite war man sich der möglicherweise schwerwiegenden Konsequenzen einer Eskalation also offensichtlich bewußt. Von der Pharma-Industrie des Reichs mit Besorgnis registrierte Gerüchte, die tschechoslowakische Ärztekammer habe zum Boykott deutscher Arzneimittel aufgerufen, entpuppten sich denn auch als gegenstandslos, und die Ärztekammer für Böhmen dementierte ausdrücklich alle in diese Richtung zielenden Absichten[97]. Zwar wurden in der ČSR Vergeltungsmaßnahmen nicht grundsätzlich ausgeschlossen; daß sie nur nach einer gründlichen Abwägung der Vor- und Nachteile in Szene gesetzt werden sollten, zeigt ein an das Prager Außenministerium gerichtetes Ersuchen der Berliner Gesandtschaft um detaillierte Informationen über die Aktivitäten der deutschen Wirtschaft in der Tschechoslowakei[98]. Neben wirtschaftlichen Gesichtspunkten waren für dieses behutsame Vorgehen politische, insbesondere kulturpolitische Erwägungen maßgebend: So war Beneš's versöhnliche Haltung vom Werben um die innenpolitische Kooperation des deutschen Aktivismus bestimmt. Eine im Oktober vom Außenministerium initiierte Umfrage bei den übrigen Ressorts, die die möglichen Auswirkungen einer Abdrosselung des Wirtschaftsverkehrs mit dem Reich zum Gegenstand hatte, erbrachte im Ministerium für Schulwesen das zwiespältige Ergebnis, wegen der prominenten Stellung des Reiches als Lieferant von Geräten, Apparaten und Büchern usw. seien die Konsequenzen für Deutschland per Saldo zwar negativ; bei der großen Bedeutung der deutschen Kultur in der ČSR und angesichts der Rolle Deutschlands als Mittler zur Welt habe aber auch die Tschechoslowakei mit erheblichen Beeinträchtigungen zu rechnen[99].

Diese Umfrage blieb allerdings folgenlos, da die Wogen der Erregung in den ersten Monaten des Jahres 1931 schnell verebbten. Im März 1931 verlautete aus dem Handelsministerium, angesichts des abflauenden Boykotts sei die Sammlung von Statistiken sinnlos, und auch in der Berliner Gesandtschaft, wo man sich zunächst noch an den zu erwartenden Auswirkungen eines Wirtschaftskampfs auf die Zahlungsbilanz der ČSR interessiert gezeigt hatte, winkte man nun ab[100]. Daß der Boykott in der Folge der Prager Krawalle eine so kurzlebige Erscheinung war, fügt sich in den Erklärungsrahmen, wonach angesichts der dichten bilateralen Vernetzung im Herbst 1930 das Interesse an schiedlich-friedlichen Austauschbeziehungen die Bereitschaft zum Wirtschaftskampf bei weitem überwog.

---

96 AFMZV, sekce IV, kr. 551, Gesandtschaft Berlin an den Herausgeber des Anzeigers für Berg-, Hütten- und Maschinenwesen am 31. Oktober 1930.

97 BA-P, RMWi 2900, Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands an Auswärtiges Amt und Reichswirtschaftsministerium am 1. November 1930; Gesandtschaft Prag an Auswärtiges Amt am 24. Oktober 1930; České Slovo vom 23. Oktober 1930.

98 AFMZV, sekce IV, kr. 551, Gesandtschaft Berlin an Außenministerium Prag am 15. Oktober 1930.

99 Ministerium für Schulwesen und Volksbildung Prag an Außenministerium Prag am 4. März 1931, in: Ebenda.

100 Handelsministerium Prag an Außenministerium Prag am 30. März 1931 sowie Gesandtschaft Berlin an Außenministerium Prag am 9. April 1931, in: Ebenda.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

IV.

Auch im Fall Bat'a mündete ein zollpolitisches Präludium in einen direkten Boykott. Allerdings wurde dieser Konflikt erbitterter ausgefochten und zog sich über einen längeren Zeitraum hin. Die Gründe sind vermutlich darin zu suchen, daß das Produktionssystem des tschechoslowakischen „Ford der Fußgänger" einen propagandistisch bestens auszumünzenden sozialpolitischen Skandalfall darstellte; hatte Bat'a sich bereits in der ČSR durch seine revolutionären Produktions- und Absatzmethoden Feinde gemacht, so brachte er nun auch im Reich neben der Schuhindustrie den mehr und mehr protektionistisch eingestellten Schuhhandel und das Schusterhandwerk gegen sich auf. Wichtiger dürfte aber ein anderer Umstand gewesen sein: War es gelungen, durch protektionistische Maßnahmen unerwünschte Einfuhren von Agrarprodukten, etwa Malz und Hopfen, zu reduzieren, so begriff Bat'a die Erhöhung der Schuhzölle als Herausforderung zur Gründung einer eigenen Handelskette im Reich und zur Verlagerung der Produktion dorthin. Hatte die deutsche Schuhwirtschaft sich zunächst nur der Importe aus der ČSR erwehren müssen, so führten ihre Abwehrmaßnahmen dazu, daß sie sich auch auf eigenem Terrain von dem tschechoslowakischen „Schuhkönig" bedrängt sah. Dieser Umstand erklärt auch charakteristische Unterschiede in der Boykott-Rhetorik: Zwar fehlte auch diesmal nicht die nach dem „Tonfilm-Krawall" ins Feld geführte „Unterdrückung der Deutschen" in der ČSR, eine größere Rolle spielte jedoch die Instrumentalisierung „slawischer Expansionsbestrebungen" im Reich. Kennzeichnete den Boykott in der Folge der Prager Krawalle eine gewisse, dem Umstand, daß auch die deutsche Minderheit in Mitleidenschaft gezogen wurde, geschuldete Unentschiedenheit, so kamen solche Hemmungen im Fall des nationaltschechischen Unternehmers Bat'a gänzlich in Fortfall. Waren hier die konfliktdämpfenden Kräfte somit auch schwächer, so fehlten sie doch nicht. Weniger die Aussicht, ein labiles Gleichgewicht von Abhängigkeiten zu stören, als die Bedürfnisse der Verbraucher waren es hier, die den Erfolg des Boykotts in Frage stellten und so eine weitere wichtige Dimension der wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen der ČSR und dem Reich verdeutlichten.

Die tschechoslowakische Schuhproduktion umfaßte 1927 mit etwa 200 Betrieben 70–80 Prozent der Kapazität der Habsburger Monarchie; von der Produktion von 25 bis 30 Millionen Paar jährlich (andere Schätzungen gehen bis zu 50 Millionen Paar) waren nur an die 5 Millionen Paar im Inland abzusetzen. Der Zwang zum Export war in diesem Wirtschaftszweig damit ganz besonders ausgeprägt. Durch Rationalisierung und Preissenkung erzielte die tschechoslowakische Schuhindustrie hier aufsehenerregende Erfolge: In der kurzen Zeitspanne von 1923 bis 1926 wurde die Ausfuhr dem Wert nach nicht weniger als versechsfacht; sie machte einen erheblichen Teil der Gesamtexporte der ČSR aus, die von 1928 bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs im Welt-Schuhexport den ersten Platz einnahm. Der Wert der Einfuhren dagegen betrug 1926 nicht einmal ein Prozent des Ausfuhrwertes. Mehr als in jedem anderen Wirtschaftszweig gelang hier auch die Umlagerung der Exporte

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

weg von den alten Absatzgebieten in der Monarchie; die Terrainverluste in den Nachfolgestaaten aufgrund von Zolltrennung, Autarkietendenzen und mangelnder Kaufkraft wurden durch die Exportzuwächse im „Altausland" mehr als kompensiert. Hauptausfuhrland war das Reich. Der Anteil der Exporte nach Deutschland am Schuhexport der ČSR stieg, gemessen am Wert, von 1925 bis 1928 von 25 auf 38 Prozent. Hatte die Ausfuhr nach Deutschland bis 1924 die Vorkriegshöhe noch nicht wieder erreicht, so betrug sie 1927 bereits das Achtfache der Vorkriegsmenge[101].

Von den großen Unternehmen der Branche, Popper, Hirsch, Busi, der Brünner und der Iglauer Schuhfabrik, war der Konzern Tomáš Bat'as das größte. Bat'a steigerte die Produktion von 1,75 Millionen Paaren (1922) auf fast 22 Millionen im Jahr 1931 (bis 1938 erfolgte noch einmal ein relativ kontinuierlicher Anstieg auf 41 Millionen)[102]. Dies ging einher mit einem ebenso schwindelerregenden Wachstum der Produktivität: Nahm die Zahl der Arbeitskräfte zwischen 1923 bis 1926 von etwa 1800 auf 8000 (also auf etwa das Dreieinhalbfache) zu, so stieg im selben Zeitraum die Zahl der pro Tag produzierten Paar Schuhe von 8000 auf 55000, also auf etwa das Siebenfache[103]. Hinter diesem in der tschechoslowakischen Industrie einzig dastehenden Erfolg stand das Unternehmertalent Bat'as, der in den Vereinigten Staaten Fords Methoden studiert hatte und in Fließbandarbeit mit den jeweils modernsten ausländischen Maschinen produzierte. Die Herstellung war im mährischen Zlín konzentriert, wo auch alle erforderlichen Neben- und Zuliefererbetriebe angesiedelt waren. Spezifikum des „Systems Bat'a" war die innere Organisation des Unternehmens: Jede Abteilung führte eine eigene Gewinn- und Verlustrechnung und war für die Qualität ihrer Arbeit verantwortlich. Als Leistungsanreiz diente die Beteiligung der Arbeiter an den Gewinnen (von denen aber nur die Hälfte sofort angerechnet wurde); allerdings wurden auch Verluste auf die Belegschaft überwälzt (und sofort vom Lohn abgezogen). Gemessen am durchschnittlichen Lohnniveau der ČSR und in Anbetracht der niedrigen Lebenshaltungskosten in Zlín waren die Löhne durchaus attraktiv, was der wesentliche Grund dafür war, daß Bat'a seine vorzugsweise aus der ländlichen Bevölkerung der Zlíner Gegend rekrutierte, intensiv geschulte Arbeiterschaft in strikter Disziplin halten, ihr ein scharfes Arbeitstempo auferlegen und die Gewerkschaften gänzlich aus seinem Unternehmen heraushalten konnte. Zum Erfolg dieses Modells eines autoritären Kapitalismus trugen wohl-

[101] Handelsbericht der Gesandtschaft Prag von Mitte Mai 1927 (ohne Tag); Konsulat Brünn an Auswärtiges Amt am 8. Juli 1927, in: BA-P, RMWi 2894/2. Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der Deutschen Wirtschaft (Hrsg.), Die deutsche Schuhindustrie, Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für allgemeine Wirtschaftsstruktur (I. Unterausschuß), 5. Arbeitsgruppe (Außenhandel), 2. Bd., Berlin 1930, S. 164f. (künftig „Enquete-Bericht"). Cekota, Antonín, Geniální podnikatel Tomáš Bat'a, Toronto 1981, S. 258. Morgenzeitung und Handelsblatt vom 1. April 1928.

[102] Dvořáková, Eva, Bat'ismus a Bat'ovci, Gottwaldov 1960, S. 25; vgl. zur Konzernentwicklung allgemein auch: Lehár, Bohumil, Dějiny Bat'ova koncernu (1894–1945), Prag 1960.

[103] Erdély, Eugen, Bat'a. Ein Schuster erobert die Welt, Leipzig 1932, S. 69.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fahrtsstaatliche Elemente wie die standardisierten Häuser für die Belegschaft in der Gartenstadt Zlín, eine werkseigene Gesundheitsvorsorge und ein vielfältiges Unterhaltungsangebot bei[104].

Ebenso groß wie Bat'as Erfolge in der Produktion waren die im Absatz. Der 1920 gefaßte Entschluß, beschleunigt die Verkaufsorganisation auszubauen, hatte bis 1922 die Gründung von 122 Filialen zur Folge. Bis 1930 wurden insgesamt fast 770 Verkaufsstellen neu eingerichtet; 1937 besaß der Konzern in der ČSR über 2000 Läden[105]. Bat'a setzte auf den Verkauf hoher Stückzahlen zu Niedrigpreisen und schreckte auch vor kühnen, publikumswirksamen Aktionen zur Reduzierung seiner Preise nicht zurück[106]. Daß der Durchschnittspreis eines Paares Schuhe von 1922 bis 1931 von 220 auf 46 Kronen gesenkt werden konnte (obwohl der durchschnittliche Wochenlohn eines Facharbeiters im selben Zeitraum von 166 auf 514 Kronen stieg)[107], war auch der rationellen Organisation des Vertriebs geschuldet: Bat'a konzentrierte den Verkauf auf einige wenige Modelle, für die extensiv Reklame betrieben wurde, für die Filialen errichtete er eine betriebseigene Bauabteilung in standardisierter Form, meist an günstigen zentralen Standorten, die Verkäufer waren gründlich geschult und verbesserten anhand detaillierter Absatzstatistiken laufend ihre Marktübersicht. Auch im Vertrieb wälzte Bat'a das Risiko auf die Angestellten ab: Die Filialleiter waren zum Absatz fester Kontingente innerhalb eines bestimmten Zeitraums verpflichtet und wurden bei Nichterfüllung des Solls mit Strafgebühren belegt[108].

Die deutsche Schuhwirtschaft, mit 1100 Betrieben für die Herstellung von Straßenschuhen, 140000 Beschäftigten und einer Produktion von 85 Millionen Paar (1927) einer der wichtigsten deutschen Gewerbezweige[109], hatte dem nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen; obwohl zum größten Teil fabrikmäßig produziert wurde – die handwerkliche Schuhherstellung war bereits vor dem Krieg eine zu vernachlässigende Größe geworden –, blieb die Produktivität deutlich hinter der Bat'as zurück. Die Mehrzahl der Betriebe fiel in die Größenklasse zwischen 11 und 50 Beschäftigten, die Zahl der Großunternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten betrug Ende der zwanziger Jahre nicht mehr als zehn[110]. Hatte die deutsche Schuhindustrie hinsichtlich des Maschineneinsatzes und der Umstellung auf Fließarbeit bis zum Ende der zwanziger Jahre auch beachtliche Erfolge erzielt, so bereitete der rasche Wandel der Mode, der die Lieferfristen verkürzte, die Serien verkleinerte,

---

[104] BA-P, RMWi 2897, Bericht (undat.) des US-Department of Commerce/Bureau of Foreign and Domestic Commerce über die tschechoslowakische Schuhindustrie; Erdély, Bat'a, S. 49 ff., S. 116 ff. und S. 137 ff.

[105] Cekota, Bat'a, S. 248 f.; Dvořáková, Bat'ismus, S. 29.

[106] Als 1922 die Krone aufgewertet wurde und deutsche Waren in der ČSR spottbillig wurden, reduzierte Bat'a seine Preise kurzerhand um die Hälfte; vgl. Erdély, Bat'a, S. 66 ff.

[107] Erdély, Bat'a, S. 105.

[108] Ebenda, S. 74 ff.

[109] Enquete-Bericht, S. 3, S. 8 f. und S. 321.

[110] Ebenda, S. 6 ff. und S. 17 ff.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rasche Produktionsumstellung und exakte Marktbeobachtung erforderlich machte, doch erhebliche Probleme. Der Absatz war in erster Linie auf den Binnenmarkt ausgerichtet, der Export von Lederschuhen betrug im Jahr 1927 nur 2,8 Prozent der Herstellungsmenge und sank zudem von 1922 bis 1926 um etwa zwei Drittel (von 7,1 auf 2,1 Millionen Paare)[111]. 1928 fiel die Produktion; die Arbeitslosigkeit, die 1927 bei den dem Reichsverband der Deutschen Schuhindustrie angeschlossenen Betrieben an die 9,5 Prozent betragen hatte, stieg bis 1929 deutlich an[112]. Die Krise war fast ausschließlich den ungenügenden Fortschritten bei der Rationalisierung der Produktion und der Flexibilisierung des Absatzes bzw. den Defiziten im Export geschuldet, während von einer nennenswerten Beeinträchtigung durch Importe kaum die Rede sein konnte: Obwohl die Zölle niedriger als vor dem Krieg waren, betrugen 1928 die Einfuhren mit etwa 3 Millionen Paar doch nur etwa 3,6 Prozent des Verbrauchs. Sorge bereitete allerdings, daß der Außenhandelsüberschuß der Vorkriegszeit nach der Währungsstabilisierung schnell abnahm, daß die Importe, in erster Linie die aus der ČSR, schnell anstiegen (bei Lederschuhen von 104 000 Paaren im Jahr 1922 auf 1,6 Millionen im Jahr 1926) und daß der Anteil Bat'as an diesen im Jahr 1928 73 Prozent betrug[113]. Die Massenproduktion, die trotz der niedrigen Preise beschränkte Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes und der große Bedarf an Devisen für Rohstoffimporte verwiesen Bat'a auf den Export ins Reich, wo der Absatz sich zunächst auf den eingesessenen Handel stützte: Bat'as Generalvertreter Walter Löwendahl vermittelte die Verbindung zu zehn Großhändlern, die 5000 bis 6000 Detaillisten belieferten; um Reibeflächen zu vermeiden, waren die Konsumgenossenschaften, die erbittert bekämpfte Konkurrenz des Einzelhandels, ausgeschlossen[114].

Mit dieser Expansion war der Konflikt vorprogrammiert. Zunächst kaprizierten sich Bat'as Kontrahenten hier auf den Vorwurf des „Sozialen Dumping", den aus „Fabrikabsolutismus", Abwälzung des Unternehmerrisikos und „Schwitzsystem" resultierenden Wettbewerbsvorteil[115]. Hintergrund der Klagen über Bat'as „Lohndrückerei" war auch der in der deutschen Schuhwirtschaft auf 20–25 Prozent (gegenüber weniger als 20 Prozent vor dem Krieg) gestiegene Anteil der Löhne an den Produktionskosten[116]. Zwischen 1925 und 1928 forderten die deutschen Schuhproduzenten in Eingaben an das Reichswirtschaftsministerium mehrfach Schutz und schreckten auch nicht vor Versuchen zurück, nicht auf der Linie des Reichsverbands der deutschen Schuhindustrie liegende Presseorgane mit Hilfe der staatlichen Autorität zum Schweigen zu bringen. Daß der Enquete-Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft sich ausführlich des

[111] Ebenda, S. 9 und S. 157 ff.; Schuhfabrikanten-Zeitung vom 7. September 1927.

[112] Enquete-Bericht, S. 4; James, Harold, The German Slump, Oxford 1986, S. 158.

[113] Enquete-Bericht, S. 9, S. 155, S. 160 ff. und S. 310 ff.; Schuhfabrikanten-Zeitung vom 7. September 1927.

[114] Aussage Löwendahls vor dem Enquete-Ausschuß, in: Enquete-Bericht, S. 204, S. 206 f. und S. 209.

[115] Ausführlich wurden diese Vorwürfe erörtert im Enquete-Ausschuß, vgl. ebenda, S. 168 ff.

[116] James, German Slump, S. 196.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bat'a-Systems annahm, muß ebenfalls im Rahmen dieser „Anti-Dumping-Kampagne" verortet werden[117].

Die Triftigkeit der Argumente in dieser ausgedehnten, in Denkschriften an die Adresse des Reichswirtschaftsministeriums, vor den Gerichten und in der Presse ausgefochtenen, durch Bat'as Gegenvorstellungen immer wieder angefachten Auseinandersetzung[118] ist in unserem Zusammenhang nicht von Belang. Orientierte sich Bat'as Verteidigungsstrategie in erster Linie an der Widerlegung des Dumping-Vorwurfs, so konnte er daneben auch die Bedürfnisse der Verbraucher und den Nutzen, den die deutsche Wirtschaft aus seinen Maschinen- und Rohmaterialimporten zog, für sich ins Feld führen; die Handelsbilanz seines Unternehmens mit dem Reich sei, wie er im Oktober 1925 betonte, entgegen allem Anschein eigentlich passiv[119]. Eine Reihe gerichtlicher Auseinandersetzungen mit seinen Gegnern konnte der tschechische Industrielle allerdings nicht zu seinen Gunsten entscheiden: In dem gegen die Redakteure Trefflich und Prill vom Organ des Zentralverbands der Schuhmacher bzw. des Reichsverbands der Deutschen Schuhindustrie angestrengten Verfahren untersagte das Landgericht Berlin I mit Urteil vom 12. Juli 1928 den Beklagten zwar die Anschuldigung der „Schmutz- und Schleuderkonkurrenz" und der „brutalen Behandlung der Arbeiter", hatte gegen den Vorwurf des „sozialen Dumping" jedoch nichts einzuwenden[120]. Ebenfalls 1928 erhob Bat'a gegen die von dem Schriftsteller Rudolf Phillipp publizierte Schmähschrift „Der unbekannte Diktator" Klage wegen unlauteren Wettbewerbs und Kreditschädigung. Erkannte das Landgericht Berlin I am 13. November 1928 diese Vorwürfe auch als berechtigt an und untersagte die weitere Verbreitung des Werkes, so schränkte das Kammergericht Berlin am 15. Juli 1929 das Verbot doch auf einige wenige Passagen des Textes ein[121]. Im September

[117] BA-P, RWMi 2894, Bat'a an RMWi am 20. Oktober 1925. Ebenda, RMWi 2895/1, Bat'a an RMWi am 13. Februar 1928. Der Reichsverband wurde beim Reichswirtschaftsministerium vorstellig mit der Forderung, man solle gegen die Deutsche Allgemeine Zeitung, die Bat'as Replik auf die gegen ihn erhobenen Vorwürfe einfach referierend wiedergegeben hatte, „das Geeignete" unternehmen. Über den Erfolg dieser Bemühungen ist nichts bekannt; vgl. Deutsche Allgemeine Zeitung vom 26. Februar 1928 und BA-P, RMWi 2895/2, Reichsverband an RMWi am 29. Februar 1928; Ebenda, RMWi 2896, Protokoll der 157. Sitzung der 5. Arbeitsgruppe des Ersten Unterausschusses des Enquete-Ausschusses vom 10. Oktober 1928; Enquete-Bericht, bes. S. 168 ff.

[118] Vgl. etwa BA-P, RMWi 2894, Bat'a an RMWi am 20. Oktober 1925; Bat'a an RMWi am 13. Februar 1928 und Stellungnahme des Konsulats Brünn zu einer Denkschrift Bat'as für die Reichsregierung vom Oktober 1927, am 23. November 1927 vom Auswärtigen Amt an das Reichswirtschaftsministerium übersandt, in: Ebenda, RMWi 2895/1.

[119] Eingabe Bat'as an das Reichswirtschaftsministerium vom 20. Oktober 1925 mit einer Aufstellung über die Importe Bat'as aus dem Reich in der Anlage, in: Ebenda.

[120] Phillipp, Rudolf, Der unbekannte Diktator. Thomas Bat'a, Wien/Berlin 1928, S. 403 f. Eine detaillierte Darlegung der Vorwürfe gegen Bat'a im Schriftsatz des Anwalts von Prill und Trefflich vom 2. April 1928, in: BA-P, RMWi 2895/2.

[121] Zu Phillipps Buch vgl. die vorhergehende Anm.; BA-P, RMWi 2896, Abschrift des Urteils der 21. Zivilkammer des Landgerichts I Berlin vom 13. November 1928; Ebenda, RMWi 2897, Urteil des 10. Zivilsenats des Kammergerichts Berlin vom 15. Juli 1929.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1930 wurde das Buch auf der Internationalen Lederschau in Berlin an einem besonderen Stand angeboten[122].

Bundesgenossen gegen Bat'a fand die Industrie in Gewerkschaften und Linksparteien. Die Internationale Gewerkschaftsbewegung veranlaßte das Internationale Arbeitsamt in Genf zu einer Untersuchung der Arbeitsbedingungen in Zlín; Phillipps Buch war von der KPD, deren Vorwürfe sich nahtlos mit denen der Schuhfabrikanten deckten, angeregt worden[123]. Die „Weltbühne", die Bat'as autoritärem Kapitalismus durchaus distanziert gegenüberstand – er kaufe den Arbeitern die Kritikfähigkeit durch Liebesgaben ab und stelle sie ansonsten „stramm unter Kuratel" –, kommentierte im April 1928 denn auch ironisch die kuriose Einheitsfront von Unternehmer- und Arbeiterpresse gegen den „tschechischen Ausbeuter", der die „menschenfreundliche Kritik" der Fabrikanten den Boden bereitet habe[124]. Offensichtlich mißlungen ist hingegen der Versuch, die Verbraucher gegen Bat'a zu mobilisieren: Abgesehen davon, daß der Dumping-Vorwurf von einer Interessengruppe vorgetragen wurde, der im Normalfall nicht allzuviel Sensibilität für soziale Belange nachzusagen war, waren es eben die billigen Preise und die Qualität, deretwegen die Käufer Bat'as Schuhe attraktiv fanden. Hierauf deuteten nicht nur die steigenden Absatzziffern hin; als Bat'a sich bereit fand, seine Waren mit einem Herkunftshinweis auszuzeichnen, wandte sich bezeichnenderweise der Reichsverband der Deutschen Schuhhändler gegen einen solchen indirekten Boykott, denn offenkundig wurde befürchtet, ein Markenzeichen werde, wie im berühmten Präzedenzfall des „Made in Germany", Bat'as Umsätze eher noch steigern[125].

Da der Siegeszug des tschechoslowakischen Industriellen auf diese Weise nicht zu stoppen war, verlegten sich die deutschen Schuhfabrikanten, ursprünglich freihändlerisch eingestellt[126], bald auf die Forderung nach einer Anhebung der Schuhzölle; wenngleich allgemein gehalten, zielte diese doch offensichtlich auf eine „Lex Bat'a". Weil die Schuhzölle in verschiedenen Handelsverträgen des Reichs, an erster Stelle dem mit Frankreich, fixiert waren und aufgrund der im Vertrag von 1920 verankerten Meistbegünstigung auch für die ČSR galten[127], verlangte der Reichsverband der Deutschen Schuhindustrie im Mai 1928 unter Hinweis auf die steigende Arbeitslosigkeit in der Branche[128] zunächst, die günstigen Finanzierungsmöglichkeiten für

[122] BA-P, RMWi 2900, Mitteilung im Schreiben des Reichsverbands der Deutschen Schuhindustrie an den Regierungspräsidenten in Oppeln am 15. Januar 1931.

[123] Erdély, Bat'a, S. 168. Die Ergebnisse der Untersuchung liegen vor in: Devinet, Paul, Die Arbeitsbedingungen in einem rationalisierten Betrieb, Genf 1930 (Hrsg. vom Internationalen Arbeitsamt). Cekota, Bat'a, S. 257 f.

[124] Handel und Wandel. Soziales Dumping, von „Morus", in: Die Weltbühne vom 24. April 1928, S. 650.

[125] Darstellung des gesamten Vorgangs in BA-P, RMWi 2896, Bat'a an das Preußische Handelsministerium am 12. Februar 1929.

[126] Enquete-Bericht, S. 310.

[127] Prager Presse vom 21. Oktober 1927.

[128] Im März 1928 waren 10 Prozent der deutschen Schuharbeiter ohne Beschäftigung, 31 Prozent arbeiteten kurz: BA-P, RMWi 2895/2, Reichsverband der Deutschen Schuhindustrie an Reichswirtschaftsministerium am 8. Mai 1928.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tschechoslowakische Schuhimporte zu beschneiden[129]. Zur Debatte stand darüber hinaus die Kontingentierung der Schuheinfuhr, eine Forderung, der sich der Großhandel, obwohl prinzipiell immer noch freihändlerisch gesinnt, aus Solidarität anschloß[130]. Ende April 1929 plädierte der handelspolitische Ausschuß des Reichstags für einen – wenn auch befristeten – Zollschutz, der der Schuhindustrie Spielräume für die Rationalisierung verschaffen sollte[131]. Rückhaltlos stellten sich in mehreren Reichstagsdebatten im Juni und im Dezember 1929 DVP und DNVP[132] hinter diesen Antrag; insbesondere die DNVP verwarf unbedingt „handelspolitischen Pazifismus"[133]. Da Pirmasens, im linksrheinischen Bayern gelegen, zu den wichtigsten Standorten der deutschen Schuhproduktion zählte, schloß sich die Bayerische Volkspartei diesem Standpunkt an[134]. In die Koalition reihte sich mit der Forderung nach „Schutz der nationalen Arbeit" auch die NSDAP ein, deren Autarkieprogramm zwar erst nach 1930 ausformuliert wurde[135], deren Gedankenwelt aber bereits vorher handelspolitischer Liberalismus fernlag. Hinzu kam, daß die Partei, die vor 1933 prononciert als Vertreter der kleinen Gewerbetreibenden gegen das „Großkapital" auftrat, hier eine Gelegenheit sah, sich als Schutzmacht des Handwerks gegen einen prominenten Vertreter des „ausländischen Finanzkapitals" zu profilieren[136]. Gegen die Zollerhöhung sprachen sich die Linksparteien aus: Die SPD verschloß zwar nicht ihre Augen vor der hohen Arbeitslosigkeit in der Branche, hielt eine die Preise steigernde Zollerhöhung aber nicht für ein probates Gegenmittel[137]. Am schärfsten aber polemisierte die KPD gegen den Versuch, die Lasten

[129] Erläuterung der technischen Details dieses Finanzierungsmodus im Schreiben des Reichsverbands an das Reichswirtschaftsministerium, in: Ebenda.

[130] Enquete-Bericht, S. 311 f. Stellungnahmen des Vertreters des Reichsverbands der deutschen Schuhindustrie und des Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Schuhwarengroßhändler, in: Ebenda, S. 314 f.

[131] Verhandlungen des Deutschen Reichstags, 4. Wp. 1928 (künftig VDR, 4. Wp/1928) Bd. 435, Anlage 997, Mündlicher Bericht des 7. Ausschusses vom 30. April 1929. Anstoß gewesen war ein Antrag vom 24. Januar 1929, der Zollschutz vor allem gegen die Schuhwaren aus der ČSR forderte. Vgl. VDR, 4. Wp/1928, Bd. 433, Anlage 747, Mündlicher Bericht des 19. Ausschusses vom 24. Januar 1929.

[132] VDR, 4. Wp/1928, Bd. 424, S. 2060, 76. Sitzung des Deutschen Reichstags vom 4. Juni 1929, Abgeordneter Lejeune-Jung (DNVP); ebenda, S. 2921, 95. Sitzung des Deutschen Reichstags vom 25. Juni 1929, Abg. Zapf (DVP).

[133] Ebenda, Bd. 426, S. 3710 f., 120. Sitzung des Deutschen Reichstags vom 19. Dezember 1929, Abg. Rademacher (DNVP). Der Reichsverband bedankte sich ausdrücklich bei Hugenberg für die Rükkendeckung; vgl. BA-P, RMWi 2898, Reichsverband der Deutschen Schuhindustrie an Hugenberg am 20. Januar 1930.

[134] VDR, 4. Wp/1928, Bd. 426, S. 3694 f., 120. Sitzung des Deutschen Reichstags vom 19. Dezember 1929, Abg. Gerauer (BVP).

[135] Vgl. zum Hintergrund Volkmann, Hans-Erich, Das außenwirtschaftliche Programm der NSDAP 1930–1933, in: Archiv für Sozialgeschichte 17 (1977), S. 251–274.

[136] VDR, 4. Wp/1928, Bd. 425, S. 2926, 95. Sitzung des Deutschen Reichstags vom 25. Juni 1929, Abg. Feder (NSDAP).

[137] Ebenda, S. 2926 f., 95. Sitzung des Deutschen Reichstags vom 25. Juni 1929, Abg. Simon (SPD).

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eines „allgemeine(n) Zollwettrüsten(s) der imperialistischen Staaten" auf die arbeitende Masse abzuwälzen. Bat'a sei zwar ein Ausbeuter, eigentliche Ursache der Krise sei aber die niedrige Massenkaufkraft; die Großbetriebe hätten, zu Lasten der Arbeiter, die Rationalisierung recht gut bewältigt und machten glänzende Gewinne[138]. Unbeeindruckt von diesen Argumenten erhöhte der Reichstag jedoch die Einfuhrbelastung für mittelschweres Schuhwerk von 120 Mark auf 280 Mark pro Doppelzentner; der Zollsatz für leichtes Schuhwerk wurde (allerdings nur für nicht meistbegünstigte Länder) von 180 auf 420 Mark angehoben. In Prozent des Wertes ausgedrückt, stiegen die Zollsätze je nach Schuhart damit zwischen 8 und 21 Prozent[139]. Ohne Wirkung war geblieben, daß Bat'a – dessen freihändlerische Einstellung nach eigenem Bekunden so weit ging, daß er sogar die tschechoslowakischen Schuhzölle, die ihm den Stimulus der amerikanischen Konkurrenz vorenthielten, abgeschafft wissen wollte – durch seinen Generalvertreter Löwendahl der deutschen Schuhindustrie den Rat „arbeiten, arbeiten, und zwar mit Verstand" erteilt, auf unausgeschöpfte Möglichkeiten der Rationalisierung und Spezialisierung und auf die – bei dem großen Bedarf – objektiv gar nicht so schlechten Chancen der deutschen Schuhproduzenten hingewiesen hatte[140]. Dasselbe galt für die Versuche, die deutsche Presse zu seinen Gunsten zu mobilisieren[141].

Bereits im Vorfeld der Zollerhöhung, offensichtlich auch, um dieser zuvorzukommen[142], hatte Bat'a die Gründung eigener Filialen in Deutschland ins Auge gefaßt. Wie Löwendahl, Sprachrohr seines Herrn, vor dem Enquete-Ausschuß darlegte, war der von der Errichtung eigener Verkaufsstellen zu erwartende Rationalisierungseffekt geeignet, eine steigende Zollbelastung aufzufangen. Ebenfalls nicht ausschließen wollte der deutsche Generalvertreter die Gründung einer eigenen Fabrik – „obwohl es für beide Parteien eine harte Nuß wäre"[143]. Zur Vorbereitung der Offensive gehörte eine Annonce in der sudetendeutschen Presse im Juli 1929, in der für die Ausbildung in Zlín junge Sudetendeutsche mit perfekten Deutschkenntnissen gesucht wurden; der Reichsverband erblickte hierin, wohl nicht zu Unrecht, den Beginn der Rekrutierung des Personals für die deutsche Absatzorganisation[144]. Die Pläne für die Verlagerung der Fertigung sahen eine Produktion von 1,5 Millionen

[138] Ebenda, S. 2921 ff., 95. Sitzung des Deutschen Reichstags vom 25. Juni 1929, Abg. Hoernle und Stoecker (KPD); ebenda, Bd. 426, S. 3599 f., 117. Sitzung des Deutschen Reichstags vom 16. Dezember 1929, Abg. Hoernle (KPD); ebenda, S. 3685, 120. Sitzung des Deutschen Reichstags vom 19. Dezember 1929, Abg. Hoernle (KPD).

[139] Enquete-Bericht, S. 310 ff.

[140] Aussage Löwendahls vor dem Enquete-Ausschuß über seine eigene Einstellung und die Bat'as, in: Ebenda, S. 211 ff.

[141] So hatte er etwa im Januar 1928 anläßlich des Besuchs einer Reihe zentrumsnaher reichsdeutscher Journalisten in Zlín eine Rede gegen die Einführung von Schuhzöllen gehalten; vgl. Tribuna vom 22. Januar 1928 und Phillipp, Diktator, S. 31 ff. und S. 384 ff.

[142] So die Vermutung im Deutschen Volkswirt vom 19. April 1929.

[143] Aussage Löwendahls vor dem Enquete-Ausschuß, in: Enquete-Bericht, S. 211.

[144] Das Inserat in der Warnsdorfer Zeitung vom 28. Juli 1929. BA-P, RMWi 2897, Reichsverband der Deutschen Schuhindustrie an Reichswirtschaftsministerium am 7. August 1929.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Paar jährlich vor, die zum Teil weiter exportiert werden sollte[145]. Die Ausdehnung über die Grenze hinweg begann im Frühjahr 1929 mit der Übernahme der Romeo-Kette, einer Vertriebsgesellschaft mit 15 Verkaufsstellen[146]; bis Januar 1930 wurden insgesamt 23 Filialen auf deutschem Boden gegründet[147].

Nachdem Bat'a einer Expansion ins Reich kurz zuvor noch eine ausdrückliche Absage erteilt hatte, war dies für die Betroffenen ein schwer verdaulicher Überraschungscoup[148]. Daß es sich, wie auch einflußreiche Pressestimmen betonten, hier um ein einseitiges Abgehen von der bisherigen Geschäftsgrundlage und einen Bruch des Grundsatzes von Treu und Glauben handelte[149], konnte der Schuhindustrie aber nicht einmal so ungelegen kommen: Immerhin bot sich nun die Chance, den Handel, der bis dahin weitgehend Distanz gewahrt hatte, in eine Einheitsfront einzubinden. Mit einer gewissen Genugtuung rechnete die Schuhindustrie vor, nun sei eingetreten, wovor man immer schon gewarnt habe: Der Handel habe sich „einlullen" lassen und „selbst durch Einführung von Bat'as Erzeugnissen dabei mitgeholfen, dem tschechoslowakischen Schuhfabrikanten das Bett zu machen, in das dieser sich jetzt bequem legen kann". Angesagt sei nun eine „Schicksalsgemeinschaft" der gesamten deutschen Schuhwirtschaft gegen den Invasoren[150]. Einem solchen Bündnis leistete Vorschub, daß der mittelständische Handel, der bis in die späten zwanziger Jahre weitgehend liberal eingestellt gewesen war, mit dem Rückgang der Umsätze und der Verschärfung des Wettbewerbs in der Krise seine Existenz durch Warenhäuser und Filialketten mehr und mehr bedroht sah und sich von der Gewerbefreiheit abwandte[151].

Der im Frühjahr 1929 – nun unter tatkräftiger Beteiligung des Handels – einsetzende Boykott bediente sich mit der Unterstellung, Bat'as Schuhe kämen aus einem Land, das „das Deutschtum unterdrücke", offenkundig der Waffen aus dem Arsenal des Volkstumskampfs. Im April rief der Handel zum Verzicht auf den Kauf von Bat'a-Schuhen auf und rechnete vor, von den für Schuhkäufe in die Tschechoslowakei fließenden Summen könnten im Reich 14000 Arbeiter ein Jahr lang beschäftigt werden; deklariert war dieser Appell nicht zuletzt als Antwort auf die „antideut-

[145] Der Deutsche Volkswirt vom 19. April 1929.
[146] Schuhfabrikanten-Zeitung vom 17. April 1929.
[147] Deutscher Handelsdienst vom 17. Januar 1930.
[148] Hamburger Fremdenblatt vom 30. April 1930.
[149] Vossische Zeitung vom 18. April 1929.
[150] Schuhfabrikanten-Zeitung vom 17. April 1929.
[151] Zahlen speziell für den Schuhhandel waren nicht zu ermitteln. Der deutsche Handel insgesamt hatte zwischen 1928 und 1932 einen Umsatzrückgang von mehr als einem Drittel zu verzeichnen. Vgl. zum Hintergrund Winkler, Heinrich August, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972, passim, bes. S. 31 ff. und S. 140 ff.; Lebovics, Herman, Social Conservatism and the Middle Classes in Germany, 1914–1933, Princeton/N. J. 1969, S. 13 ff.; Tiburtius, Joachim, Wirtschaftspolitische Probleme des Einzelhandels, in: Seyffert, Rudolf (Hrsg.), Handbuch des Einzelhandels, Stuttgart 1932, S. 796–811.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen" „politischen Maßnahmen der Tschechoslowakei"[152]. 1930 mündete die Kampagne in den Tonfilmboykott, wurde aber auch nach dessen Abebben fortgesetzt, als der am 11. August 1931 in Wien eröffnete Internationale Kongreß des Verbands der Schuhindustriellen unter deutscher Führung weitere Zollerhöhungen forderte[153]. Schützenhilfe leisteten Rechtspresse und der Sudetendeutsche Heimatbund, der bereits vor Beginn der Filialgründungswelle verschiedenen Schuhfirmen seine Unterstützung angeboten und zum Teil auch namhafte Beträge erhalten hatte[154] und der nun wiederholt zum Boykott aufrief[155]. Der nationalsozialistische „Freiheitskampf" diffamierte Bat'a als „Schuhjuden", die Dresdner Rundschau brandmarkte den Kauf tschechoslowakischer Schuhe als „Landesverrat" und prangerte Hausbesitzer an, die an Bat'a vermieteten[156]. Im Oktober 1931 schürten agents provocateurs anläßlich der Eröffnung einer Reparaturwerkstätte und zweier Filialen im Zentrum von Berlin Unruhe und verteilten Flugblätter[157]. Goebbels' „Angriff" polemisierte gegen Stadtverwaltungen, die Bat'a eine Handelserlaubnis gewährten, sowie gegen eine „undeutsche" Presse, die die Aufnahme von Inseraten Bat'as nicht ablehnte[158]. „Abwehrausschüsse" des Handels wurden gegründet, und einzelne Häuser hielten es für nötig, sich öffentlich gegen den Vorwurf zu verwahren, sie führten Bat'a-Schuhe[159].

Die Einrichtung moderner Reparaturbetriebe, wie sie schon in der ČSR die Schuster in die Defensive gedrängt hatten[160], brachte nun auch das Handwerk, das sich schon seit längerem in die Anti-Dumping-Kampagne der Industrie eingeschaltet hatte[161], verstärkt gegen Bat'a auf. War die Lage des Kleingewerbes in den zwanziger Jahren allgemein prekär, so hatten insbesondere die überfüllten Massenhandwerke, nicht zuletzt die Schuster, unter der Konkurrenz der Industrie zu leiden. Daß mit der „Panik des Mittelstands" in der Weltwirtschaftskrise auch die vergleichsweise rationell arbeitenden Großbetriebe des Reparaturgewerbes ins Visier gerieten, zeigt das wenig später von Handwerk und Einzelhandel durchgesetzte

---

[152] Sonderdruck der Schuhhändler-Zeitung vom 5. April 1929. Gleichzeitig wurde bei den Fachfirmen eine Umfrage zur Erkundung der Stimmung im deutschen Schuhhandel gestartet, in: BA-P, RMWi 2897, 6. April 1929.

[153] Cekota, Bat'a, S. 258.

[154] PA, R 60 227, Bericht des Auswärtigen Amtes, ungez., undat. (ca. August 1933), über die Information seitens eines „zuverlässigen Vertrauensmannes".

[155] AFMZV, sekce IV, kr. 551, obal 6, Abschrift eines Flugblattes vom 20. Januar 1931.

[156] Ebenda, kr. 1081, Generalkonsulat Dresden an Außenministerium Prag am 9. April 1931; Dresdner Rundschau vom 11. April 1930.

[157] AFMZV, sekce IV, kr. 1081, Generalkonsulat Berlin an Außenministerium Prag am 3. Oktober 1931.

[158] Ebenda, Gesandtschaft Berlin an Außenministerium Prag am 1. September 1931, mit dem Artikel aus dem „Angriff" vom 29. August 1931 in der Anlage.

[159] Münchner Neueste Nachrichten vom 23. November 1931; Völkischer Beobachter vom 24. November 1931.

[160] Handwerkerzeitung, Amtsblatt der Handwerkskammer Berlin vom 15. Oktober 1930.

[161] Schuhfabrikanten-Zeitung vom 7. September 1927.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verbot der Neuerrichtung solcher Werkstätten in Warenhäusern[162]. Da das Schusterhandwerk einen guten Teil seines Einkommens aus dem Schuhhandel bezog, wurden in den Augen der Handwerker auch Bat'as Handelsaktivitäten zum Ärgernis; bezeichnenderweise forderten im März 1932 die badischen Handwerkskammern eine gesetzliche Handhabe zur Untersagung speziell ausländischer Filialbetriebe[163]. Auf einer Anti-Bat'a-Versammlung des Schuhhändlerverbandes Südbayern im Herbst 1931 etwa waren auch der Bayerische Schuhmacherbund und die Schuhmacherinnung München vertreten[164]. Bat'a sah sich nun also einer geschlossenen Front der deutschen Schuhwirtschaft gegenüber, gegen die auch von den Behörden wenig Unterstützung zu erwarten war, denn diese zeigten sich, einem Bericht etwa des Dresdner Generalkonsulats zufolge, unwillig, einzuschreiten[165]. Das Auswärtige Amt ließ sich im Dezember 1931 zwar zu einer Mißbilligung der Aktivitäten des Handwerks herbei, argumentierte jedoch, diese seien gegen Großbetriebe generell gerichtet und zudem als Akt der „internationalen Solidarität" gerechtfertigt[166]. Entsprach es auch den Tatsachen, daß in der Tschechoslowakei die Schuhmacher Protestversammlungen gegen Bat'a organisierten[167], so mutete diese Stellungnahme doch gewunden an; berechtigt war die Kritik der Berliner Gesandtschaft, das Ministerium nehme die angesprochenen Vorfälle nicht ernst, interveniere andererseits aber bei jedem leisesten Anzeichen des Boykotts deutscher Waren in der ČSR[168].

Die „Erfolge" der Kampagne lassen sich kaum präzisieren, da sie von den Auswirkungen der Zollerhöhung bzw. der krisenbedingten Abnahme der Massenkaufkraft nicht zu trennen sind. Skeptisch stimmt aber, daß die tschechoslowakischen Schuhexporte ins Reich – gemessen am Wert – bereits von 1928 auf 1929 beträchtlich, nämlich um mehr als 23 Prozent, zurückgegangen waren[169], so daß Bat'a sich gezwungen sah, in einer weiteren Offensive neue Märkte, diesmal in Übersee, zu erschließen[170]. Daß, wie die Gewerkschaften bereits vor dem Enquete-Ausschuß

---

[162] Vgl. zum Hintergrund Keller, Bernhard, Das Handwerk im faschistischen Deutschland, Köln 1980, S. 28 ff.; das Errichtungsverbot wurde verfügt im Gesetz zum Schutze des Einzelhandels vom 12. Mai 1933, RGBl. I, S. 262 ff.

[163] AFMZV, sekce IV, kr. 1081, Beschwerde Bat'as an Gesandtschaft Berlin vom 3. März 1932.

[164] Münchner Neueste Nachrichten vom 15. Oktober 1931.

[165] AFMZV, sekce IV, kr. 1081, Generalkonsulat Dresden an Außenministerium Prag.

[166] Verbalnote des Auswärtigen Amtes vom 10. Dezember 1931, von der Gesandtschaft Berlin an Außenministerium Prag übermittelt am 11. Dezember 1931, in: Ebenda.

[167] Das Handwerk konnte hier vor allem auf die tschechische Gewerbepartei setzen; vgl. Erdély, Bat'a, S. 164 ff. Zu den 1928 abgehaltenen Protestversammlungen vgl. Sudetendeutsche Zeitung vom 24. Januar 1928.

[168] AFMZV, sekce IV, kr. 1081, Gesandtschaft Berlin an Außenministerium Prag am 11. Dezember 1931.

[169] Enquete-Bericht, S. 164 f.

[170] Einige für den Export in Europa arbeitende Abteilungen wurden geschlossen, andere, für den Export nach Asien und Afrika, dagegen erweitert. Vgl. Cekota, Bat'a, S. 360. Ein Indiz für die Umorientierung war 1930 der Aufkauf des zweitgrößten Schuhkonzerns der Republik, Busi, der vor allem die auf den Märkten in Asien und Amerika gefragten Flechtschuhe herstellte; vgl. Tagesbote (Brünn) vom 6. März 1931.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dargelegt hatten, ein Boykott geringe Aussichten auf Erfolg habe, da der deutsche Arbeiter, ja der Verbraucher überhaupt eben „nach Preis" kaufe[171], traf a fortiori im Fall Bat'a zu, dessen Zielgruppe in erster Linie die weniger kaufkräftigen Schichten waren. Offenkundig inspirierte derselbe Sachverhalt auch die Kritik des Handels an der „Disziplinlosigkeit des deutschen Verbrauchers", insbesondere der der Frauen[172].

Ebenso wie die Absatzoffensive begegnete auch die Verlagerung der Produktion ins Reich erbittertem Widerstand. 1929 scheiterte der Erwerb eines gewichtigen Aktienpakets der Stuttgarter Schuhfabrik Haueisen durch Bat'a am Unwillen des Unternehmens, in Verhandlungen einzutreten; die deutsche Schuhindustrie tat diesen Anlauf als durchsichtigen „Anbiederungsversuch" im Vorfeld der Verhandlungen des Reichstags über die Zollfrage ab[173]. Antwort auf ein Ansiedlungsprojekt im pfälzischen Pirmasens war im September 1930 ein von der Bayerischen Volkspartei unterstützter Aufruf der Christlichen Gewerkschaften gegen den Ausverkauf „deutschen Grund und Bodens". Die Ursachen von Bat'as Mißerfolg sind in diesem Fall nicht im Einzelnen ersichtlich; Brünings an die Adresse der BVP gerichtete Zusicherung, die preußische wie die Reichsregierung seien gewillt, „die Interessen der beteiligten Kreise" zu wahren, deutet aber auf eine Intervention der Behörden hin[174].

Die in dem zitierten Appell der Gewerkschaften anklingende völkische Note war keine vereinzelte Erscheinung; auch in den Auseinandersetzungen um weitere Ansiedlungsprojekte instrumentalisierte die Agitation latente Ängste vor „tschechischer Überfremdung". Dem leistete, vor allem im bayerischen und sächsischen Grenzland, Vorschub, daß an die Stelle des vertrauten österreichischen nach 1918 ein slawischer Nachbar getreten war; auch die leisesten Anzeichen einer wirtschaftlichen Expansion über die Grenze hinweg wurden aus diesem Grund mit Unbehagen zur Kenntnis genommen. Hinter offensichtlich isolierten Einzelfällen wie etwa dem Projekt des Erwerbs einer Glasfabrik durch einen tschechischen Unternehmer sah das Bayerische Staatsministerium des Äußern 1928 eine zielstrebige Absicht des „Tschechentums", sich im Grenzland „festzusetzen" am Werke[175]. Besonderes Augenmerk widmeten die Behörden der Vergabe von Kleindarlehen an bayerische

[171] Enquete-Bericht, S. 316.

[172] So etwa der Schuhhändler-Verband Südbayern; vgl. Münchener Zeitung vom 13. Oktober 1931.

[173] BA-P, RMWi 2898, Reichsverband der deutschen Schuhindustrie an Hugenberg am 20. Januar 1930.

[174] Bundesarchiv, Abteilung Koblenz (künftig BA-K), R 43/I-151, Entschließung der christlichen Gewerkschaften vom 2. September 1930, von der BVP/Bezirk Pirmasens am 3. September 1930 an Reichskanzler Brüning übersandt. Brüning an BVP/Bezirksvorsitzenden Pirmasens am 22. Oktober 1930, in: Ebenda.

[175] Bayerisches Hauptstaatsarchiv (künftig BayHStA), Akten des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft (künftig MWi) 2821, Bayerisches Staatsministerium des Äußern an Präsidium der Regierung von Niederbayern am 7. November 1928. Vgl. zum Hintergrund auch die Ausführungen bei Jaworski, Rudolf, Grenzlage, Rückständigkeit und nationale Agitation: Die „Bayerische Ostmark" in der Weimarer Republik, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 41 (1978), S. 241–270, bes. S. 256 ff.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bauern, hinter der man das Vorhaben Prags witterte, die Landwirtschaft finanziell abhängig zu machen und „deutschen Boden" an sich zu reißen[176]. Auch hinter dem Auslandsengagement der tschechoslowakischen Finanzwelt – größere Beteiligungen gab es vor allem in der mittel- und ostdeutschen Braunkohle, der oberschlesischen Steinkohle und Montanindustrie[177] – argwöhnten breite Kreise von Prag gesteuerte Expansionspläne. Auf diese Ängste warf im Frühjahr 1930 die „Petschek-Affäre" ein grelles Schlaglicht: Der Industrielle Petschek hatte Beneš in einem Handschreiben angeblich „Vollzugsmeldung" über den Erwerb der deutschen Braunkohlengrube „Ilse" erstattet[178]. Die in der Öffentlichkeit heiß diskutierte Frage, ob es sich bei diesem Brief um eine Fälschung persönlicher Feinde Petscheks, eines Finanzmagnaten von internationalem Format ohne erkennbare nationale Affinitäten, handelte, ist in unserem Zusammenhang ohne Belang; deutlich machte die Affäre auf jeden Fall, daß tschechoslowakische Investitionen im Reich für die deutsche öffentliche Meinung ein hochsensibles Politikum darstellten. Ähnliches galt für die Beschäftigung tschechoslowakischer Arbeitskräfte: 1931 warnte etwa die Kreishauptmannschaft Bautzen vor der Bildung tschechischer Kolonien, die angeblich Verbindung zu den Wenden und Polen aufzunehmen und Oberschlesien vom Reich abzuschnüren drohten[179].

Daß Bat'as Verhandlungen mit dem preußischen Fiskus um den Kauf des Staatsforstes Klodnitz in Oberschlesien prompt in den Ruch solcher „Expansionsbestrebungen" gerieten, nimmt nicht wunder. Eine im September 1930 dem Preußischen Handelsministerium vorgelegte, sowohl von den Arbeitgebern als auch den Gewerkschaften, vom Handwerk und Handel unterstützte Petition bekundete großes Befremden, daß Bat'a gestattet sein sollte, in dem geplanten Klodnitzer Werk bis zu zehn Prozent tschechoslowakische Staatsangehörige zu beschäftigen; daß die Verweildauer der ausländischen Arbeitskräfte auf ein Jahr zu befristen sei und sie aus der deutschen Minderheit in der ČSR zu rekrutieren seien, wurde auf diese Intervention hin zur Auflage gemacht[180]. Trotzdem mahnten die Rechtsparteien gegenüber den „Petscheks und Bat'as" weiterhin „nationale(n) Wille(n) zur Selbstbehauptung" an, wo Deutsche „unter das Joch tiefer stehender Völker" gebeugt

[176] PA-IIb, Wirtschaft 14, Tschechoslowakei, Bd. 1, Wehrkreiskommando VII an Bayerisches Staatsministerium des Innern am 25. Mai 1926. Auszug aus dem Bericht der Regierung von Niederbayern, Kammer des Innern an das Staatsministerium des Innern vom 23. August 1926, in: Ebenda.

[177] Eine – auch aufgrund der immensen statistischen Probleme – unvollständige Übersicht über das tschechoslowakische Wirtschaftsengagement im Reich von Jiří Hejda in: Přítomnost vom 14. März 1929.

[178] Prager Presse vom 22. April 1930; Frankfurter Zeitung vom 22. April 1930; Dresdner Anzeiger vom 20. April 1930.

[179] BA-P, RMWi 2900, Kreishauptmannschaft Bautzen an Sächsische Staatskanzlei am 20. Februar 1931 (Abschrift). Ähnliche Befürchtungen bzgl. „Kolonienbildung" in Bayern bereits in: BayHStA, Akten der Bayerischen Staatskanzlei (künftig MA) 100837, Bayerisches Staatsministerium des Äußern an Bayerisches Staatsministerium des Innern am 9. Januar 1926.

[180] Deutsche Allgemeine Zeitung vom 6. September 1930; Wirtschafts-Nachrichten vom 8. September 1930; Vossische Zeitung vom 10. September 1930.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

werden sollten[181]. Daß die Preußische Regierung, nachdem sie dem Kaufvertrag am 2. Oktober 1930 bereits zugestimmt hatte[182], die Verhandlungen letztlich doch scheitern ließ, mag unter anderem mit dieser völkischen Agitation zu tun gehabt haben[183]; eine Rolle spielte aber auch das Bestreben der Behörden, die Einführung des Bat'a-Systems in Deutschland zu verhindern. Hierfür spricht, daß spezielle Kautelen ins Spiel gebracht wurden: So sollte – eine ungewöhnliche Regelung – für Streitigkeiten des tschechoslowakischen Unternehmers mit seinen Arbeitern in jedem Fall das höchste preußische Gericht, das Kammergericht in Berlin, zuständig sein[184]. Bat'a, der seinerseits zu sozialpolitischen Konzessionen nicht bereit war[185], zog sich im Oktober 1930 unter einem Vorwand zurück.

Erfolgreich konnte hingegen der Erwerb des Guts Ottmuth im Kreis Groß-Strehlitz (Oberschlesien) abgeschlossen werden, obwohl auch hier die deutsch-nationale Schlesische Zeitung vor dem „Eindringen" der Tschechen gewarnt hatte, die sächsischen Behörden das Projekt wieder in den Kontext der Bestrebungen zur „Slawisierung" des deutschen Ostens stellten und eine erneute Eingabe des Reichsverbands der deutschen Schuhindustrie Bat'a als einen „nach deutschen Rechts- und Sozialbegriffen" nicht erwünschten Unternehmer diffamierte[186]. Da in diesem Fall allerdings nicht der preußische Fiskus als Verkäufer auftrat, waren rechtliche Handhaben nur schwer zu finden, so daß trotz der vom Reichsverband ins Feld geführten formaljuristischen Einwände gegen eine gewerbliche Nutzung des Geländes der zuständige Landrat dem Verkauf sein Placet geben mußte[187]. Bis November 1931 waren die Arbeiten an einer Stadt nach dem Vorbild von Zlín bereits weit fortgeschritten[188]. Der Störmanöver der Rechtspresse, allen voran des Völkischen Beobachters – der auch jetzt von der Unterstellung, Bat'a plane aus politischen Gründen die „Einschleusung" tschechischer Arbeiter, nicht abließ –, wußte Bat'a sich mit juristischen Mitteln zu erwehren[189].

---

[181] BA-K, R 43/I-151, Entschließung einer Versammlung der Konservativen Volkspartei in Dresden am 26. September 1930, am 26. September an Brüning übersandt.

[182] BA-K, R 43/I-152, Auszug aus dem Protokoll der Kabinettssitzung vom 2. Oktober 1930.

[183] Die Berliner Börsenzeitung vom 11. Oktober 1930 etwa machte die „Entrüstung der Öffentlichkeit" als Hauptgrund aus.

[184] BA-P, RMWi 2900, Mitteilung des Reichsverbands der deutschen Schuhindustrie an den Regierungspräsidenten in Oppeln am 15. Januar 1931.

[185] So die Sicht der Motive Bat'as in der Vossischen Zeitung vom 11. Oktober 1930.

[186] Schlesische Zeitung vom 27. November 1930; Reichsverband der deutschen Schuhindustrie an den Regierungspräsidenten in Oppeln am 15. Januar 1931 und Kreishauptmannschaft Bautzen an Sächsische Staatskanzlei am 20. Februar 1931 (Abschrift), in: BA-P, RMWi 2900.

[187] BA-P, RMWi 2900, Reichsverband der deutschen Schuhindustrie an den Regierungspräsidenten in Oppeln am 15. und 24. Januar 1931.

[188] Neue Breslauer Zeitung vom 11. November 1931.

[189] So wurde der Völkische Beobachter zum Abdruck einer Gegendarstellung gezwungen: Bat'a lägen (national-)politische Fragen völlig fern, für ihn zähle einzig das Leistungsprinzip; vgl. Völkischer Beobachter vom 10. November 1931.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

V.

Ebenso wie der Boykott im Anschluß an die Prager Krawalle war auch der Fall Bat'a letztlich ein Indikator für die Zerrüttung der bilateralen Handelsbeziehungen in der Krise. Während der Anteil der Importe der ČSR aus dem Reich an der tschechoslowakischen Gesamteinfuhr sich von 1928 bis 1930 auf ungefähr derselben Höhe hielt (1928: 25 Prozent, 1929: 25 Prozent, 1930: 23,3 Prozent), sank im selben Zeitraum der Anteil der Exporte der ČSR nach Deutschland an ihrer Gesamtausfuhr deutlich (1928: 22, 1929: 19,4, 1930: 15,4 Prozent). Das Passivum der tschechoslowakischen Handelsbilanz gegenüber dem Reich stieg von 74 Mill. (1928) auf 1030 (1929) bzw. 899 Mill. Kronen (1930)[190]. 1931 spitzten sich, als in der Endphase der Weimarer Republik im Reich der Autarkie-Gedanke deutlich Boden gewann, die Gegensätze weiter zu[191]. Die Klagen der deutschen Landwirtschaft in der ČSR über die reichsdeutsche Propaganda gegen Hopfenimporte, den Prohibitivzoll und den Verwendungszwang rissen auch 1931 nicht ab[192]. Mit Hinweis auf die deutschen Zollerhöhungen und das wachsende Passivum der ČSR erklärte die tschechoslowakische Regierung im September, man habe, weil man „eine gewaltsame Hemmung der Handelsbeziehungen" mit dem Nachbarn an sich nicht wünsche, bisher auf Retorsionsmaßnahmen zwar verzichtet, könne und wolle dem Druck der einheimischen Wirtschaft nun jedoch nicht mehr widerstehen. Wie sehr der Boykott doch die Atmosphäre getrübt hatte, wurde daran deutlich, daß Prag dem Reich zusätzlich zu seiner als unfreundlich empfundenen offiziellen Handelspolitik nun auch die Kampagnen der vergangenen Jahre auf die Rechnung setzte[193]. Zeigte sich in Berlin Chvalkovský auch besorgt über die nachdrückliche Haltung seiner Regierung[194], regte auf deutscher Seite der handelspolitische Ausschuß auch an, die Tschechoslowaken zu beruhigen und Möglichkeiten des Entgegenkommens zu prüfen[195], so blieben die Agrarzölle doch nach wie vor der wichtigste Streitpunkt in den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. Anfang 1932 nahm die ČSR endgültig zu dem in der Weltwirtschaftskrise generell mehr und mehr angewandten handelspolitischen Instrumentarium Zuflucht: Für eine große Anzahl von Erzeugnissen wies die Nationalbank Devisen nun erst nach der Bewilligung durch

[190] PA, Gesandtschaft Prag I/4 a, Bd. 2, Bericht der Gesandtschaft Prag vom Januar 1931 (ohne Tag), Anlage „Wirtschaftliche Fragen".

[191] Doering, Dörte, Deutsche Außenwirtschaftspolitik 1933–1935, Berlin 1969, S. 31 ff.

[192] AFMZV, sekce IV, kr. 551, Deutscher Land- und Forstwirtschaftlicher Zentralverband für Böhmen an Außenministerium Prag am 1. Juli 1931.

[193] PA-II, Handel 13, Tschechoslowakei, Bd. 13, Aktenvermerk Auswärtiges Amt, Köpke, vom 8. September 1931, mit der vom Gesandten Chvalkovský am 8. September 1931 im Auswärtigen Amt überreichten „Aufzeichnung" (undat.).

[194] Chvalkovský gab am 8. September 1931 im Auswärtigen Amt vertraulich zu verstehen, er habe die Fassung der Prager Weisung stark gemildert, in: Ebenda, Aktenvermerk Auswärtiges Amt, Köpke, vom 8. September 1931.

[195] Protokoll der Sitzung des Handelspolitischen Ausschusses vom 14. September 1931, in: Ebenda.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine beim Finanzministerium ressortierende Kommission an[196]. Einige besonders betroffene Branchen der deutschen Wirtschaft klagten, solche Bewilligungen würden in keinem Fall erteilt; faktisch sei ein Einfuhrverbot verhängt worden[197].

Die Außenwirtschaftspolitik des nationalsozialistischen Regimes setzte die autarkistische Linie der letzten Weimarer Jahre prononciert fort[198]; die Aufrichtung von Handelshemmnissen war nun jedoch nicht mehr krisenbedingte Defensivmaßnahme, sondern stand im Dienst der Ausrichtung des deutschen Handels an den Erfordernissen der Aufrüstung. Daß nach der Machtergreifung das Reich in der Frage des tschechoslowakischen Handelsbilanzpassivums zu Konzessionen weniger denn je bereit war, führte in der Folge zu weiteren Beeinträchtigungen des Handelsverkehrs durch Retorsionsmaßnahmen „Zug um Zug"[199]. Typisch für die unduldsame Note der deutschen Politik – die nun auch nicht länger auf die Belange der deutschen Minderheit in der ČSR Rücksicht zu nehmen gewillt war – war etwa der Vorschlag der Abteilung Süd-Ost des Außenpolitischen Amtes der NSDAP vom 27. Oktober 1934, man solle „auf wirtschaftlichem Gebiet den Tschechen durchaus die kalte Schulter zeigen und alle Handelsvertragsverhandlungen dilatorisch behandeln, selbst dann, wenn es ohne eine vorübergehende Schädigung der sudetendeutschen Industrie nicht geht"[200]. Hatte in der Weimarer Zeit die politische Rhetorik des Boykotts dessen eigentliche, ökonomische Beweggründe nur notdürftig verhüllen können, so wurde mit dem Klimasturz nach der Machtergreifung das wachsende Gewicht genuin politischer Motive zum charakteristischen Einschlag der Wirtschaftsbeziehungen. Im Reich hatte eine Woge chauvinistischer Hysterie die Abkehr von ausländischen Waren zur Folge; zusätzlich war es nun aber auch die Einschüchterung durch das Regime, der „Boykott von Staats wegen", der deutsche Abnehmer vom Einkauf im Ausland Abstand nehmen ließ; betroffen waren davon auch tschechoslowakische Produkte[201]. Der sinkende Absatz des Pilsner 1933 war zwar nach wie vor auch auf die Zollbelastung und die krisenbedingte Schmälerung

[196] Zu den Vorbereitungen vgl. SÚA, Předsednictvo ministerské rady (Präsidium des Ministerrates, künftig PMR), kr. 2810, Auszug aus dem Protokoll der Ministerratssitzung vom 27. Mai 1932. Zu den Modalitäten vgl. PA-IIb, Handel 11, Tschechoslowakei, Bd. 3, Reichswirtschaftsministerium an Auswärtiges Amt am 11. Februar 1932. Zum Hintergrund vgl. Doering, Außenwirtschaftspolitik, S. 23 ff.

[197] Über ein de facto-Einfuhrverbot klagte z. B. die papierverarbeitende Industrie, in: BA-K, R 2-10243, Außenhandelsverband der papierverarbeitenden Industrie an Reichsfinanzministerium am 18. Februar 1932.

[198] Doering, Außenwirtschaftspolitik, S. 34 ff.

[199] Übersicht in: AFMZV, sekce IV, kr. 675, Memorandum des Außenministeriums Prag, ohne Verf., ca. Ende 1933.

[200] Wiedergegeben in Schumann, Wolfgang/Nestler, Ludwig (Hrsg.), Weltherrschaft im Visier, Berlin 1975, S. 234 ff., bes. S. 238.

[201] So die Beobachtung der Handels- und Gewerbekammer Reichenberg; vgl. SÚA, Ústředna obchodních a živnostenských komor (Zentrale der Handels- und Gewerbekammern, künftig ÚOŽK), kr. 226, Handels- und Gewerbekammer Reichenberg an die Zentrale der Tschechoslowakischen Handels- und Gewerbekammern am 21. Oktober 1933.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Massenkaufkraft zurückzuführen, eine Rolle spielte nun aber ebenso der mancherorts unter Leitung der „Partei" durchgeführte offene Boykott, gegen den die Intervention der diplomatischen Vertretungen wirkungslos blieb. Ein direktes Ausschankverbot konnte das Kölner Konsulat zwar nur in einigen wenigen Städten beobachten, im Zuge der „nationalen Erhebung" entfaltete aber auch die Unterstellung des „mangelnden Patriotismus" eine bislang ungekannte Durchschlagskraft[202]. Einem Bericht des Kölner Konsulats vom Juli 1933 zufolge hing der Rückgang des Absatzes tschechoslowakischer Waren zudem mit dem Boykott jüdischer Importeure und der Zensur des Briefverkehrs deutscher Firmen mit dem Ausland zusammen[203].

In tschechoslowakischen Wirtschaftskreisen, nicht zufällig in erster Linie wieder in den Handelskammern des Sudetengebietes, wurden in der Frage des Gegenboykotts zwar nach wie vor warnende und abwiegelnde Stimmen laut: Es sei, so die Reichenberger Kammer im Oktober 1933, „in einer Zeit der allgemeinen Einschränkung des Auslandsgeschäftes nicht ratsam, ja direkt gefährlich, gegenüber einem Nachbarstaate, der in der tschechoslowakischen Außenhandelsstatistik sowohl als Lieferant als auch als Abnehmer an erster Stelle steht, irgendwelche Boykottmaßnahmen (...) zu ergreifen". Es habe keinen Sinn, „rein wirtschaftliche und währungspolitische Maßnahmen als Boykott aufzufassen und mit denselben Vorkehrungen zu beantworten, weil man dadurch nur immer weiter in ein gegenseitiges Absperren hineingerät"[204]. Daß der frühere Generalsekretär des Deutschen Hauptverbandes der Industrie in der ČSR und jetzige Vertreter deutscher Interessen im „Svaz", Kislinger, den Deutschen Industrie- und Handelstag im März 1933 um die Versicherung bat, entgegen der in der ČSR weit verbreiteten Meinung seien die Maßnahmen des Reichs aus ökonomischen Beweggründen erklärbar und hätten mit „Politik" nichts zu tun[205], hinderte letztlich aber nicht, daß nun auch die ČSR den Wirtschaftskampf gegen das Reich verstärkte. Auch hier war ein wesentlicher Anstoß nun politischer Natur: Der Aufstieg des Nationalsozialismus war im Nachbarland mit aufmerksamen Augen verfolgt worden und hatte in breiten Kreisen der Öffentlichkeit Unruhe ausgelöst. In eins mit dem Bewußtsein der von außen drohenden Gefahr ging das Mißtrauen gegen die deutsche Minderheit im eigenen Lande, die verdächtigt wurde, „fünfte Kolonne des Reiches" zu sein[206]. Im August 1933 konstatierte die Prager Gesandtschaft bei der Erteilung von Einfuhrerlaubnissen und der Zuteilung von Devisen politische „Voreingenommenheit"; seit der „nationalen Erhebung" sei es „geradezu Ehrensache geworden, sich antideutsch

[202] AFMZV, sekce IV, kr. 675, Konsulat Köln an Außenministerium Prag am 15. Dezember 1933. PA-IIb, Handel 11, Tschechoslowakei, Bd. 3, Bericht des Konsulats Köln vom 26. Juli 1933.

[203] PA-IIb, Ebenda.

[204] SÚA, ÚOŽK, kr. 226, Handels- und Gewerbekammer Reichenberg an die Zentrale der Handels- und Gewerbekammern am 21. Oktober 1933.

[205] PA-IIb, Handel 11, Tschechoslowakei, Bd. 3, Kislinger an den Deutschen Industrie- und Handelstag am 6. März 1933 (Abschrift).

[206] Jaworski, Vorposten, S. 160 ff.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zu betätigen". In der „Brüskierung" deutscher Handelsvertreter und dem rapiden Rückgang des Messebesuchs im Reich äußere sich eine Abkehr von deutschen Waren, die vom Gros der nationaltschechischen Parteien, durchaus aber auch von den deutschen Sozialdemokraten und den Christlich-Sozialen unterstützt werde. In der Tschechoslowakei sei man hier „fanatischer" als etwa in den Niederlanden oder den nordischen Staaten[207]. Besonders in der Slowakei und in der Karpatho-Ukraine, wo jüdische Unternehmer und Geschäftsleute im Wirtschaftsleben eine prominente Rolle spielten, führte die Solidarität mit den verfolgten Glaubensgenossen im Reich zusätzlich zur Ablehnung deutscher Waren; auch der 1933 in Prag tagende Zionisten-Kongreß stand unter der Boykott-Parole[208].

Der bilaterale Handel, der im Zeichen der Krise stark zurückgegangen war, nahm in den dreißiger Jahren nur mühsam wieder zu; am Vorabend des Zweiten Weltkriegs bewegte er sich noch unterhalb des Niveaus zu Beginn der Krise Ende der zwanziger Jahre. Rangierte Deutschland im In- wie im Export der ČSR auch nach wie vor an erster Stelle, so kamen 1937 nur mehr 15,5 Prozent der tschechoslowakischen Einfuhr aus dem Reich, gegenüber 25 Prozent im Jahr 1929; die Zahlen für die Ausfuhr der Tschechoslowakei nach Deutschland lauteten 19,4 und 13,7 Prozent respektive[209].

Die ČSR biete sich, dies war das Fazit des zitierten Gesandtschaftsberichts vom August 1933 gewesen, „wie schon seit Jahren auf politischem Gebiete, nunmehr auch wirtschaftlich als selten geschlossenes Widerstandszentrum gegen Deutschland dar"[210]. Verkannt wurde damit allerdings, daß, trotz aller politischen Irritationen, die tschechoslowakische Regierung gedeihliche Wirtschaftsbeziehungen zum Reich nach wie vor an sich zu schätzen gewußt hätte. Ebensosehr war man sich in Prag jedoch darüber im klaren, daß angesichts der deutschen Intransigenz jeder einseitige Abbau der Handelsbarrieren selbstmörderisch gewesen wäre[211].

---

[207] PA, Gesandtschaft Prag I/4 a, Bd. 2, Bericht der Gesandtschaft Prag vom 25. August 1933.

[208] Konsulat Preßburg an Auswärtiges Amt am 23. und 30. August 1933 sowie Gesandtschaft Prag an Auswärtiges Amt am 25. August 1933, in: Ebenda.

[209] BA-K, R 13/I-614, Bericht der Reichs-Kredit-Gesellschaft (undat.) über die Wirtschaftslage der „Tschecho-Slowakei" Mitte 1938.

[210] PA, Gesandtschaft Prag I/4 a, Bd. 2, Bericht der Gesandtschaft Prag vom 25. August 1933.

[211] AFMZV, sekce IV, kr. 675, Memorandum des Außenministeriums Prag, ohne Verf., ca. Ende 1933.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

BRUNO DE WEVER

„REBELLEN" AN DER OSTFRONT

Die flämischen Freiwilligen der Legion „Flandern" und der Waffen-SS

Nach der deutschen Besetzung Belgiens im Frühjahr 1940 wurden in Flandern und Wallonien Freiwilligeneinheiten aufgestellt, die später in der deutschen Wehrmacht an der Ostfront kämpften. In Flandern wurden ca. 10000 Freiwillige für die Legion „Flandern" und die Waffen-SS geworben. Die Rekrutierung dieser Freiwilligen war Gegenstand einer heftigen politischen Auseinandersetzung zwischen den kollaborierenden Gruppen in Flandern. Auf der einen Seite gab es den „Vlaams Nationaal Verbond" (Flämischer Nationalverband VNV), auf der anderen die flämische SS, die sich ganz zu den Zielen der deutschen SS bekannte. Der 1933 aus dem Zusammenschluß verschiedener flämischnationalistischer Gruppierungen entstandene VNV hatte ebenfalls ein radikales Profil: Er setzte sich zum Ziel, den belgischen Staat zu vernichten, arbeitete aber im Zeichen „großdietschen" Gedankenguts auf den Anschluß Flanderns an die Niederlande hin und widersetzte sich allen Verdeutschungsversuchen. Weiter strebte der VNV eine „neue Ordnung" an. Die Gesellschaft sollte autoritär gegliedert sein, wobei der VNV das Machtzentrum bilden sollte. Bereits vor dem Krieg pflegte der VNV-Leiter, Staf De Clercq, geheime Kontakte zur deutschen Abwehr, offiziell aber unterstützte der VNV die belgische Neutralitätspolitik. Dies hatte zur Folge, daß eine Anzahl radikaler VNV-Angehöriger, die eine vollständige und öffentliche Sympathiebekundung für das nationalsozialistische Deutschland favorisierten, aus der Partei ausschied. Aus diesem radikalen Milieu rekrutierte sich während der Besetzung eine Heim-ins-Reich-Bewegung, die den Anschluß Flanderns an das Großgermanische Reich befürwortete. Die SS förderte diese Bewegung in der Absicht, sich über ihre Anhänger in die belgische Politik einmischen zu können. So entstand schon zu Beginn der deutschen Okkupation die Allgemeine-SS Flandern, die später als die erste SS-Standarte „Flandern" ein Teil der deutschen SS wurde. Weiter aktivierte die SS die Deutsch-Flämische Arbeitsgemeinschaft (Deflag), die als politische Bewegung den VNV auf allen Gebieten bekämpfte.

Die SS opponierte aber nicht nur gegen den nationalistischen VNV, sondern auch gegen die deutsche Militärverwaltung. Belgien wurde ja vom Militär verwaltet. Das war eine Folge von Hitlers Entscheidung vom 14. Juli 1940, die endgültige Lösung der belgischen Frage auf später zu verschieben. Der belgische Staat bestand so vor-

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

läufig weiter, die Flamen sollten aber privilegiert werden[1]. Die Militärverwaltung förderte den VNV, um mit dessen ca. 30 000 Parteimitgliedern eine deutschfreundliche belgische Verwaltung aufbauen zu können. Das taktische Bündnis zwischen der Militärverwaltung und dem VNV wurde durch die Anstrengungen der SS begünstigt, den Einfluß des Militärs und des VNV zurückzudrängen. Dieser Versuch hatte außerdem einen jahrelangen Kampf zwischen Militärverwaltungschef Eggert Reeder und dem Reichsführer-SS zur Folge[2]. In der Auseinandersetzung zwischen dem VNV und der Deflag/SS war die Werbung für die Legion „Flandern" und die Waffen-SS ein äußerst wichtiger Aspekt, vor allem nach dem Ausbruch des Krieges zwischen Deutschland und der Sowjetunion, denn die erfolgreiche Ostfrontwerbung wurde zum Symbol der „Lebenskraft" der werbenden Organisationen. Die Militärverwaltung ihrerseits nutzte diesen Konkurrenzkampf zu ihrem Vorteil aus, so daß der VNV sich auf ihre Unterstützung nicht verlassen konnte.

Vor allem der VNV stellte viele Freiwillige, die hauptsächlich in der Legion „Flandern" eingesetzt wurden. Nicht wenige davon gerieten schon bald mit den deutschen Waffen-SS-Kadern und den flämischen, zur SS tendierenden Freiwilligen in Konflikt. Die SS beabsichtigte nämlich, mit der Anwerbung von Freiwilligen eine stark indoktrinierte großgermanische Bewegung gegen den VNV zu bilden. Die daraus erwachsenden Spannungen verschärften sich noch zusätzlich, als Mitte 1943 die Legion „Flandern" aufgelöst wurde und damit die letzten Illusionen des VNV bezüglich dieser Legion zunichte gemacht wurden. Der Schock war so groß, daß der VNV-Führer beschloß, auf jede Zusammenarbeit mit der SS zu verzichten – ein einzigartiger Fall in der europäischen Okkupationsgeschichte.

In dieser Phase der heftigen politischen Gärung in Flandern entwickelte sich bei einer Reihe von Freiwilligen an der Ostfront, die zum VNV hin tendierten, eine mehr oder weniger organisierte Kontestationsbewegung gegen die SS. Das Schicksal dieser sog. „Rebellen"[3] steht hier im Mittelpunkt der Betrachtung. Ihre Geschichte zeigt viel von den politischen Zielsetzungen, die die SS mit den germanischen Freiwilligen der Waffen-SS verfolgte. Denn es ist klar, daß die politischen Spannungen, die nicht nur bei den flämischen, sondern auch bei anderen Einheiten mit „germanischen" Freiwilligen herrschten, eine unmittelbare Folge der von Himmler entworfenen Strategie zur Durchsetzung einer pangermanischen „Großraumpolitik" waren[4].

---

[1] Albert De Jonghe, Hitler en het politieke lot van België (1940–1944), Antwerpen/Utrecht 1972, S. 186–213.

[2] Hierzu das Basiswerk van Albert De Jonghe, De strijd Himmler-Reeder om de benoeming van een HSSPF te Brussel (1942–1944), in: Bijdragen tot de geschiedenis van de Tweede Wereldoorlog, hrsg. van Navorsings- en Studiecentrum voor de Geschiedenis van de Tweede Wereldoorlog in Brüssel (NSGWO II), Nr. 3, 4, 5, 7 und 8 (1974–1984).

[3] Die Beteiligten nannten sich damals selbst „Rebellen".

[4] Eine gute Analyse der Strategie Himmlers hinsichtlich der germanischen Freiwilligen in Bernd Wegner, Hitlers politische Soldaten: Die Waffen-SS 1933–1945. Studien zu Leitbild, Struktur und Funktion einer nationalsozialistischen Elite, Paderborn 1982, S. 295–317 und ders., Auf dem Wege zur

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1. Die Aufstellung der Legion „Flandern": Betrug und Illusionen

Der VNV-Führer Staf De Clercq wußte schon im Dezember 1940, daß Flandern „deutsches Blut nicht ohne Gegenleistungen akzeptieren könne"[5] und daß der VNV um eine militärische Kollaboration mit den Deutschen kaum herumkommen würde. Er sah sich aber mit dem Problem konfrontiert, daß Hitler dem Reichsführer-SS gestattet hatte, in seine SS-Formationen militärische Kollaborateure aus den „germanischen" Ländern aufzunehmen, was letztlich auf eine Schwächung des VNV hinauslaufen konnte. Das war auch der Grund dafür, daß Staf De Clercq sich erst am 20. April 1941 zur militärischen Kollaboration entschloß, und zwar nur deshalb, weil er hoffte, damit die Allgemeine-SS Flandern ausschalten zu können. Der VNV-Führer war sich aber bewußt, daß die militärische Zusammenarbeit mit der SS und die damit verbundene Werbung seiner jungen Männer für eine Organisation, die unverhohlen ganz andere politische Auffassungen verkündete als er selbst, große Risiken in sich barg. Das stellte ihn vor ein Dilemma: Wenn er sich nicht zur militärischen Zusammenarbeit bereitfand, würde seine politische Glaubwürdigkeit beeinträchtigt werden. Tat er es aber, dann ergab sich daraus die Gefahr, seine besten Anhänger dem politischen Gegner zu überlassen.

Als nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion in allen besetzten Ländern antibolschewistische Legionen aufgestellt wurden, glaubte die VNV-Führung einen Ausweg aus dem Dilemma gefunden zu haben. Die Schaffung der Legion „Flandern" ermöglichte gewissermaßen eine militärische Kollaboration nach Wunsch, denn die Einheit würde ja völlig vom VNV kontrolliert werden, sie könnte ein ausgeprägt flämisches Image haben und würde einen VNV-Stempel tragen. Unter diesen Umständen hoffte der VNV, viele seiner jungen Anhänger dazu bewegen zu können, sich freiwillig zu melden. Sie könnten dann an der Ostfront beweisen, daß Flandern noch „lebenskräftig" sei, vor allem aber, daß der VNV stark und leistungsfähig genug sei, um in Flandern die Macht auszuüben.

Als Staf De Clercq am 20. April 1941 die unverzügliche Werbung für die Waffen-SS in den VNV-Reihen befahl, wurde das von seiner Gefolgschaft nicht mit allzu großer Begeisterung aufgenommen. Die ungemein scharfen Angriffe der Allgemeinen-SS Flandern, die der VNV hatte hinnehmen müssen, hatte viele stutzig gemacht. Die Werbeergebnisse waren dann auch mager. Den wenigsten der nur nach Hunderten zählenden Freiwilligen dürfte bewußt geworden sein, welche Bedeutung ihr Engagement im Pokerspiel zwischen der VNV-Führung und der SS-Führung in Berlin hatte. Staf De Clercq glaubte, mit der Werbung die notwendige Voraussetzung erfüllt zu haben, um die Allgemeine-SS Flandern unter seine Kontrolle zu bringen. Der SS, und namentlich SS-Gruppenführer Berger, ging es aber darum, Kräfte für ihre Heim-ins-Reich-Bewegung zu gewinnen. Die Werbung für

pangermanischen Armee. Dokumente zur Entstehungsgeschichte des III. („germanischen") SS-Panzerkorps, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 28 (1980), S. 101–136.

[5] Volk en Staat vom 3. Dezember 1940. Volk en Staat war die VNV-Zeitung (Übersetzung aller Zitatbelege von Vera Schiltz).

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Waffen-SS war folglich von Beginn an unauflöslich mit dem politischen Kampf zwischen den zwei Kollaborationsgruppen in Flandern verknüpft.

Der VNV erwärmte sich also erst 1941, als der Krieg zwischen Deutschland und der Sowjetunion begonnen hatte, für die militärische Kollaboration. Gleichwohl kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die ganze VNV-Organisation von der Spitze bis zur Basis hell begeistert war, an dem Konflikt teilnehmen zu können. Kaum hatte Staf De Clercq am 8. Juli 1941 die Aufstellung der Legion „Flandern" in „Volk en Staat" verkündet, zirkulierten die unterschiedlichsten Gerüchte: Die Legion „Flandern" würde eine selbständige Armee werden und später mit der niederländischen Legion verschmelzen. Sie würde eigene Offiziere und eigene Befehlsstränge erhalten und als Okkupationsarmee hinter der Front eingesetzt werden. Die Gerüchte hatten womöglich ihren Ursprung in der Verlautbarung des OKW, daß ausländische Freiwillige in geschlossenen Einheiten und unter eigener Führung am Krieg teilnehmen konnten[6].

Die Geschichte nahm aber einen ganz anderen Verlauf. In den Richtlinien des OKW wurde nämlich schon festgelegt: „Freiwillige [. . .] Flamen werden grundsätzlich durch den Reichsführer-SS erfaßt und in die Verbände der Waffen-SS eingestellt, bzw. als Freiwilligenverbände zugeteilt". Die Flamen wurden wie alle anderen als „germanisch" betrachteten Völker auch von der SS organisiert, die nicht gewillt war, ihr Monopol in diesem Bereich aus der Hand zu geben. Die Freiwilligen waren ja ein wesentliches Element der weit ausgreifenden Volkstumspolitik der SS, sie sollten entscheidend dazu beitragen, daß eine politische und kulturelle Atmosphäre entstand, in der die besetzten „germanischen" Länder gleichsam natürlich zum Nationalsozialismus und zur SS fanden[7]. Gottlob Berger war in diesem Bereich die treibende Kraft an der Spitze der SS. Er war als Leiter des SS-Hauptamtes (SSHA) für die Rekrutierung von Freiwilligen zuständig, was ihm zugleich die Gelegenheit bot, seine Macht im SS-Apparat zu vergrößern. Infolge der internen Entwicklung der SS hatte das SSHA aber seine ursprünglich weitgehenden Befugnisse größtenteils verloren. Berger bediente sich deshalb seines Ergänzungsamtes, um sich in der „Germanisierungs"-Arbeit engagieren zu können[8]. Doch auch seine Ergänzungsstellen wurden allmählich in Außenämter der Germanischen Leitstelle umgewandelt[9]. Tatsächlich war es sein Amtskollege Reinhard Heydrich, Leiter des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), dem Himmler die Verantwortung für die politische Linie der gesamten SS übertragen hatte[10]. Heydrich versäumte es auch nicht, Berger

---

[6] Bundesarchiv Koblenz (BA) NS 19 (neu), 1871: Richtlinien für den Einsatz ausländischer Freiwilliger im Kampf gegen die Sowjetunion.

[7] N. K. C. A In 't Veld, De SS en Nederland. Documenten uit SS-archieven 1935–1945, 2 Bde., 's Gravenhage 1976, S. 165.

[8] Hans Buchheim, Die SS – das Herrschaftsinstrument, in: Hans Buchheim/Martin Broszat u. a., Anatomie des SS-Staates, 1. Bd., München [4]1984, S. 211.

[9] Hans-Dietrich Loock, Zur „Großgermanischen Politik" des Dritten Reiches, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 8 (1960), S. 60.

[10] Buchheim, Herrschaftsinstrument, S. 85.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

unmißverständlich auf die Tatsache hinzuweisen, daß er seinen Kompetenzbereich betreten habe, „da ich ja dem Reichsführer-SS für die politische Linie in den besetzten Gebieten verantwortlich bin"[11]. Berger beeilte sich zu antworten: „Durch die Ergänzungsarbeit selbst wurde ich zwangsläufig in den politischen Tageskampf hineinverflochten", und völlig unaufrichtig fügte er noch hinzu, „ohne daß diese Art der Aufgabe von mir erwünscht oder gar gesucht worden wäre"[12].

Für Berger war die Werbung für die Waffen-SS und für die Legion „Flandern" die Fortsetzung der Politik, die er mit der Allgemeinen-SS Flandern und später mit der Deflag betrieben hatte. Es nimmt denn auch nicht wunder, daß er die Gesamtzahl der Rekrutierten für die Ostfront als reinen Gewinn für die SS betrachtete und diese Werbeergebnisse in einem Atem mit denen nannte, die die Allgemeine-SS Flandern erzielt hatte. Über diese Formation konnte er am 27. August 1941 seinem Chef zufrieden berichten: „Das was wir jetzt in der Flämischen SS gesammelt haben, denkt großdeutsch und bekennt sich restlos zum Anschluß an das Reich. Es sind dies die Männer, die ein besonderes Abzeichen, wie den flämischen Leu, an der Uniform ablehnen, ‚weil es der Anfang vom Separatismus sei' "[13]. Berger bot in den folgenden Jahren seine ganze Kraft dafür auf, um die Ostfrontfreiwilligen so stark wie möglich mit SS-Gedankengut zu indoktrinieren – übrigens nicht ohne Erfolg.

Es ist höchst merkwürdig, daß erst am 2. August, vier Tage vor der Abreise des ersten Freiwilligen-Kontingents, und folglich in dem Moment, als fast alle Freiwilligen dieses Aufgebots ihren Dienstvertrag schon unterschrieben hatten, eine Abmachung zwischen dem VNV und der SS hinsichtlich der Legion „Flandern" getroffen wurde[14]. Noch merkwürdiger ist, daß die Forderungen des VNV weitgehend erfüllt wurden und daß die Abmachung dem VNV allen Raum für eine umfassende Kontrolle der Freiwilligen bot: Die VNV-Angehörigen wurden in geschlossenen Kompanien zusammengefaßt und nach Möglichkeit von Führern und Unterführern befehligt, die dem VNV angehörten. Der Kommandeur wurde im Einvernehmen mit Staf De Clercq berufen, und die Kontrolle wurde auch dadurch gewährleistet, daß drei hohe VNV-Kader, Reimond Tollenaere, Jozef François und Paul Suys, Verbindungsoffiziere und Betreuer werden und der bekannte Professor Frans Daels die Führung des Gesundheitsdienstes übernehmen sollte; weiter war ein katholischer Militärgeistlicher für die Freiwilligen vorgesehen. Es ist denn auch nicht verwunderlich, daß der Führungsrat des VNV am 4. August 1941 den ausgehandelten Bedingungen ohne Einschränkungen zustimmte.

In diesem Zusammenhang erhebt sich die Frage, wie SS-Hauptsturmführer Karl Leib, seit 1. Juni 1940 als Chef der Ergänzungsstelle „Nordwest in Den Haag für die Waffen-SS-Werbung in Flandern zuständig, dazu kam, einen Vertrag aufzusetzen, der

[11] BA NS 19 (neu), 2197: Heydrich an Berger am 4. November 1941.
[12] BA NS 19 (neu), 2197: Berger an Heydrich am 5. November 1941.
[13] BA NS 19 (neu), 2140: Berger an Himmler am 27. August 1941.
[14] Das Dokument wurde von Staf De Clercq für den VNV und von Karl Leib für die SS unterschrieben. Dokument publiziert und kritisch analysiert in Bruno De Wever, Oostfronters. Vlamingen in het Vlaams Legioen en de Waffen SS, Tielt/Weesp 1984, S. 52 f.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Absichten der SS regelrecht zuwiderlief. Dieser Vertrag bildete die Ursache der Konflikte, die sich später mit den Freiwilligen ergaben. Leider liegen nur wenige Angaben vor, die eine klare Antwort darauf ermöglichen. Dem Autor sind keine Unterlagen bekannt, aus denen hervorginge, daß Leib auf Weisung Bergers gehandelt hätte. Leib brachte es nicht fertig, sich mit dem VNV in der Frage der Allgemeinen-SS Flandern zu einigen, weshalb Berger schon im Juni den Beschluß gefaßt hatte, ihn durch Konstantin Kammerhofer zu ersetzen. Die Ablösung war für den 9. Juli vorgesehen, und Kammerhofer war im Juli auch schon in Belgien[15]. Trotzdem war es Leib, der das Abkommen mit Staf De Clercq schloß. Es ist durchaus möglich, daß Berger diese Arbeit noch Leib überließ, um Kammerhofers Auftrag nicht schon vom ersten Tag an zu belasten. Berger scheute sich übrigens nicht, in Verhandlungen die Unwahrheit zu sagen und sogar zu lügen.[16]. Es könnte auch sein, daß Leib in den Verhandlungen mit dem VNV alles zu Papier bringen ließ, was an Problemen vorlag, bloß um zu einem Vergleich zu kommen und dann seine Aufgabe als erledigt ansehen zu können.

Wie dem auch sei, es stellte sich schon bald heraus, daß der Vertrag Leib/De Clercq nicht erfüllt wurde. Sobald die Legion „Flandern" in die SS-Ausbildungslager in Polen eingerückt war, ergaben sich Probleme und Streitigkeiten, sowohl zwischen den flämischen Freiwilligen und ihren deutschen Ausbildern als auch unter dem Flamen selbst. Diese Schwierigkeiten hörten nie mehr ganz auf und gipfelten schließlich in der erzwungenen Entfernung einiger VNV-gesinnter Freiwilliger aus der SS. Das Gerangel, das sich während der Ausbildung des ersten Kontingents der Legion „Flandern" in Debica und Arys ereignete, war gewiß zum Teil auf die immer bestehenden Spannungen zwischen Rekruten und ihren Ausbildern zurückzuführen, zum Teil aber auch auf die politischen Gegensätze und die Nichteinhaltung der Vertragsbedingungen. Am 25. August 1941 schrieb Tollenaere nach einem Gespräch mit Reich, dem Befehlshaber des Ausbildungslagers, an De Clercq: „Es ist klar, daß Leib alle erdenklichen Zusagen gemacht hat und alles nur zu Papier bringen ließ, um ‚seine' Legion durchzusetzen. Leib kam es nur darauf an, seine Zahl zu erreichen. Dazu war ihm alles recht. Der Standartenführer [Reich] sprach davon, Leib in ein Konzentrationslager einzuweisen!"

Reich behauptete, von dem Kontrakt nichts gewußt zu haben, und hatte die Freiwilligen am 11. August 1941, als die Legion „Flandern" eintraf, vertragswidrig der Standarte Nordwest zugeführt. Als etwas mehr als die Hälfte der Freiwilligen sich diesem Befehl widersetzte, fiel Reich nichts Besseres ein, als die „Querulanten" in die niederländische Legion einzugliedern[17]. Dabei folgte Reich Anweisungen, die er aus Berlin bekommen hatte. Am 6. August hatte Jüttner, Leiter des SS-Führungshauptamtes und in dieser Eigenschaft u. a. für die Rekrutenausbildung zuständig, nämlich den Befehl erteilt, die an diesem Tag aus Flandern abreisenden Flamen bei

[15] De Jonghe, De Strijd Himmler-Reeder, Nr. 4, S. 46 f.

[16] Das wird u. a. von George H. Stein und H. Peter Krosby in ihrer Untersuchung über Bergers Verhandlungen hinsichtlich des finnischen Freiwilligen-Bataillons festgestellt: Das finnische Freiwilligen-Bataillon der Waffen-SS: eine Studie zur SS-Diplomatie und zur ausländischen Freiwilligen-Bewegung, in: VfZ 14 (1966), S. 424 f.

[17] Eigene Dokumentensammlung: Brief von Tollenaere an De Clercq vom 25. August 1941.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Standarte Nordwest aufzustellen[18]. Jüttner war offenbar nicht im Bilde über Bergers politische Pläne und Reich folglich ebenfalls nicht. Es versteht sich von selbst, daß die Art und Weise, wie Reich die Schwierigkeiten löste, für Berger inakzeptabel war. Indem er einige Hunderte Flamen der niederländischen Legion zugeteilt hatte, hatte Reich ja eine richtige „dietsche Einheit" gebildet. Am 16. September 1941 fragte Berger deshalb auch bei seinem Kollegen Jüttner an, ob dieser nicht darauf hinwirken wolle, daß „SS-Oberführer Reich doch ein ganz klein wenig Vernunft annehmen und sich dessen bewußt sein soll, daß seine Arbeit die weitere deutsche Politik in Belgien und in den Niederlanden maßgebend positiv oder negativ beeinflußt", und daß „das Flamenbataillon aus politischen Gründen möglichst bald herausgenommen werden muß, um als ‚selbständige Legion' eingesetzt werden zu können". Dadurch, daß man Flamen und Niederländer zusammenspanne, schrieb Berger weiter, werde ja „der dietsche Gedanke" gefördert[19].

Es waren demnach Bergers politische Pläne, die für das Schicksal der Legion „Flandern" bestimmend waren. Es stand ihm nur zu deutlich vor Augen, daß es noch nicht möglich war, die Legion „Flandern" ohne weiteres der Waffen-SS einzuverleiben. Vorläufig sollte der Schein aufrechterhalten werden und die Legion „Flandern" als „selbständige Legion" erhalten bleiben. Das gleiche Spiel trieb er übrigens auch mit den anderen germanischen Legionen; wegen der hochbrisanten Lage in Flandern mußte er jedoch doppelt vorsichtig vorgehen. Am 19. September berichtete er Himmler: „Staf De Clerq [sic], der vor einem Vierteljahr ausgesprochen in unserem Fahrwasser lief, hat sich in jeder Form von uns entfernt. Durch das geschickte Verhalten der Allg. SS konnte er mit Ausnahme eines Artikels im ‚SS-Man' und der Angelegenheit ‚Legion' nichts Positives vorbringen"[20]. Berger wollte De Clercq aber keinen Anlaß zum Abspringen geben, und auch deswegen wurde letztlich am 24. September 1941 die Legion „Flandern" wiedergegründet.

Tollenaere war gewiß nicht der Meinung, daß die Leute der Allgemeinen SS sich geschickt verhielten und meldete De Clercq: „Die Quertreiberei der Männer, die aus der Allgemeinen-SS Flandern kommen, ist hier schändlich. Sie triezen unsere Männer am meisten und benehmen sich wie Büttel"[21]. Es waren aber diese SS-gesinnten Freiwilligen, die auf weite Sicht Bergers wichtigster Trumpf sein sollten. In einem Milieu, das günstig für sie war, und durch politische Erziehung unterstützt, gelang es ihnen tatsächlich, zahlreiche Freiwillige, die anfänglich zum VNV neigten, in ihrem Sinne zu beeinflussen. Ein harter Kern von VNV-Angehörigen aber ließ sich nicht überzeugen und verursachte eine zunehmende Polarisierung unter den Freiwilligen. Ihr größter Trumpf, wenn man so sagen darf, war das Verhalten mancher deutscher Ausbilder, die oft nicht das geringste Verständnis für das Enga-

[18] Dokument veröffentlicht von N. K. C. A. In 't Veld, De SS en Nederland, S. 570.

[19] BA NS 19 (neu), 2140: Berger an Jüttner am 16. September 1941.

[20] BA NS 19 (neu), 2140: Berger an Himmler am 17. September 1941.

[21] Eigene Dokumentensammlung: Tollenaere an De Clercq am 25. August 1941. Zwei Tage später meldete Berger seinem Chef überaus zufrieden, daß die Allgemeine-SS das separatistische flämische Löwenschild ablehne (s. o.).

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gement der germanischen Freiwilligen zeigten. Sie machten zahlreiche psychologische Schnitzer und begünstigten auf diese Weise die Polarisierung[22].

2. Die politischen Schwierigkeiten um die Legion „Flandern"

Der schwierigen Geburt der Legion „Flandern" folgte eine nicht mehr abreißende Kette von politischen Reibereien. Die Legion war zwar wiedergegründet, es war aber bald nicht mehr zu übersehen, daß die SS nicht die Absicht hatte, sich an alle vereinbarten Vertragspunkte zu halten. Die VNV-gesinnten Freiwilligen pochten wiederholt vergeblich auf die Einhaltung der Bedingungen, unter denen sie geworben worden waren, und schrieben darüber eine Vielzahl von alarmierenden Berichten und Briefen an die VNV-Führung. Die meisten Briefe gingen an der Zensur vorbei, weil sie von Urlaubern geschmuggelt wurden. In ihnen war unverblümt zu lesen, daß die im Vertrag Leib/De Clercq festgelegten Bedingungen nicht erfüllt wurden. Nicht wenige Freiwillige wollten sich damit nicht abfinden, weshalb Tollenaere forderte, daß ihnen die Gelegenheit geboten würde, in die Heimat zurückzukehren. Diese Forderung wurde von der SS ausnahmsweise erfüllt, und Dutzende von Freiwilligen nutzten die Gelegenheit, der SS den Rücken zu kehren. Auch ihre Berichte waren eindeutig, vor allem die Rapporte zweier zurückgekehrter Ärzte machten Eindruck: „Als wir den Standartenführer [Reich] darauf aufmerksam machten", so Dr. Soenens, „daß wir unter bestimmten vertraglich festgelegten Bedingungen gekommen waren und daß wir einen politischen Vertreter des VNV bei uns hatten, der mit der Aufgabe betraut war, über die Durchführung des Vertrages zu wachen, erklärte er, er wisse von dem Vertrag nichts, die Vertragsbedingungen [...] seien aus militärischer Sicht unsinnig, dem wir beipflichten mußten, und mit Politik oder politischen Kommissaren habe er nichts zu tun. [...] Die Offiziere fanden den Vertragsparagraphen über den Feldgeistlichen besonders lustig: Das war eigentlich etwas Singuläres, in der gesamten Waffen-SS gibt es ja keinen einzigen Feldgeistlichen [...] Dies soll jedoch meiner Meinung nach eine Frage des ‚to be or not be' sein; es ist einfach nicht vorstellbar, daß man unsere flämischen katholischen Jungen etwa ohne geistlichen Beistand umkommen ließe; der Geist war derartig, daß manche unserer Jungen sich bereits nicht mehr trauten, sich katholisch zu nennen, ebensowenig trauten sie sich, sich VNV-Angehörige zu nennen. Der dort herrschende deutsche Standpunkt [...] ist ungefähr folgender: Flandern ist ein durch den Vertrag von Münster verlorengegangenes Stück Deutschlands. Unsere Sprache ist ein deutscher Dialekt, und nur infolge unserer politischen Geschichte ist das Hochdeutsche nicht unsere Schriftsprache geworden. [...] Das Vernünftigste, was wir also tun können, ist, uns so bald wie möglich zu ‚entflamen' und einzudeutschen, um ebenbürtige Deutsche zu werden, während wir als Flamen nur zweitran-

[22] Himmler sah sich wiederholt zum Einschreiten gegen die SS-Ausbilder veranlaßt, weil sie die germanischen Freiwilligen als schäbige Söldlinge beschimpften (s. u.).

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gige Bürger bleiben werden."[23] Soenen fuhr so noch einige Seiten fort und beschrieb dabei auch, wie die deutschen und flämischen SS-Männer die VNV-gesinnten Freiwilligen schikanierten und demoralisierten.

Staf De Clercq wollte sich an Ort und Stelle über den Stand der Dinge unterrichten. Am 11. Oktober begab er sich mit dem VNV-Propagandaleiter Edgar Delvo und mit Konstantin Kammerhofer zur Legion „Flandern", die damals in Arys ausgebildet wurde. Dort stellte er zwar einige Forderungen auf[24], von manchen Punkten des ursprünglichen Vertrages aber war nicht mehr die Rede. Offenbar hatte Staf De Clercq eingesehen, daß einige Bestimmungen aus militärischer Sicht in der Tat nicht realistisch waren. Dennoch geht aus dem, was er forderte, hervor, daß er sein Möglichstes tat, die politische Kontrolle über die Legion zu bewahren. Seine größte Hoffnung galt dabei der Einsetzung flämischen Führungs- und Rahmenpersonals, weshalb er eine Erweiterung der flämischen Kader um ehemalige Unteroffiziere aus dem belgischen Heer forderte, die in ihren alten Diensträngen in die Legion „Flandern" eingestuft werden sollten. Tollenaere sollte Verbindungsoffizier zwischen dem deutschen Kommando und der flämischen Truppe werden. Weiter forderte Staf De Clercq die baldige Bestellung des Feldgeistlichen „laut Übereinkommen". Letzterer Punkt ist sicher nicht der unwesentlichste. Denn zweifellos war Staf De Clercq der Meinung, daß der Feldgeistliche, der außerdem ein Freund von ihm war, als eine Art von Damm gegen die SS-Indoktrination wirken könnte. Darüber hinaus wurde sowohl in der Legion als auch in Flandern ausdrücklich ein Feldgeistlicher gefordert.

De Clercq dürfte mit dem Ergebnis seines Besuches kaum zufrieden gewesen sein. Dafür hatte er zuviel von seinem ursprünglichen Konzept der Legion preisgeben müssen. Der Gang der Dinge dürfte ihn aber bald noch mehr beunruhigt haben. Trotzdem setzte sich De Clercq über die anschwellende Kritik in Flandern, auch aus seinem eigenen Führungsrat, zunehmend hinweg. Auch die Schlußfolgerung des Rapports von Dr. Soenens schlug er in den Wind. Diese Schlußfolgerung war unzweideutig: „Die Abreise weiterer Legionäre muß unterbunden werden, sonst macht der VNV sich bewußt mitschuldig an etwas, was von der Mehrheit der Legion als eine Anwerbung von Kanonenfutter betrachtet wird [...]. Macht der VNV das nicht, so kann er nicht länger auf unschuldig plädieren und sich darauf berufen, betrogen worden zu sein, sondern er ist an einer Sache mitschuldig, die wie sie jetzt liegt, für Flandern nur einen Verlust seiner besten Kräfte bedeuten kann, ohne Hoffnung, daß hieraus für Flandern etwas Gutes erwächst."[25]

Warum befolgte Staf De Clercq Soenens Rat nicht, warum setzte er weiter auf die Anwerbung von Freiwilligen für die Legion Flandern und damit auf eine Zusammenarbeit mit der SS? Die Antwort liegt zum Teil in der Tatsache begründet, daß

[23] Algemeen Rijksarchief (Reichsarchiv Brüssel = ARA), Fonds Krijgsauditorat Brussel (Archivalien Oberkriegsgericht Brüssel = KA), Dossier Daels. Memorandum Dr. Soenen o. J. (August 1941).

[24] Eigene Dokumentensammlung: „Aktenvermerk über die Wünsche des Leiters des VNV Herrn Staf De Clercq, die er nach Abschluß seines Besuches der flämischen Legion geäußert hat", o. J.

[25] ARA, KA, Dossier Daels, Memorandum Dr. Soenen (August 1941).

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der VNV schon damals in einen heftigen Konkurrenzkampf mit der flämischen SS verwickelt war. Am 1. September 1941 wurde die Allgemeine-SS Flandern in die 1. SS-Standarte Flandern umgewandelt und somit in die gesamte SS-Organisation integriert. Die Hoffnung De Clercqs, die flämische SS neutralisieren zu können, indem er sie seiner Organisation einverleibte, war damit hinfällig geworden. Die flämische SS entwickelte sich vielmehr zu einem ernstzunehmenden politischen Konkurrenten, und der VNV sah sich daher genötigt, seine Unentbehrlichkeit auch im Bereich der Ostfrontwerbung zu beweisen. Außerdem wußte De Clercq schon im Sommer 1941, daß sich die Deflag als eine politische Organisation entpuppte, die ähnliche Ziele wie die flämische SS anstrebte. Teils hat die Antwort auch damit zu tun, daß Staf De Clercq doch noch hoffte, über bestimmte Kanäle wenigstens einen gewissen politischen Einfluß innerhalb der Legion „Flandern" behalten zu können. Seine Hoffnung hat sich aber als illusorisch erwiesen.

Das zeigte sich in verschiedenen Punkten: Im November fuhr der Feldgeistliche nach Berlin, um sich für die Legion „Flandern" anzumelden; er wurde aber dort von verschiedenen SS-Dienststellen glatt abgewimmelt. Tollenaere hatte bereits zuvor gemeldet, daß ein Feldgeistlicher von der SS nicht toleriert würde[26]. Außerdem fiel Tollenaere, auf den Staf De Clercq große Hoffnung setzte und den er wahrscheinlich als seinen Nachfolger betrachtete, am 22. Januar 1942. Flämische Offiziere und Unteroffiziere, die im Konzept De Clercqs eine große Rolle spielten, gab es erst in größerer Zahl, als die Legion „Flandern" schon aufgelöst worden war[27]. Der Gesundheitsdienst Professor Daels war ebenfalls weggefallen. Daels war ausgeschieden und wandelte sich in einen Gegner der Werbung. Zwei VNV-gesinnte Ärzte kehrten nach sehr kurzer Zeit enttäuscht zurück.

Staf De Clercq hatte offenbar nicht klar genug erkannt, welche weitreichenden politischen Absichten die SS mit der Werbung von Ostfrontfreiwilligen verfolgte. Berger, der am 9. September 1942 seine Eindrücke über den Tätigkeitsbericht der SS-Feldpostprüfstelle vom Juli 1942 niederschrieb, meinte, daß die Arbeit der SS auch bei den Flamen erste Erfolge zeitigte: „Wie noch in keinem Tätigkeitsbericht, so zeigt nun dieser, daß unsre Männer sich langsam in einer sehr positiven Art mit der Kirche auseinandersetzen und daß [. . .] draußen an der Front ein neuer Glaube wächst. Des weiteren, daß politisch gesehen, sowohl in der Waffen-SS wie in der Legion, Niederländer und Flamen sich vom großdietschen Gedanken abwenden und sich auf ein Großdeutschland einstellen."[28] Die Freiwilligen sollten auf optimale

---

[26] Eigene Dokumentensammlung: Tollenaere an De Clercq am 30. September 1941.

[27] Als die Legion „Flandern" an die Front abfuhr, setzte sich der Kader aus 25 deutschen Offizieren und 78 Unteroffizieren gegenüber 14 flämischen Offizieren und einem Unteroffizier zusammen. Die Mehrheit der flämischen Offiziere war wegen ihrer mangelnden Ausbildung nicht für ihre Aufgabe geeignet. Die finnischen Freiwilligen aber, die über genügend altgediente Offiziere verfügten, wurden jedoch entgegen der Absprache ebenfalls deutscher Führung unterstellt. Die deutsche Kontrolle diente in erster Linie politischen Zwecken, vgl. Stein/Krosby, Waffen-SS, S. 444.

[28] BA NS 19 (neu), 351: Die SS-Feldpostprüfstelle überprüfte die Feldpost von und zu den germanischen SS-Freiwilligen, hauptsächlich, um politische Informationen zu gewinnen.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Weise indoktriniert werden können. Einen katholischen Feldgeistlichen und „Kiebitze" des VNV konnte Berger ganz und gar nicht brauchen, und auch Staf De Clercq bekam bald zu spüren, daß sein Einfluß auf die Legion überaus beschränkt blieb und daß nach seinem Besuch in Arys die Beschwerden der Freiwilligen keineswegs aufhörten. Denn die Folgen mancher Zweideutigkeiten bei der Werbung und die Nichteinhaltung einer Reihe von Abmachungen machten sich immer wieder nachhaltig bemerkbar. Das erwies sich aus zahlreichen an der Feldpostprüfstelle vorbei geschmuggelten Briefen, die die VNV-Leitung von Freiwilligen erhielt[29]. Im Mittelpunkt der Klagen der Freiwilligen stand das totale Desinteresse der Ausbilder an den Motiven ihres Engagements. Am 9. April 1942 schrieb Berger dem HSSPF der Niederlande: „In der SS haben wir die Aufgabe der Führung der Legionen vom Führer übertragen erhalten, weil der Führer auf dem Standpunkt stand, daß die Wehrmacht so etwas nicht machen kann, sondern nur seine SS-Führer. Hätte man wirkliche Führerpersönlichkeiten für diese unerhört wichtige politische Aufgabe herausgestellt, dann wäre das auch heute ein großer politischer Erfolg. So hat man viele Führer in die Legionen abgestellt, die militärisch und menschlich zur Führung einer aktiven Truppe nicht hinreichen und darum entstehen dauernd die Pannen."[30]

Die Verhältnisse in der Legion „Flandern" unterschieden sich nicht grundsätzlich von denen in anderen Einheiten mit „germanischen" Freiwilligen. Überall ergaben sich Reibereien, die oft durch kulturelle und politische Gegensätze noch verstärkt wurden. Manche Untersuchungen über die Waffen-SS stellen aber die Legion „Flandern" als „das schwarze Schaf" der Legionen dar[31]. Dem liegt wahrscheinlich die Tatsache zugrunde, daß die Klagen der flämischen Legionäre regelmäßig Anlaß für offizielle Noten waren, die dann in den Archiven gelandet sind. Vor allem Staf De Clercqs sog. Klagenbrief vom 12. März 1942 hat viel Beachtung in der Fachliteratur gefunden. In dieser langen Note, die über Reeder bis zu Himmler ging, faßte der VNV-Führer die ihm zu Ohren gekommenen Klagen zusammen[32]. Er schlug auch einige Maßnahmen vor, die eine Linderung der Probleme versprachen, etwa die Einstellung flämischer Verbindungsoffiziere und flämischer Adjutanten bei den Kompaniechefs, die für die geistige Führung der Flamen verantwortlich sein sollten. Weiter verlangte De Clercq, daß sofort mit der Ausbildung flämischer Offiziere begonnen werden sollte. Die Maßnahmen dienten nur einem Ziel: die Kontrolle über die Freiwilligen so weit wie möglich zu bewahren.

Am 30. Januar wurde die gesamte Legion „Flandern" an die Front abkommandiert. Die Legionäre wurden nun mit den üblichen Problemen, die jeder Krieg mit sich bringt, konfrontiert. Selbstverständlich traten damit die politischen Gegensätze etwas in den Hintergrund, gelöst aber wurden sie durch den Fronteinsatz nicht. Das

[29] ARA, KA, Bündel 923.

[30] Zit. nach N. K. C. A. in 't Veld, De SS en Nederland, S. 687: Berger an Rauter am 9. September 1942.

[31] So z. B. Stein/Krosby, Waffen-SS, S. 162, und Wegner, SS-Panzerkorps, S. 105.

[32] NSGWO II, German Records Microfilmed at Alexandria, T 175, Records of the Reich Leader of the SS and German Police, Roll 111, frames 2635482–2635486.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zeigte sich überdeutlich im Frühjahr 1943, als die Legion „Flandern" von der Front abgezogen wurde und die Freiwilligen kurz die Gelegenheit bekamen, sich zu besinnen, wofür sie eigentlich kämpften. Für manche VNV-Freiwilligen wurde diese Frage überaus problematisch, als die Legion „Flandern" im Mai 1943 aufgelöst wurde und sie zwangsweise der Waffen-SS zugeführt wurden. Wie bei der ersten Auflösung der Legion, kam es auch nun wieder zu einer Krise.

In Flandern war es bis dahin relativ ruhig geblieben. Der VNV nahm eine sehr doppeldeutige Haltung an: Gegenüber der eigenen Basis, welche die Freiwilligen entsenden mußte, tat man so, als sei nichts geschehen. Die Werbung durfte nicht gefährdet werden, und darum wurde jede Kritik im Keime erstickt. An der Spitze des VNV war man sich aber durchaus bewußt, daß die Kritiker recht hatten. Das ergibt sich besonders deutlich aus dem auf Zeugnissen und Briefen von Freiwilligen beruhenden Bericht von De Clercq an Reeder[33]. De Clercq stützte sich ausschließlich auf authentische Briefe[34], schon der Anfang des Berichts spricht Bände: „Diese Betrachtungen und Schlußfolgerungen haben unbedingt einen strikt vertraulichen Charakter zu bewahren. Weder unser Volk noch Deutschland könnten Gewinn daraus erzielen, daß durch das Bekanntmachen von verhaßten Methoden und Mißständen, Unzufriedenheit, Entrüstung und Feindseligkeit gegenüber denjenigen, die daran Schuld sind, entstände und daß sich ein Gefühl von Mißtrauen und Unruhe bei den Hinterbliebenen der Legionäre und bei der deutschfreundlichen flämischen Bevölkerung entwickelte [. . .]." Es folgte dann eine Auflistung von Dingen, die laut De Clercq korrekturbedürftig waren. Im Mittelpunkt stand die Klage der „Ausschaltung der Bewegung im unmittelbaren Kontakt zu den Mannschaften" – im Klartext: die politische Kontrolle durch den VNV. Das gesammelte Material bewies nach Ansicht von De Clercq, daß man „an und hinter der Front [. . .]" nichts unversucht lasse, „um [den VNV] und dessen Leiter mit der größten Mißbilligung zu behandeln, zu diffamieren und zu beleidigen; um unmittelbar und mittelbar die Legion kaltzustellen und ihren Fortbestand unmöglich zu machen".

Es war eines der letzten Male, daß De Clercq seinem Unmut über das politische Debakel der Legion „Flandern" Luft machte. Am 22. Oktober 1942 verstarb er in einem Genter Krankenhaus. Sein Nachfolger Hendrik Elias betrieb anfänglich die gleiche Schaukelpolitik. Erst als die Legion „Flandern" aufgehoben wurde und auch die Basis nicht länger hinters Licht geführt werden konnte, beendete Elias die Werbung für die Waffen-SS endgültig.

---

[33] ARA, KA, Bündel 919: „Note des VNV-Führers an Herrn Präsidenten Reeder" am 8. September 1942. Reeder leitete diesen Rapport an Himmler weiter. Er mag eine gewisse Wirkung gehabt haben, denn am 24. Oktober 1942 gab Himmler Berger den Befehl, einen persönlichen Brief an den Kommandeur der Legion „Flandern" zu schreiben „wegen der politischen Unzufriedenheit in der flämischen [. . .] Legion". Auch an die Kommandeure der niederländischen und der norwegischen Legion sollte ein ähnlicher Brief geschickt werden; vgl. BA NS 19 (neu), 351.

[34] Zahlreiche Briefe im VNV-Archiv, in: ARA, KA, Bündel 919, 921, 923. Auch der Tätigkeitsbericht der SS-Feldpostprüfstelle vom August 1942 wies auf die vielen politischen Klagen der Freiwilligen hin; in: BA NS 19 (neu), 2016.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

3. Die Auflösung der Legion „Flandern": eine politisch-militärische Entscheidung

Am 7. Mai 1943 erteilte Himmler den Befehl zur Errichtung der SS-Sturmbrigade „Langemarck", in die u. a. die Legion „Flandern" aufgenommen werden sollte[35]. Eigentlich war die Umgestaltung schon eine Weile im Gange, und die Pläne, auf denen sie beruhte, reichten weit zurück. Der Waffen-SS General Felix Steiner hatte schon in einem Brief an Berger vom 16. September 1942 die Aufhebung der „germanischen Legionen" vorgeschlagen; er wollte die Legionen zu einer germanischen Division zusammenfassen. Sein Vorschlag hatte demnach militärisch-organisatorische Implikationen, war aber in erster Linie politisch motiviert[36]. Steiner stellte nämlich fest, daß in den besetzten „germanischen" Ländern die nationalsozialistischen Parteien sich kaum darum bemühten, die Idee eines germanischen Reiches durchzusetzen. Das Klima in den Legionen war nach Steiners Meinung nicht viel besser: „In den Legionen prägt sich im wesentlichen der Geist der politischen Parteien aus, die letzten Endes in diesen Waffenträgern ihre bewaffneten Parteigarden sehen müssen und es auch tun. [. . .] Dementsprechend werden die Legionen als das Schoßkind der Parteien von diesen besonders gepflegt und gefördert. Die germanische Idee wird aber dort zwangsläufig nicht gefördert. [. . .] So wird es nötig werden zu überlegen, ob die Legionen nicht besser in die germanische Division überführt werden [. . .]."

Man muß hier im Auge behalten, daß Steiner gewissermaßen pro domo sprach. Denn er war der Befehlshaber der germanischen Division und hatte damit allen Anlaß, den Partikularismus der Legionen zu übertreiben. Es hätte der VNV-Führung viel Kopfzerbrechen erspart, wären die Verhältnisse in der Legion „Flandern" tatsächlich so gewesen, wie Steiner sie schildert. Aus Steiners Brief ergibt sich ferner, daß Berger selbst bereits früher mit dem Gedanken der Schaffung eines germanischen Korps gespielt hatte. Man kann also ruhig behaupten, daß es den Plan zur Auflösung der Legionen schon ein Jahr nach ihrer Errichtung gab.

Anfang 1943 fing man an, konkrete Pläne für die Umgestaltung aufzustellen. Offenbar war es Himmler selbst, der sich damit befaßte[37]. Der Reichsführer-SS war ein entschiedener Gegner der Integration der Legion „Flandern" in das germanische Korps, denn dann würden ja Flamen und Niederländer in derselben Einheit dienen, was den „dietschen Gedanken" fördern könnte. Berger hingegen befürwortete die Idee, die Legion „Flandern" in die Umgestaltungspläne einzubeziehen. In einem Brief an seinen Chef schrieb er, daß der Ausschluß der Legion „Flandern" von diesen Plänen sich propagandistisch sehr negativ auswirken werde. Außerdem bestehe

[35] NSGWO II, T 175, Roll 66, frame 2581990: Befehl Himmlers vom 7. Mai 1943.

[36] BA NS 19 (neu), 1667: Brief Steiners an Berger vom 16. September 1942.

[37] Zum Hintergrund der Reorganisation siehe: Wegner, SS-Panzerkorps, S. 108–113. Wegner veröffentlicht in seinem Artikel zahlreiche Dokumente (S. 114–130), in denen auch die Umgestaltung der Legion „Flandern" besprochen wird.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Möglichkeit, Flamen und Niederländer innerhalb des Korps zu trennen. Es sei besser, die Legionen hinter der Fassade einer militärischen Umgestaltung zusammenzufügen, ihre Auflösung würde zuviel Staub aufwirbeln. Die Legionen sollten dann die Regimenter des germanischen Korps bilden. Die Ländernamen sollten nach Bergers Meinung abgeschafft werden[38].

Himmler hatte aber seine eigenen Ideen. In einer Note vom 3. März 1943 über „die Aufstellung des germanischen Korps" ging er davon aus, daß eine flämische „Stoßbrigade" mit der Legion „Flandern" als Kern aufgestellt werden würde. Die Einheit könne eventuell in das germanische Korps aufgenommen werden, und zwar in einen Truppenteil, in dem das Regiment „Nederland" (die einstige niederländische Legion) nicht eingeschlossen sei. Er verbot auch die individuelle Vermischung: „Das Dienen von Flamen in dem Regiment ‚Nederland' ist strengstens verboten."[39] Kurz danach stellte er sich gegen die Einbindung der Legion „Flandern" in das germanische Korps: „Irgendeine Verwendung der Flamen der Legion ‚Flandern' als Korpstruppe des germanischen Korps verbiete ich."[40]

Mitte Mai 1943 wurde die Legion „Flandern" nach 15 Monaten ununterbrochenen Fronteinsatzes in das Truppenausbildungslager Debica zurückgezogen[41]. Am 17. Mai 1943 gab Himmler den Befehl, „die bisherige Frw. Legion Flandern [. . .] in eine Sturmbrigade umzugliedern. Diese Sturmbrigade erhält den Namen SS-Sturmbrigade ‚Langemarck' ". Dabei handelte es sich aber um mehr als um eine bloße Namensänderung. Die Mannschaften der Legion „Flandern" wurden nämlich zwangsweise einer Waffen-SS-Einheit einverleibt. VNV-Führer Elias war davon nicht verständigt, geschweige denn zu Rate gezogen worden.

Als die Auflösung der Legion „Flandern" bekannt wurde, war das Wasser auf die Mühle derjenigen im VNV, die sich schon längere Zeit gegen die Werbung ausgesprochen hatten, denn die Existenz der Legion „Flandern" hatte ja innerhalb des VNV eine große emotionale Bedeutung, weshalb der Protest sehr hoch schlug. Richard Jungclaus, seit April 1942 Beauftragter des Reichsführers-SS für die Volkstumsfragen in Brüssel, berichtete über die Stimmungslage im Allgemeinen Rat des VNV am 14. August[42]: „Die Umbenennung der Legion in ‚Sturmbrigade Langemarck' hätte im gesamten VNV stärkste Mißbilligung hervorgerufen. Es gelte ab jetzt die Parole ‚keine Kraft mehr für Deutschland'."[43] Elias wurde durch diese heftigen Proteste ohne Zweifel veranlaßt, auf Distanz zu den Deutschen zu gehen.

---

[38] NSGWO II, German records microfilmed at the Berlin Document Center, V.: Berger an Himmler am 10. Februar 1943.

[39] Zit. nach N. K. C. A. In 't Veld, De SS en Nederland, S. 983 f.

[40] BA NS 19 (neu), 159: Befehl Himmlers vom 24. April 1943.

[41] Die anderen germanischen Legionen wurden anderswo konzentriert, um als Regimenter dem germanischen Korps eingegliedert zu werden. Sie behielten ihre Ländernamen, während dies bei der Legion „Flandern" nicht der Fall war.

[42] BA NS 19 (neu), 1530: Reeder an Himmler am 28. August. Der Bericht trägt den vielsagenden Titel „Krise im VNV".

[43] BA NS 19 (neu), 1530: Jungclaus an Berger, o. J.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Überdies sah er sich mit einer internen Opposition konfrontiert, die anonyme Flugblätter verteilte, in denen ihm eine lasche Haltung vorgeworfen wurde.

Am 14. August 1943 stellte Elias jede Zusammenarbeit mit der SS ein. Der VNV kollaborierte politisch und militärisch weiter, wurde aber merklich zurückhaltender gegenüber den Deutschen – ein Thema, das hier nicht eingehend behandelt werden kann. Elias erklärte Reeder, daß er nur die aktive Werbung einstellen und keineswegs der Werbung entgegenwirken werde[44]. Das hieß freilich nicht, daß Elias nicht weiter gegen die Auflösung der Legion „Flandern" agierte, übrigens zu Bergers großem Ärger, der in der für ihn typischen Manier mit der „sofortigen Vernichtung" aller, die sich der Umbenennung widersetzten, drohte, da diese Benennung vom Führer selbst vorgenommen worden sei[45].

Die Auflösung der Legion „Flandern" ist der Anlaß und eine der wichtigsten Ursachen des Bruches zwischen dem VNV und der SS gewesen[46]. Eine weitere Ursache war der große Effekt, den diese Frage an der Basis des VNV hatte, wo die mit vielen emotionellen Implikationen behaftete Frage der Legion „Flandern" die Gemüter bewegte und so für weitere Unruhe in einer ohnehin gespannten Atmosphäre sorgte. Die Rolle der VNV-gesinnten Freiwilligen ist hier sicher nicht zu unterschätzen; was sie während ihres Urlaubs und in ihren Briefen über die Verhältnisse in der Legion berichteten, verschärfte die Lage noch zusätzlich.

4. Die Reaktionen bei den Freiwilligen

Die meisten Legionäre erfuhren von der Abschaffung der Legion „Flandern" erst, als sie aus dem Urlaub oder einem Lazarett zu ihrer Einheit zurückgekehrt waren. Für viele war das die Breslauer Ersatzeinheit, wo sie sich als Genesende einige Zeit aufhielten. Andere erfuhren es in Debica oder Milowitz, wo sie sich zur Ausbildung oder zur Umschulung befanden[47]. Die Auflösung wurde den Freiwilligen nie offiziell mitgeteilt. Es war nur von einer militärischen Umgestaltung die Rede, durch die eine große flämische völlig motorisierte Einheit entstünde. So wurden sich die Legionäre der Folgen der Reorganisation erst langsam bewußt.

Die zwischen den flämischen Freiwilligen unterschiedlicher Provenienz bestehende Kluft wurde infolge der politischen Krise in Flandern und durch die Umge-

[44] BA NS 19 (neu), 1530: Übersetzung von Elias' Brief an Reeder vom 25. August 1943, 26. August 1943.

[45] BA NS 19 (neu), 1541: Berger an Reeder am 11. Oktober 1943.

[46] Auch die Umgestaltung der niederländischen, dänischen und norwegischen Legion zu Regimentern des III. „germanischen" SS-Panzerkorps löste Spannungen bei den Freiwilligen aus. Die Lage spitzte sich aber nicht zu, weil Himmler Mussert bzw. Clausen und Quisling einzureden vermochte, daß es sich um eine rein militärische Reorganisation handele; vgl. Wegner, SS-Panzerkorps, S. 109.

[47] Die Legion „Flandern" war im Mai 1943 nach den schweren Kämpfen in Krasny-Bor in den Truppenübungsplatz Debica zurückgezogen worden. Im August wurde die Ausbildungsbrigade nach Milowitz versetzt. Das Ersatzbataillon wurde im Juli 1943 von Graz nach Breslau verlegt.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

staltung der Legion noch vertieft. Das Ausmaß der Diskrepanz zeigte sich bei den verschiedenen Feiern anläßlich des 11. Juli, die an der Ostfront veranstaltet wurden[48]. In der anscheinend auf deutsch gehaltenen Rede der offiziellen Feier in Breslau sagte Rottenführer Puttemans u. a.: „Unsere Deutsch-flämische Arbeitsgemeinschaft erkennt [...] ihre Sendung: Uns wiederzugeben, was in der Geschichte ein trübes Schicksal uns entzog: Unser Deutsch-Sein." Ein Freiwilliger schickte die Rede an den Deflag-Führer Jef Van de Wiele und fügte hinzu: „Die Legion ‚Flandern' bekennt sich zur Deflag. Wir wollen es nicht länger, daß diese Herren des VNV sich auf uns berufen und sich unserer rühmen. Obschon es bei uns noch ein paar unbequeme Individuen gibt [...] war die Reaktion gleich Null. Und wir sind davon überzeugt, daß diese unglücklichen Seelen eines Tages ‚wahre' Nationalsozialisten werden, das Milieu wird schon dafür sorgen [...]."[49] In Debica aber veranstalteten VNV-Freiwillige ihre eigene Feier zum 11. Juli. Über diese Feier schrieb der Freiwillige Van Hee der VNV-Führung: „Auf würdige und stolze Weise wurde in Gegenwart vieler deutscher und flämischer Außenstehender der dietsche Gedanke verkündet. Wir, als VNV-Angehörige, haben den Eid geschworen, diesen Gedanken auch hier zu verbreiten und viele Kameraden für unsere Bewegung zu gewinnen."[50]

Aus den schriftlichen Quellen ergibt sich ein verworrenes Bild. Auch Interviews mit Zeitzeugen erbringen für diesen Zeitraum nur sehr widersprüchliche Zeugnisse. Vieles hängt von der Position ab, die der Zeitzeuge damals einnahm oder von der Meinung, die er sich später bildete. Auch Ort und Zeit spielten eine große Rolle. So ist klar, daß Breslau aus der Sicht von NS-Instanzen ein Herd der Unruhe war. In der dortigen Ersatzeinheit hatten die Freiwilligen viel Zeit für politische Aktivitäten. Hier erreichten die „Rebellen" eine gewisse Form der Organisation. Wichtig hierbei war, daß es außerhalb der Kaserne einen Treffpunkt gab: das sog. „Flämische Haus" in der Sternstraße. Später wurde die Ersatzeinheit samt den ihr angehörenden Freiwilligen nach Milowitz versetzt, wo die Sturmbrigade erst richtig gebildet wurde.

Das „Flämische Haus" in Breslau wurde von Freiwilligen, Genesenden und Rekruten stark besucht. Einer von ihnen kennzeichnete die Aktivitäten im „Flämischen Haus" so: „Trinken, singen und politische Diskussionen halten."[51] Tatsächlich darf man den Freizeitwert der Treffen nicht unterschätzen. Aber eine Gruppe älterer Freiwilliger nahm die Dinge, die man dort tat, sehr ernst und bildete eine halb-illegale Organisation. Das Wichtigste, was sie sich zur Aufgabe machten, war die Beeinflussung der Rekruten, die ständige Berichterstattung an den VNV und der Widerstand gegen die SS-Indoktrination, vor allem während des politischen Unterrichts.

---

[48] Am 11. Juli wird in Flandern der Goldensporenschlacht (1302), des heutigen Nationalfeiertages der Flamen, gedacht.

[49] Dokumentation Albert De Jonghe. Fieullien an Van de Wiele am 11. Juli 1943.

[50] ARA, KA, Bündel 923: Van Hee an den VNV am 12. Juli 1943.

[51] Gespräch mit Reimond Van den Berge am 18. September 1984.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Aktionen dieser Gruppe VNV-gesinnter Freiwilliger blieben ihren Kontrahenten nicht unbekannt. Das zeigt zum Beispiel der Bericht des SS-Kriegsberichterstatters Jos Henskens über „die Betreuung der flämischen Freiwilligen in der Waffen-SS"[52]. Henskens beschrieb in seinem Bericht zunächst „den sich während der Ausbildung in der Gedankenwelt der flämischen Freiwilligen vollziehenden geistigen Prozeß. Es ist tatsächlich eine sehr augenfällige Kehrtwendung in ihren weltanschaulichen und vor allem politischen Auffassungen wahrzunehmen." Bemerkenswert war in den Augen von Henskens u. a. das „Anwachsen des Reichsgedankens, indem wir die Kleinstaatlichkeit unserer früheren Bestreben anerkennen und die früheren, eingeschlummerten Kräfte erfühlen, indem wir unsere wahre germanische Berufung persönlich entdecken und unser ‚fiat lux' über das Wesen der Zukunft Flanderns innerhalb des Reiches geben [. . .]. Es gibt aber Widerstand von einer gewissen Gruppe VNVer, [die] mit verschiedensten Mitteln [versuchen] diese wertvolle Entwicklung zu konterkarieren. Der VNV hat in der Tat seine Agenten in den Ausbildungslagern. Es läßt sich nicht erkennen, ob sie Intriganten von Natur aus sind oder Jungen, die einen bestimmten Auftrag aus Flandern mitbekamen. Jedenfalls sind sie es, die Zweifel in den Gemütern säen, ständig Kritik üben und bei ihren Kameraden eine Propaganda betreiben, die der offiziellen politischen Erziehung sehr abträglich ist."

Trotz der deutlichen Voreingenommenheit Henskens – er war übrigens Hauptdienstleiter der Deflag – enthält sein Rapport wertvolle Informationen. Die geistige Umorientierung, von der er sprach, vollzog sich tatsächlich. Dies war auch das wichtigste politische Ziel der Werbung, die gesamte politische Erziehung, die Berger betrieb, war darauf ausgerichtet. Im Februar 1943 pochte er gegenüber Himmler darauf, der politischen Erziehung während der Ausbildung mehr Raum zu geben[53]. Seine Bitte verhallte nicht ungehört. Am 24. Februar erließ Himmler einen Befehl hinsichtlich der „weltanschaulichen Erziehung", dem zufolge u. a. „der planmäßige Unterricht als ein ebenso wichtiger Teil des Ausbildungsplans wie die Ausbildung an der Waffe und im Gelände" sein solle[54]. Am 29. Juni 1943 gab er erneut einen Befehl aus, der u. a. „die Einrichtung und den Aufbau einer Schule für weltanschauliche Führung durch das SS-Hauptamt [. . .]" vorsah. Dort erhielten Waffen-SS-Offiziere eine Ausbildung, um später politische Schulungen durchführen zu können. „Nach einer mehrwöchigen Führung werden [. . .] die für die Arbeit in den Abteilungen VI Geeigneten bestimmt und zu den Feld- bzw. Ersatzeinheiten versetzt."[55]

Selbstverständlich kamen für diese Funktionen nur „geeignete" Personen in Betracht. Bei der Sturmbrigade Langemarck war das Jozef Van Ackere. „Ein hun-

[52] NSGWO II, Deflag-Archiv, 930: Rapport von Jos Henskens, o. J. (1943).

[53] BA NS 19 (neu), 281: Berger an Himmler am 10. Februar 1943. Berger wies in diesem Schreiben (fast neidisch) auf die Verhältnisse in der Roten Armee hin, wo ihm zufolge politische Schulung auch bei den Truppen der vordersten Linie abgehalten würde.

[54] BA NS 19 (neu), 281: SS-Befehl Himmlers vom 24. Februar 1943.

[55] Ebenda: SS-Befehl Himmlers vom 29. Juni 1943.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dertprozentiger Nazi und stark Deflag-gesinnt", so kennzeichnete ihn ein Zeuge[56]. Sein politischer Unterricht war dann auch wiederholt Anlaß für heftige Diskussionen mit Freiwilligen, die zum VNV tendierten. In Milowitz, wo es weniger Kontaktmöglichkeiten unter den Freiwilligen gab als in Breslau, waren seine Vorlesungen der Ort, um Beschwerden und Mißstimmungen zum Ausdruck zu bringen. Der politische Unterricht war aber nicht der einzige Stein des Anstoßes. Die Umgestaltung der Legion „Flandern" zur Sturmbrigade ging auch mit der Vereinheitlichung der Abzeichen einher. Konkret bedeutete dies, daß die Legionäre das Sonnenrad auf dem Kragenspiegel durch die SS-Runen und die Armbinde mit der Bezeichnung „Frw. Legion Flandern" durch eine Binde mit der Bezeichnung „Langemarck" ersetzen sollten. Es versteht sich von selbst, daß dies nicht ohne Murren und Klagen hingenommen wurde. Manche gaben erst nach, als man ihnen Schwierigkeiten bereitet und sie bedroht hatte. Andere beharrten auch dann noch auf ihrer Weigerung. Das gleiche gilt für das Verbot, das VNV-Treueabzeichen an der Uniform zu tragen. Eigentlich hatten diese Dinge nur sekundäre Bedeutung. Gleichwohl zeigt sich an ihnen, wie groß die Distanz zur SS in mancher Hinsicht war. Es handelte sich immer um dasselbe: Widerstand gegen die organisatorische und mentale Absorption durch die SS.

5. Die Vereidigung auf die SS in Milowitz

Diese Spannungen erreichten ihren Höhepunkt kurz vor und während der SS-Vereidigung, die am 9. November 1943 in Milowitz stattfand. Mit dieser Eidesleistung wurde die Eingliederung der Legionäre in die Waffen-SS besiegelt. Um sich einen rechten Begriff davon machen zu können, ist eine kurze Erläuterung des Unterschieds zwischen dem Eid der „germanischen" Legionen und dem der Waffen-SS angebracht. Der Legionseid lautete: „Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, daß ich im Kampf gegen den Bolschewismus dem obersten Befehlshaber der deutschen Wehrmacht, Adolf Hitler, unbedingten Gehorsam leisten und als tapferer Soldat bereit sein will, jederzeit für diesen Eid mein Leben einzusetzen." Im Eid der Waffen-SS fiel die Bestimmung „gegen den Bolschewismus" weg, Hitler wurde als „Führer des Reiches" bezeichnet. Der Eid der Waffen-SS verpflichtete die Freiwilligen für jede Front, also nicht nur für die sowjetrussische, und ihre Treue galt Hitler als Reichsführer. Diese Unterschiede wurden von manchen Freiwilligen als von grundsätzlicher Natur empfunden, außerdem hatte die Eidesverweigerung die symbolische Bedeutung von Widerstand gegen die großgermanische Politik der SS.

In der ersten Novemberwoche 1943 wurden die Freiwilligen der Breslauer Ersatzeinheit zur SS-Vereidigung nach Milowitz verlegt. Da die meisten Freiwilligen aus

[56] Interview mit Toon Van Overstraeten am 10. Dezember 1982. Van Ackere hatte den Rang eines Deflag-Dienstleiters. Die ideologische Kontrolle, auf die der VNV so lange erfolglos gedrängt hatte, fiel so der Deflag ohne eigenes Zutun zu.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den einstigen Legionskompanien stammten, versetzten sie die ohnehin schon unruhigen Abteilungen in fast schon aufrührerische Stimmung.

Die erhöhte Spannung und die explosive Atmosphäre entgingen auch den Deutschen nicht, sie wurden überdies von Deflag-gesinnten Freiwilligen darüber informiert. Wie schon aus Henskens' Bericht hervorgeht, schrieben diese die Verantwortung für die zunehmende Animosität in der Frage der Eidesleistung einer aktiven Gruppe von „Rebellenleitern" zu. Einige VNV-gesinnte Freiwillige wurden deshalb als „P. U." (Politisch Unzuverlässig oder Unfähig) gebrandmarkt.

Zwölf vermeintliche Rädelsführer wurden am 7. November, zwei Tage vor der feierlichen Vereidigung, in Begleitung von SS-Feldgendarmen nach Breslau zurückgeschickt, wo man sie einige Zeit isolierte, bevor sie in eine Strafeinheit versetzt wurden. Diese Maßnahme zielte offensichtlich darauf ab, den Widerstand gegen die Eidesleistung zu brechen. Über die „Verbannungen" wurde in verschiedenen Briefen an die VNV-Führung berichtet. Einer der Strafversetzten hatte selbst Gelegenheit, einen Brief an den VNV zu schicken[57]. Der Anfang lautete: „Politische Verfolgungen in der Sturmbrigade." Einem der Strafversetzten gelang es, die begleitenden (flämischen) Feldgendarmen zu erweichen und Einblick in die Reisedokumente zu nehmen. Aus ihnen ging hervor, daß der Transport nach Breslau die Folge eines Befehls des SS-Führungshauptamtes war. In einem Brief an den Breslauer Kommandeur stand, daß die 12 „SS-untauglich" seien, 5 davon seinen „politisch unfähig" und 7 „militärisch unfähig".

Das Wegschicken einer Anzahl führender „Rebellen" blieb selbstverständlich nicht ohne Einfluß auf diejenigen, die beabsichtigten, den SS-Eid kollektiv zu verweigern. Manche befürchteten zwar, ebenfalls Repressionen erleiden zu müssen. Dennoch blieb vor allem in den alten, noch aus der Legion „Flandern" stammenden Kompanien der Widerstand groß. Die Eidesverweigerung erfolgte hauptsächlich in diesen alten Kompanien, in den anderen Kompanien gab es nur vereinzelt Verweigerungen. Kommandeur Schellong hatte die Vereidigung so organisiert, daß die versammelten Mannschaften während der Eidesleistung mit dem Hitler-Gruß grüßen mußten. Anschließend sollten die Freiwilligen individuell bei ihrem „Spieß" den Eid unterzeichnen. Freiwilliger Miel Geurts schrieb hierüber seinem Schwager: „Bei der Eidesleistung am 9. November sträubten sich 1700 bis 1800 von den 2360 angetretenen Flamen, den SS-Eid zu leisten, 400 bis 500 hatten den Mut, trotz allem weder mit dem Hitler-Gruß zu grüßen noch die Eidesformel auszusprechen. Doch als jeder sich, einer nach dem anderen, auf der Schreibstube melden sollte, um dort unter den Augen des Spießes, des Kompaniechefs und eines höheren, flämischen Offiziers den Eid zu unterschreiben, hatten kaum noch 200 den Mut, sich zu weigern."[58]

Es ist natürlich ziemlich unwahrscheinlich, daß Geurts genau wußte, wie viele Freiwillige sich weigerten, den Eid zu leisten. Man kann annehmen, daß er mit der

[57] ARA, KA, Bündel 932: Rapport von Marcel Van Leemputten vom 28. Dezember 1943.
[58] Ebenda, Bündel 921. Brief von Geurts an Olaerts vom 13. November 1943.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Angabe „1700 bis 1800" meinte, der Großteil sei dagegen gewesen. Ob dies richtig ist, läßt sich nicht feststellen. Aus dem letzten Teil des Briefes ergibt sich aber, daß er nicht zur Übertreibung neigte. 400 bis 500 wirkliche Verweigerer scheint eine realistische Zahl zu sein. Wie viele Freiwillige bei der individuellen Unterschriftsleistung auf ihrem Widerstand beharrten, konnte Geurts ebenfalls nicht genau wissen. Dennoch scheint auch diese Zahl realistisch. Geurts schrieb weiter, daß die Eidesverweigerer am folgenden Tag zu Kommandeur Schellong kommen sollten. Es gab über 100 Mann.

Andere Zeugnisse über die Eidesleistung sind manchmal sehr widersprüchlich. Die Angaben über die Zahl der Eidesverweigerer schwanken je nach der Überzeugung des Informanten. Aus den vorhandenen Daten ergibt sich aber, daß der Widerstand über die Gruppe der Eidesverweigerer hinausging. Wie viele Freiwillige sich schließlich wirklich weigerten, den SS-Eid zu leisten, läßt sich schwer feststellen. Geurts schrieb, daß sich anfänglich etwa 500 Freiwillige sträubten, den Eid abzulegen. Zieht man eine Statistik des Ersatzkommandos hinsichtlich der Parteizugehörigkeit der Freiwilligen zum Vergleich heran, so wird deutlich, daß sich ungefähr eine gleich große Zahl von Freiwilligen (nämlich 563) der Legion „Flandern" als VNV-Angehörige bezeichnete. Diese Zahlen des Ersatzkommandos sind natürlich mit Vorsicht zu genießen. So ist es beispielsweise nicht unwahrscheinlich, daß sich unter den 1735 Freiwilligen, die in der Rubrik „ohne Partei" aufgeführt werden, eine Menge VNV-Angehörige, die ihre Mitgliedschaft nicht preisgeben wollten, und viele VNV-Sympathisanten ohne Mitgliedskarte befanden. Es wäre auch möglich, daß die Statistiken nicht korrekt erstellt wurden[59]. Wie immer dem auch gewesen ist, die Übereinstimmung zwischen der Anzahl Freiwilliger, die sich bei der Anwerbung VNV-Angehörige nannten und von denen man annehmen kann, daß es sich um überzeugte Parteimitglieder handelte, und den von Geurts genannten 500 Eidesverweigerern ist dennoch frappierend.

Es liegt nahe anzunehmen, daß im unruhigen Zeitraum vor der Eidesleistung die Gruppe derer, die zu erkennen gab, daß sie gegen den Eid war, viel größer war als die Gruppe, die, als es darauf ankam, tatsächlich Widerstand leistete. Letztere Gruppe schrumpfte, als der Druck größer wurde. Viele, vor allem junge Freiwillige aus den neuen Jahrgängen waren dem nicht gewachsen. Die Anzahl, die schließlich standhaft blieb, war klein. Das Wegschicken einiger Schlüsselfiguren zwei Tage vor der Vereidigung bewies, daß die Deutschen es nicht bei leeren Drohungen beließen; auch das mochte viele zu einer pragmatischen Haltung bewogen haben. Außerdem fanden die „Rebellen" keinen Rückhalt bei der VNV-Führung. Vor der Eidesleistung hatten sie einen zuverlässigen Freiwilligen beauftragt, während seines Urlaubs in der Heimat bei Elias vorzusprechen, um den offiziellen VNV-Standpunkt zu erfahren. Als der Mann mit der Mitteilung zurückkam, der Leiter habe gesagt, sie würden am besten den Eid schwören, war die Bestürzung groß. Vor Ort kam man

[59] Die Statistik findet man u. a. in den Tätigkeitsberichten von Reeder, in: NSGWO II, German records microfilmed at Alexandria, T 501, Roll 106, frame 280.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

so zu dem Schluß, daß der Bote dem Druck nicht standgehalten und ihnen nicht die Wahrheit erzählt habe. Der Mann wurde für die weitere Kriegsdauer als Verräter betrachtet – zu Unrecht, denn der VNV-Führer hatte tatsächlich den Auftrag gegeben, den Eid zu leisten[60]. Die VNV-Führung hatte nach dem Bruch mit der SS jeden politischen Ehrgeiz hinsichtlich der Ostfrontwerbung aufgegeben. Jene VNV-Freiwilligen, die infolge ihres Engagements für die SS nicht imstande waren, der politischen Kehrtwendung ihrer Führung zu folgen, mußten sich allein irgendwie arrangieren und eine pragmatische Haltung annehmen.

Die „Rebellion" hatte auch eine gewisse Wirkung auf die Gruppe der nicht oder weniger parteigebundenen Freiwilligen. Der Einfluß der Gegenkräfte war jedoch wesentlich größer, weil ihnen zugleich größere Wirkungsmöglichkeiten zur Verfügung standen. Henskens schrieb treffend in seinem Bericht, daß „das Milieu" seine Wirkung tue[61]. Wahrscheinlich hatte er recht, was die große Gruppe gefügiger Freiwilliger anbelangt. Die „Rebellen" konnten ihren Einfluß vor allem dort geltend machen, wo sie eigene Strukturen ausbauen konnten, nämlich in Breslau, wo es einen Treffpunkt und eine „Rebellen"organisation gab. Auf die Gruppe überzeugter „Rebellen" hatten „das Milieu" und die Repression eher einen negativen Einfluß.

Daß die SS den Widerstand mancher „Rebellen" nicht unterschätzte, beweist das Wegschicken der Freiwilligen, die als die Anstifter betrachtet wurden. Diese Gruppe wurde nach Breslau abtransportiert, wo ihnen das Soldbuch weggenommen wurde und wo man sie in Kasernen isolierte. Zu Beginn waren sie Erniedrigungen und physischer Gewalt ausgesetzt. Im Juli 1944 wurde einer von ihnen zu der berüchtigten Waffen-SS-Strafeinheit „Dirlewanger" strafversetzt, die übrigen wurden im August zur Frontbewährung zu einer Strafeinheit der „Totenkopf"-Division versetzt. Sie kamen alle nach Warschau, wo sie bei der Niederschlagung des Aufstandes eingesetzt wurden. Aus welchem Grund die SS mehr als ein Jahr wartete, ehe sie die „Rebellen" zu der Strafeinheit schickte, ist nicht bekannt. Vielleicht hatte es aber mit den Ereignissen in Flandern zu tun. Dort wurde im Juli 1944 die Militärverwaltung durch eine Zivilverwaltung ersetzt, was zur Folge hatte, daß der VNV politisch nahezu bedeutungslos wurde. Sah man da in Breslau die günstige Gelegenheit, politische Gegner zu beseitigen? Das Quellenmaterial gibt hierüber keine Aufschlüsse. Interessant ist aber ein Vergleich mit dem Schicksal von niederländischen Eidesverweigerern, die Mitte Juli 1943 ebenfalls den Waffen-SS-Eid verweigert hatten. 25 der 500 Verweigerer wurden zum Ersatzbataillon in Graz versetzt, wo schwerer Druck auf sie ausgeübt wurde. Als Anton Mussert das erfuhr, gab er genauso wie der VNV-Führer den Auftrag, den Eid abzulegen. 18 Männer beharrten auf ihrer Weigerung, woraufhin die meisten Mitte 1944 (!) zu einem Straflager in Hinzert

[60] Eigene Dokumentensammlung. Unveröffentliches Zeugnis von Hendrik Elias aus der Nachkriegszeit.

[61] Vgl. S. [604].

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geschickt wurden[62]. War es vielleicht wegen der mißlichen militärischen Lage, daß die zuständigen SS-Funktionäre so kurzen Prozeß mit den schwierigen Fällen der „Rebellen" machten?

An der „Rebellion" der flämischen Freiwilligen und der daraus erwachsenen Eidesverweigerung ganzer Gruppen in Milowitz zeigten sich die politische Strategie der SS hinsichtlich der „germanischen" Freiwilligen und die Widerstände, die sich dagegen erhoben. Himmler und namentlich Berger betrachteten die Freiwilligen als einen wichtigen politischen Trumpf. Sie sollten überall die Speerspitze einer Heim-ins-Reich-Bewegung werden, weshalb die politische Indoktrination in der Waffen-SS dann auch ein wichtiges Element der Ausbildung darstellte. Sie sollte die nationalistischen und religiösen Bindungen der Freiwilligen schwächen und diese in einem ganz neuen großgermanischen „Geist" erziehen. Bei den flämischen Freiwilligen ging das nicht reibungslos, denn der flämischnationalistische und katholische VNV stellte einen Großteil der Freiwilligen. Der militärische Einsatz ihrer Aktivisten an der Ostfront wurde von der Partei als ein wichtiger politischer Trumpf im Kampf gegen die SS in Flandern angesehen. VNV-Führer Staf De Clercq lotste aber dabei seine Anhänger in einen aussichtslosen politischen Konkurrenzkampf, seine treuesten Anhänger wurden dem politischen Gegner ausgeliefert.

Die Legion „Flandern", der Garant des VNV, wurde so völlig ausgehöhlt. Trotz der ständigen Proteste De Clercqs und des Widerstandes mancher Freiwilliger zogen flämische SS-Männer, von der deutschen SS unterstützt, nach und nach viele Freiwillige auf ihre Seite. Als Himmler die Legion „Flandern" Mitte 1943 auflöste und die Freiwilligen formell der Waffen-SS einverleibte, blieb De Clercqs Nachfolger Hendrik Elias nichts anderes übrig, als die Werbung für die SS und die Zusammenarbeit mit der SS einzustellen. Faktisch gab er damit die VNV-gesinnten Freiwilligen verloren. Als diese allmählich die Kraft zu einer mehr oder weniger organisierten „Rebellion" fanden und kollektiv den ihren Übergang zur Waffen-SS besiegelnden SS-Eid verweigerten, ordnete er sogar an, den Widerstand aufzugeben. Bei der „Verbannung" einiger führender „Rebellen" war von ihm nichts zu hören. Vielleicht hat Elias sie damit eine Weile vor Schlimmerem bewahrt. Aber als Mitte 1944 in Belgien eine Zivilverwaltung eingesetzt wurde und der VNV somit seine politische Rolle endgültig ausgespielt hatte, wurden die „Rebellen" für immer kaltgestellt, indem man sie zu Strafeinheiten der Waffen-SS versetzte.

[62] E. Fraenkel-Verkade, Dienstneming van Nederlanders bij de vijand. Notities voor het Hoofdwerk Nr. 39, Amsterdam o. J., S. 61 ff. Unveröffentliches Manuskript, in: NSGWO II.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Miszelle

GORDON A. CRAIG

DIE CHEQUERS-AFFÄRE VON 1990

Beobachtungen zum Thema Presse und internationale Beziehungen

Wenn die Geschichte internationaler Angelegenheiten unserer Zeit geschrieben werden soll, sind der Journalist und der Gelehrte unvermeidlicherweise auf Zusammenarbeit angewiesen, wobei freilich der letztere als der abhängige und im allgemeinen als der kritische und unzufriedene Partner erscheint. In den ersten Jahren nach 1945, als Universitätslehrer in den Vereinigten Staaten sich in der Lage fanden, daß ihre Studenten eine klare Darstellung der Ursprünge des eben zu Ende gegangenen Krieges verlangten, an dem eine große Anzahl teilgenommen hatte, waren sie dankbar für die Archive der Presse, aus denen sie Informationen über die Vorkriegsdiplomatie zu schöpfen vermochten, wie sie anderswo noch nicht zur Verfügung standen, und sie lernten dabei bald zu unterscheiden zwischen Korrespondenten und außenpolitischen Kommentatoren, die mit Recht den Ruf der Verläßlichkeit genossen, und jenen Journalisten, die diesen Ruf nicht hatten. Gleichwohl konnten sie nicht zufrieden sein, da es nur wenige amtliche Dokumente gab, die eine Kontrolle der Zeitungsfunde erlaubten, und so stellte sich Erleichterung ein, als 1949 einerseits die ersten Bände mit ausgewählten Dokumenten aus den Archiven des deutschen Auswärtigen Amts und der Reichskanzlei, andererseits die von Woodward und Butler besorgte Edition von Dokumenten zur britischen Außenpolitik zu erscheinen begannen[1].

Die ersten beiden Bände der Edition deutscher Akten boten vor allem Quellen zum „Anschluß" Österreichs im März 1938 und zur folgenden Sudetenkrise, doch enthielten sie auch substantielles Material zu Deutschlands Beziehungen mit den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und dem Heiligen Stuhl, ferner zur Politik, die das Reich in den Jahren 1937 und 1938 im Fernen Osten verfolgte; die britischen Bände behandelten ungefähr die gleiche Periode, vom Fall Österreichs bis zum September 1938. Diese ausgewählten diplomatischen Dokumente gaben den ersten einigermaßen umfassenden Überblick über die ständig schlechter werdende internationale Situation in jenen Jahren und machten die Aggressivität der Achsen-

[1] Documents on German Foreign Policy, 1918–1945, Series D (1937–1945), Vol. I. From Neurath to Ribbentrop; Vol. II. Germany and Czechoslovakia 1937–1938, Washington 1949. E. L. Woodward/Rohan Butler (Hrsg.), Documents on British Foreign Policy, 1919–1939. Third Series, Vol. I, 1938; Vol. II, 1938, London 1949.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mächte ebenso deutlich wie sie offen die Schwächen der britischen Diplomatie vor München zeigten. Das hieß natürlich nicht, daß man sie ohne Vorsicht hätte benutzen dürfen; auch mußte man sich dessen bewußt sein, daß hinter den Kulissen viel geschehen war, das keinen Niederschlag in den diplomatischen Korrespondenzen gefunden hatte. Die britischen Herausgeber räumten ein, daß sie nicht den Zweck verfolgten, „ein vollständiges Bild der politischen Entscheidungsprozesse im Unterschied zur Realisierung von Politik" zu präsentieren, und die Editoren der deutschen Akten mußten konstatieren, daß angesichts des Mißtrauens, das Hitler den Diplomaten entgegenbrachte, „Berichte und Instruktionen nicht immer die tatsächliche Politik des Reiches widerspiegelten". Jedoch warfen die Dokumente ein helles Licht auf die Meinungskonflikte in den beiden Auswärtigen Diensten, und sie lieferten die Antwort auf einige der Fragen, an denen Journalisten und andere Publizisten, die sich mit der Außenpolitik jener Jahre beschäftigten, herumgerätselt hatten, zum Beispiel auf die Frage nach den Gründen, die Hitler veranlaßten, Anfang 1938 den Zeitplan für seine Aggressionspolitik abzukürzen[2]. Ferner lieferten sie Material zur Bestätigung bzw. Widerlegung journalistischer Urteile und von Enthüllungen in Memoiren oder in der sonstigen bereits gedruckten Literatur.

Wir leben in einer Zeit, in der sich drei Entwicklungen vollziehen, die eines Tages eine eingehende Behandlung durch Diplomatiehistoriker erfordern werden: die Bewegung zur europäischen Integration, die Vereinigung Deutschlands und die große Krise in der Golfregion, die bereits einmal eine kriegerische Entladung gefunden hat und deren Lösung noch nicht in Sicht ist. Da wir auf einen Einblick in die amtlichen diplomatischen Korrespondenzen zu allen drei Vorgängen mindestens dreißig Jahre lang nicht rechnen dürfen – die letzten Bände der Edition der Akten des amerikanischen State Department beschäftigen sich mit der Genfer Gipfelkonferenz von 1955 und der Suez-Krise des folgenden Jahres[3] –, ist jeder, der auch nur eine vorläufige Darstellung zu diesen Geschehnissen ins Auge faßt, auf Pressemitteilungen der Regierungen, Parlamentsdebatten, Memoiren und die Berichte und Kommentare in der Presse angewiesen. Das ist keineswegs wenig, aber amtliche Verlautbarungen und persönliche Erinnerungen sind selten frei von Eigeninteresse, Parlamentarier sind im allgemeinen mehr meinungsfreudig als unterrichtet, und Zeitungsberichte sind von höchst unterschiedlicher Qualität. Es ist wahr: Wenn ein führendes Blatt wie die „New York Times" sich seiner Verpflichtung als einer „Zeitung authentischer Überlieferung" bewußt ist, kann es die Öffentlichkeit und den Historiker mit indizienreichen Berichten über wichtige Aspekte einer bestimmten Entwicklung versorgen, in denen die Meinung des Autors der sorgfältigen Beschreibung von Fakten und Zusammenhängen untergeordnet bleibt. Ein gutes Beispiel für

[2] Vgl. Gordon A. Craig, High Tide of Appeasement: The Road to Munich, 1937–38, in: Political Science Quarterly LXV (1950), No. 1, S. 21 ff.

[3] Foreign Relations of the United States, 1955–1957, Vol. V: Austrian State Treaty; Summit and Foreign Ministers Meetings, 1955; Vol. XVI: Suez Crisis, July 26–December 31, 1956, Washington 1990.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

diese Art der Reportage ist die am 2. Dezember 1990 in der „New York Times" erschienene Darstellung der diplomatischen Kampagne des amerikanischen Außenministers James Baker, an deren Ende eine Resolution des UN-Sicherheitsrates stand, welche die Anwendung von Gewalt gegen den Irak freigab[4]. Auf die Befragung leitender amerikanischer Beamter gestützt, schilderte der Artikel, daß die Reise des Außenministers in die Hauptstädte aller Mitglieder des Sicherheitsrates, mit der die Zustimmung zu der Resolution erreicht werden sollte, von dem Bestreben geleitet gewesen sei, der amerikanischen Außenpolitik wieder eine kraftvolle Note zu geben und einer möglichen Entscheidung für den Krieg die öffentliche Unterstützung zu sichern. Entscheidend für den Erfolg der Mission war das Einverständnis Moskaus, und der Artikel beschreibt eine Zusammenkunft zwischen Baker und Präsident Gorbatschew am Nachmittag des 8. November auf Gorbatschews Landsitz außerhalb von Moskau. Nach dem Bericht fragte der sowjetische Staatspräsident den Außenminister, ob er und Präsident George Bush sich dessen bewußt seien, daß „Sie, falls wir eine die Anwendung von Gewalt autorisierende Resolution annehmen und Saddam sich trotzdem nicht bewegt, tatsächlich Gewalt anwenden müßten"; nach Bakers Versicherung, daß dies in Washington sehr wohl verstanden werde, habe Gorbatschew seine Billigung einer Resolution zum Ausdruck gebracht und die Form besprochen, die sie erhalten sollte. Hohe amerikanische Beamte waren der Meinung, daß die Entscheidung des sowjetischen Staatspräsidenten gegen die Opposition von Arabienexperten im sowjetischen Außenministerium, von KGB-Offizieren und von Militärs getroffen worden war, die zögerten, die Stellung der Sowjetunion im Irak durch einen Akt Moskaus gegen die irakische Regierung zu schwächen. Der Artikel beschrieb ferner die Wirtschaftsdiplomatie, mit der die Amerikaner die anfängliche sowjetische Position aufzuweichen suchten, die Lockmittel, die sie den Chinesen anboten, um diese Gegner einer Resolution von einem Veto abzuhalten, dazu den Druck und die Drohungen, mit denen bei anderen Staaten gearbeitet wurde. „Minuten nachdem sich der Delegierte des Jemen den Kubanern angeschlossen und gegen die Resolution gestimmt hatte", so hieß es in dem Artikel, „bekam ein hoher amerikanischer Diplomat die Weisung, ihm zu sagen: ‚Das war die teuerste Nein-Stimme, die Sie je abgegeben haben' – was bedeuten sollte, daß es nun mit der amerikanischen Hilfe an den Jemen von mehr als 70 Millionen Dollar vorbei sein werde."

Trotz der Anonymität der Beamten, von denen jene Informationen stammten, trotz des spekulativen Elements in den Passagen, in denen von Meinungsverschiedenheiten in Moskau die Rede ist, und trotz eines Gefühls, daß die Jemen-Geschichte vielleicht ein bißchen zu schön ist, um wahr zu sein, wohnt diesem Artikel, alles in allem, eine Wahrscheinlichkeit inne, die ihn überzeugend macht; er ist mithin ein gutes Beispiel dafür, welch wertvollen Dienst eine gute außenpolitische Berichterstattung der Presse Wissenschaftlern zu leisten vermag, die

[4] Th. L. Friedman, How U.S. Won Support to Use Mideast Forces, in: New York Times vom 2. Dezember 1990, S. 1 und S. 14.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich um die vorläufige Darstellung eines komplizierten diplomatischen Prozesses bemühen. Es ist ein Jammer, daß Journalismus solchen Ranges nicht leicht zu finden ist und daß die Berichte in der Presse über die internationalen Beziehungen unserer Tage nur allzuoft argumentativ und verzerrt sind, gestützt auf Indiskretionen von dubioser Zuverlässigkeit, beeinflußt von dem Bestreben, die Leser zu schockieren oder zu amüsieren, gefärbt im Dienste versteckter politischer Motive. Das hebt die Bedeutung dieser Art von Berichterstattung für den Historiker internationaler Angelegenheiten nicht auf, erhöht aber zweifellos die Schwierigkeit der Beurteilung und der zutreffenden Einschätzung des jeweiligen realen Nutzens.

Als Beispiel für die zuletzt genannte Art des Journalismus kann die Pressebericht-erstattung über einen der kleineren Zwischenfälle auf dem Weg zur Vereinigung Deutschlands dienen, nämlich über die Chequers-Affaire oder das Chequers-Seminar, das eine weit über seine Bedeutung hinausgehende Aufmerksamkeit fand.

I.

Im Februar 1990 versandte das Büro des Privatsekretärs der britischen Premierministerin Margaret Thatcher Briefe an einige Personen, die sich in ihrer Arbeit vor allem mit deutschen Angelegenheiten beschäftigten. Die Adressaten wurden eingeladen, nach England zu kommen, und zwar „zu einem sehr informellen Gespräch (mit der Premierministerin) über die Lehren, die aus der Geschichte Deutschlands für die Behandlung der deutschen Vereinigung und des vereinigten Deutschland, mit dem wir es bald zu tun haben werden, gezogen werden können, und darüber, wie wir dafür sorgen können, daß die Vereinigung die Stabilität und die Sicherheit Europas stärkt"[5]. Angenommen wurde die Einladung von Lord Dacre (Hugh Trevor-Roper), von Norman Stone, Professor für Neueste Geschichte in Oxford, von Fritz Stern, Seth-Low-Professor an der Columbia University, und vom Verfasser – allesamt Historiker –, dazu von George Urban, früher bei Radio Freies Europa tätig, und von Timothy Garton Ash, einem Redakteur des „Spectator", der viel über Deutschland und Osteuropa geschrieben hat. Zusammen mit dem Privatsekretär, C. D. Powell, und Außenminister Douglas Hurd trafen sie mit der Premierministerin am 24. März, einem Samstag, auf ihrem Landsitz Chequers zusammen; die Diskussionen dauerten fünf Stunden.

Das Treffen stieß bei den Zeitungen nur auf geringes Interesse, obwohl das Büro der Premierministerin – zur Überraschung mindestens eines Teilnehmers, der die Etiketten „privat" und „vertraulich", die den Gesprächen aufgeklebt worden waren, ernst genommen hatte – die Presse unterrichtete. Wahrscheinlich geschah dies, weil kein plausibler Grund zu sehen war, es zu unterlassen, doch kann hinter der Pressemitteilung auch die Spekulation auf politische Vorteile gestanden haben. Am Mittwoch vor der Zusammenkunft in Chequers war die Premierministerin von Journali-

[5] Der Privatsekretär an den Verf. am 22. Februar 1990.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sten des Hamburger Wochenmagazins „Der Spiegel" interviewt worden und hatte dabei noch deutlicher als gewöhnlich Äußerungen des Bundeskanzlers Helmut Kohl kommentiert, es sei unmöglich, den Vereinigungsprozeß anzuhalten oder zu bremsen, und er sei nicht geneigt, die deutsch-polnische Grenze zu garantieren. Dieses „Gespräch" sollte am Montag, den 26. März, im „Spiegel" erscheinen[6], und später in der Woche wurde Kohl für die alljährliche anglo-deutsche Königswinter-Tagung in Cambridge und für ein Gipfeltreffen in Downing Street 10 erwartet. Die Meldung, daß Frau Thatcher bereit sei, die Meinung von Personen außerhalb der Regierung einzuholen, von Personen, die vermutlich andere Auffassungen vertraten als die Premierministerin, mochte vielleicht, so durfte gerechnet werden, ihre grundsätzliche Offenheit in der Vereinigungsfrage zeigen und die Wirkung des „Spiegel"-Artikels abmildern. Diese Absicht verfolgte die Premierministerin jedenfalls offensichtlich mit einem Interview, das am 25. März in „The Sunday Telegraph" – am 26. März auch in der Londoner „Times" – erschien und in dem sie betonte, daß ihr die deutsche Vereinigung keine Sorgen mehr mache. Was sie bislang beunruhigt habe, so sagte sie, sei der Eindruck gewesen, „daß die Deutschen ohne Rücksicht auf die internationalen Konsequenzen vorwärts drängten"[7]. In alledem wurde das Treffen in Chequers nicht ausdrücklich angeführt, doch gab es am 27. März einen Hinweis darauf im „Daily Express"[8], und am 29. März wurde es offenbar auf der Königswinter-Tagung erwähnt, da Gina Thomas an diesem Tag einen Bericht über die Zusammenkunft an die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" sandte, in dem sie zu dem Schluß kam, die Gäste der Premierministerin in Chequers hätten deren Besorgnisse über Deutschland spürbar abgeschwächt[9]. Das war auch die Meinung von Theo Sommer, wie er sie am 13. April in der „Zeit" äußerte[10].

Vor dem Treffen vom 24. März hatten die Teilnehmer eine private und vertrauliche Liste von Fragen erhalten, die als Grundlage ihrer Diskussionen dienen, jedoch weitere Fragen nicht ausschließen sollte. Die wenigen Journalisten, die über die Zusammenkunft berichteten, waren über dieses Dokument im Bilde. Sowohl Gina Thomas wie Theo Sommer sagten ihren Lesern, daß Frau Thatchers Gäste vor dem Treffen einen „Fragebogen" zugeschickt bekommen hätten, und sie konnten auch die Natur des Fragebogens beschreiben. Der Kolumnist „Mandrake" war deutlicher und gab im „Sunday Telegraph" eine bemerkenswert genaue Zusammenfassung: „Die Liste enthielt – neben anderen – die Frage, was uns die Geschichte über den Charakter und das Verhalten Deutschlands sage, ob Deutschland bestimmte dauerhafte nationale Charakteristika habe und ob sich die Deutschen in den letzten vierzig Jahren geändert hätten.

---

[6] An diesem Tag erschien es auch: „Alle gegen Deutschland – nein!", in: Der Spiegel, 13/1990, S. 182ff.

[7] The Times vom 26. März 1990.

[8] „Secret Lunch by Order of Maggie", in: Daily Express am 27. März 1990.

[9] G. Thomas, Frau Thatcher zieht Lehren aus der deutschen Geschichte. Ein Historiker-Seminar bei der Premierministerin, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. März 1990.

[10] Theo Sommer, The Lady is not for turning, in: Die Zeit vom 13. April 1990.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ferner: Würde – ich paraphrasiere – ein vereinigtes Deutschland seine politische Macht und sein Territorium zu erweitern suchen? Wenn ja, wäre es dann möglich, jene Macht einzudämmen? Ist ein vereinigtes Deutschland ein Anlaß zu Besorgnis? Gibt es einen internationalen Rahmen, in den ein vereinigtes Deutschland eingefügt werden kann? Und welche Wirkung dürfte die Vereinigung auf die deutschen Minderheiten in Osteuropa haben, auch im Hinblick auf das Anwachsen nationaler Emotionen in dieser Region?

Nach dem Fragebogen sollten die Gäste außerdem über die Ursachen des wirtschaftlichen Erfolgs Westdeutschlands nachdenken. Er stellte die Frage, ob das etwas mit dem Charakter der Deutschen – ihrem Sinn für ‚Disziplin und Ordnung' – zu tun habe oder mit ‚vernünftiger Politik' ...

An einer Stelle wurde auch die Frage aufgeworfen, ob Amerikaner deutscher Herkunft Einfluß auf die amerikanische Deutschlandpolitik hätten."[11]

In Anbetracht des Sturms, das vom Treffen in Chequers im Juli ausgelöst wurde, muß festgehalten werden, daß diese frühen Informationen über den Gehalt der Diskussionen des 24. März weder ein lebhafteres Echo in der Presse fanden noch das Interesse – von Kritik ganz zu schweigen – politischer Kreise weckten, ob in Großbritannien oder in Deutschland[12]. In seinem Artikel über den „Fragebogen" schrieb der Kommentator des „Daily Telegraph": „Ich kann es verstehen, wenn sie (die gestellten Fragen) als naiv angesehen werden sollten, als oberflächlich und als jenes Interesse an ethnischen Differenzen zwischen europäischen Nationen verratend, das in der jüngsten Vergangenheit mehr als teutonisch denn als britisch galt." Auch könne die Frage nach dem Einfluß von Amerikanern deutscher Herkunft auf die amerikanische Außenpolitik, so setzte er hinzu, im Weißen Haus irritierend wirken oder „nachsichtig belächelt" werden, und er machte sich einigen Spaß daraus, darüber zu rätseln, wer denn wohl damit gemeint sei, wobei er freilich die interessante Seite der Frage (die in Chequers allerdings nicht erörtert wurde) übersah, nämlich daß sie die Sorge in Downing Street 10 enthüllte, Präsident Bushs neues Interesse an Deutschland werde womöglich das spezielle britische Verhältnis zum Weißen Haus beeinträchtigen. Ihm selbst, schrieb er, seien „die meisten der Fragen vernünftig erschienen", und die Zusammenkunft habe nach seiner Meinung positive Resultate gehabt[13]. Das galt auch für die deutschen Korrespondenten, die das Treffen kommentierten und befriedigt feststellten, die Premierministerin habe sich für Ansichten offen gezeigt, die den ihren widersprachen, und sich davon überzeugen lassen, daß Deutschland keine Gefahr für Europa darstelle.

---

[11] Mandrake, A Diplomatic Incident at Chequers, in: The Sunday Telegraph vom 1. April 1990.

[12] Theo Sommers Artikel in der „Zeit" vom 13. April 1990 berichtete, daß u. a. folgende Fragen gestellt worden seien: „Was lehrt uns die Geschichte über Charakter und Verhalten der Deutschen? Haben sie sich in den letzten vierzig Jahren verändert? Würde ein vereinigtes Deutschland seine politische Macht und sein Territorium ausdehnen wollen? Wenn ja, ließe sich dem deutschen Ausdehnungsdrang Einhalt gebieten? In welchen Rahmen müßte Deutschland eingepaßt werden? Welche Ursachen gibt es für den wirtschaftlichen Erfolg der Westdeutschen?"

[13] The Daily Telegraph vom 1. April 1990.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

II.

Am 15. Juli 1990, unter der Schlagzeile „Be nice to German bullies, PM told", schrieb Neal Ascherson in der Sonntagsausgabe der Londoner Zeitung „The Independent": „Im März haben Margaret Thatcher und eine Gruppe von Beratern bei einem vertraulichen Treffen in Chequers die Fehler des deutschen Nationalcharakters festgestellt. Dazu gehörten ‚Angst, Aggressivität, Angeberei, Eigendünkel, Minderwertigkeitskomplexe, Sentimentalität'.

Eine Downing-Street-Aufzeichnung von diesem Treffen ist in unseren Besitz gelangt, und wir drucken sie in vollem Wortlaut auf Seite 19. Charles Powell, dem Privatsekretär der Premierministerin zugeschrieben, ist sie ein freimütiges und überraschendes Dokument. Wenige Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft dürften je über einen ihrer Partner in solchen Begriffen gesprochen haben."[14]

Am folgenden Tag brachte auch „Der Spiegel" die Aufzeichnung, und zwar ohne redaktionellen Kommentar, wenn man vom Untertitel – „Auf einem geheimen Seminar, das Frau Thatcher im März einberief, sorgten sich die Teilnehmer über die unheimlichen Deutschen" – absieht und wenn man die Fotos von fünf der Teilnehmer ausnimmt, auf denen sie wie Mitglieder eines Blutgerichts aussahen[15].

Zu diesen Berichten muß als erstes angemerkt werden – und das gilt auch für alle folgenden Artikel –, daß sie keinen Hinweis auf die Tatsache enthielten, daß das Treffen von Chequers der Presse seit Ende März bekannt und auch auf der Königswinter-Konferenz vom 29. März erwähnt worden war. Die Lancierung der Aufzeichnung verschleierte dies und vermittelte den Eindruck, daß es sich bei dem Treffen um eine geheime Kabale gehandelt habe, die erst jetzt aufgedeckt worden sei. Daß die Aufzeichnung an die Öffentlichkeit gelangen konnte, stellte, wie der „Daily Telegraph" schrieb, „eine der ernstesten Verletzungen der für den Staatsapparat geltenden Geheimhaltungsvorschriften dar, die es in den letzten Jahren gegeben hat"[16]. Das Dokument war, wie amtliche Quellen enthüllten, lediglich an das Foreign Office, das Verteidigungsministerium, das Schatzamt und das Ministerium für Handel und Industrie gegangen (wenn auch etliche Beobachter aus der nahezu gleichzeitigen Veröffentlichung im „Spiegel" den Schluß zogen, daß eine Kopie die britische Botschaft in Bonn erreicht haben und von dort lanciert worden sein müsse); nicht einmal die Teilnehmer des Treffens kannten den Inhalt, ehe sie ihn aus der Presse zur Kenntnis nehmen durften. Angesichts der nun einsetzenden Diskussion war letztere Tatsache von Bedeutung, wenn auch nicht in gleichem Maße wie die Indiskretion selbst, die auf das Chequers-Seminar, wie es jetzt genannt zu werden begann, ein böses Licht warf, das es nicht verdiente. Der totale Gedächtnisverlust, der die Presse hinsichtlich des „Fragebogens" für die Teilnehmer des Treffens im März befallen hatte, obwohl die Liste der Fragen von etlichen Journalisten unmittel-

[14] N. Ascherson, „Be nice to German bullies, PM told", in: The Independent vom 15. Juli 1990.
[15] „Komplott gegen Europa", in: Der Spiegel, 29/1990.
[16] J. Hibbs, Inquiry into leaked memo on Germany, in: The Daily Telegraph vom 17. Juli 1990.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bar nach dem „Seminar" detailliert erörtert worden war, trug aber zu jenem Ergebnis bei. Hätte man sich daran erinnert, wäre vielleicht irgendjemand eingefallen, daß es kaum vernünftig sein konnte, im Juli etwas als schockierend hinzustellen, das im März und April als ganz normal erschienen war.

Als zweites ist festzuhalten, daß die Presse keinen rechten Versuch machte, die Chequers-Affäre für sich allein und auf der Basis jener Kenntnisse, die seit Monaten in ihrem Besitz waren, zu behandeln, daß sie es vielmehr vorzog, das Treffen von Chequers im Zusammenhang mit einem anderen Ereignis zu sehen, mit dem es nicht die geringste Verbindung hatte, nämlich im Zusammenhang mit der Ridley-Affäre. Am 14. Juli veröffentlichte der „Spectator", ein vielgelesenes Blatt der Meinungspresse, einen Artikel von Dominic Lawson, Sohn eines früheren Schatzkanzlers in Frau Thatchers Kabinett. Lawson gab darin ein Interview wieder, das er zwei Wochen zuvor mit Nicholas Ridley gemacht hatte, dem britischen Minister für Handel und Industrie. Das Gespräch fand am Vorabend einer Reise nach England statt, die der Präsident der Deutschen Bundesbank, Klaus-Otto Pöhl, unternahm, um über eine gemeinsame europäische Finanzpolitik zu sprechen, und es konnte nicht ausbleiben, daß sich Lawsons Fragen an den Handelsminister diesem Thema näherten. Später schrieb Lawson, als das Finanzproblem erwähnt worden sei, habe ihn „die Heftigkeit der Ansichten Mr. Ridleys in der europäischen Frage und insbesondere über die Rolle Deutschlands völlig verblüfft". Ihm zufolge verlief der Wortwechsel folgendermaßen:

R.: „Das ist alles ein deutsches Racket, dazu bestimmt, ganz Europa in die Hand zu bekommen. Das muß vereitelt werden. Diese durchgepeitschte Übernahme durch die Deutschen auf der schlimmstmöglichen Basis, wobei die Franzosen sich gegenüber den Deutschen wie Pudel aufführen, ist absolut unerträglich."

L.: „Entschuldigen Sie, in welcher Hinsicht sind Schritte zur monetären Union ‚Versuche der Deutschen, ganz Europa in die Hand zu bekommen'?"

R.: „Die Deutschmark wird immer die stärkste Währung sein, *wegen ihrer Eigenarten.*"

L.: „Aber Mr. Ridley, es ist doch sicher nicht axiomatisch, daß die deutsche Währung immer die stärkste sein wird ...?"

R.: „Es ist wegen der *Deutschen.*"

L.: „Aber die Europäische Gemeinschaft besteht doch nicht allein aus den Deutschen."

R.: „Wenn ich mir die Institutionen ansehe, denen Souveränität übertragen werden soll, bin ich entsetzt. Siebzehn nicht gewählte abgehalfterte Politiker ..., die niemand Rechenschaft ablegen müssen ... Man könnte gleich alles ohne Umschweife Adolf Hitler in die Hand geben." ...

L.: „Aber Herr Kohl ist doch gewiß Herrn Hitler vorzuziehen. Er wird uns jedenfalls nicht bombardieren."

R.: „Ich bin nicht sicher, ob mir die – äh – Luftschutzkeller und die Chance, sich zu wehren, nicht lieber wären als einfach übernommen werden durch – *die Wirtschaft.* Er wird bald herüberkommen und zu sagen versuchen, daß wir dies an der

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bankenfront tun sollten und daß so und so unsere Steuern zu sein hätten. Ich meine, daß er bald versuchen wird, *alles* in die Hand zu nehmen."[17]

Dieser Artikel, den eine Zeichnung Kohls mit Hitlerscher Stirnlocke und dem Oberlippenbärtchen des „Führers" schmückte, verursachte sowohl in Großbritannien wie in Deutschland eine Sensation[18]. Für unseren Zusammenhang ist von Bedeutung, daß der Artikel unweigerlich die Interpretationen bestimmte, mit denen die Presse auf die nur zwei Tage später kommende Veröffentlichung der Chequers-Aufzeichnung reagierte. Die Animosität gegen die Deutschen, die sich in Nicholas Ridleys Bemerkungen zeigte, wurde nun ohne weiteres auch den Teilnehmern am Chequers-Treffen zugeschrieben. Es gab keine Versuche, irgendwie zu beweisen, daß sie Ridleys Übertreibungen teilten, doch daß dies unterstellt wurde, war nur allzu klar. So illustrierten zum Beispiel die Redakteure des „Spiegel" ihre Wiedergabe des Textes der lancierten Aufzeichnung mit einer von Cummings für den „Daily Express" gezeichneten Karikatur Ridleys als offenbar wahnsinnigen Porträtmaler, der gerade ein Bild vollendet, auf dem Helmut Kohl, in SA-Uniform, mit Hitler-Bärtchen und die Hand zum „Deutschen Gruß" erhoben, einen französischen Pudel an der Leine, dessen Gesicht die Züge M. Mitterands und dessen Schwanz die Worte „C' est Kohl que j'aime" trägt, zielstrebig vorwärts schreitet, zwischen ein paar Panzern mit der Aufschrift „DM" und auf dem gewölbten Bauche das Motto „Ein Reich! Eine Wurst! Eine Deutschemark!"[19] Ohne gleiche assoziative Techniken zu benutzen, nahmen doch auch andere Zeitungen die Übereinstimmung einfach als gegeben an.

Schließlich muß auch betont werden, daß diese Unterstellung noch verstärkt wurde, weil versäumt worden war, die Aufzeichnung über die Diskussionen in Chequers vor der Freigabe für andere Regierungsämter den Teilnehmern zur Billigung vorzulegen. Wäre das – bei vielen ähnlichen Zusammenkünften ein ganz normales Verfahren – geschehen, hätte das Eindringen der Ansichten des Verfassers der Aufzeichnung, des Privatsekretärs C. D. Powell, korrigiert und ein Großteil der anschließenden Mißverständnisse vermieden werden können. C. D. Powells Einwirkung war am stärksten in den ersten Passagen des Memorandums, vor allem in dem unglücklichen Satz, mit dem Neal Ascherson seine Story in „The Independent" einleitete: „Some even less flattering attributes were also mentioned as an abiding part of the German character: in alphabetical order, angst, aggressiveness, assertiveness,

[17] „Saying the Unsayable about the Germans", in: The Spectator vom 14. Juli 1990, S. 8 ff.

[18] Vgl. „The Man Who Talked Too Much", in: The Sunday Observer vom 15. Juli 1990, S. 19; „Mr. Ridley's Buffooneries", in: The Sunday Telegraph vom 15. Juli 1990, S. 15; Norman Stone, Field Marshal Ridley loses control of a squad of facts, in: The Sunday Times vom 15. Juli 1990; „Scandalised Germans blame outburst on German soccer defeat", in: The Daily Telegraph vom 13. Juli 1990; Th. Kielinger (Chefredakteur vom „Rheinischen Merkur"), We have changed, Mr. Ridley, in: The Independent vom 13. Juli 1990; G. Kröncke, Deutsche wollen Europa übernehmen. Bundesregierung nennt Angriffe gegen Kohl skandalös, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. Juli 1990.

[19] „Komplott gegen Europa", in: Der Spiegel, 29/1990, S. 112.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bullying, egotism, inferiority complex, sentimentality."[20] Das Beste, was von dieser Formulierung Powells gesagt werden kann, ist, daß es sich um eine Komprimierung von Gedanken und Konzepten handelt, die grob aus dem Kontext gerissen sind, in dem sie erwähnt worden waren; dazu ist das Schwergewicht ganz zu Unrecht auf „Charakter" gelegt. Zwar trifft es zu, daß die Teilnehmer an dem Treffen in Chequers aufgefordert worden waren – in dem ihnen zuvor übermittelten Fragebogen –, darüber nachzudenken, was die Geschichte über einen deutschen Nationalcharakter zu sagen hat und ob es bleibende nationale Charakteristika gibt, aber während des Treffens selbst lockte das keine bestimmten Antworten aus den Teilnehmern heraus, die es als Historiker vorzogen, über deutsches Verhalten zu reden, und auch das nicht etwa generell, sondern in spezifischen Perioden.

Um ein Beispiel zu geben: Im zweiten Absatz der Aufzeichnung, unmittelbar nach dem eben zitierten Satz, findet sich folgende Passage: „Zwei weitere Züge des deutschen Charakters wurden im Blick auf die Zukunft als Gründe zur Sorge genannt. Erstens eine Fähigkeit zum Exzeß, zur Übersteigerung der Dinge, zum Überdiesträngeschlagen. Zweitens eine Neigung zur Überschätzung der eigenen Kräfte und Fähigkeiten. Ein Beispiel dafür, das die nachfolgende deutsche Geschichte erheblich beeinflußt hat, war die Überzeugung, daß der Sieg über Frankreich im Jahre 1870 Ergebnis einer tiefen moralischen und kulturellen Überlegenheit gewesen sei, statt – wie tatsächlich – eines bescheidenen Vorsprungs in militärischer Technologie."[21]

Ich muß bekennen, daß ich mich in dieser Passage selbst wiederfinde. Ich hatte versucht, die Aufmerksamkeit auf eine frühere Vereinigung Deutschlands und auf das sie begleitende Verhalten zu lenken, indem ich Nietzsches Kommentare zu dem Triumphalismus von 1871 erwähnte[22]; das sollte eine vergleichende Betrachtung der jetzigen Situation stimulieren. Ich will doch hoffen, daß ich weder von Charakter noch von nationalen Eigenschaften gesprochen habe, was ich beides schon viel früher als Basis historischer Erklärungen verworfen hatte, nämlich in der Einführung zu einer politischen Geschichte der preußischen Armee[23].

Lange nachdem sich der Staub wieder gelegt hatte, der von der Chequers-Affäre aufgewirbelt worden war, erkannte Adam Lively die grundlegende Meinungsdifferenz zwischen den Gastgebern des Treffens und ihren Gästen. In seiner Stellung-

[20] The Independent vom 15. Juli 1990, S. 19.

[21] Ebenda.

[22] F. Nietzsche, Unzeitgemäße Betrachtungen. Werke in drei Bänden, Bd. 1, Darmstadt 1973, S. 135 ff.

[23] „Einem Volke Nationaleigentümlichkeiten zuzuschreiben, ist in jedem Fall eine gewagte Sache, und Schlußfolgerungen, die aus solcher Beimessung gezogen werden, können leicht in nichts zusammenfallen. Daß in neuerer Zeit autoritäre Regierungsform, Militarismus und Aggression das deutsche politische Leben und Handeln kennzeichneten, läßt sich kaum bestreiten. Dieses Buch geht jedoch von der Grundthese aus, daß derartige Dinge dem deutschen Charakter keineswegs angeboren, sondern vielmehr – um mit Franz Neumann zu sprechen – ‚Ergebnisse einer Struktur sind, welche die Versuche zur Schaffung einer lebensfähigen Demokratie vereitelte'." Gordon A. Craig, Die preußisch-deutsche Armee 1640–1943. Staat im Staate, Düsseldorf 1960, S. 11.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nahme zu einem Buch von Kathryn Tidrick mit dem Titel „Empire and the English Character" schrieb er:

„Es könnte, etwas boshaft, gesagt werden, daß zu den Eigenschaften der Engländer ihre Neigung gehört, dem Nationalcharakter eine ungebührliche Bedeutung zuzuschreiben. Als Charles Powell in seinem berüchtigten Memorandum zum Chequers-Seminar die Deutschen ungeniert mit Eigenschaften wie Aggressivität, Angst und einem Minderwertigkeitskomplex ausstattete, mag er nicht die Ansichten der anwesenden Akademiker (zu denen zwei Amerikaner und ein Schotte gehörten) oder auch nur des Außenministers ausgedrückt haben, doch brachte er fast sicher die Meinung der Premierministerin und ihres Privatsekretärs zum Ausdruck. Natürlich haben sich allenthalben Völker nationale Tugenden zuerkannt (die Franzosen sich „Intelligenz", die Amerikaner sich „Arglosigkeit und Optimismus") und sich solchermaßen von Ausländern abgehoben. Dennoch läßt sich behaupten, daß die Vorstellung von einem ‚Charakter' – von einer angeborenen, kaum definierbaren Geistesart, scharf unterschieden vom Bekenntnis zu bestimmten abstrakten Prinzipien – einen einzigartigen Platz in der nationalen Mythologie der englischen herrschenden Klasse hat."

Adam Lively erwähnte dann ein Fernsehinterview mit Douglas Hurd, in dem der Außenminister gesagt hatte, daß Großbritannien zwar nicht mehr die konkrete Macht besitze, die es früher gehabt habe, sich aber trotzdem in den europäischen Gremien immer noch durchsetzen könne, und zwar durch Einfluß und Überredung. „Wenn wir den Deutschen vorwerfen können, einen Minderwertigkeitskomplex zu haben", bemerkte Adam Lively dazu, „können sie uns sicherlich vorwerfen – sofern sie je so etwas tun wollten –, einen Überlegenheitskomplex zu haben."[24]

Solche Unterscheidungen waren nichts für den größeren Teil der Tagespresse, der sich – von London bis Frankfurt und von Manchester bis Cincinnati – freudig auf Powells unglücklichen Satz stürzte, diesen zum Kern der Kommentare machte und damit den Eindruck verbreitete, die Premierministerin habe ein Treffen zur Bestätigung ihrer Vorurteile einberufen und Gastgeber wie Gäste hätten einhellig die Deutschen verurteilt, nicht für etwas, das sie getan haben, gerade tun oder in Zukunft tun könnten, sondern für das, was sie sind[25]. Ein deutscher Journalist, durch solche Einmütigkeit überzeugt, schrieb wütend, das Chequers-Seminar habe einer Gruppe

[24] „By Authority and Example", in: The Times Literary Supplement, 28. September–4. Oktober 1990.

[25] Vgl. z. B. M. Kennedy, Thatcher's German Angst, in: The Guardian vom 16. Juli 1990; G. Greig, What experts told Maggie: „Gurus" around the Chequers table, in: The Daily Mail vom 16. Juli 1990, S. 7; D. Millward, Leaked memo „unflattering" to Germans, in: The Independent vom 16. Juli 1990; „The Times Diary: Yet another elusive mole", in: The Times vom 17. Juli 1990; „Thatcher Briefed on Fear of Bonn: Secret Seminar Held on Unity Concerns", in: The Washington Post vom 16. Juli 1990; C. R. Whitney, Sizing Up Germans: A Thatcher Symposium, in: The New York Times vom 16. Juli 1990; G. Jensen, Memo links Thatcher to German bashing, in: The Washington Times vom 16. Juli 1990; „Britain: Its government needs to check damaging anti-German remarks", in: The Cincinnati Enquirer vom 23. Juli 1990; „A secret British memo describes Germans as aggressive, egotistical bullies", Karikatur von Danziger in: The Christian Science Monitor vom 19. Juli 1990.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geähnelt, die zusammengekommen sei, um „eine Expedition zu einem wilden Bergstamm im Hindukusch" zu planen[26], und in der Tat ist das der Eindruck, den die meisten Zeitungsberichte vermittelten. Das Gewicht, das sie auf die ersten Absätze des Memorandums legten, verdunkelte alles, was über den tatsächlichen Gang der Diskussion in Chequers gesagt wurde, der ohnehin in vielen Berichten gar keine Erwähnung fand[27]. Es war vergebens, daß Professor Norman Stone, einer der Teilnehmer, zur Vernunft mahnte, indem er schrieb: „Im allgemeinen geben die Aufzeichnungen ein Bild, mit dem die Deutsche Botschaft recht zufrieden sein kann. Was das Wesen des heutigen Deutschland betrifft, herrscht Optimismus vor – demokratisch, kooperativ, friedlich, zum Westen geneigt, die Vergangenheit tief bereuend –, ebenso über seine Rolle in Osteuropa und seine Beziehungen zu Moskau ... Jedoch enthalten die Aufzeichnungen *tatsächlich*, zu Beginn, eine Aufzählung der historischen Fehler der Deutschen, zu der die Berater Stellung nehmen sollten. Die Aufzählung läuft auf die Formel hinaus: ‚Zu Deinen Knien oder an Deiner Kehle'. Sie stellte nur den Anfangspunkt der Diskussion dar und wurde von niemand ernst genommen. Aber sie ist unglücklicherweise für jeden Europäer, der älter ist als 60 Jahre, der Ausgangspunkt einer jeglichen Diskussion über die deutsche Frage."[28]

Stone und zwei andere Teilnehmer, Timothy Garton Ash und Fritz Stern, schickten auch Erklärungen an die „Frankfurter Allgemeine Zeitung", in denen sie das Bild zurechtzurücken suchten und unter anderem darauf hinwiesen, am Treffen von Chequers sei vor allem bemerkenswert, daß Wissenschaftler mit so unterschiedlichen Ansichten (wie unterschiedlich würde jeder Blick in ihre veröffentlichten Werke zeigen) derart einhellig Vertrauen in Deutschlands demokratische Zukunft bekundeten[29]. In einem Brief an die „New York Times" übte Stern auch Kritik an dem verzerrten Bericht, das dieses Blatt gebracht hatte, und betonte dabei, daß „die dominante Note in Chequers eine optimistische Einschätzung der wahrscheinlichen Konsequenzen eines vereinigten Deutschland" gewesen sei und daß man auf die Frage der nationalen Eigenschaften nur ein paar Momente verwendet habe; alle hätten darin übereingestimmt, daß „die Schrecken der Vergangenheit nicht eine realistische Beurteilung der Gegenwart oder der Zukunftsaussichten verfälschen" dürf-

---

[26] G. Gillesen, Britische Ungereimtheiten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Juli 1990, S. 1.

[27] In den Vereinigten Staaten gehörte Edwin Yoder, Jr., zu den wenigen Journalisten, die versuchten, den ersten Eindruck zu korrigieren. Er schrieb: „Anfänglich besagten die Berichte, daß Frau Thatcher eine Liste der deutschen politischen und charakterlichen Laster vorgelegt habe und daß ihr gesagt worden sei, die Deutschen müßten gestreichelt werden. Spätere Berichte schienen ernsthaften Leuten würdiger zu sein." E. Yoder, British doubts about Germany, in: The Cincinnati Enquirer vom 25. Juli 1990.

[28] N. Stone, What Mrs. Thatcher really thinks, in: The Times vom 16. Juli 1990.

[29] T. G. Ash, Wie es eigentlich war, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Juli 1990; N. Stone, Recht geredet: Was Frau Thatcher fragen mußte, in: Ebenda vom 19. Juli 1990; F. Stern, Ein neuer Anfang in Deutschland, in: Ebenda vom 26. Juli 1990 (in gekürzter Fassung auch in: The Washington Post vom 29. Juli 1990).

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten[30]. Es muß freilich angenommen werden, daß solchen Klärungsversuchen keine sonderliche Wirkung auf die Vorstellungen beschieden war, die sich vom Chequers-Treffen in der Öffentlichkeit gebildet hatten.

Der vielleicht bedrückendste Aspekt an der Berichterstattung über die Chequers-Affäre ist das Versäumnis der Presse, den wahren Zweck und die tatsächliche Leistung des Treffens zu behandeln, das „Seminar" – statt als etwas Außerordentliches und in einem nie richtig definierten Sinne Sinistres – als den normalen Schritt einer Regierung zu sehen, die zur besseren Fundierung und zur Verfeinerung ihrer Politik nach möglichst genauer Unterrichtung strebt. Dieses Defizit hatte Lord Shawcross im Auge, als er in einem Brief an die Londoner „Times" schrieb: „Ich muß gestehen . . ., daß mir die Veröffentlichung der Aufzeichnung zum Chequers-Seminar von hohem Interesse zu sein scheint . . . Ich zweifle nicht daran, daß ähnliche Seminare in Bonn, im Weißen Haus und am Quai d'Orsay veranstaltet werden . . . – bin allerdings sicher, daß die Eigenschaften, die z. B. die Franzosen dem perfiden Albion zuschreiben, viel unangenehmer sind als jene, die das Seminar im Falle der Deutschen für eine gewisse Zeit als zutreffend ansah . . . Ich bin sicher, daß Kanzler Kohl die Aufzeichnung nicht nur für fair halten wird, sondern auch, von einem europäischen Standpunkt aus betrachtet, für höchst ermutigend."[31]

Die Tatsache, daß die Premierministerin das Seminar ernst nahm, daß sie sich die geäußerten Ansichten aufmerksam anhörte und daß ihre Haltung gegenüber Deutschland in den folgenden Monaten merklich freundlicher wurde, hat die Presse im allgemeinen ignoriert, was zur generellen Verfälschung von Zweck und Wirkung des Treffens noch beitrug.

In einem interessanten Rückblick auf die Chequers-Affäre hat Timothy Garton Ash den Fall als „eine nur schwache Turbulenz" in den anglo-deutschen Beziehungen bezeichnet[32]. Angesichts der Tatsache, daß die Premierministerin zwei Monate später von ihrem Amt zurücktrat, läßt sich aber sagen, daß die Bedeutung der Affäre doch etwas größer war. Frau Thatchers Sturz war zu einem guten Teil das Resultat der – sowohl in ihrer Partei wie in der Öffentlichkeit herrschenden – Vorstellung, daß sie fest gegen Großbritanniens volle Beteiligung am Prozeß der europäischen Integration Stellung bezogen habe. Zu dieser Vorstellung trug auch die von der Presse geförderte Annahme bei, daß Nicholas Ridleys Ansichten die der Premierministerin widerspiegelten und daß das Chequers-Treffen eine Präliminarbekräftigung ihrer anti-deutschen und damit anti-europäischen Position gewesen sei. Künftige Historiker des deutschen Vereinigungsprozesses werden am Ende erkennen, daß eine solche Einschätzung kein zutreffendes Bild von der Entwicklung der britischen Außenpolitik zwischen März und Juli 1990 gibt, doch wird es ihnen die Presse nicht leichter gemacht haben, dies herauszufinden.

---

[30] „Letters" in: The New York Times vom 30. Juli 1990.

[31] „Letters", in: The Times vom 18. Juli 1990.

[32] T. G. Ash, The Chequers Affair, in: The New York Review of Books vom 27. September 1990.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

Am 9. August 1991 ist Professor Dr. Richard Löwenthal im Alter von 83 Jahren verstorben. Auf seine unverwechselbare Art und Weise war er zugleich eine Persönlichkeit der Zeitgeschichte und ein Zeitgeschichtsforscher. Seine Begabung konnte sich voll entfalten, wenn er – häufig in freier Rede – makropolitische Entwicklungslinien des 20. Jahrhunderts beleuchtete, Trends, Möglichkeiten, Gegensätze und innere Widersprüche herausarbeitete und mit kritischem Judizium das Wesentliche einer Konstellation oder einer Entwicklungsphase zu verdeutlichen wußte.

Er wirkte primär als souveräner Analytiker und erwies sich in dieser Eigenschaft immer wieder als eine Art Augenöffner für diejenigen, die Detailforschung betreiben. Da er selbst aber schon in der Weimarer Republik, in den Emigrationsjahren und dann in den langen Jahrzehnten nach 1945 mit eigenen politischen Impulsen, publizistisch oder stärker als Beobachter und Berater, an zahlreichen wichtigen Vorgängen beteiligt war, wußte er in vielen Fällen auch aus eigener Anschauung sehr ins einzelne gehend zu berichten. Wie alle seine wissenschaftlichen Beiträge wiesen auch diese naturgemäß stärker subjektiv getönten Berichte doch gleichfalls das für ihn kennzeichnende Bestreben nach nüchterner Objektivierung erlebter und erlittener Geschichte auf.

Der Text, den wir hier in Erinnerung an diesen eindrucksvollen Gelehrten erstmals abdrucken, stellt ein durchaus charakteristisches Beispiel seiner eben skizzierten Darstellungskunst dar. Der Reiz dieser Erinnerungsskizze an die politischen Fronten und an die zeitgeschichtliche Bedeutung der seinerzeitigen deutschen Emigration liegt zudem darin, daß hier einer der letzten damals noch verbliebenen Zeitzeugen zusammenfassend und durchaus auch autobiographisch getönt eine entscheidende Phase sozialdemokratischer Entwicklungsgeschichte geschildert hat.

Richard Löwenthal hat diesen Rückblick auf einem Colloquium über die Emigration aus dem faschistischen Italien und dem nationalsozialistischen Deutschland gegeben, das 1987 vom Deutschen Historischen Institut in Rom, dem Institut für Zeitgeschichte und der Universität Rom veranstaltet wurde. Der Beitrag ist von Dr. Werner Röder redigiert und von Richard Löwenthal für den Druck freigegeben worden. Es ist der wohl letzte größere Text aus seiner Feder. Die Besonderheit dieses Zeitzeugenberichts und der Anlaß zur Veröffentlichung im Gedenken an den verstorbenen Kollegen gebieten es, auf die bei der Sparte Dokumentation sonst selbstverständliche wissenschaftliche Einleitung zu verzichten.

Karl Dietrich Bracher und Hans-Peter Schwarz

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

RICHARD LÖWENTHAL

KONFLIKTE, BÜNDNISSE UND RESULTATE DER DEUTSCHEN POLITISCHEN EMIGRATION

Ich habe mir erlaubt, auf die ursprünglich als Titel meines Referates vorgesehene Formulierung „Zwischen Volksfront und Einheitspartei" zu verzichten, weil es nach meiner Auffassung in der deutschen politischen Emigration keine echte Volksfront und keine umfassende Einheitspartei gegeben hat, nur eine fingierte Volksfront der Kommunisten und eine von diesen durchgeführte „Einheitspartei" einerseits und eine zunächst vielfach gespaltene Sozialdemokratie andererseits, die sich erst im Verlauf des Zweiten Weltkrieges auf eine demokratische Einheitspartei orientierte.

Es gibt einen bedeutenden Unterschied zwischen dem deutschen und dem italienischen Exil: In der deutschen politischen Emigration hat die Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten eine ganz andere Rolle gespielt, eine viel bitterere Rolle als bei den italienischen Antifaschisten. Das hat zunächst einmal einen geographischen Grund: Die deutschen Sozialdemokraten und die Deutschen überhaupt haben die sowjetische Politik als ein sie sehr unmittelbar betreffendes Problem gesehen – vor den Nazis, während der Nazizeit und danach, und das ist ein anderer Ausgangspunkt für die Frage, wie Sozialdemokraten und Kommunisten miteinander auskommen können. Italien hatte außerdem eine kommunistische Partei, die mit dem bemerkenswerten persönlichen Geschick von Palmiro Togliatti immer versucht hat, die schlimmsten sowjetischen Verrücktheiten in Grenzen zu halten oder zu verhindern. Eine Position wie die von Pietro Nenni in der Widerstandszeit, der ganz bewußt und klar eine Kooperation mit den Kommunisten als dauernd angesehen und sich davon erst 1956 endgültig gelöst hat, wäre innerhalb der deutschen Linken nicht möglich gewesen; ich sage das nicht gegen Nenni, und ich sage das nicht für die Deutschen, sondern ich sage das als Hinweis zum Verständnis unserer Verschiedenheiten zu dieser Zeit und in dieser Frage. Es gab unter den italienischen Sozialisten immer *auch* eine scharf antikommunistische Strömung (ich habe noch 1938/39 in Frankreich mit einem wichtigen Vertreter dieser Richtung kooperiert und ihn nach dem Kriege in Italien wiedergefunden), aber natürlich war sie damals eine Minderheit.

Basis der deutschen politischen Emigration waren zwei große, aus der gemeinsamen Tradition der sozialistischen Linken hervorgegangene, doch seit langem bitter verfeindete Parteien und daneben eine Reihe kleiner, z. T. aus Mischungen von beiden entstandener Organisationen. Es gab auch emigrierte „bürgerliche" Politiker, zum Teil Konservative wie Brüning oder Treviranus, zum Teil Liberale; ihre Hoff-

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nung auf Bildung von Gruppen war jedoch vergeblich. Die Nachkriegswirkung der Emigration blieb auf die im Ausland einem Veränderungsprozeß unterworfenen Elemente der sozialistischen und kommunistischen Bewegungen beschränkt.

Sozialdemokraten und Kommunisten repräsentierten in der deutschen Emigration die einzigen Kräfte des organisierten politischen Widerstandes: Die Kommunisten waren schon vor der endgültigen „rechtlichen" Machtübernahme Hitlers als Partei verboten und als Personen verfolgt, verhaftet und in einer Reihe von Fällen ermordet worden. Die Sozialdemokraten hatten als noch im Reichstag vertretene Fraktion als einzige gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt und waren danach aller politischen Rechte beraubt, teilweise verfolgt und bald ebenfalls als Partei verboten worden. Doch während die kommunistische Führung sofort eine bemerkenswert unvorbereitete Widerstandsbewegung ins Leben rief (was schwere Verluste verursachte) und zugleich eine Auslandsleitung mit dem Sitz in Paris aufbaute, begann der sozialdemokratische Widerstand zunächst „von unten", mit einer Vielzahl zur Aktion entschlossener, überwiegend junger Parteimitglieder in diversen lokalen oder regionalen Bereichen. Die verhängnisvollen Defizite des zentral „angeleiteten" KPD-Widerstands waren u. a. Ergebnis der Moskauer Strategie, die die deutsche Partei zwar als wichtigste Basis revolutionärer Kominternaktivitäten im Ausland benutzte, aber seit dem Fehlschlagen der Aktionen von 1923 keine Vorbereitungen für einen Untergrundkampf in Deutschland selbst hatte treffen lassen. Auf der anderen Seite hoffte die Mehrheit der sozialdemokratischen Parteiführung trotz ihrer grundsätzlichen und mit bewundernswertem Mut vorgetragenen Opposition gegen den Nationalsozialismus zunächst noch darauf, die Legalität des Apparats durch Zugeständnisse an den neuen „nationalen" Staat erhalten zu können.

Der Radikalismus des Hitlerschen Regimes belehrte sie bald eines besseren, und noch im Laufe des Frühjahrs 1933 stand eine emigrierte sozialdemokratische Parteiführung in Prag, die ihre Mitglieder zum Widerstand aufforderte, der emigrierten kommunistischen Parteileitung in Paris gegenüber. Doch zwei entscheidende Unterschiede wirkten fort: Die Kommunisten hielten im In- und Ausland an ihrer Jahre vor dem Sturz der Demokratie entwickelten These fest, daß die Hauptgefahr für ihre Ziele, und jetzt das Haupthindernis für den Sturz Hitlers, der „Sozialfaschismus" der SPD sei. Sie liquidierten diese aus der Sowjetunion importierte Idee erst zwei Jahre später, nachdem auch die sowjetische Führung sie aufgegeben hatte.

Zum anderen blieb die kommunistische Organisation, soweit sie die Verfolgungen des nationalsozialistischen Systems überleben konnte, mit belanglosen Ausnahmen auch im Inland monolithisch und diszipliniert und übernahm die „Instruktionen" der Führung, ohne deren politische und ideologische Inhalte in Frage zu stellen. Dagegen wurde der Richtungskonflikt zwischen dem Vorstand der SPD, jetzt in Prag „Sopade" genannt, und den Gruppen, die im Widerstand vorangegangen waren und die Fehler der Parteiführung als mitverantwortlich für Hitlers Sieg ansahen, zwar durch die Vermittlung der Sozialistischen Internationale und die Wendung der Sopade zu radikaleren Formeln gemildert, doch bis in die Kriegszeit hinein niemals voll überwunden.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

I. Die Prager Sopade, ihre Partner und Rivalen

Trotz ihrer scharfen politischen Gegensätze hatten die Auslandszentralen der SPD und der KPD die Überzeugung gemeinsam, daß ihre Hauptaufgabe die Wirkung ins Inland war. Bei der Sopade führte dies dazu, daß man nach außen relativ wenig von ihr hörte und jene Parteimitglieder, die nicht in den Asylländern politisch oder publizistisch tätig waren, kaum in Erscheinung traten. Dies galt vor allem auch für die Grenzfunktionäre, die – nicht nur in der Tschechoslowakei, sondern auch in anderen Ländern – mit den Materialien der Sopade die erreichbaren Genossen im Inland versorgten und von ihnen Berichte bekamen. Ähnlich den Verbindungsleuten und innerdeutschen Aktivisten der KPD hatten sie zunächst Vorstellungen vom Widerstand, die den relativ harmlosen Krisen der Vergangenheit und keineswegs dem Nazisystem entsprachen; die Folge waren zunächst schwerste Verluste beider Parteien. Die zumindest teilweise Verbesserung der Arbeitsmethoden und die damit zusammenhängende Verringerung der Opfer erfolgten zuerst auf der sozialdemokratischen Seite. Dies nicht nur, weil sie sich mehr um Leib und Leben ihrer gefährdeten Genossen sorgte als – mit einigen Ausnahmen – die meisten kommunistischen Funktionäre, sondern auch, weil einige – nicht alle – unabhängige sozialdemokratische Gruppen die zu erwartenden Methoden der Diktatur vorher schon studiert hatten, vor allem an Hand der Erfahrungen des italienischen Faschismus, und bei allem Radikalismus ihrer Ziele entsprechend strengere Vorsichtsmaßnahmen lehrten und praktizierten. So hatte auf unabhängig-sozialistischer Seite die „Leninistische Organisation" Walter Löwenheims, aus der die Gruppe Neu Beginnen entstand, in Berlin noch vor der „Machtergreifung" mit der Analyse der faschistischen Herrschaft begonnen und ihre Lehren von Beginn des Widerstandes an praktiziert. Gleiches galt auf unabhängig-kommunistischer Seite für die KPO, von der erfahrene Funktionäre in die aus der SPD-Linken entstandene SAP übertraten und ihre Kenntnisse mitbrachten. Es war vor allem der Vorsitzende der Sozialistischen Internationale, der Österreicher Friedrich Adler, der solchen unabhängigen, aber an der Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie interessierten Gruppen wie Neu Beginnen und den in der sächsischen Parteiorganisation entstandenen „Revolutionären Sozialisten" zu einer zeitweisen Kooperation mit der Sopade und zur materiellen Unterstützung durch den Prager Exilvorstand verholfen hatte. Im Fall von Neu Beginnen führte die Weitergabe ihrer Widerstandspraktiken an Grenzfunktionäre der SPD wiederholt dazu, daß diese zumindest teilweise und mehr oder weniger bewußt Konzeptionen von Neu Beginnen in Opposition zum Parteivorstand vertraten und auf diese Weise die viel weitergehenden politischen Ziele der Neu Beginnen-Gruppe förderten.

Die erste wichtige Lehre der nachdenklicheren oder erfahreneren Grenzarbeiter betraf die Vermeidung von Flugblattaktionen, des sichersten Wegs zur Verhaftung, und die Beschränkung von Anzahl und Form der ins Inland gesandten Informationen auf absolut zuverlässige Parteimitglieder. Ein oppositionelles Mitglied der Sopade, Paul Hertz, hatte nach diesen Grundsätzen eine monatlich erscheinende,

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kleingedruckte Zeitschrift entwickelt; die Grenzarbeiter wurden nunmehr angewiesen, sie nur an die verläßlichsten Genossen im Reich zur Nutzung in vertraulichen Diskussionen und zur Vernichtung nach Gebrauch weiterzugeben. Eine Grundlage dieser Methoden war die in der Frühzeit der Diktatur unter ihren Gegnern noch ungewöhnliche, aber in der Neu Beginnen-Gruppe nach Hitlers Machtergreifung als Arbeitsbasis akzeptierte Annahme, daß das faschistische Regime „zehn Jahre" dauern könne und der Widerstand entsprechend langfristig organisiert sein müsse. Tatsächlich hatte diese Strategie bei aller vergleichsweisen Voraussicht doch enge Grenzen: Sie erreichte nur einen engen Kreis, und auch sie konnte bei einer Dauer des Regimes von 10 Jahren und mehr die Gefahr einer Entdeckung der *aktiven* Gegner auf die Dauer nicht verhindern. Und so wenig wie die ganz anderen Methoden der Kommunisten hat sie zu der erhofften deutschen Revolution geführt. Hierzu ein charakteristisches Beispiel: Da bekamen wir – die Auslandsleitung von Neu Beginnen – Besuch von den Führern einer Widerstandsgruppe, die den Gedanken der „Volksfront" als Namen übernommen hatte. Das waren Menschen, die dazu von Kommunisten im Zusammenhang mit der Volksfrontkampagne in Frankreich angeregt worden und selber keine Kommunisten waren, sondern nur bereit, mit der KPD zusammenzuarbeiten. Diese Gruppe fand, daß die Abhängigkeit von kommunistischen Informationen nicht das war, was sie wollte, und entsandte Vertreter nach Prag, um Kontakt mit der SPD aufzunehmen. Der Parteivorstand hat ihnen nicht getraut und sie abgewiesen. Paul Hertz, der auf dem Wege war, mehr und mehr mit uns zusammenzuarbeiten, hat sie dann mit der Leitung von Neu Beginnen in Verbindung gebracht. Und es entstand eine neue Bewegung in Berlin, in der diese Genossen mit der Hilfe unserer Kontakte arbeiteten und in der wir von ihren Kenntnissen natürlich auch Vorteile hatten. Der Regel, auf Flugblattkampagnen zu verzichten, sind sie zunächst auch gefolgt, bis die Krise um die Tschechoslowakei kam: die britisch-französisch-italienische Verständigung mit Hitler in der tschechischen Frage. Daraufhin hat die „Volksfrontgruppe" beschlossen, in einer Zeit, in der es ja auch Widerstandsversuche wichtiger deutscher Militärs gab, doch mit Flugblättern herauszukommen. Die Akteure sind verhaftet worden und unsere führenden Leute, unter ihnen Fritz Erler, sind mit ihnen in den Gefängnissen und Lagern verschwunden. Dies zeigt, wie schwer es ist, das zu tun, was man aus politischer Verantwortung tun will, und gleichzeitig handlungsfähig zu bleiben. Doch haben diese Ideen eine bemerkenswerte Anzahl von teilweise in Gefängnissen und Konzentrationslagern überlebenden Sozialisten geschult, die im Nachkriegsdeutschland eine wertvolle und in einigen Fällen führende Rolle gespielt haben.

Parallel zu der hartnäckigen politischen Arbeit nach Deutschland hinein gab es von Prag aus sozialdemokratische Aktivitäten mit der Zielrichtung, die internationale Öffentlichkeit zu erreichen. In ihrer Breitenwirkung war sie jedoch weit geringer als die kommunistische Öffentlichkeitsarbeit in Paris – schon wegen der ungleich größeren Rolle der kulturellen Intelligenz sowohl unter den einheimischen wie unter den aus Deutschland emigrierten Antifaschisten in Frankreich. Die sozialdemokratische Publizistik umfaßte die in Karlsbad gedruckte Wochenzeitung

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Neuer Vorwärts", die Stellungnahmen zu aktuellen Entwicklungen in Deutschland und der Welt enthielt, Monatsberichte über die inneren Vorgänge in Deutschland für die internationale Presse, eine separate Berichtsreihe von Neu Beginnen mit weniger umfangreichem, aber noch vorsichtigerem Material und eine für Historiker auch heute noch interessante „Zeitschrift für Sozialismus". Letztere wurde formell von Rudolf Hilferding in Zürich geleitet, aber de facto von Paul Hertz in Prag redigiert; sie brachte neben internationalen Berichten bemerkenswerte Analysen des nationalsozialistischen Systems und Programmentwürfe für die Zukunft.

Eine Besonderheit des Prager Exils war die wichtige Rolle österreichischer Sozialisten, die nach dem Sturz der demokratischen Republik durch Dollfuß 1934 in der ČSR ebenso wie ihre deutschen Vorläufer eine freundliche Aufnahme fanden. Es wird im allgemeinen heute nicht mehr zur Kenntnis genommen, daß die Mehrheit der Österreicher sich damals als Deutsche fühlten, freilich als besondere Deutsche – teils als sozialistische Deutsche und teils, zunehmend, als Nazi-Deutsche. Sie hatten nach dem 1. Weltkrieg versucht, zu Deutschland zu kommen, und im Parteiprogramm der österreichischen Sozialisten war dieses Ziel immer noch festgeschrieben. Der österreichische Parteivorsitzende Otto Bauer hat nach 1934 seine Politik als gescheitert angesehen und die Führung jüngeren Leuten übergeben, die radikaler waren als er. Diese jüngeren Genossen, unter ihnen der hochbegabte Joseph Buttinger, waren aber auch Freunde von Neu Beginnen. So entstand eine Situation, in der bestimmte, damals relativ linke und sehr aktive deutsche Sozialdemokraten gemeinsam mit ebenso linken und aktiven Österreichern arbeiteten. Selbst Otto Bauer hielt in der Tschechoslowakei wesentlich wärmere Beziehungen zu dem aus Österreich stammenden Vertreter von Neu Beginnen, Karl Frank, als zur Sopade, während die anfänglich notdürftig korrekten Beziehungen zwischen der Sopade und Neu Beginnen immer feindseliger wurden.

Dabei spielte die neue Politik der KPD eine wichtige Rolle. Das dem kommunistischen Verzicht auf die These vom „Sozialfaschismus" 1935 folgende Angebot der Kooperation mit sozialdemokratischen Organisationen wurde von der Sopade nach ein oder zwei Kontaktaufnahmen abgelehnt, während die Neu Beginnen-Führung grundsätzlich zu Gesprächen über internationale Fragen bereit war, aber Zusammenarbeit mit der KPD in Deutschland im Interesse der Sicherheit der eigenen Gruppen durchweg vermied. Als von 1936 an Stalin mit der systematischen Verfolgung „abweichender" Kommunisten unter dem absurden Vorwurf des Verrates begann, sah die Sopade endgültig jede Beziehung mit Sowjetorganen und ihren Verbündeten als grundsätzlich unerträglich an; anders Neu Beginnen, das die Moskauer Hilfe für das republikanische Spanien begrüßte und in Kauf nahm, daß Gruppenmitglieder dort als de facto-Verbündete sowjetischer Funktionäre arbeiteten. Damit waren die Beziehungen zwischen Sopade und Neu Beginnen bis auf weiteres abgebrochen. Der Versuch, Solidarität mit den spanischen Sozialisten in politischer Unabhängigkeit von sowjetrussischen Interessen zu üben, kam binnen kurzem in Konflikt mit der von Moskau geleiteten kommunistischen Minderheit im Lande, deren Unterwanderungstaktik teilweise erfolgreich war und die alsbald stalinistische

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Praktiken in den von ihr beherrschten Organisationen und gegen die nichtkommunistischen Gruppierungen anwandte. So wurde ein bei Radio Barcelona eingesetzter junger Techniker, Sohn des einst führenden Menschewiken Abramovich und Mitglied von Neu Beginnen, bei Nacht und Nebel entführt. Untersuchungen, die von Abramovich erbeten und von Karl Frank selbst geleitet wurden, ergaben, daß die Entführung von einem Funktionär der KPD organisiert worden war. Das Opfer wurde offenbar auf ein sowjetisches Schiff verschleppt und ist nie wieder gesehen worden.

Der Abbau der organisierten sozialdemokratischen Aktivität in der Tschechoslowakei begann bald nach diesen Ereignissen. Das zunehmende Zurückweichen der ČSR-Regierung vor den Berliner Demarchen gegen das deutsche Exil und die Appeasementpolitik der westlichen Demokratien ließen die weitere Anwesenheit deutscher Emigranten in diesem Nachbarland des Reiches als gefährlich erscheinen. Die politischen Führungen des sozialistischen Exils fanden einen vorläufigen Aufenthalt in Frankreich; ihre Geschichte fällt für die verbleibende Zeit vor dem Kriegsausbruch mit der Geschichte der früher in Frankreich angekommenen deutschen Emigranten zusammen – aber nicht nowendig mit deren politischen Auffassungen.

II. Die deutschen Kommunisten in Frankreich – Politik und Kultur

Während das organisatorische Zentrum der deutschen Sozialdemokratie bis 1937 in Prag angesiedelt war, wirkte die Auslandsleitung der deutschen Kommunisten, von der Moskauer Kontrolle abgesehen, bis zum Kriegsausbruch in Paris. Deren Aktivität im Inland begann mit der naiven Vorstellung, daß mit der Machtergreifung Hitlers die Stunde ihres Sieges in Deutschland nahe sei – eine Vorstellung, die Stalin offenbar nicht teilte; er ließ aber die, die sie teilten, doch gewähren. Die Folge war zunächst ein Versuch, die alte Politik der gleichzeitigen Beschimpfung der „Sozialfaschisten" und der wirklichen faschistischen Machthaber mit der größtmöglichen Propaganda fortzusetzen, nur eben „illegal" – ein Versuch, der von einem erheblichen Teil der Parteimitglieder mit bewundernswertem Mut und furchtbaren Opfern unternommen wurde. Das Ausmaß der Verluste erzwang bald mit der Verringerung der Aktivität auch eine teilweise Änderung der Methoden. Die spezielle Art des Widerstandes in den Fabriken, wie sie in den ersten zwei Jahren durch die „Betriebswahlen" der Arbeitsfront ermöglicht wurde, nahm bei Kommunisten und Sozialdemokraten vorübergehend ähnliche, doch fast niemals gemeinsame Formen an – bis die Nationalsozialisten auf das riskante Spiel mit quasidemokratischen Methoden verzichteten. Eine gewisse zeitweise Gemeinsamkeit ergab sich dagegen im Widerstand gegen die Eingliederung der Saar in Hitlers Deutschland, doch die gemeinsame schwere Niederlage, auch innerhalb der Arbeiterschaft, war erschreckend.

Unabhängig von der Qualität des bitteren Kampfes in Deutschland war das Bemühen um Verständnis und Hilfe der demokratischen Außenwelt eine notwen-

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dige Aufgabe aller Gegner des „Dritten Reiches", und hier erwiesen sich die Kommunisten als wesentlich aktiver und – zumal in Frankreich, dem kulturellen Zentrum dieser Aktivitäten – als zunächst deutlich überlegen. Diese Überlegenheit lag nicht in der allgemeinen Politik der KPD, die in den ersten Jahren nach Hitlers Machtergreifung in Frankreich wie überall am Kampf gegen den „Sozialfaschismus" als erste Pflicht festhielt. Aber auf dem Gebiet der kulturellen Beeinflussung sowohl der in Frankreich besonders zahlreichen Emigranten wie der häufig gleichzeitig kulturell und politisch interessierten Franzosen gelangen den Kommunisten beachtliche Erfolge. Eine wichtige Aktion glückte ihnen dabei schon in der Frühzeit: Das zunächst rein kommunistische, schon im März 1933 in Amsterdam organisierte „Deutsche Hilfskomitee" für die Opfer des Faschismus wurde schnell in ein „Welthilfskomitee" mit Sitz in London verwandelt, in dessen Vorstand ein Vizepräsident des Oberhauses sowie Albert Einstein und sein französischer Kollege Paul Langevin als Ehrenvorsitzende eintraten und in dem Ernst Toller und Willi Münzenberg die deutschen Antifaschisten repräsentierten. Es war dieses Welthilfskomitee, das mit einem in Paris arbeitenden Untersuchungsausschuß zur Aufklärung des Reichstagsbrandes die Mitwirkung auch der damals sonst von den Kommunisten nur beschimpften Sopade und die Unterstützung von prominenten Sozialdemokraten und Liberalen gewann. Der durch das öffentliche Verhalten der Nationalsozialisten und durch Aussagen vermittelte Eindruck, daß der Reichstagsbrand eine geplante Aktion der NSDAP gewesen sei, ist damals der Außenwelt als höchst plausibel erschienen und erst lange Jahre nach Kriegsende von Historikern widerlegt worden.

Ähnliche Erfolge verzeichnete die Aktivität der Kommunisten bei der organisatorischen und politischen Erfassung der emigrierten deutschen Intelligenz, die in Frankreich und zumal in Paris stärker vertreten war als irgendwo sonst. Eine Reihe von angesehenen Mitgliedern des früheren Schutzverbands deutscher Schriftsteller entschloß sich schon im Mai 1933, eine Exilvereinigung in Paris zu gründen, der sich Heinrich Mann als Ehrenvorsitzender zur Verfügung stellte. Die wichtigsten Köpfe waren zunächst kommunistische Intellektuelle, die entschlossen waren, keine eng parteipolitische, sondern eine breit antifaschistische, kulturell vielseitige und der Diskussion offene Organisation zu schaffen. Noch vorher hatten sich Angehörige des „Bundes Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller" wieder zusammengeschlossen, die den Unterschied zwischen bloßem „Nichtfaschismus" und dem „wahren Antifaschismus" als entscheidend ansahen und solche Nichtfaschisten wie die vergangenen Heine und Herwegh, Büchner und Freiligrath, aber auch den sehr lebendigen Heinrich Mann als Produkte des kapitalistischen Bürgertums einstuften und daher als Bundesgenossen ausschließen wollten. Bereits im August 1934 erhielten diese literarischen „Berufsproletarier" bei einem Besuch in Moskau neue Instruktionen. Der gleiche Johannes R. Becher begann nunmehr – nicht ohne Wirkung auf die bürgerlich-intellektuelle Emigration – den gleichen Heinrich Mann für das zu loben, was er ihm zuvor vorgeworfen hatte. Auch die Volksfrontpolitik der KPD im Gefolge des VII. Kominternkongresses vom Juli 1935 fand ihren Widerhall vor allem im Umkreis der linken und liberalen Kulturemigration, während die Versuche

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einer „Einheitsfront von oben" an der hartnäckigen Ablehnung durch die Prager Sopade scheiterten. Neben der zeitweisen Teilnahme von SAP und ISK konnten sich die Pariser Volksfrontaktivitäten lediglich auf die Mitarbeit einzelner Sozialdemokraten stützen, die vor allem in der persönlichen Aufgeschlossenheit Willi Münzenbergs eine neue Realpolitik der Kommunisten zu erkennen glaubten. Nach dessen Ablösung als KPD-Vertreter im „Ausschuß zur Vorbereitung einer Deutschen Volksfront" durch Walter Ulbricht im April 1937 und unter dem Eindruck der Moskauer Prozesse, der Trotzkismus-Kampagne gegen die SAP und des Niedergangs der spanischen und französischen Volksfront kam auch dieses Bündnis rasch zum Erliegen. Ab 1938 verfolgte die KPD dann eine zunehmende Öffnung der von ihr gesteuerten „Einheit aller Hitlergegner" zum konservativ-bürgerlichen Lager der Emigration hin und kehrte zu jener Taktik der „Einheits- und Volksfront von unten" zurück, die die Unterwanderung und letztendliche Gleichschaltung der sozialistischen Parteien und Gruppierungen zum Ziel hatte.

Dies war die Situation, als Neu Beginnen im Frühjahr 1938 seine Auslandsleitung von Prag nach Paris verlegte. Dort unternahm die Gruppe den letzten Versuch einer Informationskampagne nach Deutschland hinein. Es gab noch eine Reihe von Verbindungen, und es gab einen hervorragenden Spezialisten, nicht nur in der Organisation der Kontakte, der Menschen, sondern auch in der Technik, Waldemar von Knoeringen. Was damals entstand, war eine Vereinigung von Neu Beginnen, von SAP und österreichischen Sozialisten, die „Arbeitsgemeinschaft für sozialistische Inlandsarbeit". Ihr schlossen sich wenig später der ISK an und die „Freunde der sozialistischen Einheit Deutschlands" unter Leitung des aus der KPD ausgeschiedenen Willi Münzenberg. Die Einheitsfrontverhandlungen dieses Kartells mit Vertretern der KPD führten lediglich zu einem gemeinsamen Aufruf an die Arbeiter Deutschlands und Österreichs anläßlich der Besetzung der sogenannten Rest-Tschechei im März 1939; alles weitere scheiterte an der Intransigenz der kommunistischen Politik. Bevor wir auch Paris glücklicherweise verlassen konnten, ist im Sommer 1939 als politische Standortbestimmung die Schrift „Der kommende Weltkrieg – Aufgaben und Ziele des deutschen Sozialismus" erschienen. Wir waren zu der Überzeugung gekommen, daß der Krieg in naher Zukunft unvermeidlich sein würde und daß wir unseren Freunden in Deutschland sagen sollten, womit man rechnen müsse und worauf man hoffen könne. Wenn man den Text heute liest, ist alles sehr viel optimistischer gedacht gewesen, als es die Ereignisse schließlich bewiesen haben. Es ging um die Fragen, die für uns alle Lebensfragen waren: Wie wird, wenn der Krieg kommt, das Verhältnis nicht nur zum Westen, sondern auch zur Sowjetunion sein? Wichtig war, daß wir für Kriegszeiten auch auf die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion bauten, was unmittelbar danach völlig falsch war und einige Zeit später in wesentlich anderem Sinne wieder wahr wurde. Die dazwischen liegende Periode des Hitler-Stalin-Pakts machte auch bei den linkssozialistischen Gruppen des deutschen Exils jeden Gedanken an ein politisches Bündnis mit der Sowjetunion und den von ihr gesteuerten kommunistischen Parteien obsolet. Dies bildete eine der Voraussetzungen für die Kooperation und die

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schließliche Vereinigung mit der Sozialdemokratischen Partei, wie sie in den Kriegsjahren verwirklicht worden ist. Die andere Vorbedingung ergab sich aus dem kriegsbedingten Zusammenbruch der alten Organisationsstrukturen und Arbeitsweisen der politischen Emigration: Damit traten zunehmend auch jene eingangs geschilderten Konflikte in den Hintergrund, die aus dem Wettbewerb zwischen Linksgruppen und Sopade um die ideologische und politische Führung in den Organisationen des Exils und im innerdeutschen Widerstand erwachsen waren.

III. Die Formen des deutschen Auslandswiderstandes im Krieg

Es hat im wesentlichen drei Länder gegeben, in denen nach 1939 eine Politik von deutschen Gegnern des Faschismus versucht worden ist. Das wichtigste war Großbritannien, das einzige Land, das die ganze Zeit im Krieg war. Das in bescheidener Weise für die Praxis wichtige Land war Schweden und das entfernteste, aber wegen seiner Macht wichtige, waren die Vereinigten Staaten. Schweden war zwar neutral, aber gerade aufgrund dieser Neutralität gab es auch Post- und Bahnverbindungen nach Deutschland, und es ist deutschen Sozialisten gelungen, noch in der Kriegszeit von Schweden aus Informationen mit den Freunden im Inland auszutauschen. Die ersten Nachrichten zum Beispiel, die wir über die wirklichen Zusammenhänge des 20. Juli 1944 erfahren haben, kamen von einem Genossen, der sich nach Schweden durchgeschlagen hatte und der berichtete, daß nicht bloß ein militärischer Putsch stattgefunden hatte, sondern ein von gewerkschaftlichen und politischen Gruppen in verschiedensten Teilen des Landes unterstützter Widerstandsversuch.

In Amerika gab es zwar keine Möglichkeit zur direkten Beeinflussung der dortigen Politik, doch es entstanden viele Materialanalysen, an denen vorzüglich befähigte Hitler-Gegner aus Deutschland mitgewirkt haben. Ihre Vorschläge allerdings sind von der US-Regierung nicht befolgt worden. Immerhin haben in der Schlußphase des Krieges amerikanische Beauftragte in der Schweiz wichtige Kontakte zu Widerstandskreisen in Deutschland aufgenommen. Und nicht zu unterschätzen ist schließlich die Rolle jener Amerikaner – und Briten – gerade in den ersten und schwersten Jahren deutscher Nachkriegspolitik, die entweder in ihrer Heimat mit deutschen NS-Gegnern zusammengekommen und von ihren Auffassungen beeindruckt worden waren oder die selbst als deutsche Emigranten in England oder USA dort Staatsbürgerschaft und Ämter übernommen hatten. In einer Zeit, in der die Vansittart-Psychologie so überholt war wie die Hoffnung auf eine gemeinsame Politik der Siegermächte in West und Ost, waren Kenntnisse und Gesinnungen dieser „geborenen Erklärer" der Interessen und Denkweisen beider Seiten besonders willkommen – und besonders nützlich.

Großbritannien war das bei weitem politisch bedeutendste Asylland, weil dort für unsereinen eine wichtige Tätigkeit in der Kriegszeit möglich wurde, nämlich die Nutzung des Rundfunks. Durch die Vermittlung von Labour-Politikern wurde es in den Anfangszeiten der „politischen Kriegsführung" geduldet, daß deutsche Gegner

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

des Naziregimes an Programmen britischer Propagandastationen in weitgehender politischer Selbstbestimmung mitwirkten. Die Ziele dieser Emigranten waren sozialistisch-revolutionär und somit anders als die der meisten Engländer: zwar im Sinne der Niederlage Hitlers, aber auch im Sinne einer freiheitlichen Lösung der deutschen Frage. Das wurde unmöglich, als die Engländer sich mit ihrem neuen Verbündeten Rußland über die Kriegsziele zu verständigen begannen, und da diese Kriegsziele in vielen Punkten keineswegs unseren Zielen entsprachen, haben wir die Mitwirkung beendet. Es existierten noch andere derartige Institutionen, die jedoch einfach Propagandasender der Engländer in deutscher Sprache auf der Basis eines Antinazismus waren, dem positive Elemente fehlten. Besonders fragwürdig erschienen die technisch gut gemachten Desinformationsprogramme unter der Leitung eines englischen Journalisten, der bis Kriegsbeginn in der britischen Presse den Frieden mit Hitler verteidigt hatte und nun das Gegenteil ebenso professionell propagierte. Es gab aber vor allen Dingen die soliden deutschsprachigen Sendungen des offiziellen britischen Rundfunks, die glänzend geleitet wurden und die natürlich nicht unsere Ziele verfolgten, aber auch nicht einseitige Regierungsdarstellung verbreiteten. Sie haben den Deutschen in einer sehr guten Sprache die Realitäten der Zeit vermittelt und ein enormes Hörerpublikum im Laufe der Jahre gewonnen. Dies war ein wichtiger Bereich, in dem Deutsche mithelfen konnten. Eine andere Aufgabe war die Auswahl von deutschen Kriegsgefangenen, die in freiwilligen Schulungen für eine neue Politik erzogen werden sollten. Viele von ihnen haben nach ihrer Rückkehr eine wichtige Rolle insbesondere in der Presse Nachkriegsdeutschlands gespielt. Das etwa sind die Dinge gewesen, die man im Krieg in England tun konnte. Was man sonst tun konnte, war die Diskussion mit Engländern über ihre Kriegsziele und über das, was daran nach unserer Meinung von gemeinsamem Interesse und was nach unserer Meinung nicht zu vertreten war. Wir haben dabei viel individuelles Verständnis bei britischen Freunden und Genossen gefunden, aber zunächst kaum Interesse bei der Londoner Regierung. Wenn ich sage wir, so meine ich jetzt nicht mehr die Gruppe, aus der ich komme, sondern ich meine etwas, was sich im Laufe des Krieges in England vollzogen hat: nämlich die Tatsache, daß die Überlebenden und die in Europa gebliebenen führenden Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei mit Erich Ollenhauer an der Spitze und die ehemaligen radikalen Oppositionsgruppen sich zusammenfanden, um sich über die Notwendigkeit einer gemeinsamen Politik in einer Welt zu einigen, die sicher nicht revolutionär sein würde, von der wir aber wollten, daß sie frei sein und Zukunft haben sollte. Wir haben damals ein Papier, das nun ein Parteiprodukt war, verfaßt – das Programm der „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien" –, und als Ollenhauer und andere nach Deutschland zurückkamen, fanden sie, daß die Ideen von Kurt Schumacher, die er im Konzentrationslager entwickelt hatte, erstaunlich ähnlich waren. In dieser Zeit führte der Regierungswechsel in Londen auch zu Veränderungen in der britischen Deutschlandpolitik. Die zunehmende Präsenz von Labour-Angehörigen in der Besatzungsverwaltung und ihre Berichterstattung trugen wesentlich dazu bei, daß die feste Haltung des Büros Schumacher in Hannover

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

im Angesicht des Drucks und der Angebote von sowjetischer und kommunistischer Seite zunächst in Großbritannien, dann in Amerika und schließlich in Frankreich auf Verständnis gestoßen ist. So haben wir tatsächlich als Antifaschisten im Ausland in gewissen Grenzen die Möglichkeit gehabt, zwar nicht den Faschismus zu stürzen, aber dazu beizutragen, eine nachfaschistische Ära menschlich und politisch realisierbar zu machen – und ich glaube, es hat sich gelohnt.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

REINER POMMERIN

GENERAL TRETTNER UND DIE ATOM-MINEN

Zur Geschichte nuklearer Waffen in Deutschland*

I.

Wer vor sechsundzwanzig Jahren, am Dreikönigstag 1965, nach ruhigem Weihnachtsfest und Jahreswechsel das neue Heft des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel" zur Hand nahm, sah sich der friedvollen Stimmung jäh entrissen. Zeigte doch das Titelbild in Großaufnahme eine atomare Detonation mit der darunter gedruckten unheilverkündenden Frage: „AN DER ZONENGRENZE?" Zwar konnte der Leser dem Artikel: „Trettners Minen-Spiel" entnehmen, daß es sich um das Photo der „Detonation eines minenartig verlegten Atomsprengkörpers in der Wüste von Nevada/USA" und keineswegs um eine solche Detonation an der innerdeutschen Grenze handelte. Tatsächlich suchte der Artikel jedoch zu suggerieren, daß die sogenannten „Minen-Planer", Verteidigungsminster Kai-Uwe von Hassel und sein Generalinspekteur, General Heinz Trettner[1], der Möglichkeit solcher Detonationen auf deutschem Boden geradezu Vorschub leisteten, indem sie ein neues Verteidigungskonzept vorschlugen, welches die Verlegung eines „Atom-Minen-Gürtel[s] entlang der Zonengrenze" vorsehe[2]. In Wirklichkeit, so läßt sich heute, nach Herab-

---

* Eine zentrale Aufgabe des zeitgeschichtlichen Forschungsvorhabens „Nuclear Forces in the Evolution of Postwar American-European-Soviet Relations – A Four-Nation-Program" (NHP), dessen Intentionen in dieser Zeitschrift bereits näher beschrieben worden sind (VfZ 36 (1988), S. 373 f.), besteht in der Sammlung, Aufarbeitung und Publikation von Daten und Quellen. Dank einer gegenüber dem Vorsitzenden des deutschen Lenkungsausschusses, Prof. Dr. Hans-Peter Schwarz, gemachten Zusage des Bundesministeriums der Verteidigung konnten bisher klassifizierte Materialien herabgestuft und den im NHP arbeitenden Forschern zur Verfügung gestellt werden; diese aus dem Verteidigungsministerium stammenden Dokumente werden – wie die Ergebnisse der NHP-Zeitzeugenbefragungen – augenblicklich am Lehrstuhl für Wissenschaft von der Politik und Zeitgeschichte von Prof. Schwarz (Universität Bonn) verwahrt. Die folgende Dokumentation soll einen ersten Einblick in diese Forschungsaktivitäten, die gleichzeitig auch in Frankreich, Großbritannien und den USA vorangetrieben werden, ermöglichen. Ich möchte es an dieser Stelle nicht versäumen, Herrn General a. D. Jürgen Brand sowie Herrn Heinz Lubig vom Führungsstab der Streitkräfte für ihre Unterstützung beim Deklassifizierungsvorhaben zu danken.

1 Der CDU-Politiker Kai-Uwe von Hassel war von 1963 bis 1966 Bundesminister der Verteidigung; General Heinz Trettner war von 1959 bis 1964 Kommandeur des I. Korps in Münster und vom Januar 1964 bis zu seinem Rücktritt im August 1966 Generalinspekteur der Bundeswehr.

2 „Der Spiegel", Nr. 1/2 vom 6. Januar 1965, S. 16–25.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stufung von bisher klassifiziertem Material, feststellen, hielt die Bundeswehrführung den Einsatz von atomaren Sperrmitteln, als ADM (Atomic Demolition Munition) bezeichnet, im Gegensatz zu den USA damals für kaum verantwortbar. Diese Auffassung vertrat vor allem gerade Generalinspekteur Trettner, „dem man in der Öffentlichkeit fälschlich vorwarf, Anhänger eines ‚Atomminengürtels' quer durch Deutschland zu sein"[3].

Die folgende Dokumentation soll nicht nur zu einer späten Rehabilitierung General Trettners in dieser Angelegenheit beitragen. Sie gestattet vor allem – und das ist ihr Hauptziel – einen Einblick in die Bereiche von „atomarer Teilhabe" und „atomarer Mitbestimmung" sowie in die grundsätzliche Problematik von taktischen Nuklearwaffen zu Beginn der sechziger Jahre. Dies waren Fragen, die für einen „nuklearen Habenichts" wie die Bundesrepublik Deutschland, dessen Territorium im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West schon aufgrund der geostrategischen Lage automatisch zum Schlachtfeld werden mußte, besondere Bedeutung besaßen.

II.

Atomare Sperrmittel, ADM, enstanden in den USA im Rahmen der Entwicklung taktischer Nuklearwaffen. Bereits Anfang 1949 hatte das amerikanische Verteidigungsministerium mit der Auswahl von neuen Waffensystemen für die amerikanischen Streitkräfte begonnen. US-Army General James R. Gavin, im Zweiten Weltkrieg Kommandeur der 81. Luftlande-Division, erhielt den Auftrag, den Einsatz atomarer Waffen auf dem Gefechtsfeld zu studieren. Gavins Memorandum und vor allem die darin zum Ausdruck gebrachte Überzeugung, die taktische Anwendung nuklearer Waffen könne angesichts der konventionellen Überlegenheit der Sowjetunion gerade in Europa Bedeutung erlangen, kann ohne Zweifel als ein Geburtshelfer der taktischen Nuklearwaffen angesehen werden[4].

Aber auch Wissenschaftler der Amerikanischen Atomenergiekommission äußerten zur gleichen Zeit Bedenken über die eindimensionale Ausrichtung der militärischen Planungen der USA an der Doktrin des „strategischen Bombenkrieges" und forderten kleinere Atomsprengköpfe für den taktischen Einsatz[5]. Die Überlegung der Wissenschaftler um Robert J. Oppenheimer, die eigentlich gegen die Entwicklung der Wasserstoffbombe gerichtet war, teilte auch Präsident Harry S. Truman. Er beschloß allerdings – unter dem Eindruck des sowjetischen Atombombentests sowie der früheren Ereignisse um die Berlin-Blockade –, auch gleichzeitig die H-Bombe weiter zu fördern. Deshalb wies er die Atomenergiekommission im Januar 1950 an,

[3] Ulrich de Maizière, In der Pflicht. Lebensbericht eines deutschen Soldaten im 20. Jahrhundert, Herford/Bonn 1989, S. 277.

[4] James A. Gavin, War and Peace in the Nuclear Age, New York 1958, S. 118 ff.

[5] Robert Gilpin, American Scientists and Nuclear Weapons Policy, Princeton 1962, S. 93.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„die Arbeit für alle Arten von Atomwaffen – einschließlich der sogenannten Superbombe – fortzusetzen"[6].

Weiteren Auftrieb erhielten die Entwicklungsarbeiten durch die im Korea-Krieg gemachten Erfahrungen. Hier hatten die USA weder einen Vorteil aus ihrem strategischen nuklearen Vergeltungspotential noch – mangels nuklearer Gefechtsfeldwaffen – Nutzen aus ihrem nukleartechnischen Wissen ziehen können. Da die Konzeption des „strategischen Bombenkrieges" bereits in Korea nicht mehr sinnvoll gewesen war, müsse – so die Überlegungen – eine Erhöhung der konventionellen Kampfkraft der amerikanischen Streitkräfte erfolgen, um im Fall eines sowjetischen Angriffs in Europa nicht allein und unmittelbar automatisch mit strategischem Bombenpotential antworten zu müssen[7]. Nach den erwähnten Erfahrungen und Überlegungen sowie unter der Erwartung, mit taktischen Nuklearwaffen die Kosten für den Aufbau großer konventioneller Streitkräfte umgehen und verringern zu können, setzte jetzt eine schnelle waffentechnische Entwicklung im Bereich nuklearer Gefechtsfeldwaffen ein.

III.

Vor der Produktion von ADM entstand zunächst eine ganze Reihe von Studien über den Einsatz nuklearer Sperrmittel gegen einen möglichen Angriff konventioneller sowjetischer Streitkräfte. Sie alle gedachten kleinere nukleare Detonationen zur Blockade von Gebirgspässen, Straßen und Brücken zu nutzen. Die Wirkung dieser Detonationen lag sowohl im Aushub eines etwa 30 Meter breiten Kraters, der an entsprechender Stelle im Gelände nur schwer zu umgehen war, wie auch in der sich gegen Panzerbesatzungen tödlich auswirkenden Strahlungsdosis, mit der die zum Boden zurückfallenden Erdpartikel der Explosion behaftet sein würden. Auftraggeber dieser Untersuchungen war die 1951 gegründete Abteilung für nukleare Studien des „Engineering Studies Center" des amerikanischen Pionierkorps. Ohne daß es die damals mit dem EVG- und NATO-Eintritt befaßten Westdeutschen ahnten, legten die amerikanischen Studien gedanklich bereits ADM-Barrieren im „Fulda-Hessian-Gap, the Menningen-Gap, the Blackforest an the Upper Danube"[8].

Mit dem Einsatz nuklearer Sperrmittel, so ist selbst jüngeren amerikanischen Veröffentlichungen wieder zu entnehmen[9], ließ sich – wie mit dem Einsatz nuklearer

---

[6] Herbert York, The Advisors. Oppenheimer, Teller and the Superbomb, Stanford 1989, S. 69.

[7] David C. Elliot, Project Vista and Nuclear Weapons in Europe, in: International Security 11 (1986) 1, S. 163–183.

[8] Diese Angaben konnte ich einem ebenfalls im Rahmen des NHP entstandenen, ungedruckten Manuskript entnehmen: David E. Rodgers, Atomic Demolition Munitions in NATO's Theater Nuclear Forces, Nuclear History Program, Center for International Studies at Maryland, School of Public Affairs, University of Maryland 1989, S. 3f.

[9] John F. Rybicki, Tactical Employment of Atomic Demolition Munitions, in: Military Review 58 (1978), S. 24–30 und Gerald C. Brown/James H. Glock, ADM Employment, in: Military Review 62 (1982), S. 34–37.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gefechtsfeldwaffen überhaupt – eben kräftig jonglieren, wenn ihre Wirkungen auf das eigene, amerikanische Territorium nicht einbezogen werden mußten. Eine genaue Zahl der in der Folgezeit in den USA mit unterschiedlicher Sprengkraft produzierten ADM läßt sich heute noch nicht ermitteln[10]. Ebensowenig ist schon feststellbar, zu welchem Zeitpunkt welche Anzahl von ADM den amerikanischen Streitkräften in Europa attachiert wurden. In großer Zahl existierten sie jedenfalls ab 1958; sie sind wohl auch 1963 den deutschen Korps auf dem Papier von der NATO zugeteilt worden. Die ADM, in besonderen Lagern für atomare Munition untergebracht, unterstanden der Obhut amerikanischer Spezial-Einheiten, und ihre Freigabe für den Einsatz konnte nur durch den amerikanischen Präsidenten erfolgen.

IV.

Mit der Verabschiedung der „Mindestanforderungen an Hauptstreitkräfte der NATO für den Zeitabschnitt 1958–1963" (MC 70) im April 1958 durch die Verteidigungsminister des Nordatlantikpaktes hatte die Regierung Adenauer die amerikanischen Vorstellungen für die Ausrüstung der NATO-Divisionen mit Waffen, die für eine konventionelle wie für eine taktisch-atomare Kriegführung gleichermaßen geeignet waren, übernommen[11]. Es ist erstaunlich, wie wenig sowohl die politische Führung der Bundesrepublik als auch die Offiziere der Bundeswehr bis weit in die sechziger Jahre hinein von nuklearen Angelegenheiten erfuhren. Das „for american eyes only", so berichtet beispielsweise General a. D. Graf Johann Adolf von Kielmansegg, habe für ihn selbst noch während seiner Tätigkeit als Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte in Mitteleuropa gegolten. „Man kam an nichts heran. Wenn man mal an etwas herankam, dann nur auf Grund einer persönlichen guten Beziehung mit einem der amerikanischen Offiziere, die damit zu tun hatten."[12]

Aus diesem Gefühl des Nichtwissens heraus sah sich offensichtlich General Trettner im September 1960 veranlaßt, seine Bedenken über einen, seiner Ansicht nach, leichtfertigen Einsatz von ADM auf deutschem Boden in einem Brief an den Inspekteur des Heeres, General Zerbel[13], festzuhalten (Dokumente Nr. 1–4). Der Brief Trettners vom 28. Juli 1960 kann als Beispiel für seine schon damals bekannte negative Grundeinstellung gegenüber taktischen Atomwaffen angesehen werden.

---

[10] Die ebenfalls im Rahmen des NHP entstandene, noch ungedruckte, bahnbrechende Untersuchung von Phillip A. Karber, Nuclear Weapons and the U. S. Army in Europe 1953–1989, enthält zu ADM keine Angaben.

[11] Vgl. dazu Christian Tuschhoff, Die MC 70 und die Einführung Nuklearer Trägersysteme in die Bundeswehr 1956–1959, NHP-Arbeitspapier, SWP, Ebenhausen 1990.

[12] NHP-Zeitzeugenbefragung „Die Nuklearpolitik der Bundesrepublik Deutschland" vom 13. Juli 1987 in Bonn. Unveröffentlichte Abschrift des Tonbandprotokolls, S. 17. General Kielmansegg war von 1963 bis 1966 Oberbefehlshaber der NATO-Landstreitkräfte Mitteleuropa.

[13] Generalleutnant Alfred Zerbel war von 1960 bis 1964 Inspekteur des Heeres.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zwar wußte auch Trettner, daß die taktischen atomaren Waffen geeignet schienen, die konventionelle Unterlegenheit, die gegenüber der Sowjetunion bestand, auszugleichen. Doch glaubte der General, daß diese Waffen die psychische Belastbarkeit des Menschen überstiegen. Jede Bewegung auf dem Gefechtsfeld, jede Aktivität der unteren Führung, jeder Kampfeswille mußte, so Trettner, zum völligen Erliegen kommen, sobald ein Verband von einer solchen Waffe getroffen wurde. Die taktischen Atomwaffen sprengten seiner Meinung nach den Rahmen klassischer Gefechtsführung; denn „man kann sich in geschlossenen Räumen eben nicht mit Handgranaten duellieren"[14].

Ein entscheidendes Problem war und blieb die Erkenntnis, daß, wenn man den schnellen Veränderungen im Gefecht mit taktischen Atomwaffen folgen wollte, diese Waffen prädelegiert werden mußten. Gerade die ADM, die entweder in Sprengkanäle, welche bereits im Frieden vorbereitet worden waren, eingefügt werden sollten oder für die derartige Sprengkanäle beim Herannahen des Feindes noch gegraben werden mußten, erforderten eine Prädelegation. Eine solche aber war – wie sich später vor allem seitens der Kennedy-Regierung erweisen sollte – von den USA nicht zu erwarten. Zu einer ähnlichen Einschätzung des Sachverhalts gelangte übrigens – ganz unabhängig von Trettner – auch General Kielmansegg als Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte Europa Mitte. Er ließ ein Planspiel anlegen, um herauszubekommen, wie groß der voraussichtliche Zeitbedarf für „Request und Release" beim Einsatz von ADM durch den amerikanischen Präsidenten sein würde. Das zweimal nachgeprüfte Ergebnis setzte dafür eine Zeitspanne zwischen fünfeinhalb und sechs Stunden an. Aus dieser Erkenntnis heraus riet General Kielmansegg seinen Heeresgruppen-Befehlshabern, nicht auf ADM zu rekurrieren; er zog den Einsatz von ADM während seiner Dienstzeit auf diesem NATO-Posten niemals mehr ernsthaft in Erwägung[15]. Zu demselben Ergebnis kam später General de Maizière als Inspekteur des Heeres[16].

V.

Mit dem Schriftwechsel zwischen General Trettner und dem Inspekteur des Heeres war die Diskussion über den Einsatz von ADM in der Bundeswehr zunächst beendet; denn im folgenden Jahr, 1961, wurde sie zum einen von der Berlin-Krise, zum anderen von der sich umrißhaft immer deutlicher abzeichnenden Absicht der neuen amerikanischen Administration unter Präsident John F. Kennedy, welche auf eine Veränderung der Gesamtstrategie hinauslief, völlig verdrängt[17].

---

[14] NHP-Zeitzeugenbefragung, S. 116.

[15] Ebenda, S. 27 f.

[16] de Maizière, In der Pflicht, S. 277.

[17] Im Rahmen des NHP erstellen General a. D. Johannes Steinhoff und der Verfasser zur Zeit eine Studie zur „Umkehr der Schwert-, Schild-Theorie".

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Es war die sich aus den diversen Äußerungen der Kennedy-Regierung ergebende Sorge, die USA könnten sich im Rahmen ihrer neuen strategischen Vorstellungen der Verpflichtung zum scheinbar notwendigen Einsatz taktischer Nuklearwaffen entziehen wollen, die Franz Josef Strauß im Juli 1962 dazu bewog[18], in einem Brief an General Norstad (Dokument 5) Munitionslager für ADM im Bereich der NATO-Armeegruppe Mitte zu fordern[19], der – unter anderem – auch die deutschen Korps angehörten. Damit war freilich keineswegs intendiert, daß die ADM in deutsche Verfügungsgewalt übergehen sollten – dies hätte die Kennedy-Regierung nicht einmal erwogen –, sondern daß sie im Kriegsfall überhaupt von den amerikanischen Custody-Units bezogen werden konnten. Keineswegs ging es Strauß in diesem Zusammenhang um ein nationales deutsches Verfügungsrecht über Nuklearwaffen, denn ein solcher Vorschlag hätte eine Provokation nicht nur der Sowjetunion, sondern selbst des eigenen Bündnispartners Frankreich bedeutet, die westdeutsche Innenpolitik schwer belastet und zudem die Gefahr hervorgerufen, daß die USA ihrer Garantiepflicht enthoben wurden.

Der Grund dafür, daß sich die Bereitstellung von ADM für die NATO-Streitkräfte im Bereich Europa-Mitte verzögerte, lag darin, daß die amerikanischen Dienststellen zunächst selbst über keine klaren Vorstellungen von einer NATO-Doktrin für ADM verfügten. Zwar hatte General Norstad eine solche Doktrin vorbereitet; diese konnte jedoch nicht verwirklicht werden, weil die USA die ADM für Nicht-US-Streitkräfte generell noch nicht freigegeben hatten. Die Verzögerung hatte interne amerikanische Gründe. Zunächst waren bisher überhaupt noch keine Nicht-US-Streitkräfte an ADM ausgebildet worden. Außerdem taten sich die amerikanischen Streitkräfte mit der Bereitstellung von Personal für die Custody-Units schwer, weil sie zu diesem Zeitpunkt jeder Vermehrung ihrer Kräfte in Europa schon aus finanziellen Gründen widersprechen mußten. Dennoch drängte Norstad – obgleich er die Schwierigkeiten im eigenen Land durchaus kannte – die eigene Regierung, gerade im Hinblick auf eine forcierte Vorwärtsverteidigung die Vorbereitungen für eine Verwendung von ADM durch Nicht-US-Streitkräfte zu beschleunigen.

In diesem Zusammenhang empfahl General Müller-Hillebrand[20], die Bundeswehr solle an die USA herantreten, um an der Entwicklung von Grundsätzen für eine Überlassung von ADM mitzuwirken (Dokument Nr. 6). Doch sollte es noch eine Weile dauern, bis dieser Vorschlag aufgegriffen wurde. Die Richtung aber war gewiesen; denn die einzige Möglichkeit für NATO-Mitglieder, mit einer anderen Nation in einen strikten bilateralen Kontakt zu treten, sich zu orientieren und einander Wis-

[18] Der CSU-Politiker Franz Josef Strauß war vom Oktober 1956 bis zum Januar 1963 Bundesminister der Verteidigung.

[19] Der amerikanische General Lauris Norstad war von November 1956 bis Januar 1963 Oberster Alliierter Befehlshaber in Europa (SACEUR = Supreme Allied Commander Europe).

[20] Generalleutnant Burkhard Müller-Hillebrand war von 1961–1965 Stellvertretender Stabschef für Planung und Grundsatzfragen im NATO-Hauptquartier (SHAPE = Supreme Headquarters Allied Powers Europe).

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sen zu vermitteln, ohne dabei die vorgeschriebene Gleichbehandlung der Bündnispartner zu verletzen, lag in sogenannten PROCOS (Programs for Cooperation).

Den definitiven Anstoß für die gemeinsame Studie von Bundeswehr und US-Army über ADM gab erst ein Besuch des stellvertretenden amerikanischen Verteidigungsministers Gilpatric am 13. Februar 1963 in Bonn. Gilpatric gestand dem neuen Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel, daß die Vereinigten Staaten für die Verwendung von ADM immer noch keine Doktrin besäßen, daß jedoch zu diesem Fragenkomplex gerade in Washington eine Studie angefertigt werde. Gilpatric betonte, Präsident Kennedy halte eine weitgehende Übereinstimmung innerhalb der NATO und vor allem einen engen Kontakt bei der Einsatzplanung der vorhandenen Nuklearwaffen für sehr entscheidend[21]. Um Übereinstimmung auf dem Gebiet des Einsatzes von ADM zu erzielen, um überhaupt näheren Einblick in die amerikanischen Vorstellungen vom Einsatz dieser Nuklearwaffe auf deutschem Boden zu erlangen, vereinbarte von Hassel bei seinem Besuch in den USA am 12. November 1964 mit US-Verteidigungsminister Robert McNamara die Erarbeitung einer deutsch-amerikanischen Gemeinschaftsstudie zum Thema ADM. Das Ergebnis dieser Studie wurde im Mai 1965 vorgelegt und verdeutlichte erneut die zurückhaltende Einstellung der Bundeswehr ADM gegenüber (Dokument 7).

Weder von Hassel noch Trettner hatten also anläßlich ihres Besuches in Washington eine bundeswehreigene neue Verteidigungskonzeption, einen „Minenplan" vorgestellt, mit dem „Ulbrichts Todesstreifen" entlang der Grenze atomar übertrumpft werden konnte[22]. Sie suchten im Gegenteil mit einer gemeinsamen deutsch-amerikanischen ADM-Studie die amerikanischen Vorstellungen genauer auszuloten und auf diese sodann abschwächend einzuwirken. In die Welt gesetzt hatte diese „kuriosen Vorstellungen eines Atomminengürtels entlang der Grenze zum Warschauer Pakt"[23] das sicherheitspolitische Orakel der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", der ehemalige Wehrmacht-Generalstabsoffizier Adalbert Weinstein, ein – zumindest zur Amtszeit von Verteidigungsminister Strauß – häufig gut unterrichteter Journalist. Ihm war offensichtlich der Tagesordnungspunkt ADM für den Ministerbesuch in Washington zu Ohren gekommen, vielleicht sogar durch von Hassel selbst, ohne daß in diesem Zusammenhang die geplante gemeinsame ADM-Studie genauer angesprochen worden war. Da es in Washington, wohin Weinstein zu Recherchen flog, in der Tat weitreichende Vorstellungen zu atomaren Sperrzonen innerhalb Deutschlands gab, die so von der Bundeswehr allerdings nicht geteilt wurden, blieb es nicht aus, daß Weinstein von diesen amerikanischen Überlegungen erfuhr. Am

---

[21] Der „Kurzbericht über das Gespräch zwischen Gilpatric und Minister von Hassel", Führungsstab der Bundeswehr (Fü B) III 8, Tgb. Nr. 925/63 streng geheim, 13. Februar 1963 wurde am 15. März 1989 auf „offen" herabgestuft.

[22] „Der Spiegel", Nr. 52 vom 23. Dezember 1964, S. 16.

[23] Ulrich de Maizière, Zur Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland an der Nuklearstrategie der NATO (1955–1972). Beitrag eines Zeitzeugen, in: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Deutschland zwischen Krieg und Frieden. Beiträge zur Politik und Kultur im 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans-Adolf Jacobsen, Düsseldorf 1991, S. 287.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

16. Dezember 1964 berichtete er in einem Artikel der „Frankfurter Allgemeinen", daß auf der Sitzung des Militärausschusses der NATO am 14. Dezember General Trettner ein neues Konzept zur Vorwärtsstrategie vorgelegt habe. Dieses sehe vor, daß ein potentieller Angreifer in geringer Entfernung von der Zonengrenze in eine Sperre von Atomminen laufen müsse. Bonner Strategen glaubten – so habe es jedenfalls der Autor im amerikanischen Verteidigungsministerium erfahren –, einem Angreifer könne damit eine „Pause" aufgezwungen werden, die ihm die Weiterführung des Krieges sinnlos erscheinen lasse[24].

Diese „gezielte Indiskretion" mit der Preisgabe einiger Halbwahrheiten war der Ausgangspunkt der – wie wir heute wissen – unsinnigen Angriffe auf Trettner als Initiator eines „Atomminenplans"[25]. Weinsteins Artikel erschien am Tag nach der Eröffnung der NATO-Ministerratssitzung vom 15. bis 17. Dezember 1964 und sorgte dort, wo die beabsichtigte bilaterale ADM-Studie nicht einmal bekannt war und wurde, für Aufsehen[26]. In der Bundesrepublik entfachten der Artikel und sein weiteres Presseecho einen Sturm der Entrüstung, der vom Zonenrandgebiet bis in den Bundestag reichte. Weder die Aussage des Pressesprechers des Bundesministeriums der Verteidigung, Oberst Hasso von Viebig, daß es sich nur um einen Diskussionspunkt für eine geplante Studie gehandelt habe, noch eine Presseverlautbarung des Ministers, es gebe jetzt und in Zukunft keinerlei NATO-Pläne für die Verlegung von Atomminen in Friedenszeiten, vermochten die Gemüter zu beruhigen. Wirksam hätte den Gerüchten nur unter Verletzung des Geheimhaltungsgebots entgegengetreten werden können. Überdies fehlte es damals noch an genauerem Sachverstand, denn dieser stellte sich auf Seiten der Bundeswehr erst nach Fertigstellung der Studie, ein halbes Jahr später, ein. Die Mitglieder des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages hingegen, die auf ihrer 97. Sitzung in der 3. Legislaturperiode auf Antrag des SPD-Abgeordneten Wienand eine baldige Stellungnahme des Ministers zu den widersprüchlichen Zeitungsmeldungen forderten, konnte von Hassel am 18. Dezember, General Trettner war ebenfalls anwesend, beruhigen, zumal er unterstrich, daß das Thema ADM auf der NATO-Ministerratssitzung in Paris überhaupt nicht erwähnt worden war[27].

Um die in der Öffentlichkeit immer noch herrschende Verwirrung, die falschen Vorstellungen über Wesen, Wirkung und Möglichkeiten der ADM sowie die Vorwürfe gegen das Verteidigungsministerium endlich auszuräumen, schlug der Führungsstab der Streitkräfte ein Jahr später, im Dezember 1966, eine geeignete Unterrichtung der Öffentlichkeit über Art und Wirkung von ADM vor (Dokument 8).

---

[24] „Frankfurter Allgemeine Zeitung", Nr. 292 vom 16. Dezember 1964, S. 1, S. 4.

[25] „Sonntagsblatt", Nr. 1 vom 3. Januar 165, S. 2.

[26] Die Schilderung der Vorgänge durch Gerd Schmückle, Ohne Pauken und Trompeten. Erinnerungen an Krieg und Frieden, Stuttgart 1982, S. 397 ff., kann anhand der Akten nicht verifiziert werden. Allerdings hat der für seine scharfe Polemik bekannte Schmückle auch kein der historischen Faktizität verpflichtetes Werk schreiben wollen.

[27] Vgl. dazu das Protokoll der 98. Sitzung des Verteidigungsausschusses der 3. Legislaturperiode vom 18. Dezember 1964 im Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestags in Bonn.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dieser Vorschlag hätte zumindest eine gewisse aufklärerische Wirkung erzielen können. Doch vermochten sich weder die NATO-Kommando- noch die US-Militär-Behörden zu einer solchen Offenlegung bisher streng gehüteter Geheimnisse des taktischen Nuklearkrieges durchzuringen. So blieb es bei der Unterstellung, General Trettner habe die „Wahnwitz-Idee" vom ADM-Einsatz am Zonenrand geboren. Er trug es, in Kenntnis der wirklichen Vorgänge und seiner wahren Einstellung zu ADM, mit Fassung und stoischer Gelassenheit.

Dokument 1[28]

I. Korps 28. 7. 1960

An den
Inspekteur des Heeres
Herrn Generalleutnant Zerbel
Bonn

In der Anlage lege ich die Schlußansprache des Generalmajor Boyd bei der Übung „MAKE FAST VIII" vor[29].
Mehr noch als bei dieser Ansprache wurde mir im persönlichen Gespräch klar, daß General Boyd (und wohl die meisten Engländer der Heeresgruppe Nord mit ihm) im Einsatz von Atomwaffen die einzige Möglichkeit der Ausfechtung eines Krieges sehen.

General Boyd deutete an, daß die englische Armee sich organisatorisch auf Atomwaffen eingestellt habe und nun nicht gleichzeitig auf andere Art Krieg führen könne.

Mit besonderem Nachdruck fordert er immer wieder den Einsatz von Atomminen, obwohl technische Daten nur sehr unvollkommen gegeben werden können. Dabei wird behauptet, daß beim Einsatz dieser Minen zwar ein Krater von ca. 30 m Durchmesser, aber kein nennenswerter radioaktiver Niederschlag entstehe. Das ist physikalisch völlig unmöglich und stellt eine bewußte oder unbewußte Irreführung dar.

Der Einsatz solcher Minen widerspricht der bei der letzten SHAPE-Übung verkündeten Politik[30], in befreundeten Ländern Bodentreffer nach Möglichkeit zu vermeiden. Dies ist nicht nur für das Überleben der Bevölkerung notwendig, sondern ebenso unerläßlich für die Erhaltung der eigenen Beweglichkeit. In diesem Zusammenhang darf ich auf die ebenfalls bei der letzten SHAPE-Übung erhobene Forderung General Norstads hinweisen, daß die Schildstreitkärfte beweglich geführt werden müßten.

Offenbar bestehen Unterschiede in der Auffassung zwischen den verschiedenen NATO-Befehlshabern, die bereinigt werden müssen. Für die Bundesrepublik kommt es

[28] Die im folgenden als Dokumente Nr. 1–4 abgedruckten Schreiben waren im Vorgang Fü B III, Tgb. Nr. 289/60 streng geheim vom 23. September 1960 zusammengefaßt. Dieser Vorgang wurde am 22. August 1988 auf „offen" herabgestuft.

[29] Generalmajor Ian Herbert Fitzgerald Boyd war von 1959 bis 1962 Chief Engineer der Armeegruppe Nord der NATO.

[30] SHAPE, das Oberste Hauptquartier der Alliierten Mächte Europas, befand sich zu diesem Zeitpunkt noch in Fontainebleau bei Paris.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

entscheidend darauf an, daß offiziell zumindest die Möglichkeit eines konventionellen Krieges in Rechnung gestellt und die Anwendung von Atomwaffen nur als ultima ratio akzeptiert wird.

Ich bitte, dem Herrn Generalinspekteur von den gewonnenen Eindrücken Kenntnis geben zu wollen.

Trettner

Dokument 2

Korpspionierkommandeur 1
– Kommandeur –

Münster/Westf., den 29.7.1960
Hindenburgplatz 71

An
I. Korps
Kom. Gen.

Betr.: NATO-Übung MAKE FAST VIII
Vorg.: BMVtg. Fü H II 1 Tgb. Nr. 1589/59 VS-NfD[31]

Mit der Anlage übersende ich eine Übersetzung der Schlußansprache des Gen. d. Pion. bei NORTHAG[32], die anläßlich der Beendigung der NATO-Übung MAKE FAST VIII am 22.7.60 in Hamburg gehalten wurde.

Lehbrink[33]

Dokument 3
[Anlage Seite 5 f.]

...

Nun werde ich einige Worte über die „ADM", die Atommine, sagen. Oberst Lehbrink erwähnte den „Stay at home"-Grundsatz und die Schwierigkeiten, diese Mine – ich meine jede Atomwaffe – in seinem Heimatland einzusetzen. Ich kann ihn voll und ganz verstehen, aber diese Atomwaffe ist vorhanden, ob wir es mögen oder nicht, und ich bin überzeugt, daß ein wohlüberlegter, geschickter Einsatz der ADM Zufälle und ungenaue Einstellung von Waffen mit weit größerem Detonationswert weitgehend ausschaltet.

Kurz vorher sprach ich mit einem ausgezeichneten Artilleristen, und ich möchte ihm versichern, daß ich nichts gegen die Artillerie sagen will. Wird diese Atommine – eine Waffe mit geringem Detonationswert – wirksam, an der richtigen Stelle und im richtigen Augenblick eingesetzt, kann ein Großteil des Mordens und der Schäden an der Zivilbevölkerung vermieden werden.

...

[31] BMVtg. Fü H = Bundesministerium der Verteidigung, Führungsstab des Heeres.
[32] NORTHAG = Northern Army Group Central Europe (= Armeegruppe Nord).
[33] Oberst Lehbrink war zu diesem Zeitpunkt Kommandeur der Korpspioniere des I. Korps in Münster.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 4

Inspekteur des Heeres Fü H III Bonn-Hardt I, den 16. Sept. 1960

An den
Herrn Kommandierenden General
des I. Korps
Herrn Generalmajor Trettner
Münster / Westf.

Sehr geehrter Herr Trettner!

In Ergänzung und Bestätigung unseres Gesprächs darf ich meine Gedanken zu dem von Ihnen angeschnittenen Problem noch einmal zusammenfassen:

Ihr Schreiben vom 28.7. geht von der Sorge aus, daß unsere NATO-Partner, hier im konkreten Fall die Engländer, in ihren Vorstellungen über den Ablauf eines zukünftigen Krieges im Einsatz der Atomwaffen die beste Möglichkeit für eine erfolgreiche Durchführung des Krieges sehen und daß diese Ansicht zu einem rigorosen Einsatz auch ihrer taktischen Atomwaffen führen muß. Ein derartiger Einsatz der vorhandenen A-Waffe würde ohne Zweifel in erster Linie die deutsche Bevölkerung und das deutsche Land diesseits und jenseits der Zonengrenze treffen und ihm unermeßlichen Schaden zufügen. Es ist daher die Aufgabe und die Pflicht der verantwortlichen deutschen militärischen und politischen Führung, alles in ihrer Möglichkeit Stehende zu tun, um einen derartigen Einsatz zu verhindern, dafür zu sorgen, daß ein Einsatz von taktischen Atomwaffen – wenn er schon nicht verhindert werden kann – nach militärischen Notwendigkeiten durchgeführt wird, d. h. daß das taktische Ziel mit dem geringstmöglichen Einsatz und entsprechender Auswirkung auf die Bevölkerung erreicht wird. Diese Forderung haben die Vertreter des BMVtdg seit Jahren der NATO gegenüber auf allen Besprechungen mit Nachdruck vertreten.

Die oberste Führung der NATO und ihre höchsten militärischen Kdo-Behörden haben diese deutsche Forderung grundsätzlich anerkannt. So wurden sowohl bei HOSTAGE JAUNE als auch bei SHAPEX 60 entsprechende Richtlinien gegeben[34].

Das schließt leider nicht aus, daß einzelne NATO-Befehlshaber oder diesen unterstellte Offiziere – wie in dem vorliegenden Fall – andere, z. T. auf persönlicher Ansicht beruhende – Auffassungen vertreten. Dann muß einer derartigen Auffassung an Ort und Stelle entgegengetreten werden.

Hierzu ist eine für alle verantwortlichen mil. deutschen Stellen gültige Sprachregelung zweckmäßig. Ich werde eine derartige Sprachregelung bei Fü B erbitten[35].

Das Bild des zukünftigen Krieges ist im übrigen einer ständigen Entwicklung unterworfen. So sehr wir als Deutsche auf der einen Seite die Gedanken eines nichtatomaren Krieges vertreten sollten, müssen wir auf der anderen Seite uns darüber klar sein, daß die Bundesrepublik und damit die Bundeswehr im Rahmen der NATO die ihr für die Vertei-

[34] „HOSTAGE JAUNE" = Codename für ein Planspiel des Oberbefehlshabers der Verbündeten Streitkräfte Mitteleuropas (CINCENT); SHAPEX = jährliches Planspiel des SACEUR.

[35] Fü B, heute Fü S = Führungsstab der Streitkräfte.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

digung gegebenen Mittel einsetzen muß, wenn die Gesamtsituation und der Befehl der NATO es fordern.

Zerbel

Dokument 5[36]

Der Bundesminister
der Verteidigung

Bonn, 31 July 1962

Dear General Norstad,

Atomic Demolition Munitions (ADM) within the territory of the Federal Republic of Germany are currently available to United States forces only. In the event of war most of these weapons are to be used in the sector of the Seventh US Army.

I think it most necessary that ADM also be available to the other NATO forces deployed between the Baltic Sea and the Alps. This requirement is gaining significance in the view of the Forward Deployment policy; not only would their use in the areas adjacent to the border be more tenable from a psychological point of view, it would also have particularly good chances of success.

The use of ADM implies a considerable enhancement of our defense posture. The time-phasing in moving forward our defence lines may be accelerated by using ADM, especially in areas where only limited land forces are available.

An early decision is deemed necessary in order that appropriate plans – particularly those regarding the construction of SAS Sites – may be initiated in good time[37]. I should like to point out that the selection of storage sites for ADM should be consistent with the Forward Deployment plans. Consequently the location for 14 SAS Sites Type A requested by USAREUR for ADM storage in the CENTAG area, which are to be included in Slice XIV, should be reconsidered[38].

The
Supreme Allied Commander Europe
General Lauris Norstad

With kind greetings
yours
Strauß

[36] Dieses Schreiben, Fü B III 1, Tgb. Nr. 3190/62 geheim, wurde am 22. August 1988 auf „offen" herabgestuft.

[37] SAS Sites = Special Ammunition Sites (= Speziallager für nukleare Munition).

[38] USAREUR = US-Army Europe; CENTAG = Central Army Group Central Europe; Slice XIV (= 14. Abschnitt des NATO-Strukturprogramms).

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 6[39]

Fü B III 1 Bonn, den 19. Oktober 1962

An
Fü H II 3
nachrichtlich:

an
Fü B III 5
im Hause

Betr.: Grundsätze für die Überlassung von ADM

GenLtn Müller-Hillebrand, DCPO bei SHAPE, hat kürzlich das BMVtdg davon unterrichtet, daß die USA ADM für Nicht-US-Kräfte noch nicht freigegeben haben. Der Grund für diese Verzögerung liegt darin, daß die US-Dienststellen noch vor ungelösten Problemen stehen:

Ausbildung der Nicht-US-Kräfte an diesen Mitteln, Bereitstellung des custodian-Personals, Kontrolle der Mittel nach Verlassen der Lager u. a. Dabei tritt erschwerend hinzu, daß die USA z. Zt. jede Vermehrung ihrer Kräfte in Europa aus finanziellen Gründen ablehnen; zusätzlich benötigtes Personal muß daher woanders in Europa eingespart werden.

GenLtn Müller-Hillebrand empfiehlt, daß die Bundeswehr an der Entwicklung der Grundsätze für die Überlassung von ADM mitwirkt.

Zur gemeinsamen Ausarbeitung eines entsprechenden Vorschlages wird gebeten, zu einer ersten Besprechung bei Fü B III 1 am 30. 10. 1962, 09.00 Uhr einen Vertreter zu entsenden.

Dokument 7[40]

Wesentliche Ergebnisse der deutsch-amerikanischen Studie:

„Grundsätze und Richtlinien für den Einsatz der ADM"

I. Wert der amerikanischen und deutschen Studien

Die Bearbeitung der ADM-Studie hat

– der deutschen Arbeitsgruppe wertvolle Ergebnisse vermittelt,

[39] Dieses Schreiben, Fü B III 1, Tgb. Nr. 4950/62 geheim, wurde am 22. August 1988 auf „offen" herabgestuft.

[40] Das abgedruckte Dokument war Teil (S. 3–7) des „Sprechzettels" für ein Vier-Augen-Gespräch zwischen Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel und US-Verteidigungsminister Robert McNamara, das anläßlich des Besuches von McNamara in der Bundesrepublik am 28./29. Mai 1965 in Bonn geführt wurde. Der Sprechzettel, Fü B III 3, Tgb. Nr. 143/65 streng geheim, wurde am 15. März 1989 auf „offen" herabgestuft.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

- in der amerikanisch-deutschen Arbeitsgruppe zu gemeinsamen Vorstellungen geführt und
- Auffassungsunterschiede der beiden Gesprächspartner klargestellt.

Das Gespräch und die Arbeiten waren von einer fairen vertrauensvollen Zusammenarbeit gekennzeichnet.

Den amerikanischen Gesprächspartnern gilt unser Dank.

II. Unterschiedliche Auffassungen

Der Wert der Studie liegt neben den gemeinsamen erarbeiteten Ergebnissen und Folgerungen auch in der Erkenntnis der unterschiedlichen Auffassungen.

Wesentliche Auffassungsunterschiede liegen in folgenden Problemen vor:

1. Einsatzrichtlinien für ADM

a) Deutsche Auffassung

Der Einsatz von ADM soll

- in erster Linie politisch-demonstrativ erfolgen und damit die Abschreckung erhöhen,
- militärisch dort vorgesehen werden, wo der höchste militärische Nutzen erzielt werden kann und die Bevölkerung den geringsten Schaden erleidet.

b) Amerikanische Auffassung

Die US-Arbeitsgruppe untersuchte die Einsatzmöglichkeiten für ADM im Rahmen der gegebenen „constraints policy" von SACEUR.

Danach soll ein Einsatz von ADM auch in Ortschaften bis 25000 Einwohner möglich sein.

c) Stellungnahme

- Der ADM-Einsatz muß in Zusammenhang mit einer beweglichen Gefechtsführung stehen, zur Verwirklichung der „stay at home policy" beitragen und in Abstimmung mit der Zivilverteidigung erfolgen.
- Ein Einsatz von ADM in größeren Ortschaften kann in keinem Fall gebilligt werden.

2. Einsatzräume der ADM

a) Deutsche Auffassung

Der Einsatz von ADM soll

- mit Schwerpunkt in der Verzögerungszone liegen (70% der vorgesehenen ADM – Bevölkerungszahl etwa 6 Millionen)
- das feindliche Vorgehen frühzeitig verzögern, ohne die eigenen Angriffsmöglichkeiten zu gefährden und
- im Einklang mit den Bevölkerungsbewegungen stehen.

b) Amerikanische Auffassung

Die US-Gruppe hatte ADM-Sperrzonen mit Schwerpunkt in der Tiefe des deutschen Raumes vorgesehen.

1. Sperrzone: (Bevölkerungszahl 7,4 Mill.) Hamburg – Hannover – Kassel – Fulda – Nürnberg – Landshut
(Verlauf etwa vorderer Rand der Hauptabwehr, in Bayern jedoch weiter westlich)

2. Sperrzone: (Bevölkerungszahl 15 Mill.) Bremen – Minden – Marburg – Tauberbischofsheim – Augsburg - Landsberg
(Verlauf etwa rückwärtiger Rand der vorderen Kampfzone)

3. Sperrzone: (Bevölkerungszahl 24,6 Mill.) Emden – Hanau – Sigmaringen – Konstanz
(Verlauf ohne Beziehung zur Vorwärtsverteidigung)

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

c) Stellungnahme
- Eine ADM-Planung mit Sperrzonen quer durch die BRD ist abzulehnen.
- Untragbare Verluste der Zivilbevölkerung und schwere Schäden stehen in keinem Verhältnis zum militärischen Effekt.
- Im Rahmen einer großen Aggression (wie von US-Seite angenommen) sind ADM allein kein Abschreckungs- und Verteidigungsmittel.
- Um Überprüfungen dieser Pläne unter deutscher Beteiligung muß ersucht werden.

3. KT-Werte für ADM[41]

a) Deutsche Auffassung

Die Höhe der Detonationswerte muß in erster Linie die Bevölkerungslage berücksichtigen und im Hinblick auf die gewünschte militärische Wirkung festgelegt werden.

Kleinste Detonationswerte sind daher zu bevorzugen.

In der deutschen Studie wurden 73% der geplanten ADM mit Detonationswerten zwischen 0,02 bis 0,09 und als höchster Wert 2,5 KT (1%) angenommen.

b) Amerikanische Auffassung

Nach unserer Kenntnis sind die amerikanischen Wirkungsforderungen für ADM-Einsätze wie folgt:
- Schuttanhäufung in Ortschaften und Städten
- Zerstörung von Häfen und Bahnanlagen
- Zerstörung von Versorgungs- und Energiebetrieben.

Bei der Auswahl der ADM sind neben kleinen KT-Werten auch ADM mit hohen Detonationswerten bis 45 KT vorgesehen.

c) Stellungnahme

Der Kampf der NATO-Streitkräfte muß vom Vertrauen der deutschen Bevölkerung getragen werden.

Eine deutsche Mitwirkung bei der US-Planung für den Einsatz von ADM ist zwingend erforderlich.

Ein Einsatz von ADM von hohen KT-Werten kann nicht gebilligt werden.

4. Zeitbedarf für die Freigabe von ADM

a) Deutsche Auffassung

Spätestens 5 Stunden nach Überschreiten der Demarkationslinie bzw. Grenze durch den Feind muß der Einsatz der ADM erfolgen, da sonst wichtige Teile der Verzögerungszone verlorengehen und der politische Demonstrationseffekt zu spät zur Wirkung kommt.

Daher muß gefordert werden
- Einlagerung der ADM weit vorn
- ADM-Einsatz-Teams müssen bereits im Frieden geschlossen in der Nähe der ADM-Lager stationiert sein (Koppelung: ADM – Einsatztruppe – US-Custodial Teams)
- klar festgelegte Einsatzermächtigungen.

b) Amerikanische Auffassung

Aus militärischer Sicht stimmt US-Arbeitsgruppe inoffiziell diesen Forderungen zu; sie sieht jedoch politische und gesetzliche Hindernisse für eine Realisierung.

c) Stellungnahme

Die Einsatzkonzeption für ADM ist wesentlich abhängig von verbindlichen Richtlinien der USA für ein zeitgerechtes Freigabeverfahren (maximal 5 Stunden)

[41] 1 KT (Kilotonne) entsprach dem Sprengwert von 1000 Tonnen herkömmlichen Sprengstoffes. Die auf Hiroshima geworfene Bombe hatte 20 KT.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ohne rechtzeitige Freigabe wird
- der politische Demonstrationseffekt hinfällig
- die Auslösung von ADM-Sperren in der Verzögerungszone fragwürdig und dann
- der Einsatz von ADM in der Tiefe der Abwehr notwendig. Damit werden untragbare Verluste in der Zivilbevölkerung verursacht.

Auf Klärung des Freigabeverfahrens für ADM muß bestanden werden

Dokument 8[42]

S III 1[43] Bonn, den 22. Dezember 1966

An
Stabsoffz GenInsp[44]

Betr.: Sprechzettelbeitrag:
ADM – geeignete Unterrichtung der Öffentlichkeit über Art und Wirkung
Bezug: StOffz beim GenInsp vom 29. 11. 1966

I. Sachstand
1. Wesen, Wirkung und Einsatz von ADM
Aus der deutsch-amerikanischen Gemeinschaftsstudie Nr. 1 (ADM) über „Grundsätze und Richtlinien für den Einsatz von ADM in Mitteleuropa im Rahmen der Abwehr eines begrenzten Feindangriffes", die „streng geheim" klassifiziert wurde, ergeben sich folgende grundsätzliche Einzelheiten
a) ADM sind keine Atom-Minen im allgemeinen Sinne. Sie sind atomare Sprengladungen zur Herstellung von Sperren und Hindernissen mit einer erheblich größeren Wirkung als bei herkömmlichen Sprengmitteln. Moderne ADM haben einen Detonationswert von 0,02–0,09 KT, ältere bis zu 10 KT.
b) Ihr Hauptwert liegt in der Bildung von Kratern mit einem Durchmesser von 12 m (bei 0,02 KT) bis zu 90 m (bei 10 KT). Dazu kommt die Rückstandsstrahlung im unmittelbaren Detonationsgebiet, das innerhalb von 12 Stunden nach der Detonation nur unter Inkaufnahme größerer Verluste überwunden werden kann.
c) Der Einsatz von ADM soll
- das feindliche Vorgehen frühzeitig und nachhaltig verzögern,
- eigene Angriffsmöglichkeiten nicht gefährden,
- in günstigen Geländeabschnitten eigene Kräfte für andere Aufgaben einsparen,
- die Bevölkerung nicht gefährden,
- keine lebenswichtigen Einrichtungen zerstören und
- die Entschlossenheit der NATO zur Verteidigung demonstrieren.

---

42 Dieses Schreiben, S III 1, Tgb. Nr. 302/66 streng geheim, wurde am 15. März 1989 auf „offen" herabgestuft.

43 S III = Fü S III, siehe Anm. 35.

44 Stabsoffizier beim Generalinspekteur General Ulrich de Maizière war zu diesem Zeitpunkt Oberstleutnant Carl Keerl.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

d) ADM können verwendet werden zum Sperren von Verkehrslinien und von Flächen, sowie als Sperr-Riegel, z. B.
- Straßen innerhalb von Wäldern, sumpfigen Gebieten, an Steigungen und Abhängen, sowie an Kunstbauten über Kanäle, Flüsse und an Dämmen zur Erzielung von Verkehrsunterbrechungen,
- Wälder für Sperren mit Flächenwirkung,
- Engen aller Art für Sperr-Riegel.

Sie sind weniger geeignet, dem vordringenden Feind unmittelbar Verluste zuzufügen.

e) Stärkste Einschränkungen für den Einsatz von ADM ergeben sich aus den möglichen Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung. Die Rücksichtnahme darauf erfordert eine Begrenzung in der Auswahl der Objekte und der Detonationswerte. Verluste unter der Bevölkerung können weitgehend vermieden werden, wenn sie in den Ortschaften verbleibt und Keller bzw. Schutzräume aufsucht. Voraussetzung dazu ist, daß vorher die Bevölkerung eingehend informiert wird, um die „Stay-at-home-policy" verständlich zu machen.

f) Nach den geltenden EDP ist der Einsatz von ADM nicht in „Minengürteln"[45], sondern schwerpunktmäßig an bestimmten Objekten und in ausgewählten Geländeabschnitten in unmittelbarer Nähe der Demarkationslinie bzw. Grenze vorgesehen. Die ADM unterliegen dabei, wie alle anderen nuklearen Waffen auch, der ausdrücklichen Freigabe durch den amerikanischen Präsidenten.

2. Bisherige Klassifizierung

Sämtliche mit ADM zusammenhängenden Fragen sind bislang unter „streng geheim" behandelt worden. In seiner „Weisung für Anlage und Durchführung von ADM-Übungen sowie für die Beteiligung der Bundeswehr an entsprechenden Übungen von NATO-Kommandobehörden" (S III 1 – Az 40-20-00-03, Tgb. Nr. 333/65 str geh vom 10. 12. 1965) hatte General Trettner angeordnet, daß derartige Übungen mit äußerster Diskretion zu behandeln seien und die Presse von ADM-Übungsteilen unbedingt ferngehalten werden soll.

3. Verlautbarung Minister von Hassels

Minister von Hassel hat in einer offiziellen Presseverlautbarung am 18. 12. 64 erklärt, es gäbe weder nationale noch NATO-Pläne für die Verlegung von „Atom-Minen-Gürteln" in Friedenszeiten, noch werde es jemals nationale Pläne dafür geben.

II. Stellungnahme

1. Es besteht kein Zweifel, daß die Öffentlichkeit falsche Vorstellungen über Wesen, Wirkung und Verbindungsmöglichkeiten der ADM hat. Daraus können dann schwere Probleme entstehen, wenn im Falle einer Aggression ADM eingesetzt werden müßten. Daher wird auch in der deutsch-amerikanischen Gemeinschaftsstudie eine frühzeitige Aufklärung der Bevölkerung gefordert.

2. Dagegen sprechen die bisherige Einstufung aller mit ADM zusammenhängenden Fragen als „streng geheim" im NATO-Bereich, in bilateralen US/GE-Besprechungen und Studien sowie die Verlautbarung von Minister von Hassel.

3. Die Frage, ob und wie die Öffentlichkeit in geeigneter Weise unterrichtet werden soll, bedarf daher zunächst einer politischen Entscheidung. Außerdem erscheint es zweckmä-

[45] EDP = European Defense Plan (Europäischer Verteidigungsplan).

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ßig, sich vorher mit den NATO-Kommandobehörden und den entsprechenden US-Militärbehörden abzustimmen.

III. Empfehlung

1. Vertreter der Öffentlichkeit könnten bei geeigneten Anlässen etwa folgendermaßen unterrichtet werden:

a) ADM sind keine Atom-Minen im herkömmlichen Sinne. Es sind vielmehr Sprengladungen, die zu den atomaren Waffen gehören. Sie sind zur Herstellung von Sperren und Hindernissen mit einer erheblich größeren Wirkung als bei herkömmlichen Sprengmitteln bestimmt.

b) Sie dienen dazu, einen potentiellen Angreifer abzuschrecken. Sie werden im Frieden nicht als „Minengürtel" verlegt.

c) Für die Bevölkerung entsteht dann keine Gefahr, wenn sie im Falle einer Aggression in ihren Ortschaften verbleibt und Keller sowie Schutzräume aufsucht. Unkontrollierte Flüchtlingsbewegungen hingegen verhindern die Einsatzmöglichkeiten und gefährden die Bevölkerung.

d) ADM befinden sich im Frieden unter amerikanischem Verschluß und werden wie alle anderen atomaren Waffen auch nur durch den Präsidenten der USA freigegeben.

2. Bevor eine derartige Unterrichtung der Öffentlichkeit freigegeben wird, erscheint es empfehlenswert

a) eine politische Entscheidung herbeizuführen,

b) eine Abstimmung mit den NATO-Kommandobehörden und mit General Wheeler vorzunehmen[46].

[46] General Earle G. Wheeler war zu diesem Zeitpunkt Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs der amerikanischen Streitkräfte (Joint Chiefs of Staff) in Washington.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Notiz

DIE WIENER LIBRARY IN LONDON

möchte die Verleihung des Fraenkel-Preises für 1991 bekanntgeben. In diesem Jahr ist der Preis an die folgenden Preisträger gegangen:

Der Hauptpreis wurde an Mark Levene, Großbritannien, verliehen für „War, Jews and the New Europe: a study of the diplomacy of Lucien Wolf, 1914–1919"; der Preis für jüngere Kandidaten wurde an Angela Schwarz verliehen für „Die Reise ins Dritte Reich: Britische Augenzeugen im nationalsozialistischen Deutschland (1933–39)".

Im Jahre 1992 werden wieder zwei Fraenkel-Preise verliehen für unveröffentlichte Werke auf dem Gebiet der europäischen Zeitgeschichte. Interessenten werden gebeten, ihre Manuskripte an die folgende Adresse einzusenden und mitzuteilen, ob sie sich um den Preis von US $ 3000 bewerben, der nur für Kandidaten bis zum 30. Lebensjahr offen ist, oder für den Preis von US $ 5000, der ohne diese Einschränkung ist.

Weitere Informationen können bei der Administrative Secretary, Wiener Library, 4 Devonshire Street, London, W1N 2BH, England, eingeholt werden.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Abstracts

Annette Messemer, André François-Poncet and Germany. The Years between the Wars.

The study, based on French archival material, is the first analysis of the diplomat's policy towards Germany in the interwar period. The first part traces the intellectual genesis of this authority on German affairs and describes his transformation from an intellectual to an ambitious journalist and politician in the twenties, and diplomat in the thirties. It is argued that François-Poncet's biographical background is the key to the understanding of his attitude towards the National Socialist challenge: Because of his 19th century opinions of France's Eastern neighbor he did not realize the significance of National Socialism, but was convinced that Hitler's hegemonic policy stood in the tradition of the German empire. This becomes particularly obvious in the second part of the study, which takes a closer look at François-Poncet's political initiatives as Ambassador in Berlin between 1931 and 1938. The study concludes that his early-thirties policy of coming to a longterm agreement with Germany has to be regarded as a model at a time when France was still pursuing an unsuccessful status quo policy. His political efforts at the end of the thirties to rearrange France's relations with the axis powers on the model of the Locarno treaties, however, only reveal his lack of understanding of the political nature of National Socialism.

Klaus Fischer, The Emigration of Scientists after 1933: The Limits of Evaluation.

The article is an attempt to debunk popular statements concerning "losses" and "gains" in the wake of the emigration of scientists from Germany and Austria after 1933. Different concepts of emigration losses or gains are empirically tested with respect to their methodological validity. In the first place, the figures most frequently quoted in the popular press as well as in many scientific investigations are shown to be incorrect, and an attempt is made to arrive at a better estimation of the overall quota of emigrants. Secondly, and of more consequence, no definite correlation between losses/gains in scientific manpower and losses/gains in more qualitative aspects of research, such as scientific excellence, scientific leadership, or research potential, could be found, because other variables might be counterproductive to or intensify the direct effects of emigration. Thirdly, and most important, what at first sight might look like a "loss" for one country could turn in its net effect into a "gain" for science, and *a fortiori* for science in the same country, because science remained, at least until 1940, essentially an international and interactive effort, notwithstanding political hindrances and the rising difficulties of communication.

Christoph Boyer, The German Reich and Czechoslovakia during the World Economic Crisis.

The article analyses two important cases of boycott of Czechoslovakian products in Germany during the Great Depression; both of them throw light on the specific nature of the very intimate economic relations between the ČSR, a moderately developed agrarian-industrial state and the Reich, a highly developed industrial state. The boycott following the anti-German riots in Prague in autumn 1930 impaired, in the first place, the

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

export of agrarian goods to Germany, whereas the boycott of the Czechoslovakian shoe industry was directed against consumer goods of relatively low technological level; both categories of products held a prominent position in the Czechoslovakian exports to the Reich. In both cases economic factors – consumer interests, the interests of the German export industries and, last but not least, the interests of the German minority in the ČSR – contributed to the relatively moderate nature of the conflict; the generally correct political relations between the two countries also played an important role. In contrast to this, the Seizure of Power of Hitler led to a significant deterioration of bilateral relations, in the consequence of which both sides used unfriendly economic measures, irrespective of the damage they caused, to impair the political adversary.

Bruno De Wever, "Rebels" on the Eastern Front. The Flemish Volunteers of the *Legion Flandern* and the *Waffen-SS.*

The Flemish Eastern Front Volunteers of the "Flemish Legion" were incorporated into the *Waffen-SS* in 1943. This provoked a politically inspired protest: volunteers collectively refused to swear the oath of the SS. They saw in this move to incorporate them a disregard for their quest for autonomy. Many volunteers were members of the Flemish National League (VNV), which, with the help of the occupier, was trying to establish an independent Flemish state and a national socialist regime. This political goal was challenged by the SS who were aiming for the annexation of Flanders by the Third Reich. The recruitment of soldiers for the Eastern Front was the price that had to be paid for political recognition. The dissolution of the Flemish Legion put an end to this recruitment. Some leading volunteers who refused to swear the oath were sent to a disciplinary battalion of the *Waffen-SS.*

Gordon A. Craig, The Chequers Affair 1990: Observations on the Subject of the Press and International Relations.

The theme of the article is the necessary dependence of scholars working in the field of contemporary international relations upon press accounts of the events they wish to analyse. By means of an account of the way in which the British and international press covered the story of the so-called Chequers seminar of March 24 1990, when Mrs. Thatcher met with six British and American scholars for an informal discussion of the German question, and the subsequent press reaction of the leaking of the minutes of that meeting, the article raises the question of the reliability of journalistic accounts for scholarly purposes.

Richard Löwenthal, On the Achievements of the German Political Emigration.

This essay is probably the last to have been penned by Richard Löwenthal, who died on August 9, 1991 at the age of 93. It was written by Professor Löwenthal for a Symposium held in Rome in 1987 on the subject of the emigration from Fascist Italy and National Socialist Germany. Part personal recollection, part historical analysis, this essay is particularly noteworthy for its lucid depiction of the rifts in exile politics. At the same time it provides a masterful interpretation of the political and cultural significance of emigration to the post-1945 era. Richard Löwenthal was one of the last leading figures of the German emigration able to give an historical account of Social Democratic aspirations from a personal point of view.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Reiner Pommerin, General Trettner and the Atomic Demolition Mine. A Contribution to the History of Nuclear Weapons in Germany.

During winter 1964/65 an article by Adelbert Weinstein in the "Frankfurter Allgemeine Zeitung" caused a storm in the media of the Federal Republic. Minister of Defense Kai-Uwe von Hassel and the *Generalinspekteur* of the *Bundeswehr* Heinz Trettner were accused of planning a barrier of Atomic Demolition Mines to be planted along the German-German border. Documents declassified for the "Nuclear History Program" show, that Trettner in reality was an opponent of ADMs. He had only initiated a German-American study in the use of the mines in order to get to know more about the American attitude and to restrain the U. S. Army from the use of ADMs on the territory of the Federal Republic.

Jahrgang 39 (1991), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte